G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Rasch / Häußermann / Kadritzke / Klönne / Hartmann
Zu den Ereignissen in der CSSR

Klaus Fritzsche
NPD — Ein deutsches Schicksal (II)

Dr. Hans-Ulrich Deppe
Virchows Kampf um die Preußische Verfassung

Hans Rondi
Die innenpolitische Seite der Anerkennungsfrage

ad-hoc-Gruppe am Otto-Suhr-Institut
Besetzung: neue Hochschulpolitik . . .

Einzelheft 3,— DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,— DM

September 9 1968

XIII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats August 1968 891

Prof. Dr. Harold Rasch
Das Ende des „Prager Frühlings" 894

Hartmut Häußermann / Niels Kadritzke / Ulf Kadritzke
Wer ist hier eigentlich konterrevolutionär? 897

Dr. Arno Klönne
CSSR-Intervention und die Linke 906

Bernd Hartmann
Die Ereignisse in der CSSR aus marxistischer Sicht 915

Klaus Fritzsche
NPD — Ein deutsches Schicksal (II) 946

Dr. Hans-Ulrich Deppe
Rudolf Virchows Kampf um die Preußische Verfassung.
Ein soziologischer Beitrag zur Virchow-Forschung 961

Hans Rondi
Die innenpolitische Seite der Anerkennungsfrage 975

ad-hoc-Gruppe am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin
Besetzung: neue Hochschulpolitik am Otto-Suhr-Institut 982

Fernseh-Spalte

Telepathologie (E. H. Wahl) 990

Bücher

Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen
(Karlheinz Deschner) 991

Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie
(Matthias Frank) 995

Reinhard Kühnl u. a., Die NPD (Kurt Beutler) 1000

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1001

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIII. Jahrgang | September 1968 | Heft 9

Chronik des Monats August 1968

1. 8. — Krupp-Konzern. Die amerikanische Botschaft in Bonn bestätigt Pressemeldungen, wonach die britische und französische Regierung am 31. Juli einem Ersuchen der Bundesregierung zugestimmt haben, die „Entflechtungsauflagen" für den Krupp-Konzern endgültig aufzuheben. Ein entsprechender Schritt der US-Regierung sei in Kürze zu erwarten. Dem Unternehmen Krupp war im Jahre 1953 durch die Alliierte Hohe Kommission zur Auflage gemacht worden, einen Teil seiner Betriebe der Kohle-, Eisen- und Stahlbranche aufzugeben. Die zur Überwachung eingesetzte Kommission hatte die ursprünglich gesetzte Frist — den 31. Januar 1959 — immer wieder verlängert.

3. 8. — Tschechoslowakei. In der slowakischen Stadt Bratislava (Preßburg) findet ein Treffen der Spitzenfunktionäre der Sowjetunion, der CSSR, Bulgariens, Polens, Ungarns und der DDR statt. Im Vordergrund der Beratungen stehen die gemeinsamen Probleme der sozialistischen Länder, die Lage in Europa und die Entwicklung in der Tschechoslowakei (Text des Kommuniques in „Blätter", Heft 8/1968, S. 887 ff). Am gleichen Tag verlassen die letzten sowjetischen Einheiten, die an gemeinsamen Manövern der Warschauer-Pakt-Staaten teilgenommen hatten, die CSSR. Auf dem Gebiet der Sowjetunion, Polens und der DDR gehen jedoch die großangelegten Manöver fast aller Waffengattungen weiter. — Vom 9.—11. 8. besucht eine jugoslawische Parteidelegation unter Führung von Staatspräsident Tito die tschechoslowakische Hauptstadt. — Am 12. 8. treffen in Karlovy Vary (Karlsbad) die Partei- und Regierungschefs der DDR und der Tschechoslowakei zusammen. — Vom 15.—17. 8. verhandelt eine rumänische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu in Prag mit den führenden Repräsentanten der Tschechoslowakei. Es wird ein „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" unterzeichnet. — In der Nacht vom 20. zum 21. 8. überschreiten Truppen der Sowjetunion, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns die tschechoslowakischen Grenzen und besetzen das ganze Land. In einer Erklärung der Nachrichtenagentur TASS wird dazu gesagt, „Persönlichkeiten der Partei und des Staates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik" hätten sich an

„die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt, dem tschechoslowakischen Brudervolk dringend Hilfe einschließlich der Hilfe durch bewaffnete Kräfte zu gewähren". Dieser Appell sei durch die Umtriebe „konterrevolutionärer Kräfte" ausgelöst worden, die „mit den dem Sozialismus feindlichen äußeren Kräften in eine Verschwörung getreten" seien. Weiter heißt es in der Mitteilung der TASS, die Truppen würden „sofort aus der CSSR herausgeführt, sobald die Gefahr für die Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die Gefahr für die Sicherheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft beseitigt ist, sobald die rechtmäßige Staatsmacht die Meinung vertritt, daß für einen weiteren Aufenthalt dieser militärischen Einheiten in der CSSR keine Notwendigkeit mehr besteht". Die tschechoslowakische Armee erhält Anweisung, keinen militärischen Widerstand zu leisten. In einer Rede fordert Präsident Svoboda das Volk auf, Ruhe zu bewahren, und erklärt, der Einmarsch sei gegen den Willen der verfassungsmäßigen Organe des Landes erfolgt. — Am 23. 8. begibt sich Svoboda überraschend nach Moskau. Parteisekretär Dubcek, Ministerpräsident Cernik und Parlamentspräsident Smrkovsky, die zunächst an der Ausübung ihrer Ämter gehindert werden, treffen einige Tage später ebenfalls im Kreml ein. — Am 26. 8. werden die tschechoslowakisch-sowjetischen Verhandlungen mit einer Vereinbarung auf der Basis eines ausgehandelten Kompromisses abgeschlossen; die führenden tschechoslowakischen Politiker kehren nach Prag zurück. — Am 31. 8. tritt das Zentralkomitee der KPC auf dem Hradschin zusammen, um ein neues Parteipräsidium zu wählen.

6. 8. Spanien. Die Regierung verhängt einen zunächst auf drei Monate befristeten Ausnahmezustand über die baskische Provinz Guipúzcoa und setzt Artikel 14 (Freizügigkeit innerhalb des Landes), Artikel 15 (Verbot von Durchsuchungen ohne richterliche Ermächtigung) und Artikel 18 (Vorführung verhafteter Personen innerhalb von 72 Stunden vor einen Richter) der Verfassung für dieses Gebiet außer Kraft. Der Chef der Geheimpolizei von San Sebastian war wenige Tage vorher einem Attentat zum Opfer gefallen.

8. 8. — USA. Der Parteikonvent der Republikaner in Miami Beach nominiert für die im Herbst bevorstehenden Wahlen Richard Nixon als Präsidentschaftskandidat und den Gouverneur von Maryland, Spiro T. Agnew, für das Amt des Vizepräsidenten. Nixon, der schon im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit erhält, setzte sich gegen die Gouverneure Nelson Rockefeller (New York) und Ronald Reagan (Kalifornien) durch. — Am 29. 8. erhält Vizepräsident Hubert Humphrey auf dem Parteikonvent der Demokraten in Chicago ebenfalls schon im ersten Wahlgang die Nomination für die Präsidentschaft. Gegenkandidaten sind die Senatoren McCarthy und McGovern. Auf Vorschlag Humphreys wählt der Konvent Senator Edmund Muskie zum Vizepräsidentschaftskandidaten.

9. 8. — DDR. Vor der Volkskammer erläutern der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht und Außenminister Winzer die Vorstellungen der DDR im Hinblick auf die europäische Sicherheit und die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Ulbricht weist in seiner Rede auf die früheren Anregungen Ostberlins hin und unterbreitet der Volkskammer folgenden Vorschlag: „Der Ministerrat wird bevollmächtigt, wenn die Bundesregierung auf solche Vorbedingungen wie Alleinvertretungsanmaßung und Hallstein-Doktrin verzichtet und bereit ist, Verträge über den Verzicht auf Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen und über die Anerkennung der Grenzen abzuschließen, einen Staatssekretär zur Vorbereitung der Verhandlungen zu bestimmen. Es können auch Verhandlungen zwischen dem Minister für Außenwirtschaft der DDR und dem Minister für Wirtschaft der Bundesrepublik geführt werden ..." — Am 16. 8. gibt Bundeswirtschaftsminister Schiller bekannt, er werde ein ihm durch den Ostberliner Außenwirtschaftsminister Sölle übermitteltes Gesprächsangebot möglicherweise zustimmend beantworten. Die Entscheidung darüber liege jedoch beim Kabinett.

13. 8. — Griechenland. Auf einer Pressekonferenz in Athen wird bekanntgegeben, der Chef des Militärregimes, Ministerpräsident Papadopoulos, sei einem Bombenanschlag entgangen. Im ganzen Land setzt eine neue Verhaftungswelle ein.

14. 8. Notstand. Das in Verbindung mit der Notstandsgesetzgebung verabschiedete „Gesetz über die Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses" wird im „Bundesgesetzblatt" verkündet. Die Ämter

für Verfassungsschutz des Bundes und der Länder, der Sicherheitsdienst der Bundeswehr und der dem Bundeskanzleramt unterstehende Bundesnachrichtendienst erhalten die formelle Ermächtigung, zur „Abwehr von drohenden Gefahren" Briefe zu öffnen, Telefonate abzuhören und Fernschreiben mitzulesen. Das Gesetz hebt bisher geltende alliierte Bestimmungen auf und soll zum 1. November 1968 in Kraft treten.

14.—27. 8. Weltraum. Im Kongreßzentrum der Wiener Hofburg wird die erste von den Vereinten Nationen organisierte Konferenz über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums abgehalten, an der rund 700 Delegierte aus 69 Staaten teilnehmen. Die Tagesordnung reicht von der Weiterentwicklung des Fernmeldewesens und der Massenmedien durch künstliche Satelliten (Errichtung eines globalen Nachrichten- und Fernsehübertragungssystems) bis zu Problemen der Weltraummedizin.

16. 8. — UNO. Der Sicherheitsrat genehmigt einstimmig eine Resolution, in der „die neuerlichen militärischen Angriffe" Israels verurteilt und als eine „flagrante Verletzung der Charta der UN" bezeichnet werden. Die Resolution bezieht sich auf israelische militärische Aktionen gegen die jordanischen Dörfer Irbid und Salt im Juni bzw. Anfang August. — Am 21. 8. befaßt sich der Rat mit der Lage in der Tschechoslowakei. Die Sowjetunion legt ihr Veto gegen zwei von westlicher Seite eingebrachte Entschließungen ein. — Am 27. 8. beantragt die CSSR-Delegation, die Diskussion über die Tschechoslowakei im Sicherheitsrat einzustellen. Der Antrag geht auf einen entsprechenden Passus in der am Vortag in Moskau erzielten tschechoslowakisch-sowjetischen Vereinbarung zurück.

19. 8. — Schweden. Die Regierung läßt in der sowjetischen, amerikanischen und britischen Hauptstadt den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterzeichnen. In einem Kommunique über den Beschluß der Regierung hatte es geheißen, dieser Vertrag erschwere weder die Entwicklung noch die erweiterte Anwendung der friedlichen Nutzung von Kernenergie für solche Staaten, die auf eine atomare Bewaffnung verzichteten. Man gehe in Stockholm davon aus, daß die beteiligten Nuklearmächte alles unternehmen würden, um ihre Versprechen hinsichtlich einer Verminderung des atomaren Wettrüstens zu erfüllen.

20. 8. Belgien. Als weiterer NATO-Mitgliedstaat erteilt Belgien seinen Botschaftern in London, Washington und Moskau Weisung zur Unterschriftsleistung unter den Kernwaffensperrvertrag. Das Außenministerium veröffentlicht aus diesem Anlaß eine längere Erklärung, aus der die Absicht der Regierung hervorgeht, dem Parlament das Ratifikationsgesetz erst nach Abschluß der Verhandlungen zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) in Brüssel über die Kontrollmodalitäten zu unterbreiten.

24. 8. — Frankreich. Über dem Fangataufa-Atoll explodiert an einem Fesselballon in 600 m Höhe die erste französische thermonukleare Bombe. Bisher waren nur die USA (seit 1952), die Sowjetunion (1953), Großbritannien (1957) und China (1967) im Besitz einer Wasserstoffbombe.

28. 8. — Abrüstung. Die Genfer Achtzehn-Staaten-Konferenz verabschiedet ihren Bericht an die bevorstehende UN-Vollversammlung und vertagt sich auf unbestimmte Zeit. Mit der Festlegung eines Termins für den Wiederbeginn der Sitzungen werden die beiden Ko-Präsidenten, die Chefdelegierten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, beauftragt.

29. 8. — Kernwaffen. Mit der Verlesung einer Botschaft von UN-Generalsekretär U Thant durch dessen Stellvertreter Guicciardi wird in Genf eine Konferenz der Nichtnuklearstaaten eröffnet; Delegationen aus 80 Ländern sind vertreten. Die provisorische Tagesordnung sieht Maßnahmen gegen das atomare Wettrüsten, die Formulierung von Sicherheitsgarantien der Atommächte für die Nichtnuklearstaaten, die Errichtung kernwaffenfreier Zonen und eine engere Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vor. An der Konferenz, die bis zum 28. September dauern soll, nehmen die Kernwaffenstaaten nur mit beratender Stimme teil.

31. 8. — Algerien. Die Regierung entläßt die restlichen Insassen eines am 23. Juli von Angehörigen einer arabischen Befreiungsorganisation nach Algier entführten Flugzeugs der israelischen Luftverkehrsgesellschaft El Al und gibt auch die Maschine frei.

Fernseh-Spalte

TELEPATHOLOGIE

Der zu äußerster Komprimierung zwingende Rahmen dieser Spalte erlaubt es mir nicht, mit der notwendigen Ausführlichkeit ein ungeheuer komplexes Thema zu behandeln: die CSSR und die übrige Welt. Die Problematik beginnt schon damit, daß ich einerseits keine Entschuldigung für die Besetzung der CSSR und die zwangsweise Unterbrechung des Reformkurses akzeptieren, andererseits aber nur schamhaft resümieren kann: Mein eindeutig humanistisch - progressiver Standort ist realpolitisch bedeutungslos, weil die weltpolitischen Machtkonstellationen darauf nicht die mindeste Rücksicht nehmen. Ferner: Ich sehe hier die Vorgänge in der CSSR, dort aber Vietnam, Griechenland, Südafrika, Spanien, Polizeiterror, Konzentrationslager, Rassismus, Menschenraub durch ausländische Geheimdienste in der Bundesrepublik, die päpstliche Konservierung einer Welt, in der Adam und Eva, die Erbsünde und die brutalste sexuelle Triebunterdrückung machtvolle ideologische und gesellschaftspolitische Instrumente darstellen, portugiesisches Mittelalter und den eiskalten faschistoiden Potentaten Ojukwu. Sicher lassen sich diese aktuellen Ost-West-Proportionen noch ein wenig korrigieren. Wie dem auch sei: in der Fernsehberichterstattung nehmen sie sich quantitativ umgekehrt aus. So entstehen dann diese entsetzlich falschen Relationen von gut und böse in den Hirnen der Verbraucher. Und hier erst könnte eine umfassende Betrachtung des Themas: „Die CSSR und die übrige Welt auf dem Bildschirm" beginnen. Ein aussichtsloses Beginnen, wenn man den mir zur Verfügung stehenden Raum mit der Materialfülle konfrontiert. Lassen Sie uns deshalb noch auf ein anderes Thema blicken.

In diesem Monat hat die Sendung „Aktenzeichen XY ... ungelöst" von Eduard Zimmermann einjährigen Geburtstag. Mit Stolz vermeldet das „ZDF Journal" in fast jeder Ausgabe konkrete Erfolge. Das deutsche Fernseh-Volk hat sein heißes Spiel. Die Laien-Kriminalisten lassen sich nicht lumpen. Wenn es um die Ordnung und gegen Verbrecher geht, da muß man doch, nicht wahr, auf dem Posten sein! Geldprämien machen die Verbrecherjagd noch attraktiver. So mancherlei aber macht mir dieses Forum der Denunziation unheimlich. Um Mißverständnissen vorzubeugen: es geht hier natürlich nur gegen die Gefahren der sogenannten Fernseh-„Fahndung", nicht gegen die Kriminalpolizei. Zunächst möchte ich fragen: Wer kann in jedem Falle mit Gewißheit behaupten, daß die Gesuchten auch wirklich schuldig sind? Zimmermann nimmt auf solche feinen Unterschiede, zumindest in seiner Terminologie, nicht immer Rücksicht. Schuldigsprechen kann aber nur ein Gericht! — Wie steht es mit dem Denunziantentum und der Wichtigtuerei? So mancher Zeitgenosse, fürchte ich, kompensiert hier seine Minderwertigkeitskomplexe. Der „Hamburger Morgenpost" vom 18. 1. 1968 ist zu entnehmen, daß eine ähnliche Sendung in Holland eingestellt werden mußte, da „irrtümliche Verhaftungen, Denunziationen usw." Verwirrung stifteten. „Zudem hielt die holländische Polizei den Aufwand — gemessen an den Ergebnissen — für zu groß." Das „ZDF Journal" vom 29. 7. 1968 erlaubte sich etwas Ungeheuerliches: Da wird auf Ganoven Bezug genommen, die aus Furcht vor Entdeckung Hotels und Gaststätten mit Fernsehempfang meiden. Schlußfolgerung: „Vielleicht wird sich in Zukunft so mancher Gastwirt, durch fernsehscheues Verhalten eines Gastes mißtrauisch und aufmerksam geworden, eine der in den Sendungen ausgesetzten Belohnungen verdienen." Es wäre zu untersuchen, ob damit nicht zu einer verleumderischen Handlung verleitet wird. Und schließlich sind die Verantwortlichen dieser Sendung vor Folgen zu warnen, die sich im Zusammenhang mit dem sogenannten „gesunden Volksempfinden" einstellen könnten. Wenn man (die äußerst bedenkliche Einstellung des Staatsanwaltes Klaus Kynast einmal außer acht lassend) beispielsweise an die Bündel von Drohbriefen denkt, die der Verteidiger Klaus Lehnerts von braven Bürgern bekommen hat (in einem Rundfunkinterview sprach er neulich davon), so ahnt man, wie tief die barbarischen nationalsozialistischen „Rechts"prinzipien noch in dieser Gesellschaft wurzeln. Das sind genügend Gründe, die die Forderung berechtigt erscheinen lassen: Schluß mit dieser Sendung. Zur Mitarbeit an der Aufklärung von Verbrechen darf nur die Kriminalpolizei aufrufen.

E. H. Wahl

Prof. Dr. Harold Rasch

Das Ende des „Prager Frühlings"

In vier Stellungnahmen nehmen in diesem Heft Vertreter verschiedener Richtungen der außerparlamentarischen Opposition zu der am 21. August 1968 erfolgten Besetzung der Tschechoslowakei durch fünf Staaten des Warschauer-Pakt-Systems Stellung. Alle Beiträge sind etwa eine Woche nach den Ereignissen in der CSSR geschrieben worden. Schon aufgrund der unterschiedlichen und lückenhaften Informationsquellen dürfte keine der Stellungnahmen letzte Gültigkeit beanspruchen. Dennoch dürften die hier wiedergegebenen Stimmen aus dem bürgerlich-liberalen, antiautoritären, linkssozialistischen und kommunistisch orientierten Lager nicht nur die unterschiedlichen Reaktionen zutage treten lassen, sondern zugleich auch die für die notwendige und wirksame Weiterarbeit der außerparlamentarischen Opposition verbindenden Positionen zum Ausdruck bringen. Zweifellos erschweren die alle Gruppen der außerparlamentarischen Opposition tief berührenden und bewegenden Ereignisse in der CSSR in nächster Zeit den Zusammenhalt und die Kooperation. Nichtsdestoweniger sind wir davon überzeugt, daß die von allen Richtungen als notwendig erkannte Demokratisierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik auch in Zukunft nur im engen Kontakt aller außerparlamentarischen Oppositionskräfte zu erreichen ist. Dieser Einsicht, so scheint uns, sollten sich besonders die unterschiedlichen Gruppen mit sozialistischer Zielsetzung nicht verschließen, deren Wege und Vorstellungen vom Sozialismus auseinandergehen mögen, die aber ihr Ziel ohne vorherige Demokratisierung entscheidender Lebensbereiche unserer Gesellschaft nicht erreichen können.

In diesem Heft kommen nicht alle Richtungen der außerparlamentarischen Opposition zu Wort. Einige der hier sich äußernden Autoren greifen weiter aus, andere formulieren eher thesenhaft; einige Gruppen und Personen haben sich Stellungnahmen noch vorbehalten. Wir werden also auch in unseren nächsten Ausgaben auf die durch die Besetzung der CSSR für die außerparlamentarische Opposition aufgeworfenen Fragen zurückkommen.

Wir bitten unsere Leser um Verständnis, daß wir mit Rücksicht auf die breite Behandlung des Themas CSSR in diesem Heft auf den Kommentar- wie auch den Dokumentarteil verzichten. *D. Red.*

Die Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens in der Nacht vom 20./21. August hat in der gesamten westlichen Welt, auch bei fast allen kommunistischen Parteien des Westens und ebenso in Jugoslawien und — wenigstens zunächst — Rumänien Bestürzung, Mitgefühl und Empörung ausgelöst. Das ist menschlich begreiflich. Aber für den politisch Denkenden ist Empörung immer ein schlechter Ratgeber gewesen, für ihn läge es näher, mit Talleyrand zu sagen: „C'était plus qu'un crime, c'était une faute". Aus sowjetischer Sicht wird man freilich vielleicht nicht einmal von einem Fehler sprechen können.

Als ich in der ersten August-Hälfte auf Einladung des „Verbandes sowjetischer Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindung mit auswärtigen Staaten" zehn Tage in der Sowjetunion verbrachte, waren die Zeitungen voll von scharfen Angriffen gegen die Bundesrepublik. Der letzte Aufsatz einer Artikelserie der „Prawda" vom 10. 8. „Wer bezahlt die Neonazis?" sah eine neue „Harzburger Front", diesmal in Gestalt eines Bündnisses zwischen CDU/CSU und NPD, im Entstehen begriffen. Wichtiger allerdings als der Inhalt dieser Artikel, in denen sich Unbestreitbares mit mehr oder weniger Anfechtbarem, auch ziemlich Belanglosem, mischte, war die Tatsache als solche, daß die Redaktion derartige Angriffe für angebracht hielt. Ebenso mußte es bedenklich stimmen, daß die Pressekampagne gegen die Tschechoslowakei, die nach den Konferenzen von Cerna und Pressburg Ende Juli/Anfang August dieses Jahres aufgehört hatte, Mitte August erneut mit aller Schärfe einsetzte. Ganz überraschend kamen also die militärischen Maßnahmen der Sowjetunion für die Eingeweihten auch insofern wohl nicht.

Was die politische Führung der UdSSR, offenbar auch auf starkes Drängen einiger Militärs, zu diesen Maßnahmen veranlaßt hat, von denen sie wissen mußte, daß sie alle Bemühungen um eine Verständigung zwischen West und Ost zum mindesten eine Zeitlang sehr erschweren würden, ist leicht zu sagen: Die Sorge, die Bestrebungen in der CSSR, einen neuen Weg zu einem freieren und leistungsfähigeren Sozialismus zu finden, könnten weiter um sich greifen, insbesondere auch die Position der Sowjetunion in der DDR gefährden und damit das ganze Gebäude der kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa ins Wanken bringen, eines Tages vielleicht sogar auf das Gebiet der Sowjetunion selbst überspringen. Dergleichen konnte nicht hingenommen werden.

Die Bundesregierung hat sich in dem Ringen dieses Jahres um einen neuen politischen Kurs in der Tschechoslowakei nach außen im ganzen zurückgehalten. Sie hat, als die Lage sich zuspitzte, die Verlegung von Manövern aus dem deutsch-böhmischen Grenzgebiet nach Südwestdeutschland angeordnet. Sie hat auch jetzt erklärt, „ihre bisher realistische und illusionslose Arbeit für eine europäische Friedensordnung fortsetzen" zu wollen (FAZ v. 29. 8.).

Indessen ist zunächst mit einiger Sicherheit zu sagen: Bundesaußenminister Willy Brandt, schon bisher in seinen Möglichkeiten stark gehemmt, wird es in Zukunft noch schwerer haben. Schon hat Ernst Lemmer vor weiteren „Spinnereien" gewarnt, schon spüren Franz-Josef Strauß und Gerhard Schröder, sonst Rivalen, außenpolitisch beide wieder Oberwasser. „Wir haben es ja immer gesagt: Mit den Russen kann man keine Verträge schließen, sie halten doch nichts", heißt es jetzt wieder überall. Die Leser der Bild-Zeitung, an selbständiges Denken weder gewöhnt noch dazu gewillt, werden sich bestätigt fühlen, wenn man ihnen erneut verkündet, die Sowjets seien auch nicht besser als die Nazis. Oberflächliche Vergleiche zwischen dem Einmarsch von Truppen Adolf Hitlers 1939 und Walter Ulbrichts 1968 in Prag bieten sich ja in der Tat an.

Man wird also die seit Jahr und Tag dahinsiechende NATO wieder zu beleben suchen; Bundeskanzler Kiesinger hat denn auch bereits eine Gipfelkonferenz der führenden NATO-Politiker angeregt, ohne freilich in den USA, die zur Zeit ganz andere Sorgen haben, viel Gehör zu finden. Man wird immer wieder die Notwendigkeit der „politischen Einigung Europas" — Westeuropas, versteht sich — beschwören. Und man wird vor allem, wie schon jetzt völlig klar ist, erneuten Anlaß sehen, unsere Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag hinauszuzögern. Nicht nur die NPD wird aus den Ereignissen in der CSSR Wahlkapital

zu schlagen versuchen. Auch die übrigen Parteien werden sich bemühen mitzuziehen, um 1969 die Stimmen der „nationalen Rechten" zu gewinnen. Nur eines, das Wichtigste, wird offenbar nicht geschehen: Man wird auch weiterhin nichts tun, um die deutsche „Ostpolitik" glaubwürdig zu machen.

Unser Angebot von „Gewaltverzichtserklärungen" war immer zwielichtig, unsere Haltung zum Atomsperrvertrag schon bisher mehr als bedenklich. Daß die Sowjetunion bei den „Verhandlungen" mit den tschechoslowakischen Politikern in Moskau vom 23. bis 26. August bis auf weiteres auf einer Besetzung der CSSR bestanden und eigene Truppen insbesondere auch an die Westgrenze des Landes gelegt hat, war durch die militärische Lage unmittelbar gewiß nicht geboten — kein einziger deutscher Politiker oder General, ja nicht einmal die Manager der Vertriebenenverbände denken daran, die Sudetengebiete mit Soldaten „Heim ins Reich" zu führen. Aber es beweist leider, daß es der Bundesregierung nicht gelungen ist, das Mißtrauen zu überwinden, das die politisch entscheidenden Kräfte in Osteuropa nach wie vor uns gegenüber hegen. Und dieses Mißtrauen ist nur allzu begreiflich.

„Gewaltverzichtserklärungen" der Bundesrepublik konnten in den Augen der Männer des Kreml schon immer nur einen äußerst begrenzten Wert haben. Da die Bundesregierung weiß, daß sie jeden Versuch, die bestehenden Verhältnisse mit Gewalt zu ändern, nicht drei Tage, vielleicht keine 24 Stunden überleben würde, und schwerlich Selbstmord begehen wird, kommt einem ausdrücklichen Verzicht auf Gewalt praktisch kaum nennenswerte Bedeutung zu. Alle unsere diesbezüglichen Versicherungen werden nun aber noch dadurch weiter entwertet, daß wir eine Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen und damit eine wirkliche Befriedung Mitteleuropas ausdrücklich ablehnen, uns also ganz offen selbst, wenn zwar nicht als „Revanchisten", so doch als Revisionisten bekennen, die die eindeutigen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht wahrhaben wollen. Was soll also, so fragt man in Moskau nicht ohne Grund, das ganze Getue um einen „Gewaltverzicht"? Worin besteht, so fragen wir, die angebliche Arbeit der Bundesregierung für eine „europäische Friedensordnung", einer Regierung, die bisher noch nicht einmal bereit gewesen ist, sich eindeutig von den Forderungen der Vertriebenenverbände zu distanzieren?

Und dann — schon vor der Besetzung der Tschechoslowakei und jetzt erst recht — unsere Haltung zum Atomsperrvertrag. Zuerst haben wir erklärt, unseren Beitritt von einer Verbesserung des Status von Berlin abhängig zu machen. Dann wollten wir das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahlen abwarten (als ob der Vertrag nur für die Dauer der Amtszeit des nächsten Präsidenten abgeschlossen würde). Jetzt bieten die Ereignisse in der CSSR einen neuen Vorwand, unsere Unterschrift vorerst abzulehnen, obwohl dies politisch eine völlig andere Bedeutung hätte als die Hinauszögerung der Unterschrift Schwedens, der Schweiz oder Indiens. Auch das Gespenst der „Industriespionage" muß wieder einmal herhalten, um die Kontrollbestimmungen des Vertrages anzugreifen, obschon ein derartiger Einwand aus privatkapitalistischer Sicht in diesem Zusammenhang gänzlich abwegig ist. Was bezweckt man eigentlich mit alledem? Will die Bundesregierung etwa doch — direkt oder indirekt — in die Verfügungsgewalt über Atomwaffen gelangen? Eine Bemerkung von Bundeskanzler Kiesinger, ein vereintes Europa müsse in der Lage sein, über seine eigene Bewaffnung frei und souverän zu entscheiden (FAZ v. 26. 8.), deutet darauf hin. Aber die Bundesregierung wird sich darüber klar sein müssen, daß die Erlangung irgendwelcher Verfügungsmöglichkeit der Bundesrepublik über Atomwaffen für die Sowjetunion ein casus belli sein könnte, und zwar ohne daß (was

uns im übrigen auch nichts hülfe) irgend ein Staat einen Finger für uns rührte. Wohl alle unsere menschlichen Sympathien sind heute bei unserem um ein bißchen mehr Wohlstand und vor allem ein bißchen mehr geistige Freiheit ringenden Nachbarland, das jetzt bitteren Zeiten entgegengeht. Aber das darf uns den nüchternen Blick für die Interessen einer Großmacht wie der Sowjetunion und vor allem unsere eigenen Interessen nicht trüben. Wenn die militärischen Maßnahmen der fünf Staaten des Warschauer Pakts nicht geradezu als indirekte Warnung auch für die Bundesrepublik gedacht waren, so sollten wir selbst sie jedenfalls als Warnung verstehen. Eine endlich aufrichtige eigene Friedenspolitik wäre der weitaus beste Dienst, den Bundesregierung und Bundestag der Tschechoslowakei und ihrem eigenen Volk leisten können.

Hartmut Häußermann / Niels Kadritzke / Ulf Kadritzke

Wer ist hier eigentlich konterrevolutionär?

I

Die Sowjetunion als angelbliche Vormacht der sozialistischen Welt hat durch ihre außenpolitische Großmachtaktion eine Innenpolitik zerstört, auf die Sozialisten in aller Welt große Hoffnungen gesetzt haben. Militärische Machtentfaltung gegenüber einem sozialistischen Land ist eo ipso schon Machtentfaltung am falschen Ort. Im Falle der Intervention in der CSSR hat diese Politik darüber hinaus einen katastrophalen Schaden angerichtet, weil sie ein Experiment zerstört hat, das nach zwanzig Jahren zum ersten Male auch an der europäischen Front eine sozialistische Offensive hätte begründen können.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion — ganz ähnlich wie an der revolutionären Front in der Dritten Welt — auch in Europa dem politischen Kalkül einer ihren Machtbereich konventionell absichernden Großmacht folgt, ohne auf die möglichen offensiven Wirkungen einer neuen sozialistischen Politik zu setzen, zeigt an, daß die Erben der Oktober-Revolution heute nicht einmal ansatzweise eine revolutionäre Gesamtstrategie im Kopf haben. In Vietnam wie in der CSSR hat die Sowjet-Union den defensiven Charakter ihrer Politik enthüllt und damit langfristig jede revolutionäre Perspektive aufgegeben. Als konterrevolutionär muß der Einfall in die CSSR insbesondere dann gewertet werden, wenn die sowjetische Behauptung von einer anti-sozialistischen Entwicklung in der CSSR widerlegt werden kann.

In der Beurteilung des Demokratisierungs-Prozesses seit dem Januar-Plenum der KPC standen sich zwei Auffassungen gegenüber, die sich vor allem in der Prognose für die Entwicklungstendenzen des Dubcek-Kurses unterscheiden. Die erste Prognose lautete, eine Demokratisierung im Sinne der KPC-Politik werde

zum mindesten ein liberales Mehr-Parteien-System herausbilden, wenn nicht früher oder später zum Kapitalismus zurückführen. Diese These wurde von zwei Positionen aus vertreten: von der des westlichen Beobachters, der sich Liberalisierung nur als pluralistisch-kapitalistische Restauration des Gesamt-Systems vortellen kann, und von der des sowjet-orthodoxen Machthabers, der jede Abweichung vom staatssozialistischen Entwicklungsmodell Moskauer Prägung als konterrevolutionäre Gefahr wahrnehmen muß. Die Verwandtschaft in ihren politischen Zukunftserwartungen für die CSSR zwischen diesen beiden Gruppen läßt sich leicht dokumentieren, stellt man die Äußerungen sowjetischer Politiker neben die der westdeutschen Publizistik von Matthias Walden bis Rudolf Augstein. Letzterer hat noch nach der Intervention der sowjetischen Politik mit liberalem Freimut ihre Konsequenz bescheinigt: „der Druck der Verhältnisse drängte die tschechoslowakische KP, ob ihre Führer das beabsichtigten oder nicht, aus dem kommunistischen Regiment in ein liberales Mehr-Parteien-Schema, in dem der Führungsanspruch der Partei nicht in jedem Fall hätte behauptet werden können" (Spiegel Nr. 35/68, S. 20).

Dieser unterschiedlich motivierten konterrevolutionären Unterstellung steht die Interpretation des Demokratisierungsprozesses in der CSSR gegenüber, wie sie von den Vertretern der KPC selbst gegeben wird. Es steht außerhalb jeden Zweifels, daß die führenden Köpfe des Demokratisierungs-Kurses ihrem Selbstverständnis nach überzeugte Sozialisten sind. Wer ihnen vorwirft, daß sie in die Nähe sozialdemokratischen Bewußtseins geraten, wenn sie sich betont als demokratische Sozialisten bezeichnen, läßt eine wichtige Unterscheidung außer acht: nämlich die zwischen einem demokratischen Sozialisten in einer nachrevolutionären Gesellschaft und einem Sozialisten, der die revolutionäre Perspektive im liberal-parlamentarisch verfaßten Kapitalismus aufgegeben hat und zum systemimmanent operierenden Sozialdemokraten geworden ist. Demokratische Forderungen haben verschiedene Qualität, je nachdem in welcher Gesellschaft sie vertreten werden, ebenso wie individuelle Freiheitsrechte in der sozialistischen Gesellschaft neue Qualität gewinnen. Es sind genau diese Unterschiede, die von den Vertretern der These von der Konterrevolution außer acht gelassen werden, während sie in der Theorie der führenden Prager Kommunisten festgehalten sind, die den Demokratisierungsprozeß ausdrücklich als revolutionäre Weiterentwicklung begreifen [1]), in der sozialistische und fundamentaldemokratische Prinzipien zusammenfallen. So werden insbesondere zwei Momente des Demokratisierungsprozesses hervorgehoben, die eine Sozialisierung politischer Macht intendieren: Kontrolle potentieller neuer Herrschaftszentren von unten und reale Mitbestimmung an den politischen Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Beide Momente sollten sowohl innerparteilich zur Geltung gebracht werden (vgl. den Entwurf eines neuen Parteistatutes) als auch an der gesellschaftlichen Basis sichergestellt werden (vgl. die rätedemokratische Diskussion in der KPC, die zuletzt eine paritätische Entscheidungsinstanz von Betriebsangehörigen und Vertretern der Planungsbehörden vorsah).

Theorie und Praxis eines demokratischen Sozialismus befanden sich in der CSSR in einem Anfangsstadium, das noch keine fertigen Produkte vorweisen konnte. Insofern konnten weder das zweifelsfrei sozialistische Selbstverständnis der „Reform"-Politiker noch ihre ersten praktischen Maßnahmen schon eine absolut sichere Gewähr dafür bieten, daß in einer späteren Phase keine widersprüchlichen Tendenzen aufgetaucht wären. Aus linkssozialistischer Sicht sind denn

1) So der als besonders „liberal" verdächtige E. Goldstücker in einem Diskussionsbeitrag vor Wiener Studenten, abgedr. in: Neues Forum, Heft 174/175, S. 407 f

auch punktuelle Bedenken gegen den Kurs der KPC erhoben worden, die vor einer unkritischen „Liberalisierung" der CSSR gewarnt haben. Obwohl diesen Bedenken in manchen Fällen keine gründliche Kenntnis der Entwicklung in der CSSR zugrunde lag, war es legitim, sie in die innersozialistische Diskussion einzubringen.

1) Bedenken wurden geltend gemacht gegen die Zulassung konkurrierender Parteien außerhalb der Nationalen Front. In der Tat hätte eine solche Politik die führende Rolle der KPC zur Disposition von Wählerentscheidungen gestellt. Es ist entscheidend zu sehen, daß die KPC-Führung dieses Konzept niemals verfolgt hat. Entgegen den geheimen Wünschen westlicher Liberaler stand etwa die Zulassung einer sozialdemokratischen Partei nicht zur Debatte. Durch innerparteiliche Demokratie ist auf sozialistischer Basis ein Optimum an Mitwirkungsrechten für den einzelnen gewährleistet, der Konsensus über die sozialistische Grundentscheidung läßt einer Systemopposition ohnehin keine Aussicht auf Erfolg. Es ist somit gerade die Demokratisierungs-Politik der KPC selbst, die ein Vielparteien-System in der CSSR für die Zukunft objektiv ausschloß.

2) Ein zweites Bedenken betraf die Pressefreiheit, die theoretisch auch die Freiheit für Konterrevolutionäre einräumte, ihre Vorstellungen zu propagieren. Wiederum ergab sich jedoch die dialektische Wirkung, daß die Freigabe der Zensur die Erfolgsaussichten antisozialistischer Propaganda auf ein Minimum reduzierte, während die lebhaft einsetzende sozialistische Diskussion in den verschiedenen Presseorganen eine phantastisch anmutende Aktivierung und Politisierung breiter Bevölkerungsschichten und insbesondere der Jugend zur Folge hatte [2]). Nicht zuletzt über die Vermittlung einer wahrhaft freien Presse konnte sich von unten nach oben eine Zustimmung des Volkes zur sozialistischen Politik der KPC artikulieren, die sich der Quantität wie der Intensität nach nur mit der Popularität Ho Chi Minhs nach dem Sieg über die Kolonialherren vergleichen läßt.

3) Die stärksten Bedenken aus linkssozialistischer Sicht haben die wirtschaftspolitischen Reformvorstellungen ausgelöst, die vor allem mit dem Namen von Prof. Ota Sik verbunden sind.

Eine ausführliche Diskussion dieses Problemkreises kann hier nicht erfolgen. Gegen eine vorschnelle Qualifizierung der Sik-schen Vorstellungen als „neokapitalistische" können jedoch einige Argumente ins Feld geführt werden:

a) Die Einführung des Gewinn-Mechanismus berechtigt noch keinesfalls zum Kapitalismus-Verdikt. Die Allokationsfunktion des Gewinnes (rationeller Einsatz der Produktionsfaktoren) kann sich ein Wirtschaftssystem zunutze machen, ohne daß seine Appropriationsfunktion (Unternehmer-Gewinn) zur Geltung kommt (vgl. E. Altvater, Rationalisierung und Demokratisierung, in argument Heft 39, S. 276 f.). Die Einführung von partiellen Märkten führt nicht zwangsläufig zum Kapitalismus, weil die vom Betrieb erwirtschafteten Gewinne nicht von privater Hand angeeignet werden. Gerade auf die egalitäre Aneignung erwirtschafteter Gewinne legt Sik den größten Wert, wenn er z. B. vorsieht, daß Betriebe, deren Gewinne weniger aus einer Erhöhung der Produktivität als aus Ausnutzung der Marktlage (Erhöhung der Verkaufspreise) resultieren, einen größeren Teil dieses Gewinns an den Staat abzuführen haben als solche Betriebe, die in der Tat produktiver geworden sind. Von einer kapitalistischen Entwicklung könnte überdies nur dann die Rede sein, wenn sich ein unkontrolliertes Marketing der einzelnen Firmen entfalten könnte und die Produktionsentscheidungen in vollem

---

2) Vgl. auch die extrem hohe Zahl von Parteieintritten Jugendlicher seit Januar 1968, die in der Novotny-Ära in prowestlicher Apathie befangen waren

Maße von den manipulierbaren Marktdaten abhängig gemacht würden. Beide Gefahren finden keinen Ansatzpunkt in den Reformvorstellungen der KPC, die insbesondere die Investitionsentscheidungen und damit die Gewichtung der einzelnen Produktionssektoren gesellschaftlicher Planung vorbehält.

b) Die Anhebung der Gehälter bestimmter technologischer Berufe hat den Verdacht aufkommen lassen, die Wirtschaftsreform sehe eine weitgehende Differenzierung des Lohnniveaus vor. Dabei wird übersehen, daß bislang in der CSSR das Lohnniveau bestimmter qualifizierter Berufe unter dem der nicht qualifizierten Arbeiter gelegen hat, so daß hier eine Angleichung zugunsten der technischen Intelligenz usw. fällig war.

c) Der Versuch, von kapitalistischen Ländern Investitionskredite zu bekommen, hat ebenfalls zum Verdacht einer antisozialistischen Entwicklung beigetragen. Wer diesen Punkt betont, vergißt allerdings, daß die CSSR sich die für die Erneuerung der überalterten industriellen Ausstattung unbedingt notwendigen Kredite im Westen beschaffen mußte, wenn die Sowjetunion nicht bereit war, der CSSR jene 2 Mrd. DM zur Verfügung zu stellen, die sie ihr bis heute schulden. Ein Moment der Geschichte der CSSR-Gesellschaft, das die Prioritäten und Gewichte im Demokratisierungsprozeß der CSSR weitgehend bestimmte, war die Aufdeckung und Verurteilung jener stalinistischen Verbrechen, die eine ganze Generation von Sozialisten ausgeschaltet und 20 Jahre sozialistischer Politik diskreditiert haben. Die politische Bedeutung solcher moralischer Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit lag eben in dem Nachweis, daß eine sozialistische Partei die Prinzipien der Humanität auch in bezug auf ihre eigene Vergangenheit zum Maßstab zu nehmen hat. Daß die konkreten Verfahren nach schlicht rechtsstaatlichen Vorschriften abliefen, signalisiert dabei nicht etwa die formaldemokratische Qualität dieser Prozesse, sondern vielmehr das fundamentale Bedürfnis nach sozialistischer Gerechtigkeit, auf deren Fundament eine sozialistische Demokratie aufzubauen ist.

Insgesamt gesehen kann heute kaum mehr ein Zweifel daran bestehen, daß von einer konterrevolutionären Gefahr in der CSSR vor dem 21. August keine Rede sein konnte. Die möglichen, aber noch nicht genügend analysierten Widersprüche der tschechoslowakischen Innenpolitik sind in jedem Falle lediglich logische Folgeerscheinung der stalinistischen Novotny-Ära gewesen. Die grundsätzliche Demokratisierung des Systems und die daraus folgende Politisierung der Bevölkerung waren mit großer Wahrscheinlichkeit die günstigsten Ausgangsbedingungen für eine Entfaltung realer Demokratie, die nach dem Zweiten Weltkrieg in einer industrialisierten Gesellschaft bestanden. Die Intervention der UdSSR zerschlug damit die einmalige Chance, am praktischen Beispiel nachzuweisen, daß reale Demokratie nur auf sozialistischer Grundlage entstehen und mit Erfolg durchgehalten werden kann.

II

Unter der Flagge des proletarischen Internationalismus sind die Truppen der fünf Besatzungsmächte in die CSSR eingefallen, das schlechte Gewissen mit den abenteuerlichsten — und jedesmal gleich als billige Vorwände entlarvten — Begründungen beschwichtigend. Die sowjetischen Gralshüter des orthodoxen Marxismus-Leninismus mit den vier abhängigen Staaten wußten sehr wohl, was ihre Aktion aufs Spiel setzte: die Rolle als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung — von China längst bestritten — und das Charisma der anti-imperiali-

stischen Weltmacht, das die Sowjetunion sich in den Ländern der Dritten Welt bis zum 21. August 1968 noch erhoffen durfte.

Die Flagge des proletarischen Internationalismus, die den Unterdrückten als Hoffnung auf die Weltrevolution galt, wurde in den Händen der Invasoren zum Feldzeichen der Unterdrückung: demokratische Freiheiten und lange vorenthaltene Grundrechte, beides selbstverständliche Bestandteile eines demokratischen Sozialismus in einem entwickelten Land, wurden den tschechoslowakischen Kommunisten im Namen des proletarischen Internationalismus wieder geraubt.

Die sowjetische Führung, die weder konterrevolutionäre Aktivitäten noch sicherheitspolitische Notwendigkeiten zur Rechtfertigung ihrer Intervention überzeugend vorweisen konnte, hat in der CSSR nichts anderes verteidigt als die von sozialistischen Prinzipien längst entfernte rote Bürokratie in den fünf beteiligten Staaten. Sämtliche Rechtfertigungen, die bisher vorgebracht wurden, haben ihren Ursprung nicht in der marxistischen Theorie; vielmehr können sie ihre Herkunft aus dem Arsenal machtpolitischer Kategorien nicht verleugnen. Ein historisch überholter Zentralismus suggeriert die Notwendigkeit gewaltsamer Unterdrükkung, damit die beherrschende Rolle der KPdSU nicht gefährdet werde.

Der autoritäre Zuschnitt der 3. Internationale hat in der Vergangenheit eine lähmende Wirkung auf die kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern gehabt; für die Bewegungen der Dritten Welt, wo nationalistische Elemente zu den Grundbestandteilen der revolutionären Ideologie gehören, ist sie in dieser Konstruktion und nach dieser Demonstration ihrer Praxis vollends obsolet geworden.

Die von der Sowjet-Führung propagierte Politik der „friedlichen Koexistenz" hat längst zu einer Schwächung revolutionärer Bewegungen in Südostasien und in Lateinamerika geführt. Die von dieser Politik angestrebten Ziele — gleichzeitig friedliches Nebeneinander von Kapitalismus und Kommunismus, sowie Verbreitung des Sozialismus in kapitalistischer Ausbeutung unterworfenen Ländern — sind unvereinbar, wenn die Sowjetunion konterrevolutionäre Aktionen imperialistischer Geheimdienste und regierungstreuer Truppen um der Rettung ihrer Politik willen duldet. So verwundert es heute niemanden, wenn die KP Uruguays etwa die sowjetische Intervention beklatscht, sind manche lateinamerikanische kommunistische Parteien doch heute schon objektiv zu Helfern der Unterdrücker revolutionärer Bewegungen geworden.

Die Sowjetunion, als Großmacht Gegenspieler der USA im Wettkampf um machtpolitische Kontrolle über möglichst große Gebiete, brauchte beim kriegerischen Handeln innerhalb ihrer „Einflußsphäre" keinen äußeren Eingriff zu befürchten — ebensowenig, wie die USA heute ihre Interventionen gegen sozialistische Einbrüche in ihrem Kontrollbereich ungestört durchführen können. Revolutionäre Entwicklungen im Osten wie im Westen, die das „Gleichgewicht" zu zerstören drohen, haben ihren jeweiligen Meister. Ein Staat, der aufgrund seiner sozialistischen Vergangenheit mit großem Prestige bei revolutionären Bewegungen rechnen konnte, der sich in dieses Spiel einläßt — und die Außenpolitik der UdSSR nicht nur mit dem Schah von Persien, sondern auch mit den diktatorischen Regimen in Lateinamerika [3]), dokumentiert diese Rolle anschaulich — hat das Recht verwirkt, sich auf proletarischen Internationalismus zu berufen. Das tatenlose Preisgeben nationaler Befreiungsbewegungen — die Rolle der KP Boliviens beim Scheitern Che Guevaras und der Kampf der KP Venezuelas gegen die Guerillas sind bekannt — ist in diesem Rahmen plausibel zu erklären. Die sozia-

[3]) Vgl. Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika, in: Kursbuch 11, Frankfurt/M. 1968

listische Zukunft dieser Länder, deren kommunistische Parteien in ihrer Abhängigkeit vom Kreml-Kurs sich an den Spielereien des manipulierten Parlamentarismus beteiligen, ist nicht mehr an das bürokratische Kalkül Moskauer Funktionäre gebunden. Insofern eröffnet das Prager Desaster auch neue Chancen.

Auch wenn die Interventionspolitik der Warschauer-Pakt-Staaten der Neuen Linken in Westeuropa unermeßlichen Schaden zugefügt hat, so dürfte die Ernüchterung für die nennenswerten westeuropäischen KPs doch auch eine heilsame Wirkung gehabt haben: die Kommunistische Partei Frankreichs, 1956 noch Apologet sowjetischer Intervention, hat sich im Mai dieses Jahres, getreu der Moskauer Linie, mehr als ein Faktor der Ordnung denn als eine treibende Kraft revolutionärer Umwälzung erwiesen. Das sture Festhalten an parlamentarischen Riten in einer revolutionären Situation hat die sozialistische Bewegung die große Chance der grundlegenden Umwälzung gekostet. Die Entwicklung einer auf spezielle Erfordernisse der jeweiligen Länder abgestellten sozialistischen Strategie war in der Abhängigkeit von Moskau versäumt worden. Nach dem Rückschlag in Frankreich und den katastrophalen Ereignissen in der CSSR wird es den westeuropäischen Parteien leichter fallen, sich vom Moskauer Führungsanspruch zu emanzipieren und selbständige Strategien zu entwickeln.

Das außenpolitische Arrangement der Sowjetunion auch mit den reaktionärsten Staatsoligarchien ist durch militärstrategische wie durch handelspolitische Überlegungen bestimmt. Man kann es heute noch nicht beweisen: aber mit Sicherheit haben militärstrategische Gesichtspunkte eine nicht geringe Rolle bei der Entscheidung über die Intervention gespielt. Außenpolitik, die sich nicht auch an den Bedürfnissen der Emanzipationsbewegungen in den Partnerländern orientiert, sondern sich in erster Linie nach machtpolitischen Kategorien richtet, kann niemals mit dem Anspruch des proletarischen Internationalismus auftreten. Dieser Anspruch ist dann zu einem entleerten Stück Ideologie geworden und muß andere, real emanzipatorische Träger finden.

III

Der proletarische Internationalismus, auf dessen Tagesordnung dereinst die sozialistische Weltrevolution stand, signalisiert heute seinen Zerfall aus dem historischen Zentrum dieser Bewegung: aus Moskau. Der Sieg des militärschen und ordnungspolitischen Kalküls über gesellschaftlich vermittelte sozialistische Strategie wird nicht zufällig gerade aus dem Kreml gemeldet. „Kommunistische Ordnungspolitik" — dies Wort ist kein lächerlicher Widerspruch mehr, sondern leider von ordinärer Realität, von einer Realität, die bis in die Sprache hinein ihre Spuren hinterläßt.

Vor diesem Degenerationsprozeß der 3. Internationale fassungslos zu stehen oder opportunistisch ihm zu folgen, kann gleichermaßen tödlich für die Neue Linke in Europa sein. Erst wenn der engagierte, am Schicksal des osteuropäischen Kommunismus leidende Beobachter sich zu einer Analyse der scheinbar irrationalen Politik der letzten Wochen bequemt, kann er Lehren für die Neue Sozialistische Internationale ziehen, die heute, jenseits von Moskau, ihre Konturen zu zeigen beginnt.

Ideologisch steht mit der Frage nach den politischen Motiven der größten kommunistischen Partei- und Staatsmacht neben der Volksrepublik China nichts weniger auf dem Programm als die Frage nach den Ursachen eines beispiellosen Bewußtseinszerfalls. Tatsächlich ist die Sowjetführung, wenngleich auf einer neuen, zukunftsträchtigeren Ebene der Produktionsverhältnisse, von Marx zurück

zu Hegel geschritten: nicht die Welt zu verändern, sondern ihr nurmehr die eigenen machtpolitischen Schritte zu interpretieren, wird heute in Moskau als kommunistische Politik begriffen. Nichts enthüllt dies Denken und Handeln in den alten Kategorien einer unter den Mächtigen stillschweigend ausgehandelten Blockpolitik deutlicher als die offizielle diplomatische Beflissenheit, mit der die Botschafter der UdSSR in den Hauptstädten des Westens die kapitalistischen Regierungen über die sowjetische Aggression unterrichteten und zugleich beruhigten. Der zynische Hinweis eines DDR-Kommentators nach jenem 21. August, nicht einmal die amerikanische 7. Armee in der BRD habe unter erhöhter Alarmbereitschaft gestanden, präsentiert dieselbe Pointe nur noch auf die nachgerade peinliche Art, die eine überangepaßte und ihrer selbst nicht sichere DDR-Führung seit Jahren auszeichnet.

Ein untrügliches Kennzeichen für Machtpolitik ist es, wenn diese sich die Anlässe für ihre Eingriffe selber schafft. Dieser Mechanismus erfüllte auch beim Einmarsch der Warschauer Einheiten in die CSSR seine Funktion: in Gestalt der „bourgeoisen Tendenzen" und der „konterrevolutionären Gefahren". Demgegenüber bleibt unerbittlich festzuhalten, daß jene beschworenen Tendenzen das unmittelbare Produkt der Novotny-Periode sind, dessen kriminelle Politik, verübt in einer Atmosphäre der psychischen und physischen Unterdrückung, die faden Reste liberaler Bürgerlichkeit als falsche Alternativen zur stalinistischen Bürokratie im Untergrund band und damit am Leben erhielt.

Indessen besitzt sowjetische Machtpolitik ein anderes Gesicht als der brutale Völkermord des USA-Imperialismus in Vietnam. Nichts wäre gedankenloser und für die sozialistische Position gefährlicher, als über den agitatorischen Anlaß hinaus die Politik der USA mit der der UdSSR in eins zu setzen. Wohl haben die tschechischen Sozialisten, die auf dem Prager Wenzelsplatz den Sprechchor anstimmten: „Amis raus aus Vietnam, Sowjets raus aus Prag!" den Vorwurf konterrevolutionärer Bestrebungen in der politisch aktiven Bevölkerung Lügen gestraft. Aber auch ihnen ist jenseits der begreiflichen Empörung — die nun zynischerweise „nationalistische Tendenz" genannt wird —, die Tatsache gegenwärtig gewesen, daß die Systeme, für die beide Weltmächte ihre Ordnungskampagnen militärisch durchführen, höchst unterschiedliche Grundmuster der gesellschaftlichen, vorab der ökonomischen Organisation besitzen.

Nur: die notwendige Differenzierung in der Analyse kann und darf nicht von einer richtig angesetzten Kritik an Praktiken und Rechtfertigungsideologien eines sowjetkommunstischen Führungskartells abhalten, das seinen europäischen Partnerstaaten im Namen einer versteinerten Ideologie brutale Remeduren verordnet. Das Pochen der UdSSR auf das für notwendig gehaltene Maß an Einheit des „sozialistischen Blocks" zu einem Zeitpunkt, da sich die immanenten Bedürfnisse der sozialistischen Länder differenzierter als bisher entfalten, gibt den Blick auf einen zentralen Tatbestand frei, aus dem Konsequenzen zu ziehen sind: Das machtpolitisch gesicherte Monopol der UdSSR auf kommunistische Praxis in Osteuropa ist Moment eines Ideologiezusammenhangs, der seinerseits einer kritischen Durchleuchtung aus sozialistischer Perspektive bedarf. Die Ideologiekritik, die Marx als Mittel konkreter, zum Handeln anweisender Analyse entwickelte, hat auch in nachrevolutionären Stadien noch längst nicht ihre entlarvende Kraft verloren. Wer glaubt, mit kommunistischem Vorzeichen versehene Politik könne ex definitione nicht repressiv sein, hat den Kampf um gesellschaftliche Emanzipation schon längst einem bewußtlosen Funktionärsdenken geopfert. Im Grunde ist durch die ideologisch erstarrte, zu Machtpolitik geronnene Strategie der Sowjets und ihrer ängstlichen Nachbarn die Notwendigkeit dessen be-

stätigt worden, was die (nicht zufällig von den Orthodoxen geschmähten) Träger der chinesischen Kulturrevolution auf ihre Weise anzielen: eine ständige kritische Überprüfung und Selbstkorrektur der nachrevolutionären Praxis. Damit sei nicht vorschnell behauptet, die Politik der CSSR habe diesen Weg in der Vergangenheit schon eingeschlagen. Viel eher ist aus der notwendigen Distanz heraus die Annahme berechtigt, daß die Prager Reformer zunächst die elementaren Voraussetzungen für diesen demokratischen Prozeß permanenter Aufklärung über gesellschaftliche Ziele und Methoden zu schaffen versuchten; gewiß sind dabei potentiell inhumane Momente aus den westlichen Systemen in den intendierten Prozeß der Demokratisierung miteingeflossen. Aber: mit der Zerschlagung dieses so notwendigen Prozesses und der in ihm angelegten Möglichkeiten hat sich der sowjetische orthodoxe Kommunismus für lange Zeit von den realen Bedürfnissen und emanzipatorischen Erwartungen der tschechoslowakischen wie der anderen osteuropäischen Völker entfernt.

Dieser durch nichts zu kaschierende Tatbestand hat ein für sozialistische Bewegungen geradezu lebensnotwendiges Prinzip aufs äußerste diskreditiert: das Prinzip der Antizipation politischer Gewalt, die in den Händen konkret agitierender Sozialisten zur befreienden werden kann, sofern sie die politische Gewalt des partikularen kapitalistischen Interesses beseitigt. Es ist leider nur zu realistisch, sich einzugestehen, daß mit der Intervention der Paktstaaten in der CSSR gerade für die westeuropäische Linke der Begründungszusammenhang zwischen konkreter Utopie und aktuellem Tageskampf, der sich ohnehin unter den Bedingungen einer perfekt entfalteten Industriegesellschaft nicht einfach herstellt, fragwürdiger geworden ist. Fragwürdiger nicht in den Köpfen der Sozialisten selbst, aber fragwürdiger doch als Mittel einer Praxis, die stets darauf angewiesen war und ist, im Widerstand gegen die Repressionen der spätkapitalistischen Gesellschaften noch ein glaubwürdiges, politisch motivierendes Bild von dem zu geben, was in Zukunft sein könnte. Wenn sowjetische Politik in der CSSR den Beweis dafür verhindert, daß sich mit der Umwälzung der ökonomischen Basis tatsächlich eine völlig neue Dimension menschlicher Freiheit und politischer Selbstbestimmung eröffnet, neben der die historisch „richtigen" bürgerlichen Kategorien von Souveränität, Rechtssicherheit und Menschenwürde verblassen, so muß angesichts der sowjetischen Politik die Qualität dieses von der Linken betriebenen gesellschaftlichen Umschlags den zu politisierenden Massen in Westeuropa ein unverbindliches, ja unheimliches Abstraktum bleiben. In dem Bestreben, das Auftreten von Widersprüchen im eigenen Bereich unter Berufung auf die zu bewahrende „Grundordnung" ungeschehen zu machen, hat die UdSSR weder ihren eigenen noch den Interessen irgendeiner sozialistischen Bewegung in der Welt gedient. Den eigenen nicht, weil nunmehr selbst das begrenzte sowjetische Ziel einer ideologischen Koexistenz im „weltkommunistischen Lager" unrealistisch geworden ist; den Interessen der Dritten Welt nicht, weil deren Revolutionären gerade die Arbeit unter den spezifischen Bedingungen ihres Landes als unverzichtbares Moment erfolgreicher Praxis gilt [4]); und den Interessen der europäischen Sozialisten nicht, weil die Attraktivität einer sozialistisch organisierten Gesellschaft angesichts der tschechoslowakischen Tragödie eine

[4]) Es wage niemand, die Zustimmung Fidel Castros oder der KP der DRV (Nordvietnam) als Stütze für seine eigene prosowjetische Position auszugeben. Denn selbst diese Zustimmung der KPFührung Nordvietnams zum Einmarsch der Einheiten des Warschauer Pakts in die CSSR zeigt nicht das wahre Ausmaß ideologisch-politischer Differenzen, vielmehr die Notwendigkeit nackten Kalküls. Erst das Aufgeben einer bedingungslosen, weltpolitisch wirksamen Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, das Teil der derzeitigen sowjetischen Strategie ist, konnte eine Abhängigkeit konstituieren, die heute die KP Ho-Chi-Minhs dazu zwingt, sich die Hilfeleistungen der UdSSR zu erdienen. Öffentliche Unterstützung als Tausch für lebensnotwendige materielle Hilfe: wohl selten hat eine von Marx analysierte vorsozialistische Kategorie ihre Lebenskraft im Handlungssystem der UdSSR deutlicher vorgewiesen

negative bleiben muß: wo die Abschaffung des individuellen Eigentums und der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ein bloß bürokratischer Schritt bleibt, dessen lebenspraktische, demokratisierende Möglichkeiten vom sowjetischen Eigentümer des Ideologiemonopols je nach Lage militärisch beschränkt werden, da hat dies kommunistische Modell jeden Kredit verspielt und zudem sein historisches Versprechen gebrochen.

Im Lichte der tschechoslowakischen Erfahrungen enthüllt sich auch die Taktik der westdeutschen KP nach der Großen Koalition als makabres bürokratisches Kalkül. Ausgerechnet eine Partei, die hierzulande kritikloser als die studentische Linke nach dem Bündnis mit „progressiven Sozialdemokraten" und nach parlamentarischen Vertretungsspielen ruft, stimmt heute opportunistisch in die Kritik an der KPC mit ein. Eine Gefahr, die realiter nicht vorhanden war — sonst würden die „Beweise" der DDR-Presse nicht so lächerlich dünn ausfallen —, nämlich das Aufkommen und die Wiederzulassung der Sozialdemokratischen Partei, wird zum Stolperstein für die Genossen in Prag; SED wie KPD finden nichts Widersprüchliches daran. Während die studentische Linke und die außerparlamentarische Opposition ihre gesellschaftspolitischen Ziele selbst unter Verleugnung taktischer Möglichkeiten offenlegen, nehmen Altkommunisten zu ideologischem Gehorsam und zu argumentellen Winkelzügen Zuflucht, die sie, würden sie aus ihrer selbstgewählten Bewußtlosigkeit erwachen, wohl kaum begriffen. Orthodoxie — dies bestätigt sich erneut — war schon immer dann am mächtigsten, wenn sie theoretische Entwürfe nicht auf den politischen Tageskampf anzuwenden brauchte, sondern ihre Rechtfertigungsmuster für inhumane, von den Bedürfnissen der Menschen abgelöste Praxis im nachhinein diktiert erhielt. Es bleibt die schmerzliche historische Ironie zu beklagen, daß deutsche Kommunisten in Ost und West die politische Glaubwürdigkeit, die ihnen im Leiden unter der NS-Herrschaft zuwuchs, auch heute weder über der Apologetik auf sowjetische Ordnungspolitik verspielen. Sie unterwerfen sich, ob aus sentimentalen oder opportunistischen Motiven, einem sowjetischen Monopol auf sozialistische Doktrin und doktrinäre Praxis, das sich, weltgeschichtlich ohnehin überholt, mit Mitteln Geltung verschafft, welche die Ziele auf Dauer diskreditieren.

Orthodoxe Parteien scheuen die Folgen ihrer eigenen Ideen in der Wirklichkeit und schicken sich an, sie bürokratisch zu verwalten. Niemand kann der neu entstandenen Linken in Europa und anderswo ernsthaft einreden wollen, sie habe in Solidarität mit der sowjetischen Politik — sei's in Europa, sei's in der Dritten Welt — eine Tradition zu bewahren: Eine Tradition, deren aktuelles Gesicht durch Machtpolitik unkenntlich geworden ist, ist nur erfolgreich zu beleben, wenn die Neue Linke ihre humanen Züge auch in immanenter Kritik zu bewahren vermag. Eine so intendierte Kritik ist nicht Zeichen eines blinden Antikommunismus, vielmehr der reale Versuch, dessen Ursachen durch sozialistische Politik zu beseitigen.

Dr. Arno Klönne

CSSR-Intervention und die Linke

Die militärische Intervention der UdSSR und anderer Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR hat verständlicherweise auch in der außerparlamentarischen Opposition zunächst eher Emotionen als politische Analysen hervortreten lassen.

Innerhalb des weiten Feldes der außerparlamentarischen Opposition finden sich unter anderen folgende kontroverse Interpretationen der Vorgänge um die CSSR: Die Intervention, so hört man auf der einen Seite, sei die Reaktion eines nur dem Schein nach sozialistischen, in Wahrheit totalitär-imperialistischen Systems (nämlich der UdSSR) auf das in der CSSR praktizierte Modell eines freiheitlichen Sozialismus. Die von der UdSSR vorgebrachten Argumente, nämlich die Hinweise auf „konterrevolutionäre" Bestrebungen in der CSSR und auf außenpolitische Machtverschiebungen zuungunsten des Warschauer Paktes, seien nichts weiter als propagandistische Tarnungen. Die Intervention erscheint hier als eine Art Glaubenskrieg, als eine Strafaktion einer pervertierten „Großkirche", die den Glaubensinhalt (die Revolution) längst verraten habe, gegen die wahrhaft Gläubigen.

Von dieser Darstellung nicht weit entfernt ist die (u. a. von Sprechern der außerparlamentarischen Opposition in Westberlin vertretene) Auffassung, die UdSSR, die der antikolonialen Revolution und Vietnam die militärische Unterstützung verräterischerweise verweigere, reagiere empfindlich nur dort, wo die Stabilität ihres mit den USA sozusagen abgesprochenen machtstaatlichen Herrschaftsbereichs angetastet werde. Die Politik der UdSSR sei also im Grunde nichts weiter als traditionelle Großmachtpolitik.

Auf der anderen Seite, vornehmlich bei westdeutschen Kommunisten, wird die Intervention als notwendige und berechtigte Abwehrmaßnahme gegen einen antisozialistischen Plan der Machtergreifung in der CSSR hingestellt, die im Ergebnis den Sozialismus in der CSSR gerettet habe. Wer die Intervention kritisiere, sei der imperialistischen Propaganda erlegen und stärke zumindest objektiv die reaktionären politischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Überprüft man diese Versionen, so fällt zunächst auf, daß beide methodisch verwandte Züge haben: In beiden Fällen werden die Ereignisse nicht in ihrem konkreten, historischen, gesellschaftlichen und außenpolitischen Zusammenhang erörtert, sondern ein längst vorgegebenes Deutungsschema erklärt ohne langes Wenn und Aber den Sachverhalt — hier das Schema von der antisozialistischen, imperialistischen Politik der UdSSR, dort das Schema von der UdSSR als der Autorität des Weltsozialismus, die letztlich nicht irren könne, wobei das erste Schema oft die durch Enttäuschung gewonnene Umkehrung des zweiten ist.

Im folgenden wird versucht, einige Zusammenhänge der Intervention jenseits derartig „theologischer" Denkmuster zu skizzieren.

I

Das sozialistische System in der Tschechoslowakei wurde in der Nachkriegszeit nicht etwa einer dem Sozialismus überwiegend feindseligen Bevölkerung aufgepfropft (tatsächlich hatte gerade in der CSR die Kommunistische Partei nach 1945 starken Rückhalt in der Bevölkerung); dieses System entstand aber andererseits in seiner konkreten Ausformung auch nicht ohne den außenpolitischen Druck der UdSSR, wobei die damaligen Entscheidungen der UdSSR vor allem durch die begründete Befürchtung bestimmt wurden, die CSR könne durch die Einbeziehung in den Marshall-Plan dem sich bildenden westeuropäisch-amerikanischen Block einverleibt und damit auch strategisch zum Instrument gegen die UdSSR gemacht werden. Solche Befürchtungen der UdSSR lagen damals um so näher, als die USA gerade erklärtermaßen eine Roll-back-Politik gegenüber dem Kommunismus starteten und die CSR schon unter Hitler als Ausgangsbasis für den Angriff auf die UdSSR gedient hatte. Das unter Regie der UdSSR in der CSR errichtete sozialistische Regime schien in seiner Existenz zunächst relativ unproblematisch, zumal zwischen der CSR und der UdSSR — im Unterschied etwa zu Polen oder Ungarn — nicht etwa historische nationale Differenzen, sondern, im Gegenteil, traditionelle nationale Bindungen bestanden. Jahre hindurch wurde denn auch in den Staaten und Parteien des Warschauer Pakts die CSSR als jenes sozialistische Land nächst der UdSSR betrachtet, in dem innere gesellschaftliche Krisen (wie in der DDR, Ungarn und Polen) nicht auftreten könnten. Hier bereits zeigte sich allerdings eine politische Denkweise, die einen äußerst folgenreichen Verlust an marxistischer Theorie verriet: Vordergründig-machtpolitische Absicherung und bürokratische „Stabilität" des Systems wurden fälschlich für die endgültige Durchsetzung des Sozialismus gehalten.

Die Einschätzung der Situation in der CSSR von seiten der sowjetischen Kommunisten verkannte im übrigen Unterschiede der politischen Geschichte und der ökonomischen Struktur der CSSR einerseits, der UdSSR andererseits. Die CSSR hatte, stärker als alle anderen Ostblockstaaten, demokratische Elemente innerhalb des bürgerlichen Staates entwickelt; zudem war sie beim Übergang zum sozialistischen Regime industriell bereits hoch entwickelt. Um so größere Belastungen mußte hier die Periode des Stalinismus hinterlassen; um so ängstlicher hütete man sich daher auch in der Führung der CSSR Jahre hindurch, das Problem des Stalinismus überhaupt beim Namen zu nennen und mit der Vergangenheit kritisch zu verfahren. Die immer noch vorherrschende Weigerung der offiziellen Doktrin in den Ostblockstaaten, das Problem des Stalinismus marxistisch-theoretisch anzugehen, mußte gerade in der CSSR auf längere Frist Explosivstoff anhäufen; zugleich lähmte gerade hier der Dogmatismus nicht nur die ideologische, sondern auch die ökonomische Entwicklung.

Es war vorherzusehen, daß unter diesen Umständen eine Reformbewegung in der CSSR, wenn sie erst anlief, ein sehr viel schärferes Tempo annehmen und sehr viel schwierigere Probleme aufwerfen würde als in manchen anderen Ostblockstaaten.

Es war zweitens vorherzusehen, daß eine Reformbewegung innerhalb der CSSR, durchaus im Unterschied etwa zu Ungarn 1956, das Problem stellen würde, ob innerhalb des Warschauer Pakts und ohne Bruch mit der sowjetischen Partei eine neue Variante kommunistischer Entwicklung möglich sei, eine Variante, die angesichts der spezifischen historischen und ökonomischen Bedingungen in der Tschechoslowakei in gewissem Umfange Modellcharakter für sozialistische Bewegungen in Westeuropa hätte gewinnen können. Daß Reformbewegungen in

der CSSR nicht etwa, wie linke Utopisten in der BRD hofften, castristische oder maoistische Züge, sondern eher „sozialdemokratische" Akzente haben würden, war ebenfalls zu erwarten. Schließlich war auch mit Sicherheit zu erwarten, daß politische Kräfte innerhalb der NATO, vor allem in der Bundesrepublik, jede Reformbewegung in der CSSR zu dem Versuch nutzen würden, diesen Staat auf längere Sicht aus dem Warschauer Pakt herauszubrechen und auf diese Weise den Status quo in Europa zu ihren Gunsten zu verändern.

Als diese vorhersehbaren Entwicklungen Ende 1967 in Gang kamen, stellte sich heraus, daß die sowjetische Führung keine theoretische Perspektive und keine politische Strategie zur Bewältigung der damit entstehenden Probleme verfügbar hatte. Statt dessen war das Verhalten der UdSSR in den einzelnen Phasen der Krise um die CSSR allem Anschein nach durch den eher panischen Wunsch bestimmt, jedes sicherheitspolitische Risiko für den Warschauer Pakt zu vermeiden (was verständlich ist) und der UdSSR selbst sowie den anderen Ostblockstaaten jede innere Beunruhigung durch die Reformbewegung in der CSSR zu ersparen (was sich auf längere Sicht als katastrophenträchtig erweisen wird).

Die Führung in der UdSSR setzte ihre Hoffnungen offenbar nicht in die offene politische Auseinandersetzung und Diskussion mit den Massen in der CSSR (und in den anderen Staaten des Warschauer Pakts), sondern in die Wirksamkeit administrativen Drucks und militärischer Demonstration — dies gegenüber einer Partei in der CSSR, die — was auch immer man von einzelnen ihrer Entscheidungen halten mag — ohne Zweifel an der Grundentscheidung für das sozialistische System wie auch am Bündnis mit der UdSSR festzuhalten entschlossen war. Die militärische Besetzung legte die ganze Fehlerhaftigkeit der Konzeption bloß: Der Truppeneinmarsch geschah mit der Begründung, eine Gruppe von politischen Persönlichkeiten in der KP der CSSR habe das Militär der anderen Staaten um Hilfe gebeten, ein Argument, das offenbar von der Kalkulation ausging, nach dem Einmarsch werde sich ein gewichtiger Teil der Partei und der Bevölkerung in der CSSR auf die Seite der Interventionsstaaten stellen. Auch die Polemik gegen die „Verräter" Dubcek, Smrkovsky und Cernik, die zunächst in der sowjetischen Presse anlief, zeugte von der Erwartung, die Bevölkerung in der CSSR werde sich leicht von dieser Führungsgruppe trennen lassen. Derart groteske Fehleinschätzungen der Situation in der CSSR können wohl nicht mit einem Mangel an Informationen erklärt werden; sie deuten vielmehr auf tiefgehende strukturelle Fehleinstellungen in der sowjetischen Politik hin. Auch die Verwunderung in der UdSSR, als die kommunistischen Parteien außerhalb des Warschauer Pakts mehrheitlich die Intervention in der CSSR verurteilten oder kritisierten, zeugt von einer isolationistischen Einstellung, die den Begriff der „kommunistischen Weltbewegung" zur Farce macht.

II

Die Reaktionsweisen der UdSSR in der Kontroverse mit der CSSR, der Ablauf und die Begründung der Intervention und der vorläufige — wohl eher dilatorische — Kompromiß mit der Reformergruppe in der KP der CSSR, weit davon entfernt, eine offensive Haltung im Sinne des internationalen Sozialismus auszudrücken, verraten die politische Schwäche der sowjetischen Position, das Unverständnis gegenüber der Situation in der CSSR und ihrer Problematik und eine gewisse Panik angesichts unvermeidlicher — und gewiß nicht risikofreier — Wandlungsprozesse in den sozialistischen Staaten; gerade die Flucht in die Anwendung administrativ-militärischer Mittel deutet in diesem Falle ja keines-

Dokumentation und Zeitgeschehen in der edition suhrkamp

173 Jürgen Horlemann / Peter Gäng: Vietnam. Genesis eines Konflikts. *Erstausgabe.* Die Geschichte Vietnams seit den dreißiger Jahren.

203 Hans Magnus Enzensberger: Deutschland, Deutschland unter anderm. Äußerungen zur Politik. *Erstausgabe.*

222 Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. *Erstausgabe.* Hofmann definiert den Stalinismus und den Antikommunismus als Momente der Verblendung.

226 Folgen einer Theorie. Essays über »Das Kapital« von Karl Marx. *Erstausgabe.* Vor 100 Jahren ist »Das Kapital« erschienen. Fachleute diskutieren seine Rezeption und Bedeutung.

228 Peter Gäng / Reimut Reiche: Modelle der kolonialen Revolution. *Erstausgabe.* Die Autoren untersuchen die koloniale Interessenpolitik, die antikolonialen Aufstände und die Theorien revolutionären Handelns.

223 Elisabeth Hannover-Drück / Heinrich Hannover: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. *Erstausgabe.* Erstmals wird hier ausführliches Material über Vorbedingungen und Nachgeschichte dieses Verbrechens veröffentlicht.

236 Wolfgang Fritz Haug: Der hilflose Antifaschismus. *Erstausgabe.* Haugs Analysen definieren die Ohnmacht jeder Opposition, die sich nicht politisch verwirklicht.

255 Jürgen Horlemann: Modelle der kolonialen Konterrevolution. *Erstausgabe.* Die Studie knüpft an den Band 228 an und ist dessen notwendige Ergänzung.

257 Ernst Bloch: Widerstand und Friede. Aufsätze zur Politik. *Erstausgabe.* Die Auswahl ist mit dem Titel der Rede Blochs zur Friedenspreisverleihung überschrieben.

263 Antworten auf Herbert Marcuse. *Erstausgabe.* Herausgegeben von Jürgen Habermas. Junge Autoren ehren den gesellschaftskritischen Theoretiker zum 70. Geburtstag.

264 W. Amman, H. Bacia, C. Nedelmann, P. Thoss: Kritik der Strafrechtsreform. *Erstausgabe.*

265 Stephan Leibfried: Die angepaßte Universität. *Erstausgabe.* Leibfried untersucht die »autoritäre Struktur« der Hochschule in der Bundesrepublik und den USA.

269 Martin Walser: Heimatkunde. Aufsätze und Reden. *Erstausgabe.* Heimatkunde darf hier als Bestandsaufnahme der politischen Umwelt verstanden werden.

270 Karl Markus Michel: Die sprachlose Intelligenz. *Erstausgabe.* Michel zeigt den Antagonismus zwischen Reflexion und Aktion, Intelligenz und Politik, Sprache und Macht.

271 Bottroper Protokolle. Aufgezeichnet von Erika Runge. *Erstausgabe. Vorwort von Martin Walser.* Bewohner einer Stadt im Ruhrgebiet berichten in Tonbandgesprächen über die Stillegung »ihrer« Zeche.

291 Ernst Bloch: Über Karl Marx. *Erstausgabe.* Dieser Band enthält u. a. die Rede »Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie«, die Bloch zum 150. Geburtstag von Karl Marx in Trier gehalten hat.

Suhrkamp Verlag
6000 Frankfurt, Postfach 2446/WPO 2

wegs auf machtbewußte Expansionsabsichten, sondern vielmehr auf die verschreckte und politisch nahezu hilflose Bemühung hin, den Status quo noch einmal zu stabilisieren. Wenig überzeugend wirkt in diesem Zusammenhang insbesondere die Informationspolitik der UdSSR, so etwa der melodramatische ständige Hinweis auf die Unbill, die den 99 Prager Arbeitern (die an die „Prawda" schrieben) und konservativen früheren Funktionären in der CSSR zugefügt werde, ferner der Hinweis auf die angebliche Entwaffnung der angeblich treukommunistischen Volksmiliz als Beleg für konterrevolutionäre Tendenzen in der KP-Führung der CSSR — während dann nach der Besetzung die Volksmiliz plötzlich als potentieller Herd der Konterrevolution erschien. Grotesk auch der Hinweis auf die „konterrevolutionäre Minderheit" um Dubcek, in einer Situation publiziert, als diese Gruppe offensichtlich die absolute Majorität der Partei und der Bevölkerung hinter sich hatte, was ja dann auch dazu führte, daß letzten Endes diese „Minderheit" wieder als einzig möglicher Gesprächspartner für die Erhaltung des sozialistischen Systems in der CSSR in Erscheinung trat. Enthüllend schließlich die Berufung darauf, daß anonyme „politische Persönlichkeiten" die Intervention und Besetzung erbeten hätten, während nach der Besetzung sich keine dieser Persönlichkeiten als bereit erwies, aus der Anonymität herauszutreten.

Die Begründung für die Intervention versteifte sich derart auf die These der Abwehr einer „Verschwörung" (zunächst einer „Minderheit" in der KP der CSSR, dann einer mit dem Westen kooperierenden Gruppe außerhalb der KP), daß selbst die Teilwahrheit, die in dieser These steckt (nämlich die zielstrebige Ausnutzung der Situation durch westliche Geheimorganisationen) nicht mehr geglaubt wurde. Als Interpretation der Gesamtlage und ihrer Ursachen aber muß die Verschwörungstheorie gerade marxistischem Denken als absolut unangemessen gelten; insbesondere hier erwies sich, wie sehr die sowjetische Argumentation darauf hinauslief, die wahren Probleme theoretisch zu umgehen.

Umgangen wurde in den Verlautbarungen der Warschauer-Pakt-Staaten auch das Problem, wie denn die Intervention mit dem — in der offiziellen Doktrin dieser Staaten unbestrittenen — Prinzip der nationalen Souveränität zu vereinbaren sei. Gerade die Leninsche Theorie enthält wichtige Aussagen zum Thema der Souveränität der Völker, die hier, über das bürgerliche Völkerrechtsdenken hinausgehend, mit dem Prinzip der Volkssouveränität vermittelt wird. Wenn die heutige sowjetische Politik im konkreten Fall dem Sicherheitsinteresse der UdSSR den Vorrang vor diesem Leninschen Prinzip der Volkssouveränität gibt, so ist dies ein Problem, das am wenigsten durch scheinlegalistische Fiktionen, die für jedermann als propagandistische Überbrückungen eines politischen Widerspruchs erkennbar sind, gelöst werden kann. Die politische Verlegenheit diesem Widerspruch gegenüber hat wohl auch dazu beigetragen, daß in den offiziellen Rechtfertigungen der Intervention durch die UdSSR der Hinweis auf die Gefährdung der sowjetischen Sicherheitsinteressen durch die Entwicklung in der CSSR keine allzu deutliche Rolle spielt. Diese Tatsache fördert wiederum jene Interpretation in der westlichen Linken, die unter Vernachlässigung des sicherheitspolitischen Aspekts die Motive für den Schritt der UdSSR allein in der Abneigung der sowjetischen Führung gegen den Reformkommunismus sucht.

Tatsächlich spielen aber gerade beim Vorgehen der UdSSR gegenüber der CSSR sicherheitspolitische und strategische Erwägungen eine große Rolle; völlig zu Recht geht die UdSSR davon aus, daß speziell bei den maßgeblichen politischen Kräften in der Bundesrepublik die Absicht vorherrscht, durch politisch-ökonomische Einbrüche in den Bereich des Warschauer Pakts langfristig auch die mili-

tärische Machtverteilung zu ihren Gunsten zu verändern und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren. Die westeuropäische Linke hat allen Grund, solchen Ambitionen entgegenzutreten; sie muß von daher und im Hinblick auf die weltpolitische Machtverteilung durchaus Verständnis für die sicherheitspolitischen Interessen der UdSSR haben.

Nun ist jedoch offensichtlich, daß die akute Gefahr eines Herausbrechens der CSSR aus dem Warschauer Pakt und der damit verbundenen einseitigen Machtverschiebung nicht bestand. Die Ehrlichkeit der Beteuerungen der Reformer-Gruppe in der Führung der CSSR, die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und das Bündnis mit der UdSSR sollten nicht gelöst werden, kann man durchaus unterstellen. Das politische Gewicht der UdSSR war überdies groß genug, um auch ohne Truppeneinmarsch den abrupten Ausbruch der CSSR aus dem Paktsystem zu verhindern. Wenn die UdSSR zur Begründung ihrer Politik darauf hinweist, daß in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit die Forderung nach Neutralität der CSSR erhoben wurde, so ist hier festzustellen, daß solche Parolen erst nach dem Einmarsch sich ausbreiteten und eine völlig verständliche Reaktion gegenüber der Intervention ausdrückten. Die Gefahr für den Warschauer Pakt lag also nicht darin, daß Dubcek und seine Leute den Pakt verlassen würden, sondern vielmehr darin, daß langfristig innergesellschaftliche Wandlungen in der CSSR den Boden für den Austritt aus dem Pakt bereiten könnten. Und dies war ein Grund für die militärische Intervention der UdSSR.

Hier genau zeigt sich nun die strukturelle Problematik der gegenwärtigen sowjetischen Politik, die, geblendet durch kurzsichtige und verabsolutierte militärpolitische Interessen und tradtionelle Denkweisen einer Großmacht, die sozialistische (in Vietnam gegen die USA bewährte) Erkenntnis verdrängt hat, daß auf die Dauer politisches Bewußtsein der Majorität eines Volkes stärker ist als militärpolitische Konstruktionen. Es wäre Sache der sozialistischen Staaten und aller kommunistischen Parteien gewesen, die offene Auseinandersetzung um die sozialistische Entwicklung der CSSR zu führen, ebenso den offenen und internationalen politischen Kampf gegen jene Ambitionen, die die CSSR in den Machtbereich der NATO hinüberziehen wollten — und langfristig hätte allein der Erfolg dieser Auseinandersetzung auch sicherheitspolitische Risiken ausschalten können. Diese politische Auseinandersetzung internationalen Formats hat die UdSSR nicht einmal versucht. Statt dessen hat sie, im Widerspruch zu den Vorstellungen der Mehrheit der kommunistischen Parteien in der Welt, den administrativ-militärischen Weg der Intervention im Stile des Coups gewählt und damit aller Voraussicht nach vorerst alle Chancen zerstört, daß das tschechoslowakische Volk sich freien Willens für die Beibehaltung des Bündnisses mit der UdSSR entscheiden würde. Damit ist auch sicherheitspolitisch ein Risiko entstanden, das jedes vor der Intervention bestehende Risiko weit hinter sich läßt. Die UdSSR wird vermutlich bald erfahren, daß militärpolitische „Stabilisierungen" dieser Art unter den heutigen Bedingungen in der Tat Papiertiger-Charakter haben.

III

Prinzipiell das gleiche gilt für die gesellschaftspolitische Seite des Problems. Auch hier ist festzustellen, daß die von den Interventionsstaaten behaupteten antisozialistischen Tendenzen durchaus vorhanden waren, daß aber keine akute Gefahr des Übergangs der CSSR zum Kapitalismus bestand. Die Verhältnisse in der CSSR und die politische Linie der Reformer in der KP der CSSR boten zumindest die Chance, den Sozialismus in diesem Lande auf die Stufe des Bewußt-

seins, der demokratischen Aktivität der Majorität zu heben, ohne daß mit dieser Feststellung den idealisierenden Überzeichnungen des „Prager Modells" gefolgt wird. Wiederum setzte die sowjetische Führung nicht auf die politische Strategie der offenen Auseinandersetzung innerhalb der Massen und in Kooperation mit der internationalen Linken (etwa den für die Bürger der CSSR wichtigen Kommunistischen Parteien Westeuropas), sondern auf die militärische Pression. Die Chancen der kommunistischen Bewegung in der CSSR sind damit für lange Zeit zunichtegemacht, jede Reformbewegung dort gerät nun innerlich ins „westliche" Fahrwasser.

Gewiß hätte der Fortgang der Reformbewegung in der CSSR Anfechtungen und Beunruhigungen in anderen Staaten des Warschauer Pakts freigesetzt. Aber die sowjetische Führung irrt, wenn sie meint, solchen Problemen nun entgangen zu sein. Die Geschichte läßt sich nicht betrügen. Das sozialistische System als Import (eine Kennzeichnung, die unter den sozialistischen Randstaaten der UdSSR auf die CSSR am wenigsten zutraf!) wird Dauer nur insoweit haben, als der versäumte Akt der Revolution in — wenn auch noch so schwierigen — bewußten Entscheidungen der Majorität nachgeholt wird. Insofern hat die Intervention in der CSSR die politische Krisenanfälligkeit anderer sozialistischer Randstaaten nicht aus der Welt geschafft, sondern die Probleme lediglich vertagt und ihre Lösung im sozialistischen Sinne aufs äußerste erschwert. Die Spekulation, diese Probleme würden sich in nichts auflösen, wenn es gelinge, das Warschauer-Pakt-System solange vordergründig stabil zu halten, bis die ökonomische Entwicklung dort den Lebensstandard der führenden westlichen Länder erreichbar gemacht habe, verabsolutiert auf gefährliche Weise einen Teilfaktor; die zunehmenden gesellschaftskritischen Bewegungen in den führenden kapitalistischen Staaten signalisieren ein politisches Anspruchsniveau, das weit über das Thema „Lebensstandard" hinausgeht und das sich trotz aller Unterschiede der Systeme und Entwicklungen kommunikativ auch in die Ostblockstaaten hinein vermittelt. Marxistische Theorie müßte sich die Frage stellen, ob hier nicht neuartige und zusätzliche Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sichtbar werden; sozialistische Politik, auch in der UdSSR, wird auf lange Sicht nur dann Erfolge haben, wenn sie Konzeptionen auch für die Lösung dieser neuauftretenden Widersprüche findet. Die Vorstellung, der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im Weltmaßstab hänge völlig vom anzustrebenden ökonomischen Vorsprung der jetzt vorhandenen sozialistischen Staaten ab (um dessentwillen dann durch machtpolitische Stabilisierung jede Beunruhigung innerhalb dieser Staaten auszuschalten sei), legt den Kern der Problematik der gegenwärtigen kommunistischen Ideologie offen.

Die teils verständnislose, teils hilflose theoretische und politische Reaktion der sowjetischen Kommunisten gegenüber den „häretischen" kommunistischen Parteien und Staaten (Jugoslawien, China, Kuba), die passive Einstellung gegenüber den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und schließlich auch die Blindheit gegenüber den Folgen der Intervention in der CSSR resultieren nicht etwa, wie die „antiautoritäre" Propaganda schnellfertig behauptet, aus einem sowjetischen „Verrat" am Weltkommunismus zugunsten nationalistisch-imperialistischer Ziele der UdSSR, sondern vielmehr aus der historisch erklärbaren Identifikation des Weltkommunismus mit dem Bestand des sowjetischen Staates. Diese Identifikation enthält eine Teilwahrheit: Nachdem die russische Revolution 1917 allein geblieben war, lag und liegt die Sicherung der Existenz des sowjetischen Staates im Interesse des internationalen Sozialismus. Der Klassenkampf hat sich seit der Gründung der Sowjetunion zum Teil auf die

Ebene der politischen Auseinandersetzung zwischen den Staaten verschoben; auch heute erweist sich nüchterner Betrachtung die politisch-ökonomische und militärische Macht der Sowjetunion als Rückhalt für autochthone Revolutionen, wo diese in Auseinandersetzung mit fremdstaatlicher Macht geraten (so etwa in Vietnam, das sich, entgegen den Behauptungen einiger hiesiger Linken, in seinem Emanzipationskampf sehr wohl auf den Rückhalt der UdSSR stützt). Die Identifikation von internationalem Sozialismus oder kommunistischer Weltbewegung mit dem sowjetischen Staat geht jedoch auf katastrophale Weise fehl, wo sie die Existenz der UdSSR und des von ihr geführten Blocks als einzigen relevanten Faktor innerhalb des internationalen Klassenkampfes setzt — wo sie an die Möglichkeit des militärischen oder militärisch gestützten Exports des Sozialismus glaubt —, wo sie eine theoretische Autorität der sowjetischen Kommunisten für den internationalen Sozialismus postuliert —, oder wo sie schließlich den spezifischen Weg der UdSSR für ein generelles Modell sozialistischer Entwicklung hält. Gewiß gibt es zu einigen dieser Probleme, zumal seit dem XX. Parteitag, auch in der sowjetischen Parteiprogrammatik Formulierungen, die derartige Irrtümer vermeiden, aber die theoretische Debatte hierüber blieb in der sowjetischen (und in mancher anderen kommunistischen) Partei zu oberflächlich, als daß wirkliche Lösungen hätten entstehen können. Auch jene Konzeptionen westlicher kommunistischer Parteien, die etwa im Stile des Togliatti-Memorandums die „Vielfalt" der kommunistischen Weltbewegung proklamieren, sind höchstens brauchbare Übergangsformeln, nicht jedoch marxistisch-theoretische Lösungen — was ohne weiteres sichtbar wird, wenn man sie — unabhängig von ihrem politischen Entscheidungsgehalt — in ihrem analytischen Niveau mit Theorien der leninistischen Epoche vergleicht.

Soweit es um die sowjetische Partei geht, hat die Abneigung gegenüber einer tiefergehenden theoretischen Analyse der bisherigen und der möglichen künftigen Entwicklung des Weltkommunismus mehrere Gründe: Da ist die traumatische Erinnerung an die Isolierung der russischen Revolution 1917, da ist (verständlich genug) der Hang zu innerer Geschlossenheit angesichts der Erinnerung an den Frontalangriff des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion, und da ist schließlich, und hier liegt das eigentliche Problem, die beharrliche Weigerung, im Stalinismus mehr als das Versagen von Personen, mehr als einen Betriebsunfall der Entwicklung des Sozialismus zu sehen. Der letztgenannte Punkt bezeichnet die unbewältigte Vergangenheit des sowjetischen Kommunismus, die, je länger sie aus dem Bewußtsein verdrängt wird, desto mehr die Politisierung der Massen in der UdSSR verhindert und progessive Chancen des sowjetischen Systems abschneidet.

IV

Traumatisch fixiert auf die Sowjetunion, positiv wie negativ, war und ist weitgehend die westeuropäische Linke. Während ein großer Teil dieser Linken, wohl unter dem Eindruck des „Versagens" der Revolution in Mittel- und Westeuropa am Ende des ersten Weltkrieges, Jahrzehnte hindurch die außenpolitische Hilfestellung für die Sowjetunion zum einzigen Fixpunkt ihrer Strategie machte und dabei die theoretische und politische Entwicklung unter den eigenen gesellschaftlichen Bedingungen fast aus den Augen verlor, neigt nun die „junge" Linke in Westeuropa dazu, die Sowjetunion für das Ausbleiben der Weltrevolution verantwortlich zu machen oder gar zum Hort der Konterrevolution zu erklären. Jener „neue Kommunismus", der zur Zeit deklariert wird, will sich von

jeder (wenn auch noch so kritischen) Verbindung zum „etablierten" Kommunismus entlasten und verschiebt damit den Sozialismus in die luftige Sphäre des literarischen Räsonnements, ein Versuch, hinter dem mindestens zum Teil das verachtenswerte Motiv steckt, sich der Mühsal der politischen Praxis (und damit auch des politischen Irrtums) zu entziehen.

Die Ereignisse in der CSSR werden vermutlich in der westeuropäischen Linken zunächst Tendenzen bestärken, die durch die generelle Distanzierung von jedem praktisch gewordenen Sozialismus (es sei denn, er befinde sich in gehöriger geographischer Entfernung und dementsprechender Undeutlichkeit) auf sozialistische Praxis überhaupt verzichten und damit auch die Chance der praktischen Kritik am etablierten Sozialismus und seinen aktuellen und strukturellen Fehlern und Überfremdungen verpassen.

Andererseits könnten gerade diese Ereignisse, insbesondere bei den westeuropäischen kommunistischen Parteien, zur theoretischen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit führen und damit die Voraussetzungen für einen neuen politischen Start der sozialistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern schaffen. Damit aber, ebenso wie durch die Emanzipationskämpfe in der Dritten Welt, könnten notwendige Wandlungen in den Staaten des Warschauer Pakts Entfaltungsspielraum erhalten. Die Rolle der Sowjetunion bzw. der gegenwärtigen sowjetischen Politik kann dabei nüchtern und differenziert beurteilt werden; wer in Moskau nicht das neue Jerusalem sah oder sieht, hat keinen Anlaß, an die Stelle der notwendigen politischen Auseinandersetzung mit der Politik der sowjetischen Kommunisten nun die linke politische Theologie der Verteufelung der Sowjetunion zu setzen. Die internationale Linke bedarf nicht eines neuen politischen Evangeliums, sondern der Rückkehr zur kritischen Methode des Marxismus und der Weiterentwicklung ihrer Ergebnisse.

So bitter es klingen und so sehr es das Bedürfnis nach „klaren Fronten", nach dem „einfachen Leben" in Sachen Politik enttäuschen mag: Die Demokratisierung der jetzt vorhandenen sozialistischen Staaten und die „Humanisierung" des Sozialismus sind endgültig erst durchsetzbar, wenn Veränderungen des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstab, insbesondere die Kräftigung der linken Bewegungen in den führenden kapitalistischen Staaten den zwischenstaatlichen Druck von den sozialistischen Staaten wegnehmen. Der Machtgewinn der Linken in den kapitalistischen Staaten kann nur Sache dieser Linken selbst sein. Zwischenzeitlich müssen die etablierten sozialistischen Staaten einerseits, die Linke in den kapitalistischen Staaten andererseits gegenseitig an der Existenz des anderen interessiert sein und zu diesem Zweck Möglichkeiten politischer Kooperation suchen; dies schließt politische Auseinandersetzungen zwischen ihnen, die konkrete Ausformung des Sozialismus und die konkreten politischen Entscheidungen der Staaten und Parteien betreffend, nicht aus, sondern erfordert sie.

Bernd Hartmann

Die Ereignisse in der CSSR aus marxistischer Sicht

Selten ist in der Bundesrepublik ein Ereignis so einheitlich interpretiert worden wie der Einmarsch der fünf Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR. Teile der außerparlamentarischen Opposition befanden sich plötzlich in einer gemeinsamen Argumentationsfront mit den antisozialistischen und antidemokratischen Kräften der Bundesrepublik. Zu Recht verwahren sie sich gegen die Proteste derjenigen, die hier in der Bundesrepublik für Notstandsgesetze und gegen Mitbestimmung, in Prag aber für Demokratie und Sozialismus sind. Aber dieser Protest gegen gleichgerichtete Proteste reaktionärer Kräfte, die durchaus in Übereinstimmung mit ihren Interessen handeln, wenn sie derartige Demonstrationen im Lande organisieren oder unterstützen, verrät natürlich nur mangelnden politischen Realismus, denn die praktische Aktionsgemeinschaft allein ist das politisch zählende Faktum, während die deklamatorische Versicherung andersgearteter Motivation, so ehrlich sie gemeint ist, nicht in die Waagschale fällt.

Die Tatgemeinschaft von Teilen der außerparlamentarischen Opposition mit der westdeutschen Reaktion hätte nur vermieden werden können, wenn die Entwicklungen in der CSSR richtig analysiert worden wären, woraus sich auch ein grundsätzlich anderes praktisches Verhalten ergeben hätte. Nun, nachdem die außerparlamentarische Opposition vor der Aufgabe steht, sich aus der ungewollten Gemeinsamkeit mit den antidemokratischen Kräften zu befreien, muß sie diese Analyse nachholen. Da das spontane Zusammengehen linker und reaktionärer Kräfte nicht etwa zufällig war, sondern auf fundamentale theoretische Schwächen innerhalb der Linken zurückzuführen ist, kann eine Diskussion von der Darlegung einiger prinzipieller Fragen nicht absehen.

Die Hauptfrage, die sich der außerparlamentarischen Opposition in dieser Diskussion stellt, lautet: Handelte es sich in der CSSR um eine konterrevolutionäre Entwicklung oder um die Herausbildung eines demokratischeren Sozialismus-Modells? Um dies beantworten zu können, ist Klarheit über drei weitere Fragen unerläßlich. Erstens darüber, was unter Entwicklung der sozialistischen Demokratie zu verstehen ist, zweitens darüber, wie sich der internationale Klassenkampf gegenwärtig in Europa abspielt, drittens darüber, wie die Entwicklungen in der CSSR konkret aussahen.

Liberalisierung oder Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaft und Demokratie

A) Sozialistische Wirtschaftsreform

Wie die hohen Wachstumsraten während der fünfziger Jahre zeigen, war es kein Fehler, daß in der CSSR zunächst das sowjetische Modell einer zentralistischen, vorwiegend administrativ gesteuerten Volkswirtschaft übernommen wurde. Durch die Kriegsfolgen und die Umwandlung des Gesellschaftssystems war eine straffe Zentralisierung in den ersten Jahren erforderlich. So war besonders ein konzentrierter Mitteleinsatz notwendig, um die Wirtschaft der Slowakei auf das

Niveau der böhmischen Landesteile zu heben. Zur dogmatischen Erstarrung führte diese Wirtschaftspolitik erst, als man das zentralistische Modell über die erforderliche Zeit hinaus beibehielt und fast blind anwandte. Nach Auffassung zahlreicher sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler wäre eine Umstellung der CSSR-Wirtschaft bereits Mitte der fünfziger Jahre notwendig gewesen.

So verpaßte die CSSR, die in den fünfziger Jahren das Land mit dem höchsten Lebensstandard unter den sozialistischen Staaten war, den Anschluß an die wissenschaftlich-technische Entwicklung der vergleichbar industrialisierten Länder. Fragt man nach den Bedingungen dieser Stagnation und dem Überdauern von formalen und bürokratischen Leitungsmethoden in Wirtschaft und Gesellschaft, so zeigt sich, daß der überschnelle Aufbau des Sozialismus der KPC nicht genügend Zeit gelassen hatte, die Einbeziehung der breiten Masse des Volkes in die Leitung des sozialistischen Staates zu organisieren. Gerade in den fünfziger Jahren, der Zeit der sichtbaren materiellen Erfolge, war es verabsäumt worden, das politische Bewußtsein und die berufliche Qualifikation der Bürger des sozialistischen Staates weiterzuentwickeln. Hinzu kam, daß die Nivellierung der Löhne, die einem utopischen Sozialismusverständnis entsprang, zur Uninteressiertheit der Arbeiter an der Steigerung der Arbeitsproduktivität führte und das Interesse an einer beruflichen Qualifizierung absinken ließ. Da auch die wissenschaftlich qualifizierten Berufe schlecht bezahlt waren, konnte bei Arbeitern das Motiv für ein Studium nur im fortgeschrittenen Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, bei bürgerlichen Familien jedoch unverändert in der Wahrung der Tradition und des Milieus liegen, so daß das Bildungsprivileg nicht gebrochen und die Distanz zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse nicht geringer wurde.

Infolge der ungerechtfertigt rasch vollzogenen Vollsozialisierung (in anderen sozialistischen Staaten Osteuropas wurde dieser Prozeß bewußt wesentlich langsamer vollzogen) wurden die Mittelschichten entwurzelt und nahmen am sozialistischen Aufbau nicht teil. Die KPC unterließ es, durch systematische politische Erziehungsarbeit diese Schichten zum Sozialismus hinzuführen. Sie vernachlässigte die ideologische Erziehungsarbeit aber nicht nur im Bürgertum und bei der Intelligenz, sondern generell, weil sie das politische Bewußtsein der Massen überschätzte. So verkündete schon im Juli 1960 die Gesamtstaatliche Konferenz der KPC den „Sieg des Sozialismus in der CSSR und den allmählichen Übergang zum Kommunismus". Diese falsche Gleichsetzung vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit dem Sieg des Sozialismus überhaupt wurde später zwar revidiert, sie hatte jedoch zur Konsequenz, daß die Partei ihre ideologische Erziehungsaufgabe praktisch nicht mehr wahrnahm und so die Kluft zwischen der sozialistischen Gesellschaftsordnung und dem Bewußtsein des Volkes immer größer wurde. Nicht einmal mehr die Normen des Parteilebens wurden allgemein eingehalten. Schon Anfang der sechziger Jahre wurde beispielsweise auf den Kandidatenstatus verzichtet, zuvor schon hatte man das für die Schulung der Parteimitglieder unerläßliche Parteilehrjahr abgeschafft. Die KPC gab sich der Illusion hin, daß sich auf der Basis vergesellschafteter Produktionsmittel das politische Bewußtsein der Massen spontan weiterentwickele, und verzichtete auf die Ausarbeitung einer strategischen Konzeption und taktischen Linie für die gesellschaftliche Entwicklung in der CSSR. Dieses Versäumnis machte sich sofort bemerkbar, als die ökonomischen Schwierigkeiten offen zutage traten. Erst 1966 stellte der 13. Parteitag der KPC eine Analyse der ökonomischen Situation zur öffentlichen Diskussion und beschloß einen Neuanfang mit einem neuen ökonomischen System, das mit Lohndifferenzierungen, materiellen Anreizen und einem

Marktmechanismus die wissenschaftlich-technische Lücke aufholen und die sozialistische Demokratie weiterentwickeln sollte. Auf der Tagesordnung steht seither die Ablösung der verknöcherten administrativen Formen durch moderne ökonomische Leitungsmethoden. Ein derartiges Unterfangen setzt theoretische Klarheit über die Funktionen der Wirtschaft im Sozialismus voraus, wenn ein Abgleiten in die bürgerliche Ökonomie vermieden werden soll.

Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen ist nicht nur in der CSSR gegeben. Sie besteht prinzipiell überall, und zwar permanent, weil das unerhörte Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution zu einer fortwährenden Überprüfung der wirtschaftlichen Organisationsstruktur und der Methoden der staatlichen Wirtschaftslenkung zwingt. Auch diejenigen sozialistischen Staaten, die, wie etwa die DDR, frühzeitig eine umfassende Wirtschaftsreform durchgeführt haben, können sich auf ihrem neuen System auf die Dauer nicht ausruhen, sondern unterliegen dem Zwang, es entsprechend dem je neuesten Stande der Produktivkräfte weiterzuentwickeln, also in gewissen Abständen immer wieder partielle oder umfassendere Wirtschaftsreformen vorzunehmen.

In bestimmten, der kapitalistischen Wirtschaftsweise ideell noch nahestehenden Bevölkerungsgruppen und sogar in den kommunistischen Parteien, vorzugsweise unter ihren Ökonomen, kann sich dabei die Neigung herausbilden, die Anpassung des Wirtschaftssystems an die fortgeschritteneren Bedingungen nicht mehr zu erkennen als die Aufgabe, sozialistische Antworten zu finden und somit das sozialistische Wirtschaftsystem auf eine höhere Stufe seiner Entwicklung zu heben, sondern stattdessen auf Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft zurückzugreifen und sie wie Prothesen dem sozialistischen Wirtschaftssystem an jenen Stellen einzufügen, an denen es eigentlich der schöpferischen Weiterentwicklung des sozialistischen ökonomischen Systems bedurft hätte.

Hinter derartigen Anleihen bei der westlichen Marktwirtschaft steht oft die bei einfacheren Menschen in weniger sublimierter Form anzutreffende Bewunderung für den Westen. In vielen Fällen wird man sogar davon auszugehen haben, daß der Hang, die sozialistische Wirtschaft mit Elementen der Marktwirtschaft anzureichern (etwa im Sinne einer „sozialistischen Marktwirtschaft", wie sie Ota Sik vorschwebte), nur der ökonomische Ausdruck der dahinterstehenden allgemeineren Vorstellung ist, daß sich aus Kapitalismus und Sozialismus das jeweils „Beste" zu irgendeiner Art von „drittem" System vereinigen lasse. Daß das, was auf solchem Wege zustande käme, jedoch niemals als eine „Weiterentwicklung" des sozialistischen Wirtschaftssystems, sondern nur als dessen Rücklenkung auf kapitalistische Bahnen bezeichnet werden kann, liegt auf der Hand. Die Marktwirtschaft läßt sich mit der sozialistischen Idee nicht vereinbaren, und wo immer sie Einzug hält in ein sozialistisches Wirtschaftssystem, handelt es sich nicht um eine Entfaltung, sondern um eine Deformation seines sozialistischen Charakters. Denn für Sozialisten ist der Markt keine objektive Größe, die unabhängig von der planenden Initiative der Menschen existiert. Deshalb steht der im Interesse der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft entworfene Plan, nicht die Marktanarchie, im Mittelpunkt der sozialistischen Ökonomie. Der Markt wird von den Sozialisten berücksichtigt, eine sozialistische Marktwirtschaft aber kann es nicht geben.

Für interessierte westliche Beobachter, aber eben auch für manche Theoretiker, die sich selbst für Sozialisten halten, doch ihre theoretischen Prämissen nicht kritisch genug überdenken, hat das Stichwort von der notwendigen Weiterentwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems von vornherein nur die fal-

sche Bedeutung von „Liberalisierung", sie verstehen also darunter genau das Gegenteil dessen, was „Weiterentwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems" für einen Sozialisten zu bedeuten hat. So begreifen sie etwa die Entwicklung eines Systems materieller Anreize für den Einzelnen, das sich mit dem Sozialismus durchaus vereinbart, ja erst in ihm legitim wird, weil erst in ihm das ideelle Interesse des Arbeiters am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mit seinem materiellen Interesse an einem höheren Lebensstandard und dem beruflichen Fortkommen zur Koinzidenz gelangt, als eine bloße Wiederentdekkung des liberalen Konkurrenzgedankens. Sie sehen sich selbst in der Rolle von Leuten, die die „Praxis" zwinge, von einer „übertriebenen" Verdammung des Kapitalismus abzurücken und einzugestehen, daß bei aller nach wie vor beibehaltenen Verurteilung der Hauptfehler des Kapitalismus einige seiner Elemente doch für den Sozialismus übernehmbar seien. Aus diesem Denken erwächst nicht nur eine falsche, nämlich in der Tat kapitalistische Handhabung des Prinzips der materiellen Anreize, sondern auch die Illusion, daß sich Sozialismus und Kapitalismus aufeinander zu entwickeln und demnächst irgendwo in der Mitte begegnen könnten, da ja bekanntlich auch der klassische Laissez-faire-Kapitalismus nirgendwo mehr in seiner alten Form bestandsfähig ist, sondern immer mehr zu staatlicher Lenkung und Planung der Wirtschaft übergehen muß und sich somit nach irriger, aber weit verbreiteter Auffassung dem Sozialismus nähere.

Die „mittlere" Ebene, auf der sich die beiden heute feindlichen Systeme dieser Version zufolge treffen würden, wäre in Wahrheit die des staatsmonopolistischen Kapitalismus, d. h. die staatliche gelenkte Marktwirtschaft würde sich dann mit einer marktwirtschaftlich aufgelockerten Staatswirtschaft treffen und ihr so ähnlich geworden sein, daß sich beide Systeme vereinigen können. Diese Konvergenztheorie hat zur Voraussetzung, daß man einen jämmerlichen, nämlich auf die Planwirtschaft reduzierten Sozialismusbegriff hat. Sozialismus aber ist mehr als sozialistische Planwirtschaft, und sozialistische Planwirtschaft ist nicht einfach nur staatliche Planung, sondern Verfügung über die gesellschaftliche Produktion und deren Vermehrung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Wo man die Aufgabe der Weiterentwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems als die Aufgabe zu dessen „Liberalisierung" versteht, ist die Grundlage stets ein verstümmelter Sozialismusbegriff, der allerdings keine geeignete Plattform mehr für den Abwehrkampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt und einer Rekapitalisierung des Sozialismus Tür und Tor öffnet.

B) Sozialistische Demokratie

Analog verhält es sich mit der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie. In allen gemeinsamen Erklärungen der fünf kommunistischen Parteien des Warschauer Paktes und der KPC ist stets die Wichtigkeit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie hervorgehoben und das Recht jeder einzelnen kommunistischen Partei, für diese Entwicklung unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten ihres Landes in eigener Verantwortung Sorge zu tragen, ausdrücklich unterstrichen worden. Die westliche Presse hat diese Stellen nie ernstlich in ihrer wirklichen Bedeutung beschrieben, weil sie von vornherein unter Demokratisierung immer nur Liberalisierung versteht. Dies aber ist eine völlig irrige, im besten Fall uninformierte Betrachtungsweise. Denn sozialistische Demokratie bedeutet etwas prinzipiell anderes als bürgerliche Demokratie, und Entwicklung der sozialistischen Demokratie heißt demzufolge nicht im entferntesten Wiederaufnahme von Elementen der liberalen Demokratie.

Der Streit zwischen den fünf sozialistischen Staaten und der CSSR ging von Anfang an vorwiegend darum, daß die Führung der KPC, statt selbständig in der CSSR die sozialistische Demokratie zu entfalten, womit sie auf alle übrigen fünf Länder befruchtend hätte einwirken können, zur einfachen Reproduktion von Formen der bürgerlichen Demokratie überzugehen begann. Um diese Kontroverse zu begreifen, muß man wissen, was unter sozialistischer Demokratie und deren weiterer Entfaltung zu verstehen ist.

Die sozialistische Demokratie entsteht und entwickelt sich mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft in der Periode der Diktatur des Proletariats. Wenn das Proletariat, das keine andere Waffe als seine Organisiertheit hat, in einem Lande die Macht ergreift, so verwirklicht es damit die volle Selbstbestimmung der bisher unterdrückten Klasse, und zwar auf Kosten der bisher herrschenden Klasse. Das heißt, nach dem gewaltsamen Sturz des Kapitalismus gibt es volle Freiheit für die Arbeiterklasse deshalb, weil es für die Unterdrücker der Arbeiterklasse keine Freiheit mehr gibt. Die Aufgabe, die der Arbeiterklasse nach dem Sturz des Kapitalismus gestellt ist, ist der Aufbau des Sozialismus. In dieser Übergangsperiode sind sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats identisch, da die Voraussetzungen für die sozialistische Ordnung erst geschaffen werden müssen, und dies in einer Phase, in der die alten Klassen zwar politisch entmachtet, aber natürlich noch existent sind und ihre Ideologie in alle übrigen Klassen hinein weiter wirksam ist, bis tief in die Arbeiterklasse selbst hinein. Der Arbeiterklasse ist die Erfüllung ihrer Aufgabe somit nur möglich, wenn sie durch ihr Instrument, bestehend aus ihren bewußtesten Kräften, der Partei der Arbeiterklasse, in dieser Phase auf allen Gebieten dafür sorgt, daß die sozialistischen Ideen in den Köpfen der Menschen zum Zuge kommen und alle antisozialistischen Vorstellungen und Verhaltensgewohnheiten zurückgedrängt werden. Das bedeutet: keine Freiheit den antisozialistischen Stimmen.

Im Zuge des Aufbaus der sozialistischen Ordnung sterben die kapitalistischen Klassen langsam ab, da ihnen die ökonomische Basis genommen ist. Das bedeutet noch keineswegs, daß auch die kapitalistischen Ideologien restlos verschwinden. Aber immer mehr Menschen verändern ihr Bewußtsein, werden zu Sozialisten, weil die Wirklichkeit, die die kapitalistischen Ideologien verteidigten, nicht mehr vorhanden ist und den Menschen diese Ideologien folglich auch nichts mehr bedeuten. Der Grundsatz, daß im Sozialismus antisozialistische Stimmen kein Recht auf Verbreitung haben, läßt sich vom Sozialismus und vom Gedanken der sozialistischen Demokratie nicht trennen, denn der Sozialismus überwindet ja die bürgerliche Demokratie deshalb, weil sie eine Scheindemokratie, nur eine formale Demokratie war, in der die Mehrheit bei formal gleichen Rechten stets der Herrschaft der besitzenden Minderheit ausgeliefert war. Dieser Zustand läßt sich nur überwinden durch die Errichtung des Sozialismus, und die Errichtung des Sozialismus wiederum ist nur möglich, wenn die Partei der Arbeiterklasse diesen Prozeß anleitet und in jeder Hinsicht in der Hand behält. Stimmen gegen die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse sind somit Stimmen gegen den Sozialismus und als solche Stimmen für die Entmachtung der Arbeiterklasse zugunsten der einst herrschenden Minderheiten und deren Scheindemokratie. Weil die abgeschaffte bürgerliche Demokratie nur die verschleierte Diktatur der besitzenden Oberschichten war, kann es in der sozialistischen Demokratie zu keiner Zeit mehr ein Recht auf Werbung für die Wiedereinführung der bürgerlichen Demokratie geben. So ist nach dem Sturz des Kapitalismus und seiner Schein-

demokratie zur Sicherung dieses Erfolges gegenüber allen konterrevolutionären Gefahren die Diktatur der Arbeiterklasse gerechtfertigt.

Im Zuge der Annäherung der Klassen nach dem Sturz des Kapitalismus, der allmählichen Umwandlung ihrer zunächst antagonistischen Widersprüche in nicht mehr antagonistische, entsteht nun allerdings allmählich eine immer größere Basis in der Gesamtbevölkerung für den Sozialismus. Es wäre ein Unding, wollte die Partei der Arbeiterklasse all diesen Menschen gegenüber die gleiche Herrschaftsrolle spielen, in der sie zu Recht allen antisozialistischen Kräften entgegentritt. Sozialismus bedeutet, daß das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nimmt, selbst seine Politik gestaltet, und das heißt, daß es sich der Partei als seines Werkzeuges bedienen muß. Die Partei steht daher nicht im Gegensatz zu der Kraft der Volksmassen, selbsttätig Ziele, Organisationsformen usw. zu entwickeln, sondern ist Voraussetzung solcher Fähigkeit und deren Ergebnis zugleich. Die Partei ist darauf angewiesen, daß jeder Bürger an seinem Arbeitsplatz, in seiner Gemeinde, in den gesellschaftlichen Organisationen und in Staat und Partei seine Ideen zum Aufbau des Sozialismus und zu allen öffentlichen Fragen zur Geltung bringt, daß also Formen zur Einbeziehung der Bürger in das aktive öffentliche Engagement entwickelt werden, daß, mit anderen Worten, ein System des sozialistischen Mitbestimmens und Mitregierens entsteht. Dies bedeutet jedoch nicht etwa, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse zu schwächen, sondern im Gegenteil, sie noch mehr zu stärken, denn mit dieser führenden Rolle steht und fällt die Existenz des Sozialismus in allen sozialistischen Staaten, weil nur die Partei der Arbeiterklasse kampferfahren genug ist, um die permanenten kapitalistischen Versuche, eine Konterrevolution in Gang zu bringen, zu durchschauen und gebührend zu beantworten. Sozialismus ohne Partei, nur auf die Spontaneität des Volkes gegründet, wie es manch einem heute vorschwebt, würde der Konterrevolution das Spiel leicht machen und überdies als ein Sozialismus der von der Partei ideologisch nicht geschulten Mehrheit immer nur bestenfalls auf einen sozialdemokratischen Reformismus hinauslaufen können. Die Erfahrung des erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus hat bis heute bestätigt, daß die politische Macht der Arbeiterklasse nur dauerhaft erobert werden kann, wenn eine starke revolutionäre Partei existiert, die sich nicht einfach Räten oder anderen revolutionären Organisationen anpaßt, sondern verhindert, daß sich diese der Bourgeoisie oder der Sozialdemokratie anpassen. Bereits Lenin mußte sich mit Auffassungen auseinandersetzen, als schmälere die Entstehung von Räten zwangsläufig die führende Rolle der Partei bzw. diese müsse sich in Räte auflösen bzw. die Räte könnten die kommunistische Partei ersetzen: „In der Geschichte der russischen Revolution erlebten wir einen ganzen Abschnitt, als die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten" (Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, angenommen vom II. Weltkongreß der KI 1920). So setzten sich die Kadetten für Sowjets ohne Bolschewiki ein, und so sagten sich nach Lenin die klügsten Führer der Großbourgeoisie: Wir können in Rußland nicht sofort siegen, demnach muß unsere Losung sein „Sowjets ohne Bolschewiki" (Lenin, Über die Taktik der KPR, Referat auf dem III. Weltkongreß der KI 1921).

Aber auch dort, wo in einem Lande die führende Rolle der Partei gesichert ist, stellt dies noch keine Garantie gegen die Konterrevolution dar, wenn diese Partei vom sozialistischen Weltsystem isoliert ist und sich folglich nicht auf die Erfahrungen, den Rat und die praktische Solidarität der übrigen kommunistischen Parteien stützen kann. Kuba könnte keinen Tag ohne die Unterstützung des

sozialistischen Lagers existieren. Die führende Rolle der Partei in den einzelnen sozialistischen Ländern in Verbindung mit der festen Solidarität aller Parteien innerhalb des sozialistischen Weltsystems ist angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse das wirksamste Instrument des internationalen Klassenkampfes.

Die Handlungsfähigkeit der kommunistischen Parteien setzt deren innere Geschlossenheit voraus. Wie vereinbart sich die Notwendigkeit des jederzeit geschlossenen Auftretens mit der Forderung nach Offenheit für die Meinungen der Mitglieder und des Volkes? Das Modell, das dies ermöglicht, ist das Modell des demokratischen Zentralismus. Jeder Kommunist muß die Möglichkeit haben, seine Meinung zu einer anstehenden Entscheidung zu sagen, diese Meinung mit allem Nachdruck zu vertreten und Entscheidungen mitvorzubereiten. Ist jedoch über die bestimmte Frage durch Abstimmung entschieden, dann hat jedes Mitglied die gefallene Entscheidung zu vertreten. So ist die Partei immer zu geschlossenem Auftreten in der Lage. Die Partei als Ganzes hat die Pflicht, auf alle Stimmen, die ihr aus der Bevölkerung und deren Mitbestimmungskörperschaften bekannt werden, genau zu hören; umgekehrt muß jeder Bürger verstehen, daß Fragen von politischer Relevanz in einem sozialistischen Staat immer nur von der Partei der Arbeiterklasse endgültig entschieden werden können. „Alle, die die Geschichte der kommunistischen Bewegung studiert haben, die mit dem theoretischen Nachlaß W. I. Lenins vertraut sind, wissen wohl, daß nur eine solche marxistische Partei lebensfähig sein kann, deren Organisationen und Mitglieder konsequent das Prinzip des demokratischen Zentralismus einhalten. Die Mißachtung einer beliebigen Seite dieses Prinzips — sowohl der Demokratie als auch des Zentralismus — führt unvermeidlich zur Schwächung der Partei und ihrer führenden Rolle, zur Verwandlung der Partei entweder in eine bürokratische Organisation oder in irgendeine Aufklärungsgesellschaft" (Verteidigung des Sozialismus — höchste internationale Pflicht, Prawda vom 22. 8. 1968). Wenn der Sozialismus nicht zu einer Farce werden soll, dann ist der sozialistische Staat der von der Partei der Arbeiterklasse nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus geführte Staat. Den Staat unabhängig von der Partei zu denken, hieße, den Sozialismus unabhängig von der Arbeiterklasse zu denken. Dies aber ist das Merkmal des Sozialdemokratismus, der immer der Anfang vom Ende des Sozialismus ist.

Der Sozialdemokratismus geht von der Vorstellung aus, daß der Staat eine klassenneutrale, über den Parteien stehende Institution sei, um deren Beherrschung alle Parteien, darunter die Partei der Arbeiterklasse, sich unter gleichen Wettbewerbsbedingungen bemühen könnten. Diese bürgerlich-liberale Sicht zwingt die Vertreter des Sozialdemokratismus dazu, sich in der Konsequenz auch dazu zu bekennen, daß die Partei der Arbeiterklasse jederzeit bereit sein müsse, die Macht wieder in antisozialistische Hände übergehen zu lassen, sobald sich nur eine Mehrheitsstimmung im Lande dafür herausbildet — und ganze Armeen westlicher Experten sind in den Zeitungsredaktionen und Funkhäusern unablässig darum bemüht, einen solchen Stimmungsumschwung in den sozialistischen Ländern herbeizuführen. Es ist klar, daß die Vorstellung von einem Sozialismus, in dem der Staat und die Partei der Arbeiterklasse voneinander unabhängig sind und sich jede beliebige Gegenmacht gegen die Partei der Arbeiterklasse bilden und die politische Macht im Staate erringen kann, eine Vorstellung ist, die den Sozialismus aufs Spiel setzt. Deshalb hat die sozialistische Demokratie mit derartigen Vorstellungen nichts gemein. Sozialistische Demokratie meint eine

Demokratie auf der Grundlage eines von der Partei der Arbeiterklasse geführten sozialistischen Staates.

Die Aufgabe der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie besteht also nicht darin, Spielraum zu schaffen für die Herausbildung von gegen die Partei der Arbeiterklasse gerichteten Kräftegruppierungen, sie bedeutet vielmehr die Entwicklung des Meinungsaustausches, der offenen, von Furcht vor Repressalien freien Diskussion zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der parteilosen Bevölkerungsmehrheit wie innerhalb der Partei selbst, die Entwicklung institutioneller Formen der Beteiligung aller Bürger an den öffentlichen Entscheidungen, den Übergang von den Rechtsformen der ersten Phase nach dem Sturz des Kapitalismus zu einer für jedermann übersichtlichen sozialistischen Rechtssicherheit und schließlich der bewußten Gestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch die arbeitenden Menschen selber. Die sozialistische Demokratie entsteht und entfaltet sich in dem Maße, in dem das Bildungsprivileg gebrochen wird, antiemanzipatorische Traditionen im Denken und Verhalten der Menschen überwunden werden, die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung wächst und die Fähigkeit, die Betriebe zu leiten, die gesellschaftlichen Prozesse und die Geschäfte des Staates zu führen, zu einer Eigenschaft jedes Bürgers und jeder Bürgerin geworden ist. So verwandelt sich die Leitung des Staates und der Massen durch die Partei im Prozeß der Entfaltung der sozialistischen Demokratie in die Leitung des Staates durch die mit der Partei verbundenen und durch sie zu seiner Leitung fähig gewordenen Massen. Gerade um dieser Perspektive willen ist es der Auftrag der Partei, auf allen Stufen dieses komplizierten Entwicklungsprozesses antisozialistischen Strömungen energisch entgegenzutreten und bei immer weiterer Entwicklung der realen Demokratie jenen Bürgern, die sich ideologisch am Westen orientieren oder unbewußt dessen Diversionsparolen erliegen, als geduldiger Erzieher, notfalls aber auch als Staatsgewalt gegenüberzutreten und sich nicht in die falsche bürgerliche Pose eines toleranten Zuhörers oder bloßen Meinungsmaklers zurückzuziehen, der keinen eigenen Standpunkt zu vertreten hätte.

Die Schwierigkeit, diese nichtbürgerliche, sondern entschieden sozialistische Demokratie so zu entwickeln, daß sich mit der sozialistischen Freiheit nicht zugleich Freiheit für antisozialistische Kräfte ausbreitet, stellt ohne Zweifel hohe Anforderungen an die heutigen Kommunistischen Parteien, und von der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe hängt zum großen Teil auf längere Sicht die Zukunft des Sozialismus ab. Es ist deshalb nicht der geringste Anlaß gegeben, das Interesse der sozialistischen Länder an Modellen, die eine solche Lösung zu entwickeln versuchen, in Zweifel zu ziehen. Viele Beschlüsse, die die KPC seit ihrem Januar-Plenum faßte, zielen in diese Richtung, und von daher erklärt sich die positive Erwähnung des von der KPC seit dem Januar-Plenum eingeschlagenen Weges in allen Dokumenten der Staaten des Warschauer Paktes. Aber zugleich wird die scharfe Kritik verständlich, die sich zum Teil auch schon auf die ersten Prager Reformdeklarationen bezog, denn neben allen positiven Vorstellungen, deren Verwirklichung durch den Einmarsch der Truppen der fünf sozialistischen Staaten kein Hindernis in den Weg gelegt ist, enthalten sie auch bedenkliche Tendenzen, die zum Sozialdemokratismus und in der Konsequenz zur bürgerlichen Demokratie zurückführen würden.

So beschloß bereits das Januar-Plenum neben der Ablösung Novotnys von der Stellung des 1. Sekretärs der KPC, die von niemandem in ihrer Berechtigung bestritten wird, zugleich die Trennung von Partei- und Staatsfunktionen mit der prinzipiellen Orientierung, den Staat künftig allein auf die Nationale Front zu

stützen, in der sich außer der KPC nicht nur weitere Parteien und Organisationen befinden, sondern in Zukunft auch viele neugegründete Gruppen bei einer streng liberalen Handhabung der Gewährleistung des Koalitionsrechts einfinden sollten. Auch außerhalb der Nationalen Front sollten übrigens Parteien entstehen und tätig werden können. Während die KPC in ihren Deklarationen am Anspruch auf die Führungsrolle der Partei festhielt, begünstigte sie gleichzeitig ein Klima, in dem sich jede beliebige politische Richtung auf die Neugründung von Parteien Hoffnung machen und auch damit rechnen konnte, daß diese um den Preis eines ganz formalen Bekenntnisses zu irgendeiner Art von Sozialismus auch in die Nationale Front aufgenommen würden. Schon sprach man in den Zeitungen offen von einem „pluralistischen Sozialismus", ja sogar einem pluralistisch-parlamentarischen System, das einen Unterschied zu den im Westen bestehenden Systemen nicht mehr erkennen ließ. In allen Orten der CSSR gründeten sich „Clubs der Parteilosen", die darauf Kurs nahmen, sich in eine Partei umzuwandeln — und welch anderen Sinn könnte eine solche Partei haben als den, eine Gegenmacht zur KPC zu bilden? Bestrebungen zur Wiederzulassung der Sozialdemokratischen Partei waren im Gange, im Club „K 231" organisierten sich alle einstmals politisch Verurteilten, ob zu Unrecht oder zu Recht verurteilt, ob Opfer der Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit in der Novotny-Ära oder zu Recht verurteilte bürgerliche oder gar faschistische Kräfte, die der sozialistischen Umwälzung Widerstand entgegengesetzt hatten; alle waren auf einmal Brüder, traten gemeinsam in einem derartigen Club auf, und die KPC verurteilte nicht etwa diese unnatürliche Ehe von bourgeoisen Antisozialisten und zu Unrecht verfolgten Kommunisten aus der Zeit etwa des Slansky-Prozesses, nein, in einer Broschüre des staatlichen Pragopress-Verlages (CSSR: Der Weg zum demokratischen Sozialismus) wurde diese Clubgründung unter die positiven Ereignisse eingereiht, die der Prager Reformkurs ermöglicht habe. In den Betrieben wurde die Bildung von Arbeiterräten angeregt, und das Manifest der „2000 Worte" nutzte diese Gelegenheit sofort, um die Arbeiter aufzufordern, in diese Räte Interessenvertreter „ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit" zu wählen, was in der aktuellen Situation nur als die Aufforderung verstanden werden konnte, keine Kommunisten (also „Sowjets ohne Bolschewiki") zu wählen. Der Warschauer Brief der fünf sozialistischen Staaten sagte über das Manifest der „2000 Worte": „Trotz der Beschlüsse des Mai-Plenums des ZK der KPC, das auf die Gefahr von seiten der Rechten und der antikommunistischen Kräfte verwies und diese als Hauptgefahr bezeichnete, wurde der verstärkte Angriff der Reaktion nicht zum Stehen gebracht. Gerade dadurch erhielt die Reaktion die Möglichkeit, öffentlich mit einer im ganzen Lande verbreiteten politischen Plattform unter dem Namen ‚2000 Worte' hervorzutreten, die einen offenen Appell zum Kampf gegen die kommunistische Partei, gegen die verfassungsmäßige Macht enthält, die zu Streiks und Unruhen aufruft. Dieser Appell stellt eine ernsthafte Gefahr für die Partei, für die Nationale Front und für den sozialistischen Staat dar, er ist ein Versuch, anarchistische Zustände zu schaffen. Dem Wesen nach ist diese Erklärung die politisch-organisatorische Plattform der Konterrevolution." Aber Dubcek ließ sich von den Verfassern dieses Manifestes, das die KPC nach seinem Erscheinen noch einhellig als reaktionär verurteilt hatte, schon wenige Wochen später auf einem Schriftstellerempfang ein zweites Dokument überreichen („Nur einige Worte", FAZ vom 27. 7. 68), in dem die „2000 Worte" nachträglich gerechtfertigt wurden. Kein bedenkliches Zeichen? Wo doch schon anläßlich der „2000 Worte" die FAZ gejubelt hatte: „Allein die Literarni listy, die als eine von vier Zeitungen das Manifest gedruckt hat, erreichte in dieser Nummer eine Auflage von 300 000 Stück. Die gesamte Nation hat dieses Dokument zur

Kenntnis genommen ... Allein 40 000 persönliche Briefe, die sich mit dem Inhalt des Manifestes identifizieren, gelangten dieser Tage in die Redaktionen, und Hunderte von kollektiven Solidaritätserklärungen kamen aus Fabriken und Betrieben" (FAZ vom 6. 7. 68). Und wenige Wochen später ist der Widerstand der Parteiführung gegen diese offen reaktionären Bestrebungen trotz aller Warnungen der fünf Bruderparteien hinweggeschwemmt — keine Eskalation der Gefahr? Das Verwirrende für westliche Sozialisten und Demokraten an der Reaktion der fünf Staaten besteht sicher vor allem darin, daß in der sozialistischen Staatenwelt gegen eine Entwicklung vorgegangen wird, der sie, wie sie meinen, in ihren eigenen Heimatländern gerade zum Zuge verhelfen wollen. Von daher werden dann sogar die westlichen Kommunisten in den Verdacht gebracht, nicht ehrlich für Demokratisierung, volle Rede- und Meinungsfreiheit und Mitbestimmung aller Bevölkerungsschichten hier im Westen einzutreten. Aber diese Sicht ist eine Täuschung, die sich daraus ergibt, daß die grundlegenden Unterschiede zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern übersehen werden. In einem kapitalistischen Land ist es ein objektiver, von jedem Kommunisten gewünschter Fortschritt, wenn an die Stelle der Alleinherrschaft des Kapitals eine aus liberalen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten zusammengesetzte Volksfront tritt oder anfangs auch nur größere gesellschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten errungen werden, wozu in jedem Falle der gemeinsame Kampf all dieser Kräfte notwendig ist. In einem Lande hingegen, in dem die Partei der Arbeiterklasse bereits an der Macht ist, wäre es selbstverständlich ein Rückschritt, wenn man plötzlich wieder zu pluralistischen Modellen übergehen wollte. Für den Fortschritt zu kämpfen heißt in den westlichen Ländern, für die Mitbestimmung aller zu kämpfen, weil dies die Macht der Wenigen einschränkt und die Einflußmöglichkeiten der Arbeiterklasse erhöht. In denjenigen Staaten, in denen die Arbeiterklasse bereits an der Macht ist, kann Kampf für den Fortschritt aber natürlich nicht heißen, nun wieder die Macht der Arbeiterklasse zu relativieren, sondern doch immer nur, sie weiter zu festigen und Formen zu entwickeln, die das Verhältnis zwischen den werktätigen Massen und der Partei der Arbeiterklasse immer enger gestalten und jedem die Möglichkeit geben, sich auf der Basis dieser engen Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei auch als Person frei zu entfalten und zu einem mündigen sozialistischen Menschen zu werden.

Gemessen an den Prinzipien der sozialistischen Demokratie war der Weg, den die Entwicklung in der CSSR teils gegen, teils aber auch mit dem Willen der KPC immer mehr nahm, ein Abweg. Die erdrückende Fülle von Symptomen, die dies bezeugt, wäre für sich genommen noch immer anders zu beurteilen gewesen, wenn sie nicht auf dem Hintergrunde der allgemeinen West-Ost-Auseinandersetzung um den Status quo in Europa gesehen werden müßte. Von dieser Auseinandersetzung aber, von der Realität des Klassenkampfes, der sich innerhalb Europas in Form der Auseinandersetzung zwischen dem westlichen und dem östlichen Mächteblock abspielt, kann kein Vorgang abstrahiert werden. Jeder detaillierten Betrachtung der Vorgänge in der CSSR muß deshalb eine Betrachtung der Strategie vorausgehen, mit der die Westmächte und vor allem die Bundesregierung versuchen, den Status quo in Europa zu ändern.

Die westliche Osteuropa-Strategie

Die antikommunistische Strategie der westlichen Staaten gegenüber Osteuropa hat sich in den letzten Jahren verändert. Dies ist oft festgestellt worden, aber fast niemand hat bisher genau dargelegt, von welcher Beschaffenheit diese Veränderung ist, welche Methoden heute angewandt werden, welche Ziele damit

verknüpft sind und wie die Wirkung dieser neuen Politik ist. Ihre instruktivste Darstellung stammt von dem führenden Osteuropaexperten des US-State-Department, Prof. Zbigniew K. Brzezinski, dessen Buch „Alternative zur Teilung" (Köln-Berlin 1966) spätestens jetzt jedem Oppositionellen, der die amerikanische Strategie für Osteuropa als Teil der amerikanischen Globalstrategie überhaupt noch verstehen will, dringend zu empfehlen ist. Der Ausgangspunkt dieser Strategie ist die Einsicht, daß sich frontal keine Veränderung des europäischen Status quo, keine Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa mehr erreichen läßt. Das Ziel ist gleichwohl, dies durchzusetzen. Der Umweg, der dazu empfohlen wird, darf von niemandem leichtfertig als unrealistisch abgetan werden. Brzezinski untersucht die osteuropäischen Staaten mit äußerster Akribie auf all jene Stellen hin, die geeignet sein könnten, einzelne Bevölkerungsgruppen und schließlich ganze Länder in einen Gegensatz zur Sowjetunion zu bringen. Dabei kommt es ihm zunächst gar nicht darauf an, zu errechnen, ob derartige Ansatzpunkte hinreichend sind für eine Dynamik, die direkt aus dem sozialistischen Lager herausführt und von innen her den Ruf nach einem Anschluß an den Westen stark machen könnte. Im Gegenteil, solch direktes Vorgehen erachtet er für zu gefährlich; seit Ungarn ist man gewarnt durch die Erfahrung, daß jede Tendenz, den Ostblock zu verlassen und sich dem Westen anzuschließen, zur Solidarisierung der übrigen Länder gegen diesen Staat und damit zur Erstickung der Konterrevolution führt. Aber gerade die Entsolidarisierng der sozialistischen Länder untereinander ist das Ziel dieser Strategie, so daß Washington voll zufrieden wäre, wenn es vorerst zu Hausstreitigkeiten der sozialistischen Länder und ihrer kommunistischen Parteien untereinander im Namen des wahren Sozialismus, des Rechtes auf einen eigenen Weg zum Sozialismus, auf eine eigene Außenpolitik usw. soweit kommt, daß die gemeinsame Front der osteuropäischen Länder und der Sowjetunion in außenpolitischen Fragen, vor allem jedoch in der Deutschlandfrage, aufgebrochen wird.

Dies bereits würde der Strategie des Westens genügend Spielraum schaffen, um bei geschicktem Vorgehen die im Streit liegenden Länder immer noch weiter auseinanderzudividieren, das eine Land gegen das andere durch Wirtschaftshilfen und politisches Entgegenkommen immer mehr auszuspielen und im Innern der einzelnen Länder unmerklich so Fuß zu fassen, daß schließlich ihr Austritt aus dem Warschauer Pakt eines Tages mit automatischer Konsequenz unausweichlich würde, wobei die betreffenden Länder sich danach immer noch getrost „sozialistisch" nennen dürften, da es den Imperialisten ja nicht auf die Titulierungen, sondern allein auf ihren realen wirtschaftlichen und politischen Einfluß in diesen Ländern ankommt und eine mit ihnen zusammenarbeitende sozialistische Regierung etwas noch viel Aparteres wäre als eine durch offene Konterrevolution wieder an die Macht gekommene bürgerliche.

Welches sind nun die Ansatzpunkte, die Brzezinski für eine solche westliche Strategie des bewußten Auseinanderdifferenzierens der osteuropäischen Staaten findet? Es sind vor allem zwei: Der in vielen osteuropäischen Staaten nach wie vor unterschwellig lebendig gebliebene Nationalismus, der sich leicht gegen die Sowjetunion, aber auch gegen die „deutsche" DDR ausspielen läßt. Zum zweiten ist es der stark nachwirkende kleinbürgerliche Individualismus, der für die liberalbourgoise Diskriminierung der Organisationsformen der Arbeiterklasse als „bürokratischen Apparaten", aber ebenso für technokratische Elitetheorien, abstrakte bürgerliche Freiheitsvorstellungen usw. äußerst anfällig ist. Brzezinski untersucht alle Möglichkeiten der Abweichung vom Standpunkt der Arbeiterklasse und besonders auch des proletarischen Internationalismus bis in ihre

sublimsten Verästelungen hinein und registriert in den Ostblockländern jedes Symptom, das auf solche Abweichungen in den Parteien und der Bevölkerung schließen läßt, um sie alle der behutsamen Pflege des Westens, vor allem der Bundesrepublik, anzuempfehlen. Das geht so weit, daß er selbst die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, wenn sie politisch so angelegt wird, daß sie sich als Ermutigung des polnischen Nationalismus zu einer Abkehr von der Sowjetunion auswirken könnte, befürwortet. Auch Beziehungen zur DDR empfiehlt er bis zu jenem Grade, der es erlaubt, die Möglichkeit einer Isolierung und späteren Liquidierung der DDR offenzuhalten und gleichwohl durch die unterhalb der Anerkennungsschwelle liegenden Kontakte den besorgten osteuropäischen Nachbarstaaten ein Gefühl des Vertrauens in die guten Absichten der westlichen Politik zu suggerieren. Die Entspannungspolitik wird als Instrument der Entzweiung der Ostblockstaaten untereinander begriffen. Die Entzweiung soll vor allem die DDR und die Sowjetunion von Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien trennen, wobei Jugoslawien und Rumänien als Beispiele dafür gelten, wie erfolgreich eine derartige westliche Politik sein kann. Der Trick des Aufbrechens der Solidarität der sozialistischen Staaten besteht darin, daß man einem jeden von ihnen zugleich mit gezielten und wenn nötig sogar nur ganz unauffälligen wirtschaftlichen Hilfen lautstark immer wieder den Respekt vor seinen inneren Angelegenheiten bestätigt, den einzelnen Ländern versichert, daß man ihre Entscheidung für den Sozialismus voll respektiere, durchaus auf dem Standpunkt stehe, daß dies die innere Sache jedes Volkes selbst sei und nur die Sowjetunion endlich auch so einsichtig werden solle, jedem Lande das Recht auf seinen eigenen Weg zum Sozialismus zuzugestehen und den 17 Millionen Deutschen in der DDR das Recht, ebenfalls über ihre innere Ordnung selbst zu entscheiden — wobei es sich gut macht, hinzuzufügen, daß man sogar so realistisch sei, zu verstehen, daß die Sowjetunion die Preisgabe der DDR nicht als ersten Schritt der Entspannung zugestehen könne, so daß man sich wohl auf einen längerfristigen Weg mit ihr einigen müsse. Dabei wird die Frage nach der Gesellschaftsordnung bewußt heruntergespielt, denn man hofft, daß sich bei Unterstützung der sogenannten „liberalen" Kräfte in den sozialistischen Ländern und deren Neigung, bestimmte marktwirtschaftliche Mechanismen zu übernehmen und den weiteren Aufbau des Sozialismus wesentlich auf westliche Kredite zu stützen, allmählich innere Verhältnisse herausbilden werden, die man wegen der inzwischen auch im Westen notwendig gewordenen stärkeren Rolle des Staates noch immer irgendwie als sozialistisch werde ausgeben können, während sie in Wahrheit schon staatskapitalistisch sind.

Diese neue amerikanische Strategie hat sich in Bonn zunächst Außenminister Schröder noch unter Erhard zueigen gemacht, sie ist dann von allen Richtungen, und zwar gerade auch von der Strauß-Richtung, schnell begriffen und übernommen worden (das „Zwischeneuropa", das Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa" propagierte, stimmt genau überein mit dem strategischen Ziel Brzezinskis). Ausgeführt wird diese Politik heute von der Regierung der Großen Koalition. Brandt und Kiesinger betreiben sie mit Meisterschaft. Nicht nur die militärisch interessante Lage der CSSR, sondern vor allem die genau georteten Stimmungen in ihr machten die CSSR zum Hauptangriffsziel der neuen Bonner Strategie der Schmeicheleien und des Lockens mit großzügigen Angeboten, die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der CSSR genau abgestimmt waren. Und die Schmeicheleien hatten Erfolg. Überall in der CSSR galten auf einmal ausgerechnet die Kreise um Brandt und Wehner als die „vernünftigen" Kräfte, die man gegen die Kreise um Strauß und Guttenberg unterstützen müsse, indem man ihren „Entspannungsbemühungen" Erfolge verschafft. Nicht nur Journalisten und

die öffentliche Meinung, sondern auch KPC-Kreise verstanden unter den oft apostrophierten besonnenen und entspannungswilligen Kräften der Bundesrepublik nicht etwa mehr die Kräfte der außerparlamentarischen Opposition, sondern die SPD und die Kreise um Kiesinger. Mit Pauken und Trompeten war man in Prag auf die neue Ostpolitik Bonns und Washingtons hereingefallen.

Es wäre zu einfach, dies als eine bloße Blindheit zu entschuldigen, so als hätte nur jemand gefehlt, der die KPC-Führung auf den wahren Charakter der Bonner Politik hätte aufmerksam machen müssen. Die sozialistischen Nachbarstaaten haben dies unablässig getan. Aber hier eben wollte man sich die Augen nicht mehr öffnen lassen, reagierte man auf die Warnungen mit verunglimpfenden Ausbrüchen, die der Sowjetunion unterstellten, die CSSR grundlos bevormunden zu wollen, und scheute sich nicht, den in den Volksmassen verborgenen Nationalismus hochzukitzeln und einem Antisowjetismus Nahrung zu geben, der die Warnung, die im übrigen nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von den als „konservativ" abqualifizierten KPC-Mitgliedern kam, übertönen sollte. Ohne daß es ihm irgendeinen Tadel der KPC-Führung eingetragen hätte, konnte z. B. im März 1968 Jan Prochazka gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger äußern: „Die Bundesrepublik ist einer der besonders gelungenen Teufel, die man sich geschaffen hat ... Ich halte die Politik Willy Brandts für gescheit" (Kölner Stadt-Anzeiger, 23./24. 3. 68). Und der Ceteka-Korrespondent Dr. Otokar Svercina aus Prag schrieb im SPD-Pressedienst als Gastkommentator über den Nürnberger Parteitag der SPD: „Ich habe die letzten vier Parteitage der SPD miterlebt; 1960 in Hannover, 1962 in Köln, 1964 in Karlsruhe und 1966 in Dortmund. Ich habe dabei gelernt, zu verstehen, warum die SPD in den letzten Jahren so und nicht anders gehandelt hat. Ich habe auch verstanden, warum manche mutigen Aspekte der SPD-Politik nicht immer die größte Begeisterung in der Bundesrepublik gefunden haben. Der jetzige Parteitag hat, meiner Meinung nach, auch so einen mutigen politischen Schritt der SPD gebilligt. Der mutige Schritt heißt: Beteiligung der SPD an der Regierung, die von dem alten politischen Gegner geführt wird."

Wer Gelegenheit hatte, in den letzten Monaten mit Vertretern der tschechoslowakischen Intelligenz oder als Tourist mit Menschen beliebiger sozialer Herkunft in der CSSR zu sprechen, der weiß, daß solche Stimmen keine Einzelfälle waren, sondern repräsentativ standen für eine Stimmung, die im Lande immer weiter um sich griff und vielleicht schon zur vorherrschenden geworden war.

Aber war den Tschechen nicht klar, daß sie auf den Leim nicht einer antikapitalistischen SPD gingen, sondern auf den einer SPD, die doch nur noch der Erfüllungsgehilfe des westlichen Imperialismus ist? Es scheint unter denen, die auf die angeblich entspannungswilligen Kräfte in Bonn setzten, keineswegs allen unklar gewesen zu sein. Denn wie hätte es sonst passieren können, daß man plötzlich den Chefideologen der „neuen Ostpolitik", eben Herrn Brzezinski, ins Land holte und Vorträge halten ließ, die widerspruchslos hingenommen wurden? Und wie steht es mit den Versicherungen der KPC im Dokument von Bratislava und ihren früheren Deklarationen, denen zufolge sie sich über die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren im klaren ist, wenn sie Brzezinski wie einen ehrlichen Botschafter der Entspannungspolitik im Lande herumreisen läßt und sich doch gleichzeitig die einschlägigen Revanchisten der Bundesrepublik bei Darlegung ihrer Ostpolitik — wie etwa Barzel in seinem Buch „Gesichtspunkte eines Deutschen" — vor allem auf Brzezinski beziehen? Man mag in die Hand nehmen, was immer an Neuerscheinungen in den letzten Jahren über die Bonner Entspannungspolitik von einschlägiger Seite auf den Markt gekommen ist,

Brandts „Wandel durch Annäherung" oder Guttenbergs „Wenn der Westen will", Mehnerts „Der deutsche Standpunkt" oder Barzels „Gesichtspunkte eines Deutschen", den „Entwurf für Europa" von Strauß oder „Das Unbehagen in der Bundesrepublik" von Hans Dichgans: Überall wird das gleiche Konzept des Einwirkens auf die osteuropäischen Länder mit dem Ziel, die Voraussetzungen für eine europäische Neuordnung zu schaffen, in deren Rahmen ein kapitalistisches Gesamtdeutschland wiedererstehen kann und Osteuropa aus neutralen, an die Großmacht Deutschland angelehnten Staaten bestünde, deutlich genug formuliert. Und nur in der CSSR sollte man von dieser Strategie keine Kenntnis genommen haben?

Es ist bekannt, daß in Prag eine starke Neigung bestand, die durch die früheren Fehler verschuldete wirtschaftliche Misere einfach dem Umstand zuzuschreiben, daß man wirtschaftlich statt an die als „natürliche" Handelspartner empfundenen westlichen Länder an die geringer und zudem noch sehr unterschiedlich entwikkelten RGW-Staaten gekoppelt ist — eine Sicht, deren Richtigkeit durch die aufgrund rechtzeitiger Reform völlig anders verlaufende Wirtschaftsentwicklung in der DDR widerlegt wird —, und daß von daher immer stärker die Tendenz zum Zuge kam, sich bei der nun unausweichlich gewordenen Wirtschaftsreform wesentlich auf westliche Kredite und eine weitgehende handelspolitische Westorientierung zu stützen. Es ist dies der Hintergrund, vor dem die zunächst unbegreifliche Blindheit maßgeblicher KPC-Führer gegenüber der offen zutage liegenden westlichen Strategie erklärbar wird. Ihr Hang, die Gefährlichkeit dieser westlichen Strategie in den offiziellen, mehr in Blick auf die sozialistischen Nachbarstaaten abgefaßten Erklärungen erwartungsgemäß zu erwähnen, sie aber im Lande selbst bagatellisieren zu lassen und in ihrer Praxis überhaupt nicht mehr in Rechnung zu stellen, erklärt sich hauptsächlich aus dem Ehrgeiz, die verspielte Rolle des wirtschaftlich entwickeltsten und bestgestellten Landes der sozialistischen Staatenwelt auf dem Wege der handelspolitischen Öffnung nach Westen und einer in Grenzen gehaltenen Verwestlichung auch der politischen Struktur des Landes zurückzugewinnen. Da die von der amerikanischen und westdeutschen Osteuropastrategie ausgehende Bedrohung des gesamten osteuropäischen Sozialismus einen solchen Weg zu einem verantwortungslosen Abenteuer macht, man der Versuchung, ihn dennoch zu gehen, aber nicht standhalten wollte, war es logisch, daß man die Gefahren verniedlichte, den warnenden Stimmen unaufrichtige Motive unterstellte und dabei die Unterstützung antikommunistischer und antisowjetischer Stimmen nicht zurückwies.

Das revisionistische Syndrom, das sich in der CSSR herausbildete, läßt sich von hier aus einigermaßen umfassend übersehen: Die jahrelange Vernachlässigung jeder ideologischen Arbeit zugunsten eines rein administrativen Praktizismus ließ es möglich werden, daß mit Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die eben dieser Praktizismus geführt hatte, der Blick immer unkritischer in westliche Richtung ging. Das Entsetzen der kommunistischen Parteien der Nachbarländer über eine derartige Entwicklung wurde als ein Einmischungsversuch fremder Staaten in die Angelegenheiten des souveränen tschechoslowakischen Volkes interpretiert, was ein Auflodern der gerade in Südosteuropa nur mühsam zurückgestauten nationalistischen Stimmungen bewirkte, und zwar nach außen hin gegen die Hauptwarner, insbesondere also die Sowjetunion, und nach innen hin ebenfalls gegen die Hauptwarner, nämlich die klassenbewußtesten Kommunisten, deren proletarische Verbundenheit mit der Sowjetunion jetzt wie ein landesverräterisches Delikt gesehen wurde.

Bemerkend, daß dieser Nationalismus sich gegen die Hauptfeinde des Kapitalismus, die Sowjetunion und die standfesten Kommunisten im eigenen Land richtete, verbündeten sich mit ihm sofort auch alle im Lande unter der Oberfläche lebendig gebliebenen prokapitalistischen Strömungen. Große Teile des Bürgertums, die den Schock von 1948 nicht verwunden haben (es ging ja niemand, anders als in der DDR, außer Landes) und dessen Ideologie sich zum großen Teil wegen der schlechten ideologischen Arbeit der KPC auch weithin auf die junge Generation übertragen konnte, so daß man heute viele Jugendliche in der CSSR antrifft, die zwar nichts vom Vietnam-Krieg der USA und nichts von Westdeutschlands NPD, aber sehr viel vom politischen Organisationsmodell dieser Länder halten, als wenn sich eines vom anderen trennen ließe, — diese bürgerlichen Kreise begriffen, daß die Spaltung der KPC-Führer in zwei Lager das Einfallstor war, durch das das vermeintliche Sonnenlicht der bürgerlichen Freiheit in die CSSR einfallen könnte. Dubcek war mit dem, was „Reformkommunismus" genannt wurde, der populärste Mann in der Tschechoslowakei geworden, weil diese Art von Kommunismus nun auch zur Hoffnung der kleinbürgerlichen Antikommunisten, der entmachteten Kapitalisten und des allgemeinen Nationalismus geworden war.

Wenn heute in den erregten Debatten immer wieder behauptet wird, eine Gefährdung der führenden Rolle der KPC in der CSSR sei doch gerade unter Dubcek undenkbar geworden, weil die KPC nie zuvor so populär gewesen sei, so übergeht dieses Argument die Frage, ob es denn wirklich kommunistische oder auch nur sozialistische Stimmungen gewesen seien, die Dubcek diese außergewöhnliche Resonanz verschafften. Die Wahrheit ist, daß ein Teil der KPC-Führung sich von den von ihr selbst mitentfesselten antikommunistischen, nationalistischen und prokapitalistischen Stimmungen hat treiben lassen, denen sie mit dem schillernden Versprechen eines „neuen" Kommunismus Hoffnungen machte, von deren Erfüllung mehr und mehr nicht nur ihre eigene Popularität, sondern die Existenz der KPC als handlungsfähige Partei überhaupt abhängig wurde. Könnte es eine gefährlichere Konstellation geben?

Für einige maßgebliche KPC-Führer mag dies alles nur ein politisches Spiel gewesen sein, um, gestützt auf eine geschlossene nationale Volksmeinung, den Weg zur wirtschaftlichen Westanlehnung ohne Behinderung durch innerparteiliche Gruppen und die sozialistischen Nachbarstaaten gehen zu können, wobei sie subjektiv vielleicht wirklich des Glaubens waren, daß dies die allgemeine politische und militärische Solidarität der CSSR mit den übrigen Staaten des Warschauer Paktes zumindest auf absehbare Zeit nicht beeinträchtigen müßte und der sozialistische Charakter der CSSR durch bloße wirtschaftliche Verflechtungen mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas nicht infrage gestellt würde. Aber ein derartiges subjektives Meinen ist in der Politik halsbrecherisch, wenn es in den internationalen politischen Tatsachen nicht seine Bestätigung findet. Der westliche Staat, auf den sich die um verständnisvolle Hilfe nachsuchenden Blicke der Tschechen richteten, war die Bundesrepublik, und diese hat gewiß alles getan, den Verantwortlichen in der CSSR zu versichern, daß sie sich mit ihr einlassen könnte, ohne um ihre sozialistische Unschuld fürchten zu müssen. Aber das waren die schönen Worte, mit denen sich die Freier nur Einlaß zu schaffen versuchten. Über die wirklichen Absichten heißt es hingegen bei Strauß: „Es geht darum, sowohl durch Einwirkung auf diese Länder wie in harten Verhandlungen mit Moskau in einem langfristigen Prozeß dafür zu arbeiten, daß diese Länder wieder Bestandteil Europas wenigstens erst einmal in dem Sinne werden, wie es die Bezeichnung ‚Zwischeneuropa' ausdrückt. Eine solche Politik

der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte den kommunistischen Regimen nicht helfen, ihre Macht zu festigen und die Mängel und Lücken in ihrem System zu überwinden: Wirtschaftshilfe sollte an bestimmte Projekte gebunden sein, die diese Länder enger an den Westen als an den Osten binden. Die kommunistischen Regime sollten langsam abgebaut werden. Diesen Prozeß müssen wir fördern und unterstützen" (F. J. Strauß, The Grand Design, London 1966).

Hier also ist das Ziel klar skizziert, und wie in jener Phase, da sich einzelne sozialistische Länder behutsam dem Westen öffnen, für den Abbau des Sozialismus gearbeitet werden soll, sagte Strauß in der Zeitschrift „Außenpolitik": „Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen ... Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen ... Hier in Europa sprechen entscheidende Umstände für die Möglichkeit einer erfolgreichen psychologischen Kriegsführung des Westens." Es wäre ein fataler Irrtum, aus der Zitierung von Strauß zu folgern, daß dies eben die extreme Meinung eines Strauß, nicht aber die der Bundesregierung oder gar der SPD sei. Es ist dies sowohl die Politik der SPD wie die der Bundesregierung und der USA. Nach dem Einmarsch der Truppen der fünf Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR hat Kiesinger nur abermals wiederholt, daß das, was er „Friedenspolitik" nennt, eine Politik sei, die auf die Änderung des Status quo in Europa gerichtet ist. Er sagte: „Wie liegt das Problem? Das Problem ist folgendes: Die Sowjetunion will mindestens den Status quo in Europa erhalten. Ich sage ‚mindestens', weil dabei die Berlinfrage eingeschlossen ist. Wir müssen den Status quo zu ändern versuchen, denn nur dann erreichen wir die Wiedervereinigung unseres Volkes. Weil das so ist, versucht die Sowjetunion, alle Länder ihres Einflußbereiches in denselben Widerstand gegen jede Art von Aufhellung des politischen Klimas als Voraussetzung besserer Zeiten einzubeziehen." Und die Wiedervereinigung, die das Ziel dieser Bonner Politik ist, lasse sich, wie Kiesinger zugleich sagte, nur erreichen, „wenn es uns gelingt, eine Friedensordnung für ganz Europa heraufzuführen", wohinter sich das bekannte Strauß'sche Konzept einer europäischen Neuordnung verbirgt, bei der „die osteuropäischen Länder aus ihrem heutigen Zusammenhalt mit der Sowjetunion herausgelöst und in die Interessenssphäre der Bundesrepublik überführt sind" (Südwestfunk-Interview Kiesingers, Bulletin der Bundesregierung, 27. 8. 68). Nichts anderes meint Brandt, wenn er sagt: „Es ist unerträglich, daß Westdeutschland nun schon seit mehr als 20 Jahren ohne seine östlichen Provinzen existiert, die einmal seine Kornkammer waren" (Rede W. Brandts zum 100. Geburtstag von Rathenau, Berlin-Verlag, 1968). Oder: „In der Frage der deutschen Ostgrenze geht es nicht um Verzicht, sondern um das, was wir von Deutschland für die Deutschen zu retten vermögen" (Mann in der Zeit, 28. 4. 67). Und Kiesinger wieder erklärt im Organ des „Südostdeutschen Kulturwerks": „Das Abendland zu kräftigen, seine geraubten deutschen, slawischen, madjarischen und rumänischen Gebiete zurückzugewinnen durch friedliche Ausnützung jeglicher politischer Möglichkeit, heißt tatsächlich das Ziel, wofür wir wirken müssen"

(Südostdeutsche Vierteljahresblätter, 1966/1). Deshalb sagt er über die Entspannungspolitik: „Wer um des lieben Friedens willen Entspannung so auffaßt, daß es eben nun einmal beim Status quo bleiben soll, der hat unsere Entspannungspolitik freilich nicht begriffen" (Rede vor der Handwerksmesse in München am 10. 3. 1967 lt. Bulletin der Bundesregierung).

Und diese Politik differiert nicht, wie oft falsch gemutmaßt wird, von der amerikanischen. Wieder darf aus der Zitierung des derzeit prominentesten Ost-Experten der US-Regierung, Prof. Brzezinski, nicht gefolgert werden, daß es etwa allein dessen persönliche Meinung sei, auf die hier verwiesen wird, nein, Brzezinski ist nur einer der Formulierungshelfer der amerikanischen Politik, einer der gewandtesten allerdings, doch er bringt nur das zum Ausdruck, was die amerikanische Regierung tatsächlich denkt und praktiziert. Bei ihm heißt es: „Die Osteuropäer, insbesondere die Tschechen und Polen, müssen davon überzeugt werden, daß die Existenz Ostdeutschlands ihre Freiheit einschränkt, ohne ihre Sicherheit zu stärken. ... Um das osteuropäische Interesse am Bestehen Ostdeutschlands zu untergraben, muß der Westen seine Haltung Ostdeutschland und dem übrigen Osteuropa gegenüber scharf differenzieren. Gegenüber Ostdeutschland ist die Politik der Isolierung geboten; Osteuropa gegenüber ist eine Politik des friedlichen Engagements zweckmäßig, und zwar sowohl in wirtschaftlicher, kultureller wie schließlich auch in politischer Hinsicht. Nur dann wird Ostdeutschland auf der Landkarte Europas zu einem politischen Anachronismus werden, eine Quelle stetiger Peinlichkeiten für Moskau und nicht mehr ein Sicherheitsfaktor für die Osteuropäer ... Jedenfalls können die Osteuropäer nur durch bessere Beziehungen zu Westdeutschland endgültig davon überzeugt werden, daß ihnen die Wiedervereinigung Deutschlands Tore zum Westen öffnet, die gegenwärtig durch die Stationierung sowjetischer Besatzungstruppen in Ostdeutschland verschlossen sind. ... Mit einer fortschreitenden, vom Westen geschmeidig unterstützten Evolution in den osteuropäischen Staaten könnte Ostdeutschland ... im Laufe der Zeit ... zu einem sowjetischen Mozambique werden ... Nur dann wird der Kreml jemals die Möglichkeit der Liquidierung des ostdeutschen Regimes in Betracht ziehen. ... Die Ächtung Ostdeutschlands kann dadurch gefördert werden, daß man europäische Staaten als vollwertige, unabhängige Partner behandelt, im Gegensatz zu Ostdeutschland, das zur Rolle einer bloßen Marionette der Sowjets verurteilt bliebe. Die osteuropäischen Staaten können sich deshalb langsam weiterentwickeln, weil sie Nationalstaaten sind. Ihr Nationalismus arbeitet in Richtung auf möglichst große Freiheit gegenüber einem Staat, der gegenwärtig ihrer Unabhängigkeit im Wege steht — der Sowjetunion. Daher müßten die Vereinigten Staaten und der Westen insgesamt auf alle außenpolitischen Vorschläge der osteuropäischen Länder ernsthaft eingehen, ja sogar die Osteuropäer zu weiteren Vorschlägen ermutigen" (Zbigniew K. Brzezinski, Alternative zur Teilung, S. 173—175).

Hier also ist nicht nur die Übereinstimmung der amerikanischen Osteuropapolitik mit derjenigen Kiesingers und Willy Brandts evident, sondern auch deren Charakter als aggressive Einmischungspolitik. Dabei muß man berücksichtigen, daß diese Strategie der subversiven Auflockerung oder, wie es Kiesinger nennt, der „Aufhellung" des osteuropäischen Staatengürtels für die USA nur eine, die europäische, Seite ihrer Gesamtstrategie ist. Nur für Osteuropa bedeutet diese Strategie, da man hier anders voranzukommen nicht in der Lage ist, schleichende Aushöhlung des Status quo durch selektive Entspannung, schon in Griechenland aber bedeutet sie Unterstützung des faschistischen Putsches, in Lateinamerika wirtschaftliche Ausplünderung und Stützung halbkolonialer Marionettenregie-

rungen und in Vietnam offenen Völkermord. Von dieser Politik, die den sozialistischen Staaten Osteuropas in ihrer europäischen Maske entgegentritt, hat man in Prag gemeint, sie werde zu mißtrauisch beurteilt. Gegen die nicht so leichtgläubigen sozialistischen Bruderländer wurde der Nationalismus im Volke mobilisiert, also genau das, worauf die amerikanische Rechnung setzt. Vor dem Hintergrund dieser offensiven westlichen Strategie zur lautlosen Verschiebung des Status quo nach dem Motto „divide et impera" wird unmittelbar verständlich, daß die Entwicklungen in der CSSR die große Hoffnung des ganzen imperialistischen Lagers waren. Hier endlich schien den antikommunistischen Strategen in Bonn und Washington nach 20 Jahren des vergeblichen Bemühens in Europa ein Vorankommen möglich zu werden. Die Weiterungen eines solchen westlichen Erfolges allerdings wären kaum auszudenken gewesen. „Die Welt" triumphierte bereits: „Das mitteleuropäische Herz schlägt wieder in der Brust verantwortlicher Tschechen. Ihre Zungen sind gelöst ... Was folgt auf den Prager Frühling für uns, für unsere Außenpolitik? Im Lichte der Evolution, von der wir noch nicht wissen, ob sie auch auf andere Länder übergreifen wird, sollte die jetzige deutsche Außenpolitik stetig, initiativreich und ohne Paukenschläge fortgesetzt werden ... Die politische Landkarte ist damit schon verändert" („Die Welt" vom 26. 3. 1968).

Die Imperialisten haben das Spiel mit dem Feuer selten gescheut, und sie scheuten es in diesem Falle umso weniger, als ihnen den Umständen nach sicher sein konnte, daß sie die Weltmeinung auf ihrer Seite haben würden, weil ihre eigene Tätigkeit ja weitgehend unsichtbar blieb und sich friedlich ausnimmt, während der in Erscheinung tretende Handelnde allein die kleine tschechische Nation ist, der als ungleicher Kontrahent die riesige Sowjetunion gegenüberstehen würde. Dementsprechend waren die Aktivitäten des westdeutschen Großkapitals und seiner Politiker in der CSSR ebenso unauffällig wie intensiv. Herr Scheel reiste nach Prag, Herr Blessing reiste nach Prag, achtmal hintereinander in kurzen Abständen reiste der CDU-Bundestagsabgeordnete Marx nach Prag. Was die Herren dort taten, wurde der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Die Sorge, daß ihr Reformkurs anziehend sein könnte für westliche Agentenheere und darunter vor allem für Spezialisten der psychologischen Kriegsführung, bewegte die Prager Führung offenbar überhaupt nicht: Die Grenzen wurden, als gäbe es keinen mit allen Mitteln operierenden westlichen Gegner, für jedermann weit aufgetan, der tschechische Staat besaß keine Kontrolle mehr darüber, wer ins Land einreiste. Nach dem 21. August 1968, als ein fachmännisch organisiertes Netz von Geheimsendern und ein perfektes System subversiver Publikations- und Aktionssteuerung in Erscheinung trat, dürfte sich manch einer vielleicht gefragt haben, ob derartiges wirklich „spontan" organisiert werden kann. Daß der westdeutsche Imperialismus die Entwicklung in der CSSR jedenfalls nicht nur unbeteiligt beobachtete, sondern seine Kalkulationen schon längst gemacht hatte, bezeugt nichts so sinnfällig wie die plumpe Bemerkung von Strauß, nachdem er in Washington mit US-Präsident Johnson über die CSSR-Entwicklung eine vertrauliche Unterredung geführt hatte: „Viel zu viel Lärm darüber" (Bayern-Kurier, 31. 8. 68).

Nicht umsonst schrie der Bayern-Kurier nach dem Truppeneinmarsch in Prag auf, die Presse hätte eben entgegen den Strauß'schen Warnungen zu viel Wind gemacht und dadurch die Sowjets mißtrauisch werden lassen. Als wenn die Sowjets ihre Informationen aus der westlichen Presse beziehen müßten. Aber der Aufschrei verrät, wie stark man daran interessiert war, daß die Dinge möglichst lautlos immer weitertreiben. Und wer wollte behaupten, der Grund dafür sei

menschliche Sympathie für einen attraktiveren, humaneren Kommunismus? In der CSSR bereitete Bonn in enger Zusammenarbeit mit den USA die erste große Etappenschlacht zur lautlosen Veränderung des europäischen Status quo vor. Mit der Entwicklung einer noch nicht klar kapitalistischen, aber auch nicht mehr wirklich sozialistischen, sondern durch eine Art von Reformsozialismus oder Sozialdemokratismus geprägten Tschechoslowakei sollte der Warschauer Block der sozialistischen Staaten an einer entscheidenden Stelle aufgebrochen werden, um von dieser, die nationalistisch-kleinbürgerlichen Elemente anderer sozialistischer Länder sicher beeindruckenden Basis aus weitere kommunistische Länder, so etwa Polen, von innen her auf den gleichen Weg zu zwingen und ihnen gegen sowjetischen Zorn mit immer engeren Umarmungen zur Hilfe zu kommen.

Es darf jedoch niemandem zweifelhaft sein, daß die Veränderung des Status quo in Europa auf Kosten des sozialistischen Staatenblockes für die Sowjetunion der Kriegsfall ist. Auf die Veränderung des Status quo in Europa auszugehen, ob mit militärischen oder subversiv-friedlichen Mitteln, heißt heute nicht weniger als gestern, den dritten Weltkrieg zu provozieren. Die infolge des Hitlerischen Weltkrieges eingetretene Ausbreitung des Sozialismus bis zur Elbe ist eine bleibende Errungenschaft, von deren Verteidigung kein sozialistischer Staat abgehen kann, wenn er nicht den Sozialismus in der ganzen Welt wieder dem Imperialismus ausliefern will. Dies kann die Sowjetunion nicht tun, wenn sie ihrer Verpflichtung zum proletarischen Internationalismus treu bleiben will; das aber bedeutet, daß der vom Westen mit allen subversiven Mitteln geführte Klassenkampf um die Beseitigung des Sozialismus in Europa nur solange nicht in die Katastrophe eines Weltkrieges führt, wie er erfolglos bleibt.

Der Kampf um die Veränderung des Status quo in Europa wird von Bonn und Washington unter dem Namen „Friedenspolitik" heute schärfer geführt als etwa vor zehn Jahren, als man mit der Politik der Stärke in die Sackgasse geraten war und sich Ansatzpunkte für eine neue Strategie noch nicht zeigten. Der Friede in Europa ist deshalb heute auch wieder weit mehr gefährdet als noch vor einigen Jahren. Und der Friede hängt allein davon ab, inwieweit der Status quo in Europa vor westlichen Unterminierungsversuchen gesichert ist und es den antiimperialistischen Kräften in den westlichen Ländern gelingt, die Macht des Kapitalismus zu brechen. Dies ist nach wie vor die Grundfrage des Klassenkampfes in Europa, ja sie tritt als solche jetzt wieder klar hervor. Wem dieser einfache Sachverhalt bekannt ist, der dürfte sich in der Frage, welche politischen Bestrebungen in Europa heute friedensfördernd und welche friedensgefährdend, welche progressiv und welche reaktionär sind, kaum vertun können.

Gerade die Unklarheit über diesen einfachen Sachverhalt aber ist es, die so große Teile der außerparlamentarischen Opposition nach dem 21. 8. in Verwirrung und gegen ihren eigenen Willen zeitweise an die Seite der Reaktion getrieben hat. Dies ist nicht zufällig geschehen, sondern die Folge der mangelhaften Beschäftigung mit den Grundtatsachen des Klassenkampfes in Europa und einiger spezifischer ideologischer Positionen, die sich aufgrund dieser Unklarheit in letzter Zeit ausbreiten konnten und objektiv der neuen Ostpolitik der USA und Willy Brandts Vorschub leisten. Möglich wurde die Ausbreitung dieser ideologischen Positionen aufgrund des weitverbreiteten kritiklosen Nachbetens einer gefährlichen Flüsterparole des Imperialismus, nämlich der These, daß sich die USA und die Sowjetunion stillschweigend auf den Status quo in Europa geeinigt hätten und Europa somit zu einem friedlichen Nebenschauplatz des internationalen Klassenkampfes geworden sei. So wandten sich die Blicke vieler europäischer Oppositioneller der Dritten Welt zu, von der sie wähnten, daß dort

allein die großen Auseinandersetzungen zwischen den Systemen und Weltmächten stattfänden. Eine Diskussion über die Europapolitik hielten viele Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition nicht mehr für der Mühe wert, ja sie winkten gelangweilt ab, wenn man darüber mit ihnen sprechen wollte. Wer gar von einer gefährlichen Zuspitzung der Entwicklung hier in Europa in jüngster Zeit zu sprechen versuchte, wurde von ihnen mitleidig ausgelacht, denn sie meinten ja genau zu wissen, daß hier in Europa eine amerikanisch-sowjetische Komplizenschaft die Ruhe garantiere, und erwähnten dies mit dem Unterton eines leisen Bedauerns. Barzel, Strauß und Brandt waren für sie ohnmächtige Marionetten, die Gefangenen des vermeintlichen amerikanischen Willens zum Stillhalten in Europa. Die Wahrheit hingegen ist, daß es ein derartiges amerikanisches Stillhalten in Europa nicht gibt, daß zwar die Sowjetunion unablässig auf die Anerkennung des Status quo im Sinne der durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Gesamtlage in Europa drängt, weil nicht zuletzt so die Basis auch für den erfolgreichen antikapitalistischen Kampf der progressiven Kräfte der westlichen Länder verbessert werden kann, die Westmächte aber nicht nur nicht daran denken, diesem Verlangen nachzukommen, sondern mit unerhörtem Aufwand eine Offensive nach der anderen zur Unterhöhlung und Änderung des Status quo unternehmen. Der Kampf des sozialistischen Lagers um den Status quo in Europa ist nicht nur ein Kampf um die Wahrung des sozialistischen Besitzstandes, er ist in erster Linie ein Kampf um die Kapitulation der revanchistischen und imperialistischen Kräfte in der Welt, insbesondere in der Bundesrepublik, und damit um die Veränderung der Kräfteverhältnisse in den kapitalistischen Ländern zugunsten der demokratischen und sozialistischen Kräfte. Der Imperialismus seinerseits führt einen offensiven Kampf um die Ausweitung seines Einflusses auf Osteuropa — und Teile der außerparlamentarischen Opposition der Bundesrepublik sehen an diesem ganzen Kampf vorbei, als gehe er sie nichts an, ja, viele sind subjektiv ehrlich des Glaubens, es gebe ihn überhaupt nicht.

Während in der Wirklichkeit um den Status quo hier in Europa und zwischen den deutschen Staaten ein harter Kampf im Gange ist, von dessen Ausgang die Chancen auch der Opposition in den westlichen Ländern selbst unmittelbar abhängen und obendrein ganz schlicht der Frieden, erklären manche Oppositionelle die Frage des Status quo für uninteressant und eröffnen ihrerseits eine Front, die diese für den Klassenkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der ganzen Welt entscheidende Frage ignoriert. Mit der Deklaration des Gegensatzes von bürokratischer Herrschaft und angeblich nach direkter Demokratie rufenden Volksmassen zum primären Gegensatz in aller Welt, transzendieren sie die heute durch Europa verlaufende West-Ost-Grenze und konstruieren eine durch West und Ost quer hindurchlaufende Front. Während der erfolgreiche Kampf gegen die Faschismus-Gefahr in den westlichen Ländern und jegliche Chance, den Kapitalismus zu überwinden, ganz wesentlich davon abhängig ist, wie sich das west-östliche Kräfteverhältnis global und in Europa entwickelt, eröffnen sie einen Kampf gegen die „bürokratischen Herrschaftsapparate", von dem immer weniger zu erkennen ist, ob seine Stoßrichtung nun eigentlich mehr über die Grenze hinweg den als bürokratisch-stalinistisch bezeichneten Parteiführungen der DDR, der Sowjetunion, Polens, Bulgariens und Ungarns gilt oder innerhalb der eigenen Grenzen den ebenfalls als bürokratisch bezeichneten Partei- und Gewerkschaftsführungen. Natürlich wird erklärt, der Stoß ziele nach beiden Seiten gleichzeitig, aber das ist angesichts des Umstandes, daß der Kampf zwischen den wirklichen Mächten in Europa um die Beibehaltung oder Änderung des Status quo geht, eine Selbsttäuschung. Wenn der Status quo ignoriert wird, mit

welcher Begründung immer und sei es mit der, daß der Gegensatz zwischen bürokratischen und rätedemokratischen Herrschaftsformen zum Hauptwiderspruch werden müsse, so befindet man sich bereits auf der Linie derjenigen, die mit halbsozialistischen Alternativen in die sozialistische Staatenwelt zwecks Zerstörung der Einheit des sozialistischen Lagers und somit auch der Änderung des Status quo hineinwirken wollen. Brzezinski und Brandt und Guttenberg haben gut begriffen, daß gerade quasi-sozialistische Modelle ausgezeichnete, gegenüber plumper prokapitalistischer Propaganda viel wirkungsvollere Mittel sind, um die unterschwelligen Stimmungen in den osteuropäischen Ländern auf die Mühlen der westlichen Politik einer Abspaltung Osteuropas von der Sowjetunion zu lenken. Im Gegensatz zu vielen Angehörigen unserer außerparlamentarischen Opposition, die demonstrierende Volksmengen in sozialistischen Ländern für Gesinnungsgenossen Rudi Dutschkes halten, wissen die amerikanischen Strategen sehr gut, daß in diesen Ländern noch der Ruf nach direkter Demokratie ein Magnet vorwiegend für alle antisozialistischen Kräfte ist, die auf diesem Wege die Chance sehen, die kommunistische Führung im Lande zu beseitigen. Und sie wissen erst recht, daß die Wirkung solcher Losungen auch in den westlichen Ländern für sie günstig ist, weil sie den oppositionellen Widerstand und vor allem die oppositionelle Wachsamkeit gegen die westliche Unterstützung antikommunistischer Bewegungen in Osteuropa paralysieren. So war es kein Wunder, daß die gesamte westdeutsche Presse bis hin zu den reaktionärsten Blättern bei der Kommentierung der Prager Ereignisse sich auf einmal des Vokabulars gerade jener linken Sozialisten der außerparlamentarischen Opposition bediente, die doch vor kurzem noch so heftig gegen diese Presse demonstriert hatten. Alle diese Blätter redeten plötzlich, als wären sie die Gebrüder Wolff. Der geniale Einfall — der nicht von Springer kommt, sondern von den Linkssozialisten, deren Sprachregelung sich die Springer-Presse samt allen sonstigen regierungskonformen und liberalen Blättern dankbar zu eigen gemacht hat —, nämlich der Einfall, die den westlichen Einflüsterungen unerbittlich Widerstand bietenden Kommunisten „konservativ" und die zur Adaption kapitalistischer Formen neigenden „progressiv" zu nennen, war das Einmaleins, auf das sich die propagandistische Rechnung der gesamten westlichen Meinungsmanipulation in Sachen CSSR stützte.

Das den prinzipiellen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, West und Ost verwischende neue Gegensatzpaar von Bürokraten und Antibürokraten, das seit Monaten in die Köpfe gehämmert wurde, hat es auch möglich gemacht, daß am 21. August die manipulierte westliche Interpretation der Ereignisse den meisten Oppositionellen in der Bundesrepublik wie Honig einging, denn die Zentralen der Meinungsmache bedienten sich ja des manipulativen Begriffskatalogs dieser Stilart von Linken und sprachen nur aus, was diesen schon lange zuvor zu einer Art politischen Katechismus geworden war. Wer nur noch in Begriffsschablonen wie Bürokratie, Stalinismus und Rätedemokratie dachte und sich angewöhnt hatte, alle Vorgänge in der Welt mit Hilfe dieser Schablonen zu interpretieren, der sparte sich am Morgen des 21. 8. auch jedes Nachdenken über die Ursachen des Truppeneinmarschs in die CSSR, denn er glaubte ja schon längst zu wissen, daß sich zwischen der CSSR und den anderen sozialistischen Staaten der Widerspruch zwischen stalinistischem und demokratischem Sozialismus entfaltete und der Einmarsch folglich nichts anderes bedeuten konnte als die Niederwalzung der demokratischen Sozialismusvariante durch die stalinistische oder orthodoxe. Und genau diese Sicht machte sich die imperialistische Propaganda zueigen, denn genau mit ihr hatte sie auch schon vorher innerhalb der CSSR mit Erfolg gearbeitet.

Es hatte etwas Betrübliches, mitansehen zu müssen, wie viele von denjenigen, die doch so scharf gegen die Meinungsmanipulation protestiert hatten, in diesen Tagen der Manipulation eben dieser bekämpften Manipulationszentralen unterlagen, nur weil sie zuvor nicht begriffen hatten, daß die Begriffsschablonen, mit denen sie in diesen Kampf gegangen waren, ebenfalls manipulative und vom System ausnutzbare gewesen sind. Es dürfte deshalb Zeit werden, sich mit der Fragwürdigkeit dieser pseudolinken Doktrinen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition selbstkritisch auseinanderzusetzen.

Nun aber bleibt natürlich, selbst wenn alle diese Zusammenhänge übersichtlich sind, immer noch eine Frage offen. Sicher, wer nüchtern an die Prüfung der Tatsachen heranzugehen bereit ist, wird nicht länger abstreiten, daß es die hier beschriebene amerikanisch-westdeutsche Ostpolitik mit all den Gefahren, die sie enthält, gibt, daß die Neigung, dieser Politik auf den Leim zu gehen, in Prag stark war und daß dies, da es die Frage des europäischen Status quo berührte, eine Existenzfrage für das sozialistische Lager war, auf die die Sowjetunion antworten mußte. Offen mag für jemanden, der all diese Faktoren sieht, dennoch die Frage sein, ob die Antwort denn unbedingt in der Form des militärischen Eingreifens habe erfolgen müssen, ob hier nicht das angewandte Mittel in einem schlechten Verhältnis zum realen Grad der Gefahr gestanden hat. Um dies beurteilen zu können, hilft allein eine genaue Vergegenwärtigung des Entwicklungsablaufs in der CSSR seit dem Januar-Plenum der KPC.

Der Ablauf der Ereignisse

Der Reformkurs wird praktisch auf dem Januarplenum des ZK der KPC (2. bis 5. 1. 1968) mit der Ablösung Novotnys von der Position des ersten Sekretärs der KPC eingeleitet. Während Novotny die Stellung des Präsidenten der Republik behält, wird Alexander Dubcek zum ersten Sekretär der Partei gewählt. In dieser institutionellen Neuerung — denn bislang waren die Funktionen des ersten Sekretärs und die des Staatspräsidenten in Personalunion vereinigt — kündigt sich der Wille an, künftig Partei und Staat voneinander zu trennen, und zwar in einer substantielleren Form, als dies in anderen sozialistischen Ländern, etwa in Polen und der Sowjetunion, der Fall ist, wo Staatsoberhaupt und Parteiführung zwar auch nebeneinander existieren, aber gleichwohl niemand die reale Führungsrolle der Partei bezweifelt. Breschnews Reise zu dieser Zeit nach Prag galt nicht, wie immer wieder behauptet wird, der Person Novotnys, sondern den prinzipiellen Fragen der weiteren Entwicklung der CSSR.

Bereits am 6. 2. 1968 beginnt die KPC mit der Vorbereitung eines Aktionsprogramms. In ihm wird der Anspruch auf die führende Rolle der Partei zugunsten der Selbständigkeit der wirtschaftlichen und staatlichen Organe erheblich zurückgenommen: „Die Parteibeschlüsse sind zwar für die Kommunisten in diesen Organen verbindlich, die Politik aber, die Leitungstätigkeit und die Verantwortung der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organe und Organisationen ist selbständig" (Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, IB-Informationsbulletin, Wien 1968, Beilage zu Nr. 23/24, S. 20). Es wird für „unbedingt notwendig" erklärt, in den gesellschaftlichen Organisationen und Betrieben das Kadersystem, was praktisch bedeutet: den Einfluß der Partei abzuschaffen (S. 17). Unter der Überschrift „Ohne Unternehmungsgeist kommt man auch im Sozialismus nicht aus" wird festgestellt: „Das Programm der Demokratisierung der Wirtschaft umfaßt vor allem die Herstellung der Selbständigkeit der Unternehmen und von Unternehmungsgruppierungen sowie ihre relative Unabhängigkeit von den Staatsorganen ... Die den Unternehmen übergeordneten Organe (vom Typ der heutigen General- und Fachdirektionen) dürfen

nicht mit staatlicher Verwaltungsmacht ausgestattet werden. . . . Die Unternehmen müssen das Recht der Entscheidung über den Inhalt der Tätigkeit solcher Vereinigungen sowie auch das Recht haben, sie zu verlassen, sich zu verselbständigen oder solchen Vereinigungen beizutreten, die besser die Funktion ausüben, die sich aus der Konzentration und Spezialisierung der Produktion und aus den Integrationsprozessen ergibt." Auf der Basis solcher Staatsunabhängigkeit werden die Betriebe zu einer Wirtschaftsführung nach kapitalistischen Grundsätzen und sogar zu gewinnabhängiger Lohnfestsetzung aufgefordert; denn es sei notwendig, wie es heißt, „die Wertbeziehungen so zu objektivieren, daß die Unterschiede bei den Einkünften auch die wirklichen Unterschiede im Niveau des Wirtschaftens der Betriebe zum Ausdruck bringen" (S. 34 ff.).

Wenn im Aktionsprogramm ein Abschnitt auch noch die Überschrift trägt: „Die führende Rolle der Partei — Garant einer fortschrittlichen sozialistischen Entwicklung", so zeigen jedoch gerade die konkreten Ausführungen dazu, wie sehr diese Führungsrolle, die die weitere sozialistische Entwicklung garantiert, jetzt relativiert ist. So wird es als eine „falsche These" bezeichnet, „daß die Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats sei" (S. 15), und so wird die unter Novotny vorgenommene fragwürdige Einschätzung des XIII. Parteitags bekräftigt, daß der „Staat der Diktatur der Arbeiterklasse bei uns seine wichtigste geschichtliche Sendung erfüllt hat" (S. 18). Heute, heißt es, habe die Partei nur noch dann einen Anspruch auf die führende Rolle, wenn sie „eine Politik durchführt, durch die sie sich die führende Rolle in unserer Gesellschaft voll verdient" (S. 15), was nur die Bereitschaft bedeuten kann, gegebenenfalls die politische Macht auch anderen Kräften zu überlassen.

Mit der Begründung, daß der Sozialismus „mehr als jede bürgerliche Demokratie" ermöglichen müsse, „die Persönlichkeit des einzelnen voll zur Geltung zu bringen" (S. 22), wurde die Gewährleistung der Vereinigungs- und Pressefreiheit angekündigt. Dabei hieß es: „Die Partei ist sich dessen bewußt, daß Feinde des Sozialismus versuchen können, unseren Demokratisierungsprozeß für ihre Ideologie zu mißbrauchen" (S. 23). Aber zu solchem Mißbrauch lud das Demokratieverständnis dieses Aktionsprogramms selbst ein. Denn zum Ideal wurde ein Zustand erklärt, der „mehr als jede bürgerliche Demokratie" persönliche Entfaltung gewährleistet, so als ginge es im Sozialismus nur um die quantitative Vermehrung der in der bürgerlichen Demokratie schon vorhandenen Freiheiten, nicht aber um etwas vom Ansatz her qualitativ Neues. Die sozialistischen Grundrechte unterscheiden sich von den nur formalen Grundrechten der bürgerlichen Demokratie aber gerade dadurch, daß ihre Realisation jedem einzelnen von der Gesellschaft möglich gemacht wird, was zugleich allerdings bedeutet, daß der einzelne seine Rechte nicht mehr als gesellschaftsunabhängige, sondern als primär gesellschaftliche begreifen muß, die die individuelle Entfaltung auf Grund der sozialistischen Gesellschaftsordnung und deshalb auch nur in Übereinstimmung mit ihr ermöglichen. Ein materiales, sozialistisches Verständnis der Bürgerrechte begreift die Notwendigkeit der Diskussionsfreiheit und die Notwendigkeit, den Klassenkampf auch auf den Gebieten der Presse, der Wissenschaft und der Kunst zu führen, als eine Einheit, weil die Grundrechte des sozialistischen Bürgers und die Verteidigung der sozialistischen Gesellschaft nicht zueinander in Widerspruch stehen, sondern einander bedingen. Wo aber Sozialisten über ein formales Verständnis der Bürgerrechte im Sinne der bürgerlichen Demokratie nicht hinausgekommen sind, da kann zum Beispiel die Negation der formalen bürgerlichen Meinungsfreiheit nur Zensur bedeuten, und eine solche Zensur verhindert die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, die nur auf der Grund-

lage optimaler Information und unablässiger Bewährung in der Diskussion möglich ist; umgekehrt wird dann der Kampf gegen administrative Zensurpraktiken nur als Kampf um die Wiederherstellung der formalen bürgerlichen Grundrechte geführt. In Prag verstand man unter Pressefreiheit von Anfang an die bloße Abwesenheit von Zensur und das Recht auf die Verbreitung aller Meinungen, auch der offen antisozialistischen. Dies stellte besonders deshalb eine objektive Gefahr dar, weil sich zugleich immer deutlicher zeigte, daß die KPC nicht mehr zu exakten Einschätzungen der einzelnen ideologischen Strömungen im Lande gelangte und sich damit der Voraussetzungen begab, wirksam der von ihr selbst formulierten Gefahr zu begegnen, „daß Feinde des Sozialismus versuchen können, unseren Demokratisierungsprozeß für ihre Ideologie zu mißbrauchen."

So erklärte das Aktionsprogramm in dem Bemühen, die bisherige Unterschätzung der Rolle der Intelligenz in der CSSR zu überwinden, plötzlich pauschal und völlig unzutreffend die gesamte tschechoslowakische Intelligenz zu einer ihrem Bewußtsein nach sozialistisch gewordenen Schicht. Die Intelligenz, heißt es im Aktionsprogramm ohne jede Differenzierung, habe sich progressiv verändert und sei „zu einer volkstümlichen, sozialistischen Intelligenz" geworden (S. 11). Gerade einige dieser im allgemeinen durchaus aufklärerisch-progressiv gesonnenen, nun aber in toto zu Sozialisten ernannten Intellektuellen begriffen jedoch ebenso wie die rechten Kräfte im Lande, daß die im Aktionsprogramm verkündeten Liberalisierungen die Plattform boten, um die CSSR auf einen revisionistischen oder bürgerlich-demokratischen Kurs zu drängen. So verfaßte Ludvik Vaculic, dessen Parteiausschluß das Plenum des ZK der KPC im März 1968 rückgängig gemacht hatte, das gegen die KPC gerichtete Manifest der „2000 Worte". Der ebenfalls im März in die Partei wieder aufgenommene Schriftsteller Antonin J. Liehm propagierte in „Literarni listy" und in der „Zeit" einen Dreistufenplan der extrem revisionistischen und reaktionären Kreise: Erweiterung der Nationalen Front um alle sich artikulierenden neuen Kräfte und Referendum des Volkes, das dieser erweiterten Nationalen Front die Macht überträgt; Wahlen zu einer gesetzgebenden Nationalversammlung, deren Mandat auf zwei Jahre begrenzt ist, in deren Verlauf sich zeigen würde, „inwieweit die kommunistische Partei fähig war, ihren demokratischen und humanistischen Kredit zu erneuern, wie repräsentativ und lebensfähig andere politische Formationen innerhalb der tschechoslowakischen sozialistischen Gemeinschaft sind und wie sich die Beziehungen zueinander entwickelt haben"; danach Annahme einer neuen Verfassung, in der die bis dahin entstandenen Verhältnisse verankert werden sollen, wonach sich „das politische Leben in einem neuen Rahmen entwickeln" werde, „den ich in diesem Augenblick nicht vorauszusagen wage" (A. J. Liehm, Was soll nun werden? Ein Dreistufenplan: Referendum, Parlamentswahl, neue Verfassung. In: „Die Zeit" v. 12. 7. 68). Jan Prochazka, bis 1967 Kandidat des ZK der KPC und dann ausgeschlossen, nach dem Januarplenum in den neugewählten Vorstand des Schriftstellerverbandes unter Eduard Goldstücker als stellvertretender Vorsitzender berufen und im April 1968 von der KPC rehabilitiert, startete unablässig antisowjetische Angriffe, die den Antikommunismus und Nationalismus schürten*).

Prochazka, Liehm, Vaculic und andere Schriftsteller aber waren nur die besonders populären Exponenten kleinbürgerlicher Strömungen, deren Vertreter über-

*) Er scheute sich aber auch nicht, den tschechischen Widerstand gegen die Nazibesatzung zu verunglimpfen und trotz Lidice und über hunderttausend von in Gaskammern umgekommener Tschechoslowaken und zahlloser Depotierter die Zeit der deutschen Besetzung zu verharmlosen. Das NPD-Blatt „Deutsche Nachrichten" veröffentlichte aus diesem in einer tschechischen Zeitschrift erschienenen Artikel Auszüge unter der Überschrift „Prochazka stellt richtig, späte Erkenntnis eines tschechischen Kommunisten" und kommentierte: „Den deutschen Kapitulanten, die nachträglich die Geschichte zuungunsten Deutschlands umfälschen wollen, sei dieser Artikel eines führenden tschechischen Kommunisten ins Stammbuch geschrieben" („Deutsche Nachrichten", 30. 8. 68)

all in den Redaktionen der Presse, des Rundfunks und des staatlichen Fernsehens dominierten und jede Stimme unterdrückten, die vor der Gefahr des Umschlages der Reformen in einen revisionistischen Sozialismus und schließlich in bürgerlich-pluralistische Formen warnen wollte. Alle jene Kommunisten, die den Sozialismus in der CSSR aufgebaut hatten, wurden für den Slansky-Prozeß und andere Rechtsverletzungen, ja für alle Fehler der Vergangenheit pauschal verantwortlich gemacht, moralisch isoliert und zu Tausenden aus ihren Stellungen entfernt. Sie konnten nirgendwo mehr zu Wort kommen, und die Gesamtpartei glaubte, sich angesichts dieser moralisch getönten Pogromstimmung ihren Kredit nur dadurch erhalten zu können, daß sie darauf verzichtete, ihr entgegenzutreten. Schon im März war die Stimmung im Lande so weit, daß die „Neue Zürcher Zeitung" aus Prag berichtete, das Wort „Kommunismus" erscheine hier allgemein als „geradezu unanständig", so daß kaum jemand mehr wagt, es zu benutzen (NZZ 22. 3. 68).

Der Zorn auf benennbare Verantwortliche für die Rechtsverletzungen und den Schematismus der Novotny-Ära war für sich genommen gerechtfertigt, aber je länger die Partei tatenlos zusah, wie aus der Kritik tatsächlicher Fehler eine Pauschalverurteilung der gesamten früheren Politik der KPC und eine prinzipielle Kritik am Marxismus-Leninismus wurde, desto selbstbewußter traten die verschiedenartigsten reaktionären Kräfte im Lande auf und wurden, gerade weil sie im Sinne des Reformkurses und Alexander Dubceks zu sprechen vorgaben, zu einer Gefahr für die KPC insgesamt. Denn die nahezu von allen Schichten des Volkes in Alexander Dubcek gesetzten Hoffnungen waren ja bei großen Teilen des nichtintegrierten Bürgertums Hoffnungen darauf, über den transformierten Kommunismus wieder zu einer bürgerlichen Ordnung gelangen zu können. Daß die KPC diesen Hoffnungen nicht den Boden entzog und zum entschlossenen Kampf gegen die antikommunistischen Tendenzen überging, lag daran, daß in ihr selbst bedeutende Teile die Forderung erhoben, den Anspruch auf die führende Rolle im Staat aufzugeben, die Leninschen Normen des Parteilebens abzuschaffen, die Herausbildung von Fraktionen und die Abweichung der Parteimitglieder vom Parteistandpunkt zu legalisieren und die einzelnen Gliederungen der Partei nur noch assoziativ miteinander zu verbinden, die Partei also in eine Assoziation selbständiger und an keine einheitliche Disziplin mehr gebundener Unterorganisationen umzuwandeln.

Der Stoß dieser revisionistischen Kräfte innerhalb der KPC selbst richtete sich bezeichnenderweise gegen den Leninismus, der allein die Geschlossenheit und damit den Erfolg der marxistischen Parteien verbürgt. Das Präsidiumsmitglied des ZK der KPC J. Spacek trat öffentlich gegen die Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus auf, und der Sekretär des ZK der KPC, C. Cisar, der zugleich im ZK für die Jugenderziehung verantwortlich war, hielt anläßlich des 150. Geburtstags von Karl Marx eine von der gesamten tschechoslowakischen Presse sofort verbreitete und gefeierte Rede, in der er den Leninismus für die CSSR zurückwies. In keine andere Richtung dürfte Parlamentspräsident Smrkowsky, gleichfalls ZK-Mitglied, gezielt haben, als er zwischen einem „asiatischen" und einem „europäischen" Sozialismus unterschied.

Während so die KPC durch ihre revisionistischen Kräfte immer mehr in Gefahr geriet, zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus unfähig zu werden und sich ihrer Schlagkraft zu begeben, ging nicht nur die Presse zu immer profilierteren Angriffen auf die Grundlagen des Kommunismus über, es kam auch überall im Lande zur Bildung antisozialistischer Gruppen und Vereinigungen. Die innerhalb

der Nationalen Front seit Jahren bestehenden und mit der KPC zusammenarbeitenden nichtkommunistischen Parteien, vor allem die katholische Tschechoslowakische Volkspartei und die ehemalige Benesch-Partei, die Tschechoslowakische Sozialistische Partei, gingen, ermuntert von der Verwirrung innerhalb der KPC, auf einen neuen Kurs und verlangten die gleichberechtigte Teilung der Macht mit der KPC (vgl. CSSR im Umbruch, hrsg. von L. Grünwald, mit Beiträgen von G. Husak und E. Goldstücker, Europa-Verlag, Wien 1968). Im ganzen Lande tauchten in den Schaufenstern Bilder von Masaryk auf, des Idols all derer, die sich nach der bürgerlichen Republik zurücksehnen. Die Sozialistische Partei nahm in der Zeit von Januar bis April 60 000 neue Mitglieder auf (S. 47). Auch die Sozialdemokratische Partei wurde trotz ausdrücklichen Verbots wieder tätig. Die „Prawda" meldete: „Am 12. Juni wurde in Prag ein Dokument verbreitet mit dem Titel ‚Die Position des vorbereitenden Stadtkomitees der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei zur gegenwärtigen politischen Situation'. In diesem Dokument wurde festgestellt, daß die sozialdemokratische Partei nach zwanzigjähriger Pause zum politischen Leben zurückkehrt und angeblich nie aufgehört hatte, zu existieren, vom juristischen Standpunkt aus sowie als ‚Ausdruck einer bestimmten konkreten politischen Konzeption'. Die Vereinigung mit der KPC im Juni 1948 wurde für ‚ungültig' erklärt. Am 21. Juni dieses Jahres fand eine Sitzung des vorbereitenden Komitees der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei statt, an der Vertreter der Sozialdemokraten aus verschiedenen Gebieten der Tschechei und aus Mähren teilnahmen. Danach wurden Gebietskomitees, Bezirkskomitees und hunderte Grundorganisationen der sozialdemokratischen Partei gegründet" („Prawda" vom 22. August 1968). Es gründete sich auch eine „Partei der tschechoslowakischen gerechten Sozialisten", die in ihrem Manifest „Memorandum des Volkes der Tschechoslowakei" proklamierte: „Das Gesetz, das wir annehmen werden, muß jede kommunistische Tätigkeit in der Tschechoslowakei verbieten. Wir werden die Tätigkeit der KPC verbieten und die KPC auflösen" („Mlada fronta" vom 14. 6. 68, zit. in „Prawda" vom 22. 8. 68). Im gesamten Staatsgebiet der CSSR entstanden „Clubs engagierter Parteiloser", deren Initiator Prof. Ivan Svitak war. Diese Clubs entfalteten in der Arbeiterschaft, der Intelligenz und der Armee eine außerordentlich intensive antikommunistische Tätigkeit. Svitak, der aus der KPC ausgeschlossen und auch nach dem Januarplenum nicht wiederaufgenommen war, orientierte die Clubs auf Kampagnen zum Ausschluß sämtlicher Kommunisten, auch der Dubcek-Anhänger, die er als „Neo-Stalinisten" bezeichnete, aus den staatlichen Machtorganen und entwickelte dafür eine regelrechte Strategie. Der „Club K 231", der Zusammenschluß von einstigen politischen Strafgefangenen, stand unter der Führung von Leuten wie dem Altfaschisten Brodsky und dem General Palecek. Ferner wurde ein Verband der Offiziere der ehemaligen Benesch-Armee gegründet, und der Schriftstellerverband initiierte in allen Städten die Gründung von „Clubs Kritischen Denkens". All diese Vereinigungen griffen aktiv in die innere Diskussion ein, sie beteiligten sich in äußerst geschickter Weise an den Kampagnen gegen alle kommunistische Kader in Wirtschaft und Verwaltung, legten es darauf an, den revisionistischen Flügel der KPC immer weiter zu treiben, und machten in der Bevölkerung Stimmung für den Westen. Dabei hatten die reaktionären Kräfte aus den Erfahrungen der Konterrevolution in Ungarn gelernt, daß diese in einem sozialistischen Land nicht siegen kann, wenn sie sofort offen für die Wiedereinführung des Kapitalismus und den Anschluß an den Westen eintritt. Deshalb gaben sich die meisten von ihnen auch als Sozialisten und Dubcek-Anhänger aus. Schon Lenin hatte bemerkt: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu ver-

kleiden" (W. I. Lenin, Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, 1. März 1913).

Diese innenpolitische Entwicklung beunruhigte die kommunistischen Parteien der Nachbarstaaten immer mehr. Schon wenige Wochen nach dem Januarplenum, am 29./30. Januar, teilte die KPdSU den tschechoslowakischen Führern anläßlich einer Beratung in Moskau ihre Besorgnis über die auf dem Plenum sichtbar gewordene Gefahr einer Schwächung der Stellung der KPC mit. Am 4. 2. traf sich eine Delegation der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei unter Leitung von Janos Kadar mit Vertretern des ZK der KPC in Komarno, am 7. 2. sprach Gomulka in Ostrava mit Dubcek. Am 23. März kam es zu einem Treffen der kommunistischen Parteien der UdSSR, Bulgariens, der DDR, Polens und Ungarns mit der KPC, auf dem alle fünf Parteien noch einmal, wie schon zuvor die KPdSU, klarstellten, daß es ihnen nicht im entferntesten darum zu tun sei, der KPC Vorschriften für den Aufbau des Sozialismus in ihrem Lande zu machen, der allein ihre eigene Sache sei, wohl aber darum, zu verhindern, daß sich die KPC von antisozialistischen Kräften die Führung entreißen läßt, was alle übrigen sozialistischen Staaten unmittelbar berühre und deshalb nicht allein die Sache der KPC sein könne. Auf diesem Dresdner Treffen leugneten die KPC-Führer, wie die „Prawda" meldete, „nicht, daß sich im Lande gewisse negative Prozesse entwickeln, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse nicht mehr unter Kontrolle der Partei standen und faktisch in die Hände antisozialistischer Elemente geraten waren, daß sich die rechten Kräfte konsolidierten". Zugleich jedoch erklärten sie, „daß die Partei im ganzen die Lage unter Kontrolle hielte und daß kein Grund für ernsthafte Besorgnis bestände" („Prawda" vom 22. 8. 68). Demgegenüber hätten die fünf anderen Parteien von ihrer Besorgnis nicht ablassen können.

Während der Monate März und April unternimmt die KPC nichts, um die Gefahren einzudämmen. Im Gegenteil, das am 5. April verabschiedete Aktionsprogramm wird von den rechten Kräften als Plattform für verstärkte offensive Tätigkeit benutzt. Im Lande setzt die Welle der Absetzungen bisheriger Staats- und Parteifunktionäre ein, die antisowjetische Propaganda großer Teile der Presse wird immer massiver. Konterrevolutionäre Gruppen formieren sich und verflechten sich mit den auf Selbständigkeit pochenden Parteien der Nationalen Front und zum Teil auch mit den Gewerkschaften. Am 4. Mai kommt es daraufhin in Moskau abermals zu einem Treffen der KPC-Führung der der KPdSU. Auf diesem Treffen gaben die KPC-Führer erstmals zu, daß sich die Lage zugespitzt habe, die Gefahr der Herausbildung einer antisozialistischen Opposition bestünde und dies zur Herausbildung einer konterrevolutionären Situation führen könne. Dementsprechend führte Dubcek auf dem Maiplenum der KPC (29. 5. bis 1. 6.) aus, daß das Anwachsen der antikommunistischen Kräfte im Lande und ihr Übergang zum aktiven politischen Kampf zur Hauptgefahr für die weitere Entwicklung geworden sei, der es mit Entschiedenheit zu begegnen gelte. Dubcek verwies auf das Interesse des Auslands an der Tätigkeit dieser Kräfte, auf die verstärkten Kontakte von Emigrantenorganisationen des Westens zu den antisozialistischen Bewegungen im Lande und auf die auffällig intensivierte Bemühung westlicher Sender, in die CSSR mit Falschinformationen und gezielten Parolen einzuwirken. In seiner Resolution stellte das ZK der KPC auf diesem Plenum fest, daß die negativen Tendenzen in der innenpolitischen Entwicklung, die den Anlaß der Besorgnisse und Warnungen darstellten, wirklich existieren. Zugleich warnte es vor allem vor den Bestrebungen, eine zweite marxistische Arbeiterpartei zu gründen, da diese Tendenzen „— ob sie nun von Leuten vertreten werden, die sich für ‚progressive Kommunisten' halten, oder von Sozialdemokraten, die den histori-

schen Schritt der Vereinigung der beiden marxistischen Arbeiterparteien im Jahre 1948 ‚revidieren' möchten —' 'nur zur Spaltung der KPC führen könnten und deshalb letztlich „ausgesprochen antikommunistische" Bestrebungen seien (Resolution des ZK der KPC, beschlossen am 1. 6. 1968, IB-Informationsbulletin Nr. 28/29, Wien 1968).

Diese deutliche Sprache des Maiplenums ließ erwarten, daß das ZK der KPC nun vom Wort zur Tat übergehen würde. Aber die in Schlüsselfunktionen von Presse und Rundfunk und in den freien Clubs und Vereinigungen sitzenden revisionistischen und rechten Kräfte entfesselten sofort eine Kampagne gegen die Orientierung des Maiplenums und bezichtigten Dubcek, den Reformkurs auf halbem Wege anhalten zu wollen und gegenüber den „orthodoxen" kommunistischen Kräften zu kompromißlerisch zu sein. Schon einen Tag nach Eröffnung des Maiplenums gab die „Neue Zürcher Zeitung" folgenden Stimmungsbericht: „Es scheint, daß der Parteichef, Alexander Dubcek, nicht mehr so populär ist, wie das anfangs nach dem Machtwechsel der Fall war. Im progressiven Teil der Öffentlichkeit wird ihm politische Schwäche vorgeworfen. ... Er sei bei der Bekämpfung der konservativen Dogmatiker nicht energisch genug" (NZZ 30. 5. 68). Vor diesen Angriffen wich die KPC zurück, indem sie darauf verzichtete, aus der Einschätzung des Maiplenums irgendwelche praktischen Konsequenzen zu ziehen. Stattdessen gingen die antikommunistischen Kräfte dazu über, mit dem Manifest der „2000 Worte" nun bereits offen einen Staat ohne Kommunisten zu fordern.

Als klar wurde, daß die KPC auch weiterhin die Zeit verstreichen ließ, ohne etwas zu tun, bemühten sich die fünf Parteien der Nachbarländer, nachdem sie in mehreren Briefen ihre wachsende Besorgnis über die immer weitere Verschlechterung der Lage zum Ausdruck gebracht hatten, erneut um eine Zusammenkunft der sechs Parteiführungen, die sie für den 14. Juli vorschlugen. Nun aber weigerte sich die KPC bereits, überhaupt an einem derartigen Treffen teilzunehmen. Daraufhin trafen sich die fünf Parteien ohne die KPC in Warschau und richteten den bekannten Warschauer Brief an die Genossen in Prag. Die Reaktion der tschechoslowakischen Presse war brüske Zurückweisung und wilder Antisowjetismus, die Stellungnahme des ZK der KPC hinhaltend-nichtssagend. Statt zu einem gemeinsamen Treffen erklärte es sich vorerst nur zu zweiseitigen Gesprächen mit den einzelnen Absenderparteien bereit, und auch dies nur unter der Bedingung, daß die Vertretung der anderen Partei nach Prag käme.

Unterdessen trat der im ZK der KPC für Militärfragen zuständige höchste Funktionär, General V. Prchlik, auf einer Pressekonferenz für eine Revision des Warschauer Vertrages ein. Aufgrund der Proteste, vor allem der sowjetischen Armeezeitung „Krasnaja Swesda", wurde Prchlik zwar entlassen, Verteidigungsminister Dzur aber erklärte vor Chefredakteuren der tschechoslowakischen Militärpresse, er hätte „die Pressekonferenz, auf der seinerzeit Generalleutnant Prchlik aufgetreten ist, positiv beurteilt", obwohl einige seiner Antworten an die Journalisten „fehlerhaft und ungenau" gewesen seien („Prager Volkszeitung" 9. 8. 68). Die Militärsektion des tschechoslowakischen Journalistenverbandes setzte sich geschlossen für Prchlik ein, und der erste und zweite Prager Bezirk sowie das KP-Komitee der Universität schlugen ihn sofort wieder als Kandidaten für das ZK der KPC vor. Diesem offenen Angriff auf den Warschauer Vertrag entsprachen die immer deutlicher zutage tretenden Bestrebungen nach einer außenpolitischen Umorientierung der CSSR. Im Hintergrund stand die Hoffnung auf eine schrittweise Loslösung aus dem Warschauer Pakt und die Bildung einer Balkan-Föderation mit Jugoslawien und Rumänien, die ohne Zweifel von den USA und der Bundesrepublik mit aller Kraft unterstützt worden wäre, da dies eine günstige

Plattform für verstärkte Bemühungen gewesen wäre, um auch Ungarn und Polen von der Sowjetunion wegzuorientieren und somit jenes „Zwischeneuropa" zu schaffen, auf das die amerikanisch-westdeutsche Strategie zielt.

Für wie gefährlich die fünf sozialistischen Parteien die Situation hielten, geht daraus hervor, daß sie sich auf die Bedingung der KPC, es dürften nicht alle Parteien an der Konferenz teilnehmen und die Gespräche müßten auf tschechoslowakischem Boden stattfinden, einlassen und die KPdSU mit dem gesamten Politbüro nach Cerna nad Tisou reist. Dort willigt die KPC in ein anschließendes Treffen auch mit den anderen vier Parteien in Bratislava ein. In Bratislava kommt es am 3./4. August zu einer Verständigung aller sechs Parteien auf eine gemeinsame Plattform. In internen Absprachen werden auf der Grundlage dieser Erklärung Vereinbarungen über konkrete Maßnahmen gegen die antisozialistischen Kräfte getroffen, zu deren Einhaltung sich die KPC verpflichtet. Ihre Durchführung wird an Termine gebunden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Meldung der westlichen Presse zutrifft, nach der Breschnew schon in Cerna den 22. August als letzten Termin benannt und gesagt haben soll: „Andernfalls werden wir uns unter erschwerten Umständen wiedersehen!" („Die Welt" vom 27. 8. 68).

Für diese Terminierung gab es nicht nur den Grund, daß die KPC bei allen früheren Beratungen stets Zusagen gemacht hatte, ohne sie einzuhalten; es lag auch ein objektiver Zwang zur Eile vor. Für den 9. September war auf Drängen der revisionistischen Gruppe um Spacek, Smrkovsky und Cisar ein außerordentlicher Parteitag einberufen, auf dem alle von ihnen als „Dogmatiker" bezeichneten Kommunisten aus dem Zentralkomitee herausgewählt werden sollten. Dubcek hatte dem Beschluß, diesen Parteitag abzuhalten, „nur mit halbem Herzen" zugestimmt (NZZ 30. 5. 68). Der weitere Plan sah vor, im Herbst Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, und für diese Wahlen begannen die antisozialistischen Kräfte im Lande die Losung auszugeben, möglichst keinen einzigen Kommunisten zu wählen. Die Resonanz, die diese antikommunistischen Kräfte in der Bevölkerung bereits besaßen, ließ einen Erfolg ihrer Parole nicht ausgeschlossen erscheinen. Dies war eindeutig das Konzept einer unblutigen Konterrevolution. Es wurde jedoch begleitet von kalkulierten Angriffen auf die einzig im Land noch vorhandene Kerntruppe, die notfalls in der Lage gewesen wäre, einem politischen Umschwung und einer Liquidation des Sozialismus bewaffnet entgegenzutreten, auf die bewaffneten Arbeitermilizen nämlich. Schon auf dem Maiplenum mußten Angriffe auf die Volksmiliz zurückgewiesen werden. Jetzt wuchs die Forderung nach Auflösung der Arbeitermilizen zu einer Kampagne an, die von der KPC nicht unterbunden wurde.

Es war eine Situation entstanden, in der die Bestrebungen der rechten revisionistischen Kräfte innerhalb der KPC sich mit den antisozialistischen und konterrevolutionären Tendenzen im Lande objektiv verbanden und die CSSR auf einen Weg drängten, den der amerikanische und westdeutsche Imperialismus mit äußerstem Interesse verfolgte und nicht nur mit Hilfe von Rundfunk- und Fernsehsendungen nach Kräften förderte. Für den Imperialismus und dessen politische und militärische Osteuropastrategie ist die Tschechoslowakei von höchstem Interesse, weil sie das klassische Einfalltor nach Osten ist, dessen sich 1938 auch Hitler zunächst versichern mußte, ehe er seine Ostfeldzüge riskieren konnte. Die Kreise um Strauß urteilten: „Wäre der Tschechoslowakei der Ausbruch aus dem europäischen Schema gelungen, so wären nicht nur die militärischen Kräfteverhältnisse, sondern — was viel gravierender ist — die europäischen Machtverhältnisse entscheidend verändert worden" (Bayern-Kurier vom 7. 9. 68).

Bis zum 20. 8. 1968 hatte die KPC keine der in Cerna nad Tisou und Bratislava vereinbarten Maßnahmen durchgeführt. In der Nacht vom 20. zum 21. 8. überschritten die Truppen der fünf Staaten des Warschauer Paktes die Grenzen der CSSR.

Eine Völkerrechtsverletzung? Sicher für Sozialisten ist, daß rechtliche Kategorien nicht genügen, um einen Vorgang zu beurteilen. Ihr Urteil ist immer vom Klassenstandpunkt abgeleitet, und von daher stellt sich die Frage, was geschehen wäre, wenn die konterrevolutionäre Entwicklung in der CSSR zum Zuge gekommen und dem Westen der Einbruch in den Block der Warschauer Staaten gelungen wäre. Dies hätte nicht nur einen empfindlichen Rückschlag für den Sozialismus bedeutet, die imperialistischen Kräfte zu weiteren Offensiven unter verbesserten Bedingungen ermuntert und in den westeuropäischen Ländern die Chancen jeder demokratischen und sozialistischen Veränderung um Jahre zurückgeworfen, sondern auch die militärische Konfrontation von NATO und Warschauer Pakt unausweichlich gemacht. Demgegenüber galt der Einmarsch der fünf sozialistischen Staaten in die CSSR gerade nicht einer Veränderung des Status quo, die heute in Europa den Krieg bedeutet, sondern seiner Bewahrung, und war deshalb nicht, wie die hiesige Presse behauptet, die Wiederholung, sondern die Verhinderung eines 1938.

Trotz allem wäre es falsch, nicht auch von der Mitverantwortung der Sozialisten in aller Welt dafür zu sprechen, daß es zu diesem Entwicklungsverlauf in der CSSR kommen konnte. Wäre in den vergangenen Jahren die theoretische Arbeit nicht oftmals hinter einem ökonomisch-praktizistischen Denken zurückgetreten, so hätte es auch in der CSSR nicht zu derartigen ideologischen Schwächen kommen können. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus spielt sich heute zu einem erheblichen Teil auf der ideologischen Ebene ab, und die sozialistischen Länder müssen diesen Kampf um die Köpfe der Menschen intensiver führen als die kapitalistischen, weil das ökonomische Übergewicht noch immer bei diesen liegt. 1967 betrug der Anteil der kapitalistischen Länder noch 56,7 Prozent, der der sozialistischen Länder trotz hoher Wachstumsraten erst 37 Prozent und der Entwicklungsländer 6,3 Prozent. Die Sozialisten müssen der Attraktivität des westlichen Wirtschaftsstandards die Ausstrahlungskraft ihrer besseren Argumente entgegensetzen. Das verlangt die Fähigkeit der kommunistischen Parteien, den Klassenstandpunkt auf Grund exakter theoretischer Arbeit immer wieder vom neuesten Stande der Wissenschaft her zu artikulieren, und stellt allen, die am Kampf für den Sozialismus teilnehmen, die Aufgabe, ihre Aktionen mehr als bisher an den Grundfragen des nationalen und internationalen Klassenkampfes zu orientieren.

NEUERSCHEINUNG

Deutschland im ersten Weltkrieg

VON EINEM AUTORENKOLLEKTIV UNTER LEITUNG VON DR. FRITZ KLEIN

BAND 1
Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914
Etwa 530 Seiten
7 Karten
Leinen etwa 25,– DM

BAND 2
Januar 1915 bis Oktober 1917
Etwa 800 Seiten
16 Karten
Leinen etwa 25,– DM

BAND 3
November 1917 bis November 1918
Etwa 560 Seiten
15 Karten
mit Sachregister
Leinen etwa 25,– DM

Jeder Band enthält
40 Seiten Abbildungen

Mit der Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg in drei Bänden legt das Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin die erste umfassende marxistische Darstellung dieser nicht nur für die Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Periode vor.
Das Werk verdient vor allem deshalb besondere Beachtung, weil es erstmals die Geschichte des 1. Weltkrieges in ihrer ganzen Komplexität behandelt, den engen Zusammenhang zwischen allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung herausarbeitet und sich mit den verschiedenen Zweigen der bürgerlichen Geschichtsschreibung über Ursachen, Beginn, Verlauf und Ergebnis des Krieges auseinandersetzt.

Fortsetzungsbestellungen beim Buchhandel erbeten
Auf Wunsch erhalten Interessenten einen ausführlichen Werbeprospekt mit komplettem Inhaltsverzeichnis der drei Bände vom

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
Auslieferung für die Bundesrepublik Firma KUNST UND WISSEN, Erich Bieber, 7 Stuttgart 1, Wilhelmstraße 4–6

Klaus Fritzsche

NPD — Ein deutsches Schicksal (II)*

Eine Analyse mit neun Thesen

VI

„Mitglieder: Tendenz aufsteigend. Anhänger: aus allen Schichten. Stoßrichtung: die 30 Prozent Nichtwähler. Chancen: ausgezeichnet" [87]):

Das Sozialprofil der NPD

Erreicht und angezogen werden vom Rechtsradikalismus zunächst und vor allem die in Besitzstand und Sozialprestige gefährdeten oder unzufriedenen Schichten und Gruppen der Bevölkerung. Das betrifft im stärksten Maß den sogenannten Mittelstand (begrifflich eine unscharfe Bündelung von in vielem heterogenen Elementen). Dieser will im ganzen, wie etwa Svend Riemer [88]) schon im Jahr 1932 präzis und bis heute zutreffend analysiert hat, als konstitutive Mitte der Gesellschaft geachtet sein, will nicht realisieren, daß er zunehmend von sozio-ökonomischen Krisen abhängig wird und daß er auch in seinem scheinbar selbständigen Teil mehr und mehr vom Großkapital dirigiert und majorisiert wird und damit „in ein — wenn auch durchaus eigenartig strukturiertes — Arbeitnehmerverhältnis" [89]) einrückt. Der gleichen sozio-ökonomischen Bedrohung ist die Arbeiterschaft weit existenzgefährdender ausgesetzt, aber während sie 1932 noch „das Erlebnis der Solidarität und die Erkenntnis von der über die gegebene Sozialordnung hinausweisenden Funktion der Arbeiterklasse" [90]) dagegen zu setzen vermochte, ist dieser sie auf sich selbst hinweisende und stabilisierende Faktor, dieser Sperriegel des Klassenbewußtseins, heute weithin geschwunden. So können in der „eingebürgerten" Arbeiterschaft die gleiche Vereinzelung und Verzweiflung Platz greifen, und so unterliegt auch ein Teil von ihr, mit dem Mittelstand, „bei seiner grundsätzlich unpolitischen Haltung, die über die gegebene Sozialordnung nicht reflektiert, dem Einfluß eines Demagogentums, das seinen Verzweiflungsrufen und an sich richtungslosen Protesten ein bestimmtes Ziel, welches es auch immer sei, zu setzen weiß" [91]). Dabei gilt aber heute entsprechend, was 1932 auch galt: „Daß der Mittelstand sich heute für rechts entscheidet, ist zweifellos dadurch bestimmt, daß er sich ideologisch an den Vorkriegsverhältnissen orientiert" [92]). Und ebenso: „Der Mittelstand ist heute politisch erwacht, aber er ist politisch nicht aufgeklärt" [93]).

*) Vgl. Heft 7/68

87) Aus dem Selbstbildnis der NPD, zit. n. Kühnl (u. a.) NPD, 255

88) Mittelstand und sozialistische Politik, in: DIE ARBEIT (Leipart) 9, 1932, 265 ff.; ferner: Zur Soziologie des Nationalsozialismus, ebenda, 101 ff.; Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik (1932; Neuaufl. mit Einf. v. Karl Dietrich Bracher) Stuttgart 1965, 78 ff.; Theodor Geiger, Die Soziale Schichtung des deutschen Volkes, Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1933, 82 ff. — Es ist angesichts dieser Untersuchungen sachlich nicht angemessen — wie es sehr oft geschieht —, Seymour Martin Lipset, Nationalsozialismus — ein Faschismus der Mitte, dt. zuerst 1962; neuestens in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler, 1930—1933 [NWB, 25], Köln—Berlin 1968, 101 ff.) die These vom Mittelstandsradikalismus zuzuschreiben

89) Riemer, Mittelstand, 270

90) ebenda, 267

91) ebenda

92) ebenda, 270

93) ebenda, 272

Die labile Situation des Mittelstands hindert aber die NPD, die ja aus ihm — gerade wegen dieser Labilität (und wegen der ideologischen Prädisposition) — die Hälfte ihres Anhangs rekrutiert, nicht, in ihrem Programm[94]) die großgeschriebene „Mittelständische Wirtschaft" als „weniger krisenanfällig" zu feiern und durch die Behauptung: sie „gewährleistet gleichzeitig Widerstandskraft und Sicherheit der demokratischen Gesellschaftsordnung" (V 14), ihren angeschlagenen seelischen Komfort wieder zu befestigen. Gegenüber wem sie „weniger krisenanfällig" sei, wird natürlich nicht gesagt, da es dieses Gegenüber nicht gibt, und da die von dem beunruhigten Mittelstandsangehörigen hier erwartete und ihm durch den Komparativ insinuierte Beziehung auf die übermächtige Konkurrenz des Großkapitals gerade nicht gemeint ist. Denn, eine „kapitalstarke Großindustrie" ist „unerläßlich" (V 6); und sie muß auch noch weiter konzentriert werden (V 6+7) — was ja schlicht heißt: auf Kosten des Mittelstandes und in Verschärfung seiner Krise. Hier meldet sich also das auch für die NSDAP typisch gewesene lauwarme, den Schein wahrende Lavieren zwischen ihrem Reservoir der Anhänger und kleinen Spender und der Spekulation auf den großen Geldgeber deutlich zu Wort. Ähnlich steht es mit der Forderung: „Eine stärkere Progression ist angebracht. Dafür müssen die mittleren Schichten entlastet werden" (VI 7)[95]).

Die Berufsstruktur der NPD-Anhängerschaft[96]) sieht demnach wie folgt aus: Stark überrepräsentiert sind, wie in der Schlußphase der Weimarer Republik in der NSDAP, die statusverunsicherten Mittelstandsberufe[96a]): Handwerk, Kleinhandel, Kleinindustrie; untere Angestellte und Beamte; Bauern. Die Berufssoldaten stellen, wie zur Zeit der Weimarer Republik, eine für Rechtsradikalismus besonders anfällige Gruppe dar. Die Gründe dafür liegen in der ungebrochenen undemokratisch-militaristischen Tradition, in der Beerdigung des Staatsbürgers in Uniform (dies in mehrfachem Sinn) im Zuge der allgemeinen Restauration und in der demnach als nicht genügend empfundenen sozialen Stellung des Soldaten. Der bayrische NPD-Landtagsabgeordnete und vorherige Bundeswehrhauptmann Roß[97]) schätzte im Februar 1967 das Potential für die Bundestagswahl 1969 auf etwa 25 Prozent. Die NPD-Führung[98]) gab im November 1967 an, 2,2 Prozent der DN-Leser seien Bundeswehrangehörige. Wenn — was unklar ist — hier a l l e Bundeswehrangehörigen (Berufssoldaten und Wehrpflichtige) gemeint sind, dann wäre das gegenüber deren Anteil an der Gesamtbevölkerung (0,8 Prozent) eine fast dreifache Überrepräsentation. Bezieht sich die Angabe nur auf die Berufssoldaten, so ergibt sich gegenüber deren Anteil (0,5 Prozent) eine nahezu 4½fache Überrepräsentation. Da aber die DN-Leser zweifellos dem NPD-Potential zuzurechnen sind, und da für die Bundestagswahl mit bis zu 15 Prozent NPD-Wählern gerechnet werden muß[99]), bedeutet das, daß die NPD bei der Bundeswehr einen äußerst massiven Einbruch erzielen wird und dabei sogar eine klare Mehrheit der Bundeswehrangehörigen an sich ziehen kann. Das aber würde sich zweifellos auch auf die höheren Chargen auswirken, die bisher (gewiß mehr aus Karriere- als aus Überzeugungsgründen) Reserve gegenüber der NPD gezeigt haben. Eine solche, offen rechtsradikal unterwanderte und zunehmend geprägte

94) alle Zitate nach dem DN-Sonderdruck
95) Zu den logischen Konsequenzen solcher Widersprüche s. unter IX
96) Für den Zweck dieser Darstellung genügt es, Mitglieder und Wähler zusammenzufassen, zumal nach dem Bericht des Innenministeriums, 24, beide Gruppen ein sehr ähnliches Sozialprofil aufweisen sollen
96a) vgl. Liepelt, Anhänger, 256 ff
97) zit. n. Kühnl (u. a.) NPD, 62 f
98) zit. n. Kühnl Parteiprogramm, 19 f
99) Nach Schätzungen des Kölner Soziologen Erwin Scheuch (in: Süddeutsche Zeitung v. 30. 12. 1966; zit. n. Heribert Kohl, Die „Deutschen Nachrichten", PVS 8, 1967, 291) beträgt das auch ohne größere Krisen mobilisierbare NPD-Potential 15 Prozent

Bundeswehr wäre dann, unter anderem, eine überaus geeignete Notstandsarmee nach Art. 87 a des genötigten Grundgesetzes [100]).

Akademische Berufe sind nach dem Bericht des Bundesinnenministeriums [101]) rückläufig, desgleichen die gehobenen freien Berufe. Um ein Drittel gesunken (von 3 auf 2 Prozent) ist der Anteil der Studenten zwischen Sommer 1966 und Sommer 1967: möglicherweise schon ein Reflex der kritischen Bewegung. Stark ansteigend ist die Tendenz bei den Bauern — auch dies ein aus den letzten Jahren der Weimarer Republik bekanntes Phänomen —, steigend auch bei existenzgefährdeten Arbeiterschichten [102]). Jedoch ist hierzu zu sagen [103]), daß die Industriearbeiterschaft, zumal soweit sie gewerkschaftlich organisiert und von alten Traditionen der Arbeiterbewegung (nicht: von „alten Arbeitnehmertraditionen", wie Klaus Liepelt [104]) will, denn diese sind noch sehr jung [105])) beeinflußt ist, weithin resistent geblieben ist. Dagegen hat die NPD unter den Arbeitern der mittelständischen Betriebe Fuß gefaßt, da unter diesen die Tendenz besteht, die Krisen des Mittelstandes als ihre eigenen zu empfinden und zu erleben und sie sozialpsychisch entsprechend zu verarbeiten.

Neben der Bindung an die Gewerkschaften wirkt auch eine starke konfessionelle sozial stabilisierend; auch dies wie seinerzeit.

Frauen sind in der NPD stark, nämlich im Verhältnis 1:2, unterrepräsentiert [106]). Dies dürfte daher rühren, daß die NPD sich bisher als Partei der harten Männer geriert hat und Frauen sich auch durch die Problemstellungen der NPD weniger angesprochen fühlen (die Frauen haben, beispielsweise, den Krieg nicht geführt und verloren; sie haben deshalb auch ein geringeres existentielles Interesse daran, einen neuen Anlauf gen Osten ins Werk zu setzen).

Nach dem „Bericht" [107]) soll der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge „nicht wesentlich größer als in der Gesamtbevölkerung" sein. Das müßte bei der starken revanchistischen und ressentimentbestimmten Agitation der NPD — von der noch die Rede sein wird — überaus verwundern, würde aber darauf hindeuten, daß die Haß säenden Vertriebenenfunktionäre bald ganz die Rolle des Johann ohne Land spielen müßten. Jedoch dürfte solche Hoffnung unangemessen sein. Viel wahrscheinlicher ist, daß die NPD alle noch als solche mobilisierbaren ehemaligen Vertriebenen absorbieren wird; sie selbst rechnete vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg bei ihnen mit einem „kaum erschöpfbaren Reservoir an Wählern" [108]). Die Reste des BHE dürfte sie aus dem gleichen Grund fast ganz beerben, desgleichen die Altnazis — sofern sie nicht sichere Positionen in den anderen Parteien haben. Bei CDU/CSU und FDP ist grundsätzlich der rechte Anhängerflügel als NPD-anfällig anzusehen, bei der SPD (vor allem in den Ländern) wenigstens die nicht geringe Gruppe der Postenreiter. Weithin resistent aufgrund ihrer Traditionen dürfte der alte Stamm der SPD und der Gewerkschaften, sowie der Katzer-Flügel der CDU/CSU sein. Nach Liepelt [109]) kann die NPD ohne weiteres 18 Prozent der Wechselwähler und 16 Prozent der Nichtwähler gewinnen.

---

100) Tritt dazu auf Grund eines weiteren Anwachsens der NPD noch die Aktionsverbindung mit dem Großkapital, so ist die Ausgangslage der faschistischen Machtergreifung wiederhergestellt
101) Bericht, 17 f., 26. — Für die akademischen Berufe so auch Liepelt Anhänger, 242 ff
102) ebenda, 17
103) vgl. Liepelt, Anhänger, 245 ff
104) ebenda, 245
105) Die sozialistische Arbeiterbewegung wußte stets, daß der Arbeiter Arbeit nicht „nimmt", sondern „gibt" (nämlich um Lohn verkauft)
106) Bericht, 22
107) ebenda, 17. — Ebenso Liepelt, Anhänger, 244
108) Eilbrief des Landesverbandes Baden-Württemberg, 9/67; zit. n. ebenda, 26
109) Anhänger, 250 ff

Für alle möglichen Fälle hat die NPD vorgesorgt: sie hat sich in ihrer Organisation mit einem von Stufe zu Stufe steigenden Anteil „bekannter Extremisten" eingedeckt und dabei im Vorstand „die wichtigsten Abteilungen für Organisation, Finanzen, Informationswesen, politische Bildung und Rechtsfragen mit alten Radikalen besetzt" [110]). Im vergangenen Jahr hatte sie zudem einen Abgang gemäßigter und einen starken Zugang radikaler Mitglieder [111]).

In den alten Nazi-Hochburgen findet auch die NPD gastliche Aufnahme. Solche Zentren sind beispielsweise Nürnberg, Bayreuth, Kulmbach, Waldeck, Hersfeld, Dillkreis. Man hätte sogar für das Ergebnis der letzten Landtagswahlen „in den meisten Städten Hessens und Bayerns die Auszählung der NPD-Stimmen ersetzen können" [112]) durch eine maßstäbliche Herunterrechnung des NSDAP-Anteils von 1932 nach der Gleichung: NPD (1966) = 2,7 + NSDAP (1932) × 0,16. Natürlich ist der effektive Anteil der NPD wesentlich geringer, aber es besteht eine feste mathematisch-statistische Korrelation. Es hat sich also da trotz aller dazwischenliegenden Ereignisse und Entwicklungen in der Anlage nichts geändert. Wo früher braun gewählt wurde, wird heute dasselbe getan.

Die ehemals von Scheuch [113]) konstatierte starke Anziehungskraft der NPD auf junge Leute zwischen 18 und 21 Jahren dürfte sich inzwischen gelegt haben. Diese Altersgruppe gehört zu den von der studentischen Linken am intensivsten beeinflußbaren, da sie entweder noch nicht voll sich mit dem hierarchischen Modell ihrer Arbeitswelt solidarisiert hat oder gerade in der mobilen Stufe zwischen Oberschule und Universität steht. Die Jungwähler (21—30 J.) sind nur schwach in der NPD vertreten. Bei der hessischen Landtagswahl im November 1966 stellten sie (zusammen mit den über 60jährigen) die schwächste Gruppe; und von allen Parteien (außer BHE) hatte die NPD bei ihnen die geringste Resonanz [114]). Am stärksten sind in der NPD heute vertreten die Altersgruppen, die an der „Großen Zeit" selbst mitgewirkt haben; und die damals erzogen worden sind, d. h. die ungefähr 40—50jährigen, die 1945 17—27 Jahre alt waren, und die ungefähr 50—60jährigen, die 1945 27—37 Jahre alt waren [115]). Bei diesen beiden Altersgruppen hat die Kurve des NPD-Potentials zwei markante Gipfel über die Alterskurve der Gesamtbevölkerung hinaus. Die „Twens" dürften noch eine Art Vorsicht bewirkende Schutzimpfung von daher haben, daß sie in der dürren Zeit nach dem Zusammenbruch aufgewachsen sind; Ältere noch oder neu begeistert; Alte resigniert.

Der Idealtyp des NPD-Anhängers, synthetisch hergestellt, dürfte demnach etwa so aussehen: 55jähriger, aus dem ehemaligen Sudetengau stammender, früherer Berufssoldat, Mitglied der NSDAP, jetzt Kleinunternehmer, kirchlich abständig, auf dem Land lebend, seither Nichtwähler. Der Gegentyp des idealen NPD-Resistenten: 30jähriger großstädtischer Industriearbeiter aus alter Arbeiterfamilie, gewerkschaftlich (und/oder kirchlich) gebunden, politisch interessiert. Auch diese Retorten-Konfrontation zeigt, aus welchem Haus die Gefahr kommt.

These VI: Auch in der Anziehungskraft auf die Bevölkerung ist die NPD das täuschend ähnliche Abbild der NSDAP. Die Schichten und Gruppen, die vor einer Generation dem Nationalsozialismus zufielen, sind auch heute wieder für den organisierten, exzessiven Rechtsradikalismus besonders anfällig, z. T. auch noch

110) Bericht, 11 f. — Vgl. bes. die sehr instruktive Tabelle, ebenda, 12
111) nach ebenda, 11
112) Liepelt, Anhänger, 269
113) zit. n. Iring Fetscher (Hrsg.), Rechtsradikalismus (res novae, 53), Frankfurt 1967, 71
114) vgl. Kühnl (u. a.), NPD, 71; Liepelt, Anhänger, 241
115) vgl. Heinz Ruhnau, Der Erfolg der NPD und ihre Krise, in: Duve (Hrsg.), Restauration, 20; Liepelt, Anhänger, 241

direkt infiziert. Sie haben aus unserer glorreichen Vergangenheit nichts gelernt und wollen nichts lernen. Die NPD marschiert.

VII

Die NPD und der formaldemokratische Normbürger

Hat der Rechtsradikalismus aber nach dem Gesagten nur Chancen bei faschistoiden Temperamenten?

Wenn der im bundesdeutschen Sinn demokratiebeflissene Bürger kritischer sich anzublicken imstande wäre, dann hätte er unter dem Aspekt dieser Frage ein langes Sündenregister zu notieren. Heribert Kohl[116]) formuliert in einer „politologisch-soziologische(n) Analyse des publizistischen Organs der NPD": „Soweit die nationaldemokratische Ideologie eine mehr oder minder romantisch-irrationale Gegenbewegung gegen alles Moderne darstellt, ist sie höchst unmodern" — und bemerkt nicht, wie er selbst höchst romantisch-irrationalen bürgerlichen Kulturmorphologismus betreibt, in Hinsicht auf eine herantreibende politische Drohung, die, unmodern hin oder her, genau wie jene ebenso „unmoderne" NSDAP im Nu grundstürzende Realität werden könnte. Und als hätte nicht das Romantische eine brutale Nachtseite, wie auch das Irrationale im Antirationalen, und als wäre nicht gerade Gegenbewegung, zerstörerische Negation, Konterrevolution — gegen die Emanzipation der Unterdrückten, gegen die Aufklärung, die Licht bringt, gegen kritische Vernunft und tätige Menschlichkeit — Kern, Zielpunkt und Konsequenz jedes Faschismus. Aber unser Autor fährt fort: die NPD wird „auch weiterhin — zumindest vorerst — mit einem potentiell autoritären Programm, das heißt aber im Grunde unpolitisch agitieren"[117]). Unverhofft findet sich ein treffendes Wort im Ungefähr der Begriffe: autoritär — wenn auch eingehüllt in vielfache Aufhebungen; als dürfe es ohne Vermummung der harten Welt der Realien nicht begegnen. Was, so steht zu fragen, ist unpolitisch, und noch gar im Grunde, an der NPD? Was ist unpolitisch an autoritärer Politik, die Macht haben will, ohne fragen und Fragen hören zu müssen; die fordert, droht und hetzt? Bleibt noch die Präzisierung des Ansatzes vorzuschlagen zu: Faschismus ist ein unpolitisches Phänomen[117a]). So allerdings ist die ironische Sentenz am Anfang des Achtzehnten Brumaire[118]), daß weltgeschichtliche Tragödien sich als Farce wiederholen, nicht gemeint. In der Beschreibung soll die Farce nicht liegen. Und auch in der Sache liegt sie hier nicht, denn beim Faschismus ist Tragödie und Farce, Ausrottung und Gaukelei in einem: bei der Premiere wie bei der Reprise[119]).

Wenn so das analytische Instrumentarium eines mit der Sache Befaßten aussieht, wie soll dann das Denken und Bewußtsein der eben nur gutwilligen, aber nicht im einzelnen informierten Bürger beschaffen sein? Der zitierte Autor, über die Person hinaus, stellt in der Tat den Typus dar, in dem die öffentlich wohlapprobierte Art, politisch-demokratisch zu sein, sich verkörpert; diese krause Mischung von Oberflächlichkeit und Tiefsinn, der nichts kostet. Für weiteste Kreise der potentiell demokratisch aktivierbaren Bürger gilt daher, daß sie wegen des Mangels eines kritisch-theoretischen Denkansatzes gegenüber der Manipulation und verschleierten Repression nicht genügend informiert, kritisch und

116) Nachrichten, 291
117) ebenda
117a) in dieser Richtung bisher am weitesten Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1965, 515 ff
118) MEW 8, Berlin 1960, 115
119) Das letztere auch gegen Kühnl (u. a.) NPD, 46. — Zudem, wenn die Farce furchtbarer noch sein soll als die Tragödie: wie ist sie dann noch Farce?

wachsam sind; daß sie dem offiziellen Glaubenssatz, Vertrauen sei das Salz der Demokratie, nicht wenigstens das Mißtrauen der Gebrannten entgegensetzen; daß sie auf die Gerissenheit einer zum Beherrschungsmechanismus depravierten Psychologie übermäßig gern hereinfallen; daß sie, wenn schon nicht BILD, dann doch FAZ oder WELT mit objektiv informierenden Presseorganen verwechseln; daß sie die von Pop und Gag lebende oberflächliche Kratz- und Schabetechnik des SPIEGEL für das Non Plus Ultra kritisch-wachsamer Presse halten, oder, was das gleiche ist, glauben, gegen schwere organische Schäden, gegen angeborene und zuerworbene Gebrechen sei Magenbitter ein Heilmittel. Diese Bürger wissen nicht genau und denken nicht genug darüber nach, was „demokratisch" ist und wie „demokratische" Politik auszusehen hätte, sie denken, mit dem Gros der Politiker, hilflos an den Problemen entlang, statt in sie ein und durch sie hindurch zu Lösungen zu dringen.

Damit tun sie ihr Teil zu dem kontinuierlichen Schrumpfungsprozeß des demokratischen Verwirklichungsraums. Und weil sie zudem zu wenig von Terror, Brutalität und Barbarei des Dritten Reichs — und gar schon von deren Gründen — wissen, müssen sie zwangsläufig dessen legitimsten Nachfolger in seinem Spiel zwischen Verharmlosung und Anpreisung ungeheuer unterschätzen. Das Vestigia terrent gilt für sie nicht, weil sie zwar sehen, aber nicht verstehen können, was da vor sich geht. Und selbst wo sie über den Anfang beunruhigt sind, ist ihnen nicht mehr möglich als eine folgenlose atmosphärische Bekümmerung.

Helfen kann ihnen aus dieser unwürdigen Situation nur ein konsequenter gesellschaftskritischer, nämlich sozialistischer Ansatz. Aber bis dahin stoßen sie nicht vor, weil sie den Antikommunismus derer, die ihn wollen müssen, um sich selbst zu erhalten, auch als ihre Angelegenheit empfinden.

These VII: Auch bei potentiell demokratischen Bürgern hat das undemokratische Denken, hat der Rechtsradikalismus Anhalt und Reservate und die Chance, eventuell auch sie aufzusaugen.

VIII

Rekurs auf die Wurzel der Dinge

Es ist demnach völlig richtig, wenn der „Bericht" [120]) sagt: „Wie die Erfahrung lehrt, reichen jedoch exekutive Maßnahmen nicht aus, den politischen Radikalismus an seinen Wurzeln zu treffen. Hierzu bedarf es vor allem geeigneter Maßnahmen der politischen Bildung und der politischen Auseinandersetzung." Dazu wird unter „Reaktion der demokratischen Öffentlichkeit" auch erwähnt: „Professoren und Studenten der Hochschulen im Bundesgebiet sind in Schweigemärschen [121]), Podiumsgesprächen, Protestversammlungen und mit Flugblattaktionen gegen die NPD aufgetreten" [122]). Unversehens also findet die „kleine radikale Minderheit" sich in die Phalanx der Demokratischen Öffentlichkeit hineingelobt: denn diese Bekämpfer der NPD sind ja mit den Bekämpfern der Notstandsgesetze und des Permanenten Springer-Notstandes personal identisch — aber solche Erkenntnis, und gar mit Rückschlüssen auf die Interdependenz der Objekte, sucht man vergebens. Diese Herstellung des Zusammenhangs soll und kann aber hier nicht ausgespart werden.

Die kritischen Bürger für sich können und sollten auch verstärkt sich bemühen, informierte und bewußte Demokraten zu werden; in ihrem Umkreis, im Betrieb

120) Bericht, 37
121) Es ist auch nicht unbezeichnend, daß die Aufzählung mit dem Schweigen beginnt
122) ebenda, 38

oder wo sonst, auf Freunde, Kollegen und Bekannte Einfluß in diesem Sinn zu nehmen; selbständiges Denken und konkrete Menschlichkeit einzuüben; um auf diese Weise wenigstens einen Teil des Gifts zu neutralisieren.

Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus wollte das deutsche Volk ein Volk von Mitläufern und heimlichen Nischenbenutzern gewesen sein. Dieses Selbstzeugnis — sein Gehalt an Wahrheit, Konfabulation und Ideologie einmal ungeprüft — war erbärmlich genug. Und nur sehr wenig ist dagegen getan, daß sich diese deutsche Geschichte wiederholen kann. Es ist deshalb von elementarer Wichtigkeit, eine demokratische Bewußtwerdung, eine gesellschaftlich-politische Horizontklärung bei breiten Schichten der Bevölkerung in Gang zu bringen. Dazu gehört vor allem auch — was außerordentlich wichtig ist und auch von Kritischen und Progressiven, vor allem im Bereich der „klassischen" Linken, zu wenig beachtet wird — aufklärende Vermittlung und Verankerung einer wirklich demokratischen Erziehung im Volk, die von Unterdrückung, Strafe und Erzeugung von Schuldgefühlen weg auf das Ziel der Befreiung des Menschen ausgeht. Denn dieser subjektive Faktor entscheidet wesentlich mit über die Persönlichkeit des jungen Menschen, und aus autoritär erzogenen Kindern können nur noch schwer freie, kritische und überzeugt demokratische Erwachsene werden, zumal sie dann von der Volksschule bis in den Beruf über alle Stufen in der gleichen autoritären Apparatur weitergereicht werden [123]).

Dieser Prozeß genereller Aufklärung und Demokratisierung widerstreitet jedoch handgreiflich der Interessenlage der herrschenden Klasse, und schon die von der heutigen Studentenbewegung versuchten Anfänge in dieser Richtung treffen auf massiven Widerstand — leider auch in der Arbeiterschaft der Bundesrepublik, die sich über ihre Klassenlage und ihre objektive Interessenrichtung bisher sehr weitgehend hat hinwegtäuschen lassen.

Allerdings, es sei wiederholt: will man den faschistischen Geist an seinen Voraussetzungen treffen, so gilt die Wahrheit, die Max Horkheimer klassisch formuliert hat: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." Solange nicht Staat und Gesellschaft in allen Bereichen — Wirtschaft, Parteien, Regierung, Bürokratie, Justiz, Bundeswehr, Polizei, Schule und Hochschule — grundlegend, konsequent und radikal demokratisiert werden; solange die Bundesrepublik nicht entschiedenen Abschied von Gestern nimmt; solange nicht überall kritische Vernunft und Humanität als Maßstab und Gleichheit und Freiheit als ständige Richt- und Zielpunkte durchgesetzt sind: solange muß der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik stets vorhanden bleiben. Daraus erwächst eine ständige und manifeste Gefahr, die aus dem, wie es heißt, pluralistischen System ein faschistisches Reich der Unfreiheit zu machen droht. Wer Deutschlands Vergangenheit kennt, hat nicht Anlaß, diesen Zusammenhang herunterzuspielen.

These VIII: Die Abschaffung des Problems ist nur durch grundsätzliche Strukturänderung möglich.

IX

Möglichkeiten und Notwendigkeiten heute

Wenn und da aber diese Dinge rebus sic stantibus nicht an der sozio-ökonomischen Basis und den von ihr ausgehenden Metastasen gefaßt werden können, müssen wenigstens die Symptome soweit gekappt werden, daß die unmittel-

[123]) Die Aufdeckung und Bestimmung dieser Zusammenhänge durch Psychoanalyse und Sozialpsychologie ist der präzise Grund, warum die Rechten gegen beide Wissenschaften so massive Affekte zeigen. Für die Gegenwart vgl. etwa Mohler, in: Mitscherlich u. a., Tabus

bare Gefahr aufgehoben wird. Denn daß eine unmittelbare Gefahr besteht, kann schwerlich noch bestritten werden, und bloße „Aufmerksamkeit" und „Wachsamkeit" [124]) reichen nicht mehr aus — wenn je. „Die Wahrheit ist konkret", heißt es bei Bert Brecht. In dem Maß, wie das zutrifft, müssen auch konkrete Konsequenzen aus ihr gezogen werden.

Manfred Müller [125]) hat sehr pointiert gesagt, die NPD sei „ein Chamäleon, dem der Farbwechsel nicht gelingt, weil es innerlich nicht will, was es nach außen hin tun muß". Sie sei gezwungen, sich verbal selbst zu verleugnen und gleichzeitig ihren Anhängern deutlich zu machen, daß dies ein existenzsicherndes Täuschungsmanöver sei. Zu diesem Zweck veranstalte sie „eine umgekehrte Springprozession: ein Schritt vor zum Lippenbekenntnis (wir bejahen die Demokratie), zwei Schritte zurück zu den vertrauten Quellen (wir brauchen eine andere Staats- und Gesellschaftsordnung)".

Wir müssen also dieses „Phänomen" etwas näher betrachten, als es ihm und anderen von offizieller Seite zu gehen pflegt.

Es kann jedoch hier nicht darum gehen, die gesamte Ideologie, Programmatik und Agitation der NPD aufzurollen, zumal es dazu schon detaillierte und umfängliche Untersuchungen gibt [126]). Allerdings sind einige markante Punkte hervorzuheben, vor allem unter Heranziehung zweier neuerer, bisher in keiner Weise genügend analysierter Dokumente: des neuen NPD-Programms und des schon mehrfach genannten „Berichts" [127]).

Zwischenbetrachtung: NPD, zersetzt

Die Analyse soll folgende Grundstruktur haben: In der Mitte steht das Programm; es wird nach Ideologie und Konzept unter drei Bezügen interpretiert: a) Klärung der Denkstränge und der Interdependenz (Kon- und Divergenzen) innerhalb des Programms, b) Verfolgung der Tendenzen nach den schärferen Äußerungen der NPD-Führer und der DN, c) Perspektivierung nach der Analogie zu NSDAP und Drittem Reich.

1) In der schon oben (V) analysierten und ideologiekritisch abgesteckten Weise werden phantasmagorische Ganzheiten und unbefragbare Appelle als Normen gesetzt. Die NPD bindet den Einzelnen und sein Handeln vorab an Wertungen, über die sie frei verfügt. „Kräfte der Gesundung" [128]) erkennt der, der von ihnen redet. Wohin und gegen wen sie wirken, bestimmt sich aus der Machtlage. Wenn der Staat als „Wahrer des Volksganzen" auftritt, ist zu fragen, wer als Wahrer des Staates agiert und damit entscheidet, was das Ganze und wie es zu wahren sei. „Ungeist des Materialismus" bedeutet schlicht die Denunzierung der kleinen Leute, denn wer zur herrschenden und besitzenden Klasse gehört, kann über die Niederungen des täglichen Geldverdienenmüssens gut hinwegsehen; wie sollte da noch einer kommen und mehr Lohn haben wollen. „Nationale Würde" und „Ehre" werden empfohlen; in ihnen lebt der nationalistisch-militaristische Kom-

124) Müller (NPD, a.a.O.) und Sontheimer (Wiederkehr, 16) haben sie im Jahr 1966 empfohlen
125) NPD, a.a.O.
126) Sie sind allerdings von sehr unterschiedlichem Wert. In erster Linie ist nach wie vor zu empfehlen das durch Übersicht und Klarheit ausgezeichnete Buch von Kühnl (u. a.), NPD. — Begrenzt wertvoll, aber in Einzelfragen interessant sind (die z. T. sehr flüchtig gearbeiteten) Steinbruchunternehmungen wie Duve (Hrsg.), Restauration, und Fetscher (Hrsg.), Rechtsradikalismus. — Abzuraten ist von Smoydzin, NPD, nicht nur, weil in ihm ein straffer Antikommunismus waltet (z. B. 35, 47), sondern vor allem, weil es nicht analysiert, nur beschreibt; weil es — in eminenter Systemtreue — Erwägungen zur antidemokratischen Tradition, zum kapitalistischen Unterbau und zur Restauration dem Leser völlig erspart; und weil es demzufolge von vermehrter demokratischer Oberflächenpolitur das Heil erwartet. Mit solchen Darstellungen ist nur dem Status quo (minus) gedient und nichts gebessert
127) In den „Blättern" ist dazu schon erschienen: Kühnl, Parteiprogramm (sehr kursorisch) und Rilling, Ideologie (nur ein Aspekt). — Besonders das NPD-Programm ist ein überaus lehrreiches Dokument und zum eingehenden Studium dringend empfohlen. Es ist anzufordern bei: Verlag Deutsche Nachrichten, 3 Hannover 1, Postfach 1580
128) Die folgenden Zitate aus: Programm, Allgem. Teil (im Text zit.: A)

ment: wer sie verletzt, wird gefordert und getötet, sei es ein einzelner oder ein Staat. „Das Ganze" muß empfehlen, wer von Gegensätzen und Konflikten ablenken will. „Hingabe an das Ganze" ist das seit Jahrhunderten erprobte Hüllwort für den sinnlosen Tod in einem Krieg, der für des Gefallenen Macht und Profit jedenfalls nicht geführt wird. Auch der „Rang einer Nation" (III 1) ist ein blanker Militarismus, und wenn er „entscheidend von ihren geistigen, sittlichen und charakterlichen Werten" abhängig gemacht wird, so leuchtet dahinter als Sinn die Qualität des Generalstabs und die Disziplin der Mannschaften. Auch „braucht" Deutschland wieder „eine pflichtbewußte ... Jugend" (XIII 1); natürlich, denn die, die es war, liegt in den Massengräbern Europas. Neuer Einsatz ist vonnöten, und vorher ist Wehrpflicht ein „wertvolles Mittel der Erziehung zum Staatsbürger" (XIV 6). Die „natürliche Bindung an Volk und Vaterland, Familie und Heimat" (III 1) zwingt den Bürger an jenen Punkt im Koordinatensystem, wo die Machthaber ihn haben wollen. „Innere Bestimmung" (A) ist die äußere Bestimmung des Bestimmenden, was der Bestimmte zu tun, zu glauben, zu wollen hat und was nicht. „Abwehr der Vermassung ... Bewahrung des gewachsenen Volkstums" (V 15) erklärt dem Proletariat, was man mit ihm vorhat: es wird abgewehrt und reinstallierten Hierarchien unterstellt. „Nicht den Juristen, sondern dem Volke hat das Recht zu dienen" (I 14), ist die noch bekannte Drohung, die Unabhängigkeit der Richter an das zu schirren, was der will, der dem Volk sagt, was es zu wollen hat. Wer aber hat das zu sagen? Vielleicht der Bundespräsident, dessen Rechte „zu stärken" sind, denn: er „verkörpert Volk und Staat" (I 6)? Wie, wodurch und wonach findet diese Verkörperung statt? Soll es ein Hindenburg sein, der sich noch über sich selbst hinaus dirigieren läßt, — oder doch eher ein Jüngerer mit der ganz richtigen Einstellung? Soviel Fragen, keine Antwort.

Jedenfalls muß im Jahr 1967 endlich die seit 22 Jahren „aufgezwungene Selbstbesudelung und Kasteiung" [129]) aufhören — sicher um ein neues Leben in der alten Reinheit und Freude zu beginnen. Dafür ist es dann auch gut zu wissen: „Die deutsche Nation wird von innen zerstört, von außen könnte es keine Macht der Welt erreichen" [130]). Wilhelms Reich wurde durch den Dolchstoß, Hitlers Reich durch die Verräter des 20. Juli zerstört, und auch gegen Thaddens Nation, die es nicht gibt, steht der Innenfeind bereit, auf den man alle Frustration und Aggression, allen Haß und alle Wut abladen kann: Die „Zerschlagung und Entlarvung der Linksputschisten" tut not, und die NPD will diese Wahrheit allen „einhämmern" [131]).

Alte Lieder, traute Weisen. Die Stereotype und die Sinngehalte der nationalsozialistischen Agitation wiederholen sich, Volksverdummung, Volksverhetzung und Brutalität sind wieder im alten Konzert.

2) Thadden [132]) hat erklärt, die NPD werde in Zukunft eine Partei der Arbeiter sein. Hoffentlich kommt es dazu nicht; sie würden wie Kälber ihrem Fleischer zulaufen. Denn aus dem irrationalen Sprachgeröll vom Ganzen und Volksganzen läßt sich bei schärferem Zusehen ein genau bedachtes Komplott gegen die Arbeiterschaft herauslösen.

Zunächst käme finanzieller Druck. Im NPD-Programm ist eine geradezu gigantische Zeche bestellt [133]), die nur die Arbeiterschaft bezahlen müßte: der Mittel-

129) DN 7/67; zit. n. Bericht, 13
130) Thadden beim Parteitag Hannover, zit. n. Kühnl, Parteiprogramm, 24
131) DN v. 10. 11. 1967, zit. n. ebenda, 22
132) n. Bericht, 14
133) vgl. VIII 7, 8, 11; XI 6 f, 8, 9, 14; bes. XI 16; XII 18—21

stand ist steuerlich zu entlasten (VI 7); das Großkapital — wiewohl der NPD von „stärkerer Progression" zu reden „angebracht" scheint (VI 7) — muß „kapitalstark" gehalten und weiter konzentriert werden (V 6, 7); dem „Unternehmertum" insgesamt wird „Schutz seiner freien und ungehinderten Entfaltung" garantiert (IX 16). Dafür wird der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften — deren Existenz sowieso Ausgeburt des „marxistischen Klassendenkens" [134]) ist — die mühsam erkämpfte Selbständigkeit und Tarifautonomie (zunächst) beschränkt, indem sie dem „Volksganzen" (IX 17) unterstellt werden. Dieses „Volksganze" wird aber, s. o., wiederum von der herrschenden kapitalistischen Klasse definiert und verwaltet. Und sollte die Arbeiterschaft etwa gar gegen diese oder andere Expropriationen zum „letzten Mittel" (IX 19) des Streiks sich hinreißen lassen, so hätte der Staat, als „Wahrer des Ganzen" (A), für diesen Fall einen kleinen und einen großen Knüppel.

a) Er könnte (IX 20), in harmonischer Verzahnung der Interessen der Herrschenden und Besitzenden, Einigungs-, Schlichtungs- und Schiedsbemühungen mühelos scheitern und die „unter verantwortlicher Mitarbeit des Staates" zu bildenden Schiedsgerichte entsprechende „zeitbegrenzte Entscheidungen verbindlich ... treffen" lassen. b) Wäre ihm diese, wenn auch pannensichere, Methode zu langwierig oder überhaupt zu sanft, so hätte er lediglich zu konstatieren, daß der Streik „zu politischen Zwecken mißbraucht" (IX 19) werde, um dann nach Belieben mit der Arbeiterschaft zu verfahren. Dieser politische Streik, die vorletzte Waffe der Arbeiterschaft, ist schon nach herrschender Ideologie ins aberwitzige Volks- und Staatsfeindliche getrieben; seine Unterdrückung hätte also ganz sicher besonders viel „öffentliche Meinung" und verdummte Bürger für sich.

Die Gewerkschaften gäbe es zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr. Schon heute schleudert die NPD unerhörte Anschuldigungen gegen sie: „Wölfe im Schafspelz", „verfassungsfeindliche Umtriebe", „politischer Terror am Arbeitsplatz", „Sprache der Arbeitermörder", „kastrierte Moral, manipulierte Humanitas (und) antihumaner Zynismus", „stalinistische Methoden der Menschenverachtung", Streben nach „diktatorischer Alleinherrschaft" [135]). Sie geht eindeutig darauf aus, die Gewerkschaften stückweise zu zerschlagen. Zum Denunzieren und Mißtrauenschüren bei der Arbeiterschaft kämen konkrete, wohlbedachte Unterdrückungsmaßnahmen, die vom Verbot wirtschaftlicher Betätigung (IX 15) über das politischer Betätigung (IX 8, 15) zur generellen Abschaffung führen sollen: denn die NPD plant „die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden" (XI 9), die so harmlos wie im Dritten Reich den fast allmächtigen Ausbeuter und den Ausgebeuteten unter dem vorindustriellen Idyll des Pflichtbewußt-doch-fröhlich-Schaffens zu friedlichem Miteinander-Füreinander ins Bild setzt. Dann hätte das Proletariat wieder einmal nicht viel mehr als seine Ketten zu verlieren, und auch für die Gewerkschaften wäre die Uhr endgültig abgelaufen.

Ganz offenkundig ist also das Entsetzensbild, welches die NPD von den Gewerkschaften malt, akkurat das Modell dessen, was die NPD der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften zugedacht hat. Sie ist, genau wie die NSDAP, eine durch und durch unsoziale, arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Partei.

3) Das Bundesverfassungsgericht hat im Prozeß gegen die SRP entschieden, in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als dem unveränderlichen Zentrum der Verfassung stehe der Mensch im Mittelpunkt; er besitze „einen eigenen selbständigen Wert", und Freiheit und Gleichheit seien „dauernde

134) Politisches Lexikon der NPD, Art. „Gewerkschaften", zit. n. Bericht, 7
135) zit. n. Rilling, Ideologie, 353 ff

Grundwerte der staatlichen Einheit" [136]). Die NPD hat in ungezählten Äußerungen erklärt und gezeigt, daß sie von diesen Grundsätzen nichts hält [136a]). So behauptete der NS- und NPD-Denker Anrich [137]) in einem von der NPD als ihre „geistige Basis" [138]) bezeichneten Grundsatzreferat, der Staat habe „eine echte Souveränität über die einzelnen, über die Menge, über die Generationen". Führungsfunktionär v. Grünberg [139]) vermißt in der „modernen Demokratie das aristokratische Prinzip, ohne das eine schließlich als verbindlich und selbstverständlich empfundene Rang- und Wertordnung nicht aufgerichtet werden kann". In den Deutschen Nachrichten hieß es im Sommer 1967 [140]), Mehrheitsbeschlüsse seien bedenklich, weil sie „an Stelle der Verantwortlichkeit für alle anderen und das Ganze die Wucherung der eigenen individuellen Freiheit" setzten. Diesen Äußerungen steht die Betonung des Plebiszitären (Programm I 5) gegenüber. Da aber zugleich nach dem Willen der NPD „den Volksmassen die zum Regieren erforderlichen Kenntnisse, der Überblick über das politische Geschehen und auch die nötige Besonnenheit naturgemäß fehlen" [141]), kann — wie der „Bericht" [142]) mit Recht sagt — „nur derjenige die Einführung möglichst starker plebiszitärer Elemente in die Verfassungsordnung wünschen, der auf eine Schwächung und Aushöhlung der Demokratie ausgeht". Konkret aufs politisch-gesellschaftliche Konzept bezogen: die NPD will den Massen — die schon die Stoßkraft der sozialistischen Solidarität, nicht ungern, wie es scheint, vergessen haben — nun auch das Holzschwert der Wahlen im parlamentarischen bürgerlich-kapitalistischen System aus der Hand nehmen, um ihnen die soliden Ketten des faschistisch-kapitalistischen Staats anzupassen.

Auch völlig unverblümte Generalattacken finden sich. So hieß es in den DN vom 16. 12. 1966 [143]), das pluralistische Gesellschaftsprinzip sei die „zur Norm erhobene Anarchie"; und am 27. 5. 1966 [144]): „Statt . . . mehr Freiheit liberalistischer Prägung brauchen wir in Wahrheit ein ganz neues System von Ordnungen oder schlechthin eine neue Ordnung."

Das NPD-Programm drückt sich in dieser für die Partei gefährlichen Frage sehr vorsichtig aus, aber — wie wir unter 1) und 2) sahen — seine Inhalte und Absichten sind unverkennbar dieselben. Demnach ist der Schluß nicht zu umgehen, daß die NPD gegen die Grundnormen unserer Verfassung verstößt. In ihr sind nicht etwa nur, wie der „Bericht" [144a]) will, „mögliche Gefahrenherde für die freiheitliche Ordnung unserer Gesellschaft" enthalten; sondern sie selbst ist eine einzige massive und unübersehbare Gefahr. Und sogar der schleswig-holsteinische Innenminister Schlegelberger (CDU) [145]) hat vor einigen Wochen erklärt, das politische Verhalten von NPD-Funktionären sei gefährlich für den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die NPD ist, wie die NSDAP und auch die SRP, von Grund auf undemokratisch und antidemokratisch.

4) Die NPD verharmlost und verherrlicht das Dritte Reich. Wie die Nazis, so hetzt auch die NPD — wenn auch im ganzen wesentlich vorsichtiger — gegen

136) BVGE 2/12; zit. n. Bericht, 10
136a) Zur Sache vgl. Kühnl, Staatsgewalt und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurter Hefte 22, 1967, 831 ff.; Kühnl, NPD wirksam bekämpfen, in: Gewerkschaftliche Umschau, H. 3/12, Jg. 1968, 55 f.
137) Mensch — Volk — Staat — Demokratie; Parteitag 1966; zit. n. Bericht, 10
138) zit. n. ebenda, 5
139) DN 44/67; zit. n. ebenda, 11
140) 32/67, zit. n. ebenda, 11
141) Politisches Lexikon der NPD, zit. n. ebenda, 11
142) ebenda
143) zit. n. Rilling, Ideologie, 357
144) zit. n. ebenda, 358
144a) Bericht, 39
145) zit. n. Frankfurter Rundschau v. 25. 4. 1968, S. 4

die Juden [146]). Immerhin müssen es sich die Ermordeten gefallen lassen, daß ihnen die Schuld ihrer Mörder zugewiesen wird: „Der Rechtsradikalismus der Zionisten trägt vielleicht mehr bewußte Schuld an den Verbrechen der Hitlerzeit als das deutsche Volk in seiner Gesamtheit" [147]), oder daß sie gar für Simulanten und Lügner ausgegeben werden: „Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland hat es nicht gegeben. Diese Verleumdungen sind nur die Propaganda des internationalen Judentums und der Judenpresse" [148]). Sie spekuliert darauf, damit alte Ressentiments zu beleben und gleichzeitig wieder einen Sündenbock zu finden, dem alles Unangenehme anzulasten ist. Die antisemitischen Äußerungen zeigen, in welchem Maß sich die NPD selbst mit den wüstesten Exzessen des Dritten Reiches solidarisiert. Auch dürfte die Wiedereinführung von KZs langfristig auf dem (nicht im) Programm stehen: „Man darf die erzieherische Wirkung der Konzentrationslager nicht vergessen, die aus vielen Rotfrontkämpfern und Marxisten anständige Deutsche gemacht haben" [149]). Fremdenhaß und Rassismus sind ebenfalls wieder vertreten: die Gastarbeiter betreiben „systematische Unterwanderung des deutschen Volkstums" und Gefährdung der „deutschen Volksgesundheit" [150]); von den Negern droht „schwarze Gefahr" [151]).

Wichtigster Gegenstand der Agitation ist aber die Schuldfrage am Zweiten Weltkrieg. Die NPD weist die „Allein- oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden zurück" (A). Kriege entstehen quasi von allein — oder durch fremde Schuld. Daher ist auch Kriegsgefangenenentschädigung „vom ersten Tag der Gefangenschaft an" zu zahlen, und: „Sie ist zumindest (!) der der politischen Häftlinge gleichzusetzen" (XI 7). Das bedeutet: den Kriegsgefangenen ist ein unverdientes Schicksal widerfahren; die politischen Häftlinge haben sich schuldig gemacht. Ein massenmörderischer Kriegsverbrecher (der übrigens ja in keinem Fall verurteilt werden darf (I 12)) muß auch noch entschädigt werden — zumindest so hoch wie ein Kurt Schumacher —; als Aufgeld dazu überdies „für die Dauer ihrer Kriegsgefangenschaft der rückständige Wehrsold" (XI 9). Gegenüber den Völkermorden, die das Dritte Reich in Deutschland und der Welt angerichtet hat, fehlt jedes Wort des Bedauerns — von Entschädigung zu schweigen.

Etwas anderes aber ist zu beklagen: Zwei Kriege haben „an der gesundheitlichen Substanz des deutschen Volkes gezehrt" (XII 11). Kein Wort, wie es dazu kam; oder woran sie etwa sonst noch gezehrt haben könnten: nämlich an der schmalen Freiheit der Bürger, an der moralischen Substanz, am deutschen Ansehen in aller Welt. Die „Heranbildung körperlich gesunder Staatsbürger" (XII 5) tut not; der Soldat „muß die ihm gebührende Achtung in unserer Gesellschaft genießen" (XIV 9); Oberbefehl und Generalstab müssen wieder in deutsche Hand (XIV 11); „Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit" (XIV 13); Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie (XIV 16); „Wehrpflicht ist . . . Ehrenpflicht am deutschen Volk" (XIV 17); der „Selbstversorgungsgrad" der landwirtschaftlichen Produktion muß erhöht werden (VII 1—3); „Anlage nationaler Eisen-, Stahl- und Metallreserven" (V 10) — alle diese Elemente ergeben einen einzigen Strang: einen neu militarisierten, auf Krieg gerüsteten Machtstaat; oder wie Thadden [152]) auf dem Parteitag im November 1967 es selbst erläutert hat: eine „Schicksalsgemeinschaft", die „in einer ungeheuren Kraftanstrengung unser Volk, Alte und Junge, alle Stände und Konfessionen, Männer und Frauen wieder zusammenführt" und von da an

146) vgl. Kühnl (u. a.), NPD, 142 ff.
147) DN v. 31. 12. 1965, zit. n. ebenda, 143
148) Der Münchner NPD-Kreisvorsitzende Truxa, zit. n. Frankfurter Rundschau v. 25. 4. 1968, S. 4
149) NPD-Bundesredner Störicht, zit. n. Jüdischer Presse Dienst 5/68
150) DN 33/66, S. 6 — 15/66, S. 4; zit. n. Kohl, Nachrichten, 281
151) DN 39/65, S. 3; zit. n. ebenda, 282
152) zit. n. Kühnl, Parteiprogramm, 21

„unerschütterlich" zusammensteht. Und auch in den inhaltlich ebenso einlinigen NPD-Verlautbarungen zur Frage der Schuld an Kriegen muß der noch gewarnte Beobachter den Reflex der propagandären Vorsorge für „diesen Fall der Not" sehen. Gegen die Stoßrichtung und Wucht dieser Gesamtlinie können Äußerungen, daß es „in Europa keinen Krieg mehr geben darf" (XIV 2), überhaupt nichts ausrichten. Die innere Logik dieser Zusammenhänge ist ebenso klar zu erkennen wie das Zielgebiet: „Wir lehnen es ab, die ‚Realität' der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen" (XV 1); der „Anspruch" auf „das Sudetenland" und auf „Ostdeutschland" „darf durch niemanden, keine Regierung und keine Partei, aufgegeben werden" (XV 4, 5). Die dort jetzt lebenden Millionen von Angesiedelten und Nachgeborenen haben weder jetzt noch irgendwann Heimatrecht [152a]). Der Wille zur Restitution des Status quo ante et plus „ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns zu mobilisieren" (XV 12) — auch wenn „heute noch keine Möglichkeit besteht, das Deutschland angetane Unrecht auf friedlichem Wege zu beseitigen" (XV 10). Diese friedlichen Wege, die die DDR sowieso und wenigstens noch das Sudetenland, Danzig, Westpreußen und das Memelland heim ins neue Reich bringen müssen [153]), entsprechen genau dem großen Vorbild; auch Hitler war ja darauf aus, möglichst viel von dem, was er wollte, ohne Krieg zu bekommen. Aber auf den Fall hin, daß auf diesem kalten Weg nicht oder nicht schnell genug der Anspruch „auf unsere unverzichtbaren Reichsgrenzen Tatsache" wird [154]), ist jetzt schon die „Freigabe des europäischen Raumes von fremden Mächten" (A) durchzusetzen.

Diese Partei will wieder aufnehmen und fortsetzen, was die Große Mutter NSDAP so glorreich begann und was durch den inneren Feind [155]) zerstört wurde. Und wenn Hans Buchheim [156]) ausgerechnet ein Bündnis der Linken mit der NPD, also, wie er will, Enzensbergers mit Thadden an den grauen Horizont der Bundesrepublik malt, so ist dies nur als bösartige Ahnungslosigkeit zu bezeichnen.

Befund: Die NPD betreibt mit Entschiedenheit und Konsequenz eine äußerst brutale Volksverdummung und -verhetzung; sie ist, völlig unverhüllt, extrem unsozial, arbeiterfeindlich und gewerkschaftsfeindlich; sie ist massiv undemokratisch und antidemokratisch; sie ist ohne jede Möglichkeit des Zweifels militaristisch, revanchistisch und faschistisch. Sie rechtfertigt in jeder Weise das in Ost und West von Regierungen und Öffentlichkeit gegen sie Vorgebrachte. Der nationalsozialistische Staat ist der Begriff, von dem aus und auf den hin die NPD nach Tatsächlichkeit und Vorsatz ausgeht; auf diesen Begriff ist sie auch zu bringen. Die NPD ist mit alldem in vielfacher Weise verfassungs- und völkerrechtswidrig. Sie ist nicht nur „eindeutig rechtsextrem", sie predigt nicht nur „aggressiven Nationalismus", und es ist pure Augenwischerei, wenn der „Bericht" [156a]) auch noch behauptet, sie stelle „noch keine akute Gefahr für die deutsche Demokratie" dar.

Konsequenzen: Die Völker der Welt, die der Terror des Faschismus in so ungeheuerliche Leiden getrieben hat, haben Recht und Anspruch darauf, in Frieden und Sicherheit vor Deutschland zu leben. Die Bundesrepublik hat die moralische und in Art. 139 GG niedergelegte verfassungsmäßige Pflicht, dieser Partei das Handwerk zu legen. Das Potsdamer Abkommen [157]), auf das die Bundesregierung

---

152a) NPD-Erklärung zum sudetendeutschen Problem 166, zit. n. Bericht, 8
153) vgl. Bericht, 8
154) NPD-Rundschreiben v. 22. 8. 1967, zit. n. Bericht, 8
155) DN 46/1967, zit. n. Bericht, 7
156) Aktuelle Krisenpunkte des deutschen Nationalbewußtseins, Mainz 1967, 30 f.
156a) Bericht, 4—8—38
157) zit. n. Keesings Archiv v. 2. 8. 1945, 344 ff

sich, wo ihr genehm, stets beruft, hat als zentrales Gebot die Bestimmung, daß „ein Wiederaufleben oder eine Reorganisation von Militarismus und Nazismus in Deutschland für alle Zeiten zu verhindern" (III A/3 I a) und „Maßnahmen zu treffen (sind), die ihr Wiederaufleben in jeder Form unmöglich machen und jede nationalsozialistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda ... verhindern" (III A/3 III). Mit unwiderlegbarem Recht hat daher die UdSSR in ihrer Note vom 8. 12. 1967 [158]) erklärt, daß es die „Pflicht aller Unterzeichnerstaaten des Potsdamer Abkommens ist, dafür zu sorgen, daß Sinn und Geist dieses Abkommens auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland strikt eingehalten werden. Eine wirksame Kontrolle über die Einhaltung der wichtigsten Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ist notwendig, die die Ausrottung des Militarismus und Nazismus fordern." Und es ist völlig unbegreiflich, daß die westliche Vormacht USA — die, nebenbei, zwar an einem antikommunistischen, nicht aber an einem faschistischen deutschen Staat interessiert sein kann — sich ihren Pflichten in der Weise entzieht.

Wie soll der von der Bundesregierung erklärte Wille zur Entspannung Glauben finden können, wenn die vom deutschen Faschismus mißhandelten Völker sehen müssen, wie sich bei uns ein neuer Faschismus ausbreitet und ausbreiten darf? Wie kann sich diese Bundesregierung unterstehen, von Wiedervereinigung noch auch nur zu sprechen, wenn sie den Grund für die Entstehung der Teilung Deutschlands auf ihrem Gebiet erneut installiert?

Schwere, Tiefgang und Dringlichkeit dieses Problems haben allein die notwendigen und erforderlichen Gegenmaßnahmen zu bestimmen.

Es ist unerhört, wenn die CDU/CSU versucht, ihren Rechtskurs noch weiter zu verschärfen, um das Wasser der NPD auf ihre Mühle zu leiten. Dies ist dasselbe Gift in kleineren Dosen. Das Volk gewöhnt sich daran und wird schließlich süchtig. Die mögliche Schockwirkung der vorgesetzten konzentrierten Dosis bleibt hier aus. Der schwachen Pflanze Demokratie wird das gleiche, nur etwas in die Länge gezogene Ende bereitet. Schon heute wären zudem in den Bonner Parteien — vor allem natürlich wiederum in der CDU/CSU — nicht unbekannte Politiker als Anwärter der Kooperation mit oder des Überstiegs zu einer weiter reussierenden NPD zu nominieren.

Es ist unerhört, wenn die undemokratische NPD durch undemokratische Machenschaften am Wahlrecht nur unter den Tisch gewischt werden soll. Aber selbst auch der manipulatorisch angezielte Effekt wäre höchst zweifelhaft; denn wer will in der Tat garantieren, daß eine anwachsende NPD nicht jede Hürde des Quorums und auch des Mehrheitswahlrechts nehmen könnte und daß nicht schließlich gerade dadurch ihr Vormarsch sogar zum Galopp gesteigert werden könnte?

Die Beweise und Argumente gegen die NPD sind politisch und rechtlich erdrückend. Sie muß verboten werden, wenn überhaupt sich die Bundesrepublik noch in eine Kontinuität mit ihren Gründen und Anfängen gesetzt sehen will. Bundeskanzler Kiesinger [158a]) hat „gegen solche Parteien ..., die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen", den Einsatz der verfassungsmäßigen Mittel angekündigt. Er hat die unmittelbare Amtspflicht, diese Mittel für ein Verbot der NPD einzusetzen.

Dieses Verbot erfordert k e i n e n Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht [159]). Die NPD ist nach Ideologie, Programmatik, Aktivität und nach der Zusammen-

158) zit. n. „Blättern", 1968/1
158a) „Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland" vom 11. 3. 1968, zit. n. Bericht, 39
159) Zu den Aussichten eines solchen: Kühnl, Staatsgewalt, 833 f

setzung ihrer Führungskader mit völliger Sicherheit Nachfolgeorganisation der NSDAP und der SRP — auch wenn der „Bericht" ihr diese Zuordnung allzufreundlich erspart [160]). Es sei hier nachdrücklich daran erinnert, daß Willy Brandt [160a]) vor kurzem von den Zeichen des Neo-Nazismus in der Bundesrepublik, die man nicht übersehen dürfe, gesprochen hat. Dieser Erkenntnis m u ß die Aktion gegen die NPD folgen.

Kühnl [161]) erklärt mit Recht: „Die Staatsgewalt ist verpflichtet, gegen sie vorzugehen." Die Bundesregierung hat hier keinen Ermessensspielraum, sie muß dem Art. 139 Geltung verschaffen. Und wenn das Bundesverfassungsgericht die Prärogative des Art. 21,2 GG auch für diesen Fall beanspruchen sollte [162]), so stünde dies in direktem Gegensatz zu Art. 139, nach dem die antinazistischen Rechtsvorschriften „von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt" werden. Dies kann nach Wortlaut und Sinn nur bedeuten: sie werden dadurch auch für den sonstigen Anwendungsbereich des Art. 21,2 — nicht tangiert, nicht interpretiert, nicht eingeschränkt; sie gehen diesem sachlich und rechtlich in jeder Weise vor. Aber auch abgesehen von Art. 139 ist die Bundesregierung zwingend verpflichtet, die NPD kraft Exekutivgewalt als Nachfolgeorganisation der verbotenen SRP zu verbieten; und es ist überaus merkwürdig und bezeichnend, daß sie nichts tut.

Es muß unmißverständlich gesagt werden, daß hier eine Stunde aller demokratischen Kräfte geschlagen hat. Die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, die Presse (soweit sie dazu zählt) und die Studenten müssen in dieser Frage konzentriert zusammenarbeiten. Hier hilft kein Abwarten und Taktieren, hier ist Verschleppen ein lebensgefährliches Manöver. Wer hier zusieht, macht sich mitschuldig. Vor allem muß auch die SPD erkennen, daß die Existenz und das Anwachsen der NPD, in Verbindung mit den Notstandsgesetzen — beide Phänomene beziehen sich aufeinander —, der Demokratie und ihr selbst den Hals brechen wird. Die Garotte ist schon in Arbeit.

Wohl verstanden: sie ist nicht etwa eine Eigenproduktion der NPD. Sie ist ein umsichtig inszeniertes Gemeinschaftswerk der herrschenden Klasse und ihres gesellschaftlichen Oktrois. Die CDU/CSU, konkret gesagt, betreibt im Haß auf die kritische Vernunft und aus Angst vor den Massen als Interessenwalter des Systems die völlige Entmündigung des Bürgers seit langem und von langer Hand. Nur, sie beherrscht die Klaviatur der Verschleierung ungleich eleganter. Und ihr Ziel ist mehr ein technokratisch-autoritärer Staat, der geräuschloser und auch fürs mißtrauische Ausland weniger anstößig funktioniert und in dem, entscheidender Faktor, möglichst breite Schichten und Kreise dauernd in den Prozeß ihrer Bewußtseinsdämmerung integriert sind. Aber die NPD ist, sozusagen, die Speerspitze der Restauration, und gegen sie muß der Kampf beginnen.

These IX: Aus zwingenden Gründen muß es jetzt und hier zum Verbot der NPD kommen. Noch ist es möglich, noch sind die Gegenkräfte stärker als der Neofaschismus. Noch kann — so hoffen wir — der Weg zur Demokratisierung geöffnet werden. Nach wie vor gilt die fundamentale Wahrheit: Der Feind steht rechts!

In einem Rundschreiben der NPD [163]) hieß es vor einigen Monaten: „Nach uns kommt kein Zug mehr". Das ist in der Tat zu befürchten.

---

160) vgl. dazu noch Kühnl (u. a.), NPD, 17 f.; Kühnl, Staatsgewalt, 833 f.; — NPD wirksam bekämpfen; — Leserbrief, in: DIE ZEIT v. 5. 1. 1968, S. 24
160a) vgl. Frankfurter Rundschau v. 11. 5. 1968, S. 4
161) Staatsgewalt, 834
162) dazu Kühnl, NPD wirksam bekämpfen, 56
163) Kreisverband Hannover, v. 9. 8. 1967, zit. n. Bericht, 13

Dr. Hans-Ulrich Deppe

Rudolf Virchows Kampf um die Preußische Verfassung

Ein soziologischer Beitrag zur Virchow-Forschung

> *„Aber der Versuch, ... den Virchow zum Kommunisten zu machen, sieht einer Extrauterinschwangerschaft sehr ähnlich. Selbst wenn Virchow in der Politik, respektive Ökonomie, Kenntnisse und theoretisches Interesse hätte, so ist dieser brave Bürger doch viel zu tief engagiert" (Friedrich Engels an Karl Marx).*

Das Engagement einer großen Zahl von Professoren im Kampf um die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland hat ein Problem auf die Tagesordnung gestellt, das in anderer Weise und sicherlich auch unter anderen sozialökonomischen Voraussetzungen schon einmal eine erhebliche geschichtliche Rolle gespielt hat. In der Universitätsgeschichte wurde die Auseinandersetzung liberaler Wissenschaftler mit der preußischen Staatsgewalt, die sich vor knapp mehr als hundert Jahren anschickte, das Problem der deutschen Einheit zu ihren Gunsten in bonapartischer Weise zu lösen und dabei alle liberalverfassungsrechtlichen Schranken zu sprengen, weitgehend verdrängt. So ist es schon aus diesem Grunde in einer Periode nützlich, an die damaligen Erfahrungen zu erinnern, in der eine abermals im Kampf um die Bewahrung des Verfassungsrechts gegenüber den auf dies Verfassungsrecht verpflichteten Kräften siegreiche öffentliche Gewalt — wie uns der Wissenschaftsminister Stoltenberg demonstriert hat — bei Beifall oder doch Stillhalten der Majorität der Professoren und auch ihrer wissenschaftlichen Vereinigungen (sogar der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft) die Minorität der engagierten Professoren mit groben Beschimpfungen traktiert. Aber auch eine andere Erfahrung muß nachdenklich stimmen: Ein Teil auch der engagierten Professoren beginnt nach der Niederlage zu resignieren und sich — wie Jürgen Habermas in seinen Stellungnahmen zu den engagierten Studenten und zum Problem der Möglichkeit demokratischer Opposition der Arbeiterklasse — aus der Praxis zurückzuziehen und mit mehr oder minder philosophischer Kritik zu begnügen. Deshalb kann die Erinnerung an einen tapferen Vorkämpfer liberal-demokratischen Denkens in der wissenschaftlichen Welt der damaligen Zeit, an den Mediziner Rudolf Virchow, an sein Engagement, an seine politischen Erfolge und politischen Niederlagen und an deren reale Gründe, einen erheblichen Beitrag zur Klärung auch der gegenwärtigen Situation der Intellektuellen in der innenpolitischen Auseinandersetzung der Bundesrepublik Deutschland bieten.

D. Verf.

I

Allenthalben als Etikett auf verstaubten Straßenschildern, gemeißelt in Sandstein über dem Portal einer Berliner Krankenanstalt oder aber als Reminiszenz in medizinischen Kollegs erscheint heute der Name: Rudolf Virchow. Gleichwohl

stammt von ihm der inzwischen vielzitierte Ausspruch, daß „die Medizin ... eine soziale Wissenschaft (ist) und die Politik ... weiter nichts als Medizin im Großen" [1]). Frühzeitig begriff er als einer der Wenigen, daß Medizin und gesellschaftliche Machtverteilung sich nicht isolieren lassen, daß Krankheit und sozialer Prozeß miteinander verbunden sind. Seinen empirischen Untersuchungen legte er die These zugrunde, daß eine kranke Gesellschaft gesellschaftliche Krankheiten impliziere, und deutete damit auf jene wissenschaftliche Lücke, die zu schließen auch heute noch als ein wesentliches Problem medizinischer Theorie und Praxis anerkannt wird [2]).

Als 1847 in Oberschlesien eine Epidemie ausbrach, die man als „Hungertyphus" bezeichnete, wurde der 27jährige Virchow zur Erforschung der Ursachen in das Epidemiegebiet geschickt. An Ort und Stelle erkannte er schon bald, daß die Bedingungen für jene gerade in der verarmten Schicht der Lohnarbeiter sich ausbreitenden Krankheit weit weniger medizinischer als vielmehr sozialer Art waren. Er interpretierte die Ausbreitung der Epidemie als Resultat eines sozialökonomischen Strukturwandels, der die Leibeigenen zwar von Hörigkeit und Zunftzwang befreit, sie ökonomisch jedoch dem „freien Arbeitsvertrag" unterworfen hatte [3]). Rudolf Virchow schloß seinen offiziellen Untersuchungsbericht als Anklage gegen das herrschende Regime mit folgenden Worten: „Alle Welt weiß, daß das Proletariat unserer Zeit hauptsächlich durch die Einführung und Verbesserung der Maschinen bedingt worden ist, daß ... die Menschenkraft alle Autonomie verloren hat und als ein Glied, als ein zwar lebendiges aber totem Wert äquivalentes Glied in den Maschinenbetrieb eingetreten ist. Die Menschen gelten nur noch als Hände" [4]).

Virchow stand noch unter dem Eindruck des sozialen Elends in Oberschlesien, als am 18. März 1848 in Berlin die sonst friedlichen Kleinbürger, Arbeiter und Studenten die preußische Garde angriffen. Es war der Auftakt zur bürgerlichen Revolution in Deutschland. Für Virchow gab es keinen Zweifel, auf welcher Seite der Barrikade er kämpfen sollte, denn er fühlte sich als „natürlicher Anwalt der Armen" [5]). In fliegender Eile stürmte er während des Aufstandes in die Stube eines ihm bekannten königlich-preußischen Unterarztes und rief: „Schleich, hast du Waffen? — Nichts als diese alte Flinte und einen verrosteten Säbel? — Her damit! Auf die Barrikaden!", und fort war er [6]).

Virchow solidarisierte sich weitgehend mit der revolutionären Einheitsfront, deren Führung der bürgerliche Mittelstand übernommen hatte und die sich allein befähigt und berechtigt fühlte, die Interessen der gesamten Nation zu vertreten. Der Mittelstand beanspruchte „Anwalt" zu sein, und zwar „natürlicher". Darin bestätigte er jene Tendenz zum naturrechtlich bestimmten Humanismus, auf den sich gerade der linke Liberalismus immer wieder berief [7]). Sein politisches Ziel war: eine durch Verfassung und parlamentarische Regierungsweise beschränkte Monarchie. Offen sprachen seine Führer aus, daß man die „Masse" vom Parlament fernhalten wolle, damit nicht „die Majorität von denen gebildet wird, die wenig

1) H. E. Ackerknecht, Rudolf Virchow, Arzt, Politiker, Anthropologe, Stuttgart, 1957, Seite 36

2) Vgl. Mitscherlich, Brocher, Mehring, Horn, Der Mensch in der modernen Gesellschaft, Köln, Berlin 1967

3) Freilich wissen wir heute, daß die Erreger des Fleckfiebers ganz bestimmte Mikroben (Rickettsien) sind, aber aus jener Unkenntnis Virchow einen methologischen Vorwurf zu machen, hieße dem unhistorischen Bewußtsein, das gelegentlich von einer nur-naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise unkritisch in die Medizin hineingetragen wird, die Wege ebnen

4) H. E. Sigerist, Große Ärzte, München 1932, S. 251 f

5) Ackerknecht, a.a.O., S. 36

6) C. L. Schleich, Besonnte Vergangenheit, Hamburg 1961, S. 66

7) So richtig H. Grebing, Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden 1962, S. 30

oder nichts haben" [8]). Aus Angst vor dem „Gespenst der roten Demokratie" [9]) — so R. Virchow — machte das deutsche Bürgertum deshalb Konzessionen auf Kosten der Freiheit und gab der Ordnung so wie der Sorge um das Eigentum den Vorrang vor der Souveränität des Volkes [10]).

Die Gassen waren bereits wieder von den Aktionen brodelnder Massen leergefegt, als Friedrich Engels im Oktober 1851 schrieb: „Der erste Akt des revolutionären Dramas auf dem europäischen Kontinent ist zu Ende. Die ‚Mächte der Vergangenheit' vor dem Sturm von 1848 sind wieder die ‚Mächte der Gegenwart'" [11]). Freilich wurde gelegentlich der Eindruck erweckt, als ob die traditionelle Macht des preußischen Konservatismus gebrochen sei; doch war dies nur Schein [12]). Nach dem Scheitern der Revolution hatte sich das Bürgertum in Deutschland besonders intensiv dem wirtschaftlichen Aufbau zugewandt. Zwar mußte eine Gruppe von drei- bis viertausend Intellektuellen Deutschland enttäuscht den Rücken kehren [13]); in seiner überwiegenden Mehrheit jedoch war das deutsche Bürgertum durchaus mit der Wiederherstellung der monarchistisch-autoritären Struktur der Gesellschaft zufrieden [14]), denn diese „befreite" es von der Politik [15]) und gestattete ihm so die Hinwendung zu Wirtschaft und Kultur. Virchow selbst wurde zur inneren Emigration gezwungen, als deren Sublimat sich seine neue Krankheitslehre, die Zellular-Pathologie, herauskristallisierte. Durch die Annahme eines Rufes nach Würzburg rückte er zwar an die politische Peripherie, bildete dort aber gleichwohl den Kern eines wissenschaftlichen Zentrums, das den Boden für seine politische Renaissance am Ende der fünfziger Jahre bereiten sollte.

II

In keiner Phase der Entwicklung hat sich die ökonomische Basis des deutschen Bürgertums so mächtig ausgedehnt wie in den Jahren von 1850 bis 1857. Auf keiner Stufe hat es so aufgeholt wie in diesem Jahrzehnt. Die politische Niederlage war in einen wirtschaftlichen Sieg verwandelt worden.

Die industrielle Revolution, die besonders in England schon seit einigen Jahrzehnten gesamtgesellschaftlichen Charakter angenommen hatte, begann nun auch in Deutschland sich zu entfalten. Mit gewissem Recht kann man von 1856 und den vorangegangenen Jahren als „ersten Gründerjahren" sprechen [16]). Auf die Produktionsform der Kleinwarenwirtschaft, von der Jean-Baptist Say (1767 bis 1832) in seinem berühmten Gesetz des sich einspielenden Gleichgewichts von Produktion und Konsumtion ausging, folgte nun auch in Preußen der Beginn der Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Die nutzbringende Anwendung der Dampfmaschine, die bereits in England das Stimulans der Industrialisierung ausgemacht hatte, stieg sprunghaft an [17]). Parallel hierzu lief die Zunahme der mechanischen Webstühle [18]) und der

8) Ebda., S. 11
9) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1862, S. 122. Vgl. dazu Moses Hess, Roter Katechismus für das deutsche Volk (1850), in: K. M. Michel (Hrsg.), Politische Katechismen, Frankfurt 1966, S. 71—87
10) H. Grebing a.a.O., S. 13; Vgl. auch: L. Kofler, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1966, S. 561; zur gleichen Reaktion in Frankreich vgl. A. Rosenberg, Demokratie und Sozialismus, Frankfurt 1962; vgl. weiter J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 151
11) Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 5
12) L. Kofler, a.a.O., S. 565
13) H. Grebing, a.a.O., S. 13
14) L. Kofler, a.a.O., S. 564
15) Dies entsprach der ursprünglich liberalen Theorie der Trennung von Staat und Gesellschaft, die dem Staat die Rolle des bloßen „Nachtwächters" zuweisen wollte
16) So J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland v. 1849—1870. Berlin 1962, S. 25
17) Ebda., S. 17: Von 1848—1861 konnte die Anzahl der Dampfmaschinen nahezu versechsfacht werden, und sie wurden bevorzugt in der Montan-, der Textil- sowie der Maschinenindustrie eingesetzt
18) Ebda., S. 18: Von 1846 bis 1861 wuchs in Preußen die Anzahl der mechanischen Webstühle v. etwa 4603 auf 15 258

forcierte Ausbau des Eisenbahnnetzes. Das hatte zur Folge, daß die Industrieproduktion erheblich anstieg [19]) und die deutschen Waren in zunehmendem Maße — für England weniger, aber gravierend für Frankreich — eine Konkurrenz bedeuteten. Zum erstenmal in der deutschen Industriegeschichte überflügelte die Herstellung von Produktionsmitteln die von Konsumgütern [20]).

Die Anschaffung jener Maschinen, die Expansion des Bergbaus [21]) nach dem Bergwerksgesetz von 1851 [22]) sowie die Ausweitung des Schienennetzes erforderten hohe Neuinvestitionen, die von einzelnen Unternehmern nicht mehr getragen werden konnten, da ihre Amortisation und Rentabilität nicht mehr in ihrem Kalkulationsbereich lagen. Demzufolge spielten in den 50er Jahren die Banken eine zunehmend größere Rolle. Viele wurden neugegründet, die bestehenden weiteten sich zu Großbanken aus und bildeten damit die finanzielle Grundlage für die Entwicklung des Großbetriebes, vor allem in Form der Industrie-Aktiengesellschaft. „Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen", schreibt Karl Marx 1867, „hätte sie solange warten müssen, bis die Akkumulation einige Einzelkapitale dahingebracht hätte, dem Bau (etwa) einer Eisenbahn gewachsen zu sein. Die Zentralisation dagegen hat dies, vermittels der Aktiengesellschaften, im Handumdrehen fertiggebracht" [23]).

Dieser ökonomische Aufschwung der Jahre nach der 48-er Revolution ging an der Struktur der gesellschaftlichen Gruppen keineswegs spurlos vorüber.

Der fortschreitende industrielle Konzentrationsprozeß sowie das Vordringen der Fabrikindustrie selbst führten zu Veränderungen innerhalb der sozialen Klasse, die im Zuge der industriellen Revolution in Deutschland zunehmend in den gesellschaftlichen Vordergrund rückte: die Bourgeoisie. Zunächst verlor die Handelsbourgeoisie weitgehend ihre Vormachtstellung an die Industriellen, die Besitzer der Hütten, Bergwerke, Fabriken und Manufakturen, wobei jedoch der Übergang fließend war, da sich das Handelskapital und die Banken an der Gründung von Aktiengesellschaften mit ihren finanziellen Rücklagen intensiv beteiligten. In den 50-er und 60-er Jahren übernahm wiederum innerhalb der Großindustrie die Montanindustrie die Führung; die Inhaber der größten Einzelvermögen hatten hier vorab ihr Kapital investiert [24]).

Politisch äußerte sich das in der tendenziellen Annäherung der deutschen Großbourgoisie an den preußischen Staat, der dadurch in seiner Struktur — im Sinne einer „Revolution von oben" — verändert wurde. Hatte er nämlich bis 1848 vornehmlich dem Interesse der halbfeudalen Junker gedient, so wurde er bis zum Ende der 60-er Jahre immer mehr auch der Interessenvertreter des deutschen Großbürgertums [25]), und der vormals dominierende gesellschaftliche Konflikt zwischen Feudalität und aufsteigendem drittem Stand trat nunmehr hinter den Klassengegensatz von industriellen Produktionsmitteleignern und lohnabhängig Arbeitenden zurück.

Ein weiteres Moment dieser Entwicklung war die Veränderung der Lage der Arbeiter, ein Prozeß, der sich vor allem in den aufsteigenden Phasen der 50-er

19) Ebda., S. 15
20) Ebda., S. 15
21) H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Berlin 1964, Bd. 2, S. 139
22) Ebda., S. 218
23) K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1962, S. 656. Vgl. auch Kuczynski, a.a.O., S. 19 u. 25: Allein an Banken mit Notenausgaberecht wurden in Deutschland in den 50er Jahren zu den schon bestehenden 10 noch weitere 20 gegründet. Ferner wurden nach französischem Vorbild bis Ende 1859 13 Kreditbanken eingerichtet. Die Zettel- bzw. Notenbanken sorgten für eine Vermehrung des Papiergeldumlaufes, und die spezielle Aufgabe der Kreditbanken war es, Industrie- und Handelsexpansion zu finanzieren. Korrelat hierzu im Produktionssektor bildete der Anstieg der Aktiengesellschaften, die sich in den 40er Jahren um 11 und im folgenden Jahrzehnt um 271 vermehrten
24) Mottek, a.a.O., S. 220
25) J. Kuczynski, a.a.O., S. 3

und 60-er Jahre vollzog. Die Konkurrenzunfähigkeit mit der wesentlich billiger produzierenden Industrie zwang viele selbständige Handwerker, ihr Gewerbe aufzugeben und ihre Arbeitskraft auf dem Markte feilzubieten. Das Arbeitsverhältnis hatte noch immer keine eigene juristische Fixierung gefunden, was bedeutete, daß die Arbeiter weitgehend der Willkür des Unternehmers ausgesetzt waren. Arbeitende Kinder wurden zur Strafe geprügelt, rebellierende Arbeiter entlassen oder mit Geldstrafen belegt. Es gab kaum Schutzvorrichtungen an Maschinen, noch wurde Rücksicht auf Übermüdungserscheinungen genommen, so daß die Unfallrate wie die frühzeitige Invalidität in die Höhe schnellten [26]). Schließlich wuchs im Zuge der sich anbahnenden Krise von 1857 die Massenarbeitslosigkeit [27]) und damit die Unruhe der Arbeiter.

Obwohl schon Anfang der 50-er Jahre die Koalitionsfreiheit, die kurz vorher erkämpft worden war, wieder aufgehoben wurde, begann sich die Arbeiterschaft zu formieren, und der organisierte Streik wurde ihre Waffe [28]). Zur legalen politischen Plattform mit zunächst noch eher liberalem Charakter entwickelten sich die „Bildungsvereine", in denen sich Arbeiter aus verschiedenen Gewerben zusammenschlossen. Sie bildeten von 1861 bis 1863 einen Teil der neu entstehenden Fortschrittspartei. Die Arbeiterbildungsvereine entstanden aus der Überzeugung, daß vorab durch Bildung die soziale und politische Besserstellung des „vierten Standes" erreicht werden könne. Damit entsprachen sie zwar objektiv dem Interesse der sich differenzierenden Produktion, die von den Arbeitern ein größeres Maß an Wissen und Intelligenz als bisher verlangte, aber wie sich bald bestätigte, war die Bildung allein nicht in der Lage, die politischen sowie gesellschaftlichen Verhältnisse prinzipiell im Interesse der lohnabhängig Arbeitenden zu verändern. Die Bildungsvereine waren in den 50-er Jahren noch eine institutionelle Klammer zwischen der Arbeiterschaft und dem liberalen Bürgertum. Sie verweisen sowohl in ihrer Intention als auch personell [29]) auf die „liberalistische Befangenheit des (deutschen) Proletariats" [30]) und bestätigten damit durchaus dem Scheine nach den späteren Anspruch der „Deutschen Fortschrittspartei", als Repräsentant der bürgerlichen Bildungsschichten gleichzeitig im Interesse des gesamten „Volkes" zu sprechen.

III

Als durch die ökonomische Entwicklung die gesellschaftliche Bedeutung des Bürgertums anwuchs, begann man sich auch in Regierungskreisen bewußt zu werden, daß die durch die bisherigen Verfassungsinstitutionen nur oberflächlich getarnte absolutistische Herrschaft auf längere Sicht nicht aufrecht erhalten werden konnte und daß gewisse konstitutionelle Zugeständnisse der bestehenden Ordnung nur nützlich sein könnten. Die Gelegenheit ergab sich, als am 8. Oktober 1858 Wilhelm, Prinz v. Preußen, die Regentschaft anstelle des geistesgestörten Königs übernahm. Tatsächlich gelang es dem Regenten durch die Berufung eines zwar heterogenen, aber überwiegend liberalen Ministeriums, fast die gesamte Nation hinter sich zu bringen. Es schien eine „Neue Ära" anzubrechen.

---

26) Mottek, a.a.O., S. 232 f: Wenn auch die Nominallöhne in diesem Zeitraum um etwa 32 Prozent anstiegen, so bedeutete das erhöhte Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt dennoch insofern einen Druck auf die Existenzbedingungen des Proletariats, als parallel zu den Lohnerhöhungen ein noch schnellerer Anstieg der Lebenshaltungskosten sich abzeichnete, so daß der Reallohn durch das ständige Sinken der Kaufkraft entwertet wurde

27) Ebda., S. 235

28) Gab es 1850—56 erst 39 Arbeitsniederlegungen (E. Todt, Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland 1850—59, in Todt, Radandt, Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1950, S. 51 ff), so wurden in den Jahren von 1860 bis 1869 bereits 412 registriert (Mottek, a.a.O., S. 245)

29) Hier ist besonders auf den großen Einfluß von Schulze-Delitzsch auf die frühe Entwicklung der Arbeiterbildungsbewegung zu verweisen

30) So L. Kofler, a.a.O., S. 569

Leitende Persönlichkeiten des Ministeriums wagten sich — zwar noch nach dem Motto: „Nur nicht drängeln!" [31]) — das teuerste Recht des aufsteigenden Bürgertums, die Kontrolle der Steuer durch das Parlament, wieder ernsthaft auf die Tagesordnung zu setzen. Man forderte die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung des Adels. Nicht zufällig fiel in diese Zeit die Gründung des „Deutschen Nationalvereins", mit dem Ziel der Einigung Deutschlands auf konstitutioneller Grundlage unter Betonung der preußenfreundlichen Elemente des deutschen Liberalismus [32]).

Rudolf Virchow, der im Jahre 1856 wieder von Würzburg in die preußische Metropole zurückgekehrt war, gehörte wie Waldeck, Schulze-Delitzsch, Lassalle und der Königsberger Arzt Johann Jacoby zu jenen Repräsentanten der Revolution von 1848, die auf der Hoffnungswelle der „Neuen Ära" in das aktuelle politische Geschehen zurückgetragen wurden. 1859 ließ sich Virchow in den Berliner Stadtrat wählen und nahm alsbald in leitender Funktion an der Gründung des „Deutschen Nationalvereins" in Frankfurt/Main teil. Nahezu bruchlos fügte sich Virchows politisches Konzept an seine Gedanken von 1849 an, in welchen — damals wie auch jetzt — die „Militärreform und die Bürgschaft der Verfassungsrechte gegen die stehenden Heere" den Kern seines politischen Kampfes ausmachten [33]).

Allzu bald aber zeigte sich, daß die überschwenglichen Erwartungen vom Herbst 1858 illusionär waren. Die Gesetzentwürfe, die das Steuerprivileg der Rittergüter beseitigen sollten, wurden vom preußischen Herrenhaus zu Fall gebracht, und der Regent drängte schon in seiner ersten Adresse auf eine Schwächung der bürgerlichen Landwehr zugunsten des Heeres. Zwei Jahre nach Beginn der „Neuen Ära" stand es um die Beziehung zwischen dem Liberalismus und dem Ministerium also keineswegs mehr zum besten. Am eindeutigsten war dabei die Stellung des linken Flügels, zu dem auch Virchow zählte. Die Demokraten und die „entschieden Liberalen" erkannten immer mehr die Notwendigkeit, sich von den gemäßigten Liberalen, den Repräsentanten der bürgerlichen Oberschicht, zu distanzieren, da jene nach wie vor auf einen kampflos erzielten Kompromiß zwischen Thron und Bürgertum hofften. Anfang 1861 kam es schließlich zum offenen Bruch. Unter dem Spottnamen „Fraktiönchen Junglitthauen" [34]) vereinten sich die entschieden liberalen Mitglieder zu einer neuen Fraktion und bildeten mit gleichgesinnten Berliner Freunden das politische Zentrum, aus dem noch im selben Jahr die „Deutsche Fortschrittspartei" hervorgehen sollte.

IV

Die Ergebnisse der ersten Jahre der „Neuen Ära" und die nachgiebige Haltung der liberalen Minister und Abgeordneten waren so enttäuschend, daß am Vorabend der Neuwahlen 1861 die „Deutsche Fortschrittspartei" gebildet wurde, die den Kampf um den „verfassungsmäßigen Rechtsstaat" und die „Einigung Deutschlands auf wirklich nationaler Grundlage" weiterführen sollte [35]). Ihre offizielle Gründung konnte am 6. Juni 1861 in Berlin auf einer von Rudolf Virchow geleiteten Versammlung erfolgen, auf der der neuen Vereinigung Name und Programm gegeben wurde. In ihr sammelten sich jene Kräfte, die die spezifisch deutsche Form der Demokratie von 1848 vertraten. Gleichwohl ist aber darauf hinzuweisen, daß sie in ihrem Namen bewußt die Bezeichnung „Demokraten"

31) H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus und Deutscher Nationalstaat, Tübingen 1964, S. 37
32) Vgl. dazu W. Grube, Die neue Ära und der Nationalverein, phil. Diss., Marburg 1933, S. 132 ff
33) Vgl. Ackerknecht, a.a.O., S. 142
34) Vgl. L. Parisius, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, Berlin 1878, S. 35 f
35) Ebda., S. 38

Westdeutscher Verlag
Köln und Opladen

Aus unserem Herbstprogramm

Abraham Ashkenasi
Reformpartei und Außenpolitik

Außenpolitik der SPD Berlin – Bonn
1968. Ca. 220 Seiten. Kart. ca. DM 25,–.

Jürgen Feldhoff
Die Politik der egalitären Gesellschaft

Zur soziologischen Demokratie, Analyse bei Alexis de Tocqueville
1968. Ca. 208 Seiten. Beiträge zur Soziologischen Forschung. Bd. 1. Kart. DM 22,–.

Wolfgang Leirich
Politik in einem Bundesland

Die Landtagswahl vom 8. Juli 1962 in Nordrhein-Westfalen. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 1929. Verlags-Nr. 011929. 156 Seiten, zahlr. Tabellen. Kart. DM 30,–.

Karlheinz Messelken
Politikbegriffe der modernen Soziologie

Eine Kritik der Systhemtheorie und Konflikttheorie, begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis.
1968. 256 Seiten. Beiträge zur soziologischen Forschung. Bd. 2. Kart. ca. DM 22,50.

K.-H. Naßmacher
Das Österreichische Regierungssystem

Große Koalition o. alternierende Regierung?
1968. 243 Seiten. Demokratie und Frieden, Bd. 8. Kart. DM 21,–.

Zur Soziologie der Wahl

Herausgegeben von Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann

1968. 2. Auflage. 359 Seiten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9. Kart. DM 24,–.

Professoren antworten den Studenten

Herausgegeben von Alexander Schwan und Kurt Sontheimer

1968. Paperback. Herbst. In Vorbereitung.

George C. Homans
Elementarformen sozialen Verhaltens

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Peter Atteslander. Übersetzung aus dem Amerikanischen: *Social Behavior its Elementary Forms.*
Verlags-Nr. 041045. ca. 360 Seiten, 4 Abb., 19 Tabellen. Leinen DM 39,–.

Thomas Dehler
Reden und Aufsätze

Bearbeitet von Friedrich Henning

1968. Ca. 210 Seiten. Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. 13. Kart. ca. DM 9,80.

Helmut Klages
Soziologie zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit

1968. Ca. 90 Seiten. WV-Sammlung Soziologie. Kart. ca. DM 6,–.

vermied. Einer friedlichen, legalen Partei des Bürgertums schien das Wort „Demokrat" nicht angemessen[36]), weil es mit dem Odium der Revolution behaftet war.

Sofort nach ihrer Konstituierung trat die neue Partei mit einem Wahlaufruf an die Öffentlichkeit, der sich in Form eines Aktionsprogramms auf die nächstliegenden Aufgaben beschränkte und noch keineswegs den Charakter eines Grundsatzprogramms — wie es bei späteren Parteigründungen der Fall war — erfüllte[37]). Ausgehend von der „Treue für den König" und der „festen Überzeugung, daß die Verfassung das unlösbare Band ist, welches Fürst und Volk zusammenhält", stellten sie folgende politische Forderungen[38]): Die Einigung Deutschlands mit der Zentralgewalt in Händen Preußens; die Verwirklichung des verfassungsmäßigen Rechtsstaates; wirkliche Unabhängigkeit der Richter; Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament; Selbstverwaltung der Gemeinden; Einführung der obligatorischen Zivilehe (als nächste Stufe der vollständigen Trennung von Staat und Kirche); die Hebung des Unterrichtswesens; eine Revision der Gewerbe-Gesetzgebung; größere Sparsamkeit für den Militär-Etat im Frieden und die Beibehaltung der bisherigen Stellung der Landwehr.

Die Aufzählung jener Forderungen, die sich in ihrer Gesamtheit kaum zu einem geschlossenen gesellschaftlichen Konzept ergänzen, weist darauf hin, daß das „Koalitionsprogramm" — wie es Virchow selber bezeichnete[39]) — das Resultat eines Zweckbündnisses war, dessen pragmatischer Charakter im Vordergrund stand. Welch zwiespältige Kompromisse dabei jedoch eingegangen wurden, zeigt die Tatsache, daß vom ersten Augenblick an auf die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts verzichtet wurde[40]). Auch in den darauf folgenden Jahren stand die deutsche Fortschrittspartei häufig zwischen den antagonistischen Interessengruppen im gesellschaftlichen Konflikt. Ihre ambivalente Haltung ist der Ausdruck jener sozialen Schicht, die sich in ihr vorab organisierte: das städtische Kleinbürgertum und ein Teil der bürgerlichen nichtbeamteten Bildungsschichten. Weil die ökonomischen Existenzbedingungen dieser gesellschaftlichen Gruppe in jener Periode des industriellen Aufschwungs bedroht waren, nahm das Kleinbürgertum in den politischen Auseinandersetzungen eine äußerst schwankende Position ein[41]). Darauf berief sich auch die Kritik von Ferdinand Lassalle, der 1863 auf die Abspaltung der Arbeiterbildungsvereine von der Fortschrittspartei drängte. Aus dieser Entscheidung ging sowohl der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein als auch im Jahre 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hervor[42]).

Jene sozialökonomische und politische Zwischenstellung des Kleinbürgertums hat sich bis in die Gegenwart als grundlegendes machtpolitisches Problem erhalten. Nicht zuletzt rekurrieren gerade die Theorien über die Entstehung des

36) A. Rosenberg, a.a.O., S. 132
37) So richtig Th. Schieder, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 1958, S. 140; Vgl. auch U. Steinbrecher, Liberale Parteiorganisation . . . 1871—1893, phil. Diss., Köln 1960, S. 11
38) Vgl. L. Parisius, a.a.O., S. 37; vgl. auch: F. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme I, Leipzig — Berlin 1912, S. 75 ff.
39) Rudolf Virchow, Nationalzeitung, 16. 7. 1861 A. B. l., In: A. H. Winkler, a.a.O., S. 12; Vgl. ebenfalls: L. Kofler, a.a.O., S. 577
40) L. Parisius, a.a.O., S. 39
41) Vgl. hierzu Friedrich Engels, Analyse des deutschen Kleinbürgertums in der 48er Revolution, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 5—13. „Seine (des Kleinbürgertums) Zwischenstellung zwischen den Klassen . . ., der Kaufleute und Industriellen, der eigentlichen Bourgeoisie, und dem Proletariat oder der Arbeiterklasse ist für seinen Charakter bestimmend . . . Das ewige Hin- und Hergerissensein zwischen der Hoffnung, in die Reihen der wohlhabenden Klasse aufzusteigen, und der Furcht, auf das Niveau von Proletariern oder gar Paupers hinabgedrückt zu werden . . ., macht das Kleinbürgertum äußerst wankelmütig in seinen Anschauungen. Demütig . . . unter einer starken feudalen oder monarchischen Regierung, wendet es sich dem Liberalismus zu, wenn die Bourgeoisie im Aufstieg ist; sobald jedoch die Bourgeoisie ihre eigene Herrschaft gesichert hat, wird es von heftigen demokratischen Anwandlungen befallen, versinkt aber jämmerlich in Furcht und Zagen, sobald die Klasse unter ihm, das Proletariat, eine selbständige Bewegung wagt"
42) A. Rosenberg, a.a.O., S. 132 f

europäischen Faschismus auf die wirtschaftliche Unsicherheit und politische Instabilität dieser sozialen Gruppierung.

Die Deutsche Fortschrittspartei stellte ein organisatorisches Novum dar. Sie war objektiv die erste moderne politische Partei Deutschlands [43]). Neu war zunächst der feste Parteiname, der ihren programmatischen Zielen entsprach. Damit wich man von der bisherigen Gepflogenheit der nach Personen benannten Fraktionen ab. Neu war ferner, daß den Anhängern ein „fester Mittelpunkt" in Form des Programms gegeben wurde, auf das die Wahlkandidaten verpflichtet waren; nicht erst im Parlament also, sondern bereits vor der Wahl schloß man sich bindend zusammen. Überdies sollte die „innerliche Bindung der Gesinnungsgenossen an die Partei in eine organisierte Form überführt werden" [44]).

Wie real die Gründer die historische Situation eingeschätzt hatten, zeigte schon die erste Wahlbeteligung Ende 1861, aus der die Fortschrittspartei mit 104 Mandaten [45]) in das preußische Abgeordnetenhaus einzog. Jedoch währte die erste Sitzungsperiode kaum 2 Monate, da die Fortschrittler getreu ihrem Programm die dem Adel nahestehende Regierung daran hinderten, weiter die Mehrkosten zur Reform des Heeres mit parlamentarischer Bewilligung zu decken. Sie wollten dieser Forderung nicht nachgeben, weil sie sich in ihrem Programm dagegen ausgesprochen hatten, und sie konnten nicht nachgeben, weil es der immanenten Rationalität der entschieden Liberalen widersprach, die tatsächliche Macht von Krone und Adel zu stärken. In der entscheidenden Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 6. März 1862, der Debatte um die Spezifizierung des Staatshaushalts-Etats, die dazu dienen sollte, Etatüberschreitungen zu verhindern, erklärte Rudolf Virchow programmatisch: „Wir wollen das Recht der Kontrolle, welches uns verfassungsmäßig zusteht, so handhaben, ... wie es den allgemeinen Grundsätzen der Verfassung entspricht, und das ist gegenwärtig nicht der Fall ... Wir haben zu erstreben die Durchsichtigkeit (des Etats) ..., welche in jedem Augenblick gestattet, mit vollkommener Bestimmtheit zu ersehen, was verlangt eben die Regierung, und hinterher wieder zu sehen, was hat sie damit gemacht" [46]). Der von Virchow unterstützte Antrag wurde angenommen und als Folge das Parlament aufgelöst. Wilhelm I. versprach sich durch jene Intervention eine Lösung des Problems von oben, was aber mit Nachdruck von unten verhindert wurde, da die Fortschrittspartei nach der Wahl von 1862 mit 133 von insgesamt 363 Abgeordneten [47]) die stärkste Fraktion bildete. Jedoch wurde dadurch jene Kluft, bei der objektiv die Macht auf seiten der Reaktion und das Recht auf seiten des Fortschritts stand, keineswegs behoben. Es entfachte sich vielmehr nun ein vierjähriger Verfassungskonflikt, in dem das Bürgertum — durch aufblühenden Handel und Industrialisierung angespornt — die Herrschaft über den Staat für sich gewinnen wollte.

V

Der Verfassungsstreit — letztlich ein sozialer Konflikt zwischen dem auf Mündigkeit bedachten „dritten Stand" und dem mit „absolutistischen Tendenzen verbündeten Junkertum" [48]) — äußerte sich vorab im Kampf um die verbrieften

43) U. Steinbrecher, Liberale Parteiorganisation unter bes. Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871—93, phil. Diss., Köln 1960, S. 11. ebenfalls: Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 17
44) Nipperdey, a.a.O., S. 17
45) E. R. Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1964, S. 535
46) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1862, S. 285
47) E. R. Huber, a.a.O., S. 535
48) O. Westphal, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus 1858—63, Berlin u. München 1919, S. 297

Rechte der Volksvertretung. Die bislang in der Privatsphäre verharrenden Konflikte drängten nun in die Öffentlichkeit. Das selbstbewußte Bürgertum forderte die ihm noch fehlende politische Kaufkraft, deren ökonomisches Äquivalent es bereits weitgehend inne hatte; es forderte jetzt auch die Ausweitung jenes Prinzips der Konkurrenz auf den politischen Markt, um somit seinen privaten Interessen gesamtgesellschaftlichen Nachdruck verleihen zu können. Der Griff nach der politischen Öffentlichkeit, nach der Kontrolle der Steuern und der Wahlreform, war neben der preußischen Militärfrage und der nationalen Einigung Deutschlands entscheidendes Thema des 19. Jahrhunderts [49]).

Den Liberalen ging es zunächst vor allem darum, daß die Inhaber der tatsächlichen Gewalt erst einmal die gegebene Rechtsordnung anerkannten und auch danach handelten. Denn daß die oktroyierte Verfassung an der faktischen Struktur des preußischen Staates nichts geändert hatte, daß „das faktische Verhältnis bekanntlich nicht das rechtliche Verhältnis" [50]) war — wie Virchow sagte —, wurde den Liberalen zunehmend bewußter. Und fragt man nach der Methode, wie jenes Ziel erreicht werden sollte, so trifft man auf die zuversichtliche Überzeugung, daß die reaktionären Kräfte nicht durch Gewalt, wohl aber durch das Recht bezwungen werden müßten. Der „gewaltlose Endsieg des Rechts" [51]) schien in den Augen der Fortschrittsführer so sicher, daß der revolutionäre gesellschaftliche Umbruch wie in Frankreich oder England niemals ernsthaft erwogen wurde. Das bestätigte der Verzicht auf die Mobilisierung von Massen und die Fixierung auf die parlamentarische Aktion, wenn auch zuweilen eine „radikale Sprache" [52]) den Tenor liberalen Kampfes bestimmte. Auch Virchow betonte 1863 vor dem Parlament, daß keine begründeten Tatsachen vorlägen, aus denen man etwa schließen könne, daß Krone und Regierung durch revolutionäre Tendenzen bedroht seien. „Solange der Deutschen Bewegung von den Regierungen noch ein gewisser Spielraum gelassen wird", so begründete er seine These, „solange sie berechtigte Formen findet, in welchen sie sich geltend machen kann, solange glaube ich, ist die Gefahr von dieser (revolutionären, d. V.) Propaganda sehr fern" [53]). Virchow ging, wie es die allgemeine liberale Ansicht war, davon aus, daß die Verfassung dann als Sieger aus jenem Streit hervorgehen könne, wenn sie vom „öffentlichen Rechtsbewußtsein" getragen werde. In seiner Parlamentsrede von 1863 beschwor er den König, sich von jenem Ministerium zu trennen, das die „sittlichen Empfindungen des Volkes" mit Füßen trete. „Es handelt sich jetzt darum", so erklärte er, „daß wir in dem Volke das Rechtsbewußtsein, das sittliche Gefühl erhalten und stärken, welches es möglich machen kann, daß wir aus diesem großen Konflikt jetzt allmählich wieder unversehrt und neu gestärkt hervorgehen. Es handelt sich darum, Seiner Majestät zu zeigen, daß das gegenwärtige Ministerium gerade diesem Rechtsgefühl, dieser sittlichen Empfindung des Volkes entgegensteht und daß, je länger die Krone mit einem solchen Ministerium in Verbindung bleibt, umso mehr auch die Stellung der Krone in die große Gefahr verwickelt wird, in welche dieses Ministerium sich — fast von seinem ersten Beginn an — begeben hat" [54]).

Gleichwohl aber ist jene liberale Forderung nach „öffentlichem Rechtsbewußtsein" Ausdruck ganz bestimmter objektiver gesellschaftlicher Bindungen; denn der bürgerliche Anspruch auf Rechtssicherheit, d. h. Verpflichtung des Staates

49) Vgl. auch Jürgen Habermas, a.a.O., S. 148
50) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1862, S. 119
51) Winkler, a.a.O., S. 23
52) L. Kofler, a.a.O., S. 576
53) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1863, S. 550
54) Ebda., S. 1290

auf gesetzte Normen, intendiert, die Ordnung des „freien Marktes" zu schützen. Die Herrschaft des Gesetzes, wie es heißt, garantiert mit der Privatautonomie, der Vertrags-, Gewerbe-, Eigentums- und Vererbungsfreiheit die „Grundlage einer Gesellschaft selbständiger Privateigentümer" (Habermas). Und willkürliche staatliche Interventionen sind — ihrem soziologischen Sinn nach — nicht etwa abzulehnen, weil sie naturrechtliche Prinzipien der Gerechtigkeit verletzen, sondern vielmehr deswegen, weil sie die „rationale Kalkulation" der Kapitalverwertung im Interesse des Bürgertums versagen. Max Weber zufolge muß „der industrielle Kapitalismus ... auf Stetigkeit, Sicherheit und Sachlichkeit des Funktionierens der Rechtsordnung, auf den rationalen, prinzipiell berechenbaren Charakter der Rechtsfindung und Verwaltung zählen können" [55]), wenn sein Grundsatz der Profitmaximierung stringent durchgehalten werden soll.

Das Rekurrieren auf „öffentliches Rechtsbewußtsein" und „Rechtssicherheit", die transformatorischen Hebel liberaler Theorie, sind also Momente eines gesellschaftlichen Prozesses, in dem der juristischen Gleichheit aller Bürger die ungleiche Verteilung der durch Eigentum vermittelten Verfügungsgewalt antagonistisch gegenübersteht. Es ist durchaus legitim, in jenem Sinne vom immanenten Widerspruch des Liberalismus zu sprechen, der zwar einerseits die Idee der Demokratie proklamiert und in gewisser Weise auch institutionalisiert, andererseits jedoch die politische Kontrolle gesellschaftlicher Macht einer durch Besitz und Bildung gesicherten sozialen Hierarchie — als „Minoritätendemokratie" [56]) — faktisch betreibt.

Da die allgemeine politische Willensbildung in der Tat jener bürgerlichen Oberschicht vorbehalten blieb, erhob das Bürgertum auch den Anspruch, die gesamte nichtfeudale „Nation" zu repräsentieren, und betrachtete sich generell als Vertreter des „Volkes" im Parlament. Es verstand sich nicht mehr als „Stand gegenüber anderen Ständen, sondern als die Gesellschaft, die prizipiell niemanden ausschließt, die jedem, der die Reproduktion seines Lebens den Gesetzen des Marktes unterwirft, offensteht" [57]). Das Bürgertum tritt somit als erste soziale Klasse auf, die einen klaren Begriff des politisch-sozialen Allgemeininteresses in der These vom „allgemeinen Stand" formulierte und mit diesem die eigenen Ziele identifizierte. Allerdings wurde jene Identifikation von Bürgertum und Volk im Verlauf der sechziger Jahre, als sich die Arbeiterschaft mit der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" von der liberalen Politik löste, schon wieder aufgebrochen und die differierenden Interessen von bürgerlich-politischer und sozialer Demokratie transparent.

VI

Der Verfassungskonflikt konkretisierte sich vorab in den Diskussionen um den Militär-Etat und die Heeresreform, die eine Ausdehnung des stehenden Heeres auf Kosten der bürgerlichen Landwehr, jener in den Befreiungskriegen entstandenen Volksmilizen, vorsah. Virchow ging in seiner Argumentation sogar wiederholt soweit, daß er der Auseinandersetzung um die Höhe und Spezifizierung des Militär-Etats die zentrale Bedeutung beimaß, „um (die) sich der ganze Verfassungskonflikt (überhaupt) dreht" [58]).

Die preußische Armee stand — ihrer sozialen Struktur nach — keineswegs isoliert neben der Gesellschaft. Sie führte nicht — wie man gemeinhin zu hören

55) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1966, S. 818
56) J. Habermas, Student und Politik, Neuwied 1961, S. 21
57) Ebda., S. 20
58) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1865, S. 21, 496

bekommt — ein Eigenleben, sondern überlagerte geradezu die Verhaltensweisen der gesamten Gesellschaft. Insbesondere reproduzierte sich in den preußischen Industriebetrieben — wie A. Siemens beschreibt — die militärische Befehlshierarchie: „Die Organisation der Großbetriebe war autoritär-militärisch, Vorarbeiter und Meister fungierten als Unteroffizier und Feldwebel, Ingenieur und Betriebsführer waren die Offiziere, die Direktoren bildeten den Generalstab, und der Generaldirektor beherrschte das Ganze, ähnlich wie der oberste Kriegsherr die Armee" [59]).

Im Verfassungskonflikt stießen jedoch die Interessen des Hofes und der Junker einerseits sowie des liberalen Bürgertums andererseits insofern aufeinander, als das stehende Heer neben der Bürokratie das politische Machtmittel in der Hand des Königs und der Junker darstellte, zumal der Adel neben der Befehlsgewalt praktisch auch das Monopol für die Offiziersstellen besaß [60]). Das aus den „Söhnen des ostelbischen Landadels zusammengesetzte Offizierskorps", schreibt Löwenthal, „war der mächtigste Hort konservativer Gesinnung" [61]). Jede Vergrößerung des Heeres mußte also vom Bürgertum als objektive Stärkung feudaler Macht verstanden werden, die unter Umständen sogar auf die Verfassung selbst, jener Errungenschaft bürgerlichen Kampfes, hätte zurückschlagen können.

Das stärkste Gegengewicht gegen den Einsatz der preußischen Armee zu innenpolitischen Zwecken aber bot eine schlagkräftige Landwehr. Wenn sie auch seit 1819 von dem Grundgedanken einer allgemeinen Volksbewaffnung immer mehr abgewichen war, so bedeutete sie immerhin auch jetzt noch eine Kraft, die einer unbeliebten Regierung recht unangenehm werden konnte. Zudem hätte sich die Regierung einer Landwehr gegenüber zweimal fragen müssen, „ob ein Krieg an der Zeit (ist) oder nicht, weil ihre Mobilmachung tief in die Interessen des Landes eingreift" [62]). Den Konservativen sowie dem König war die Landwehr daher verständlicherweise seit je als eine demokratische Einrichtung verhaßt.

Während das preußische Bürgertum im Prozeß seiner Emanzipation, jener vermittels Verfassung garantierten innenpolitischen Liberalisierung, eine Stärkung von Adel und Krone peinlich vermied, verwickelte es sich mit seiner Forderung nach nationaler Einheit in innere Widersprüche, da hierzu ein starker preußischer Staat notwendig war. Der Gegensatz von Einheit und Freiheit, der Januskopf fortschrittsliberaler Konzeption, fand seinen realen politischen Ausdruck in der Unterstützung der nationalen Strategie des konservativen Ministeriums einerseits und konsequenter „loyaler" Opposition im Inneren andererseits. Jener immanente Konflikt kam zum erstenmal deutlich in der Schleswig-Holstein-Krise von 1863/64 zum Ausdruck.

Das Londoner Protokoll von 1852 hatte nämlich Dänemark gegenüber Österreich und Preußen verpflichtet, die Autonomie der Elbherzogtümer aufrechtzuerhalten. Als entgegen diesem Abkommen vom dänischen Reichstag 1863 ein gemeinsames Grundgesetz für Dänemark und Schleswig angenommen wurde, was einer Eingliederung in die dänische Monarchie gleichkam, war die Erregung ob dieses Rechtsbruchs im liberalen Lager groß. Bezeichnend für die Haltung der Liberalen in Preußen, die in dieser Frage auf Grund unterschiedlicher Meinungen über die Prävalenz von „Einheit" oder „Freiheit" keine geschlossene Front bildeten,

59) L. Kofler, a.a.O., S. 573
60) F. Löwenthal, Der preußische Verfassungsstreit 1862—66, München 1940, S. 15 f." Die Rangliste wies damals unter 2896 Offizieren nur 984, unter 932 Generalen und Stabsoffizieren nur 92 Bürgerliche auf. In den höheren Stellen waren nach der im August 1862 angegebenen Rangliste unter 32 aktiven Generalen der Infanterie und Kavallerie 3, unter 69 aktiven Generalmajoren 6, unter 119 Obersten der Infanterie 8 Bürgerliche; von diesen war nur ein (1) Regimentskommandeur"
61) Ebda., S. 50
62) F. Löwenthal, a.a.O., S. 94

war ein parlamentarischer Antrag von Virchow und Stavenhagen: „Die Ehre und das Interesse Deutschlands", so hieß es hier, „erfordern . . ., daß sämtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogtümer schützen, den Erbprinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten" [63]). An anderer Stelle beteuerte Virchow: „Die Verträge (von 1851/52) sind da, sie müssen gehalten werden, bei dieser Gelegenheit müssen wir zeigen, daß wir vertragstreu sind" [64]). Wirksamer Beistand jedoch mußte in diesem Falle auch militärische Aktionen implizieren, als deren Träger nur die preußische Armee in Frage kam. Hier brach nun das Dilemma innerhalb der Fortschrittspartei auf, indem Virchow im Gegensatz zu Waldeck, dem Wortführer des linken Flügels, unter besonderen Bedingungen einem Anleiheersuchen für etwaige militärische Maßnahmen zugestimmt hätte, da für ihn die nationale Einheit tendenziell vor der Verwirklichung der innenpolitischen Freiheit rangierte. In der Parlamentssitzung vom 2. Dezember 1863 erklärte Virchow: „Ich kann es . . . wiederholen: daß wir für gerechte Kriege, für Kriege, die für die Ehre und die Interessen unseres Landes geführt würden, uns auf immer verpflichtet halten würden, Geld zu bewilligen, daß wir aber für ungerechte Kriege, welche gegen das Interesse des Landes und gegen seine Ehre geführt würden, das Geld nicht bewilligen würden" [65]). Das bedeutete in der Tat zunächst die Bereitschaft, dem konservativen Ministerium entgegenzukommen, wenn auch dieser Antrag keine Chance fand, von Bismarck akzeptiert zu werden, da die Bewilligung der Gelder von entscheidenden Bedingungen abhängig gemacht wurde. „Der erste Punkt ist der", erklärte Virchow, daß Preußen nicht als spezifisch preußische Großmacht in jenen Kampf eintreten solle, „sondern als Deutscher Bundesstaat in Gemeinschaft mit den übrigen Bundesstaaten und im Zusammenwirken nach den Zielen (Verfassungsmäßiger Rechtsstaat, d. V.), welche wir wünschen. Die zweite Forderung ist der Schutz der Rechte der Herzogtümer" [66]) sowie die Anerkennung und Unterstützung des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Obwohl das Abgeordnetenhaus zum erstenmal bereit war, eine Anleihe für militärische Zwecke zu bewilligen, wurde der Antrag Virchow-Stavenhagen vom Ministerium verworfen, da die preußische Regierung nicht die Absicht hegte, die deutschen Nationalinteressen in jenem Sinne zu vertreten. Bismarck schien vielmehr (wenn er es auch vermied, sein Ziel offen darzulegen) von vornherein die Annexion der Elbherzogtümer für Preußen zu beabsichtigen, um die Bildung eines neuen liberalen Zentrums zu vermeiden [67]). Im Verlauf der Debatte über diesen Streitpunkt kam es zu einer heftigen Polemik zwischen Virchow und Bismarck, in der Virchow den preußischen Ministerpräsidenten bezichtigte, er habe „keine Ahnung von nationaler Politik" [68]), und Bismarck seinem politischen Kontrahenten vorwarf, er finde bei ihm „Verständnis von Politik überhaupt nicht" [69]).

Im Jahre 1863/64 kristallisierte sich die Fortschrittspartei als das heraus, was sie auch später unter anderem Namen charakterisierte: als das Sammelbecken der kleinbürgerlichen Zwischenschichten, deren ambivalente soziale Position bereits oben dargestellt wurde. Auf dem rechten Flügel regten sich die ersten Ansätze derer, die ab 1866 als „Nationalliberale Partei" mit Bismarck koallierten, und links lösten sich die „Arbeiterbildungsvereine" ab, aus denen der „Allgemeine

63) Haus der Abgeordneten, Berlin 1863—64, Drucksache Nr. 23
64) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte, Berlin 1864, S. 817
65) Rudolf Virchow, Stenografische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1864, S. 266.
66) Rudolf Virchow, ebda., S. 264
67) O. Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus, Bd. 1, Berlin 1911, S. 266
68) Ebda., S. 265
69) Eyck, Bismarck, Bd. 1, S. 596; Vgl. auch: Ackerknecht, a.a.O., S. 148

Deutsche Arbeiterverein" und 1869 die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" hervorging. In den letzten Wahlen im Jahre 1866 antworteten die Wähler auf diesen politischen Zwiespalt damit, daß sich die Anzahl der Mandate der Fortschrittspartei um 80 reduzierte [70]). Virchow jedoch blieb dem Rest jener Organisation, bei deren Gründung er einst den Vorsitz geführt hatte, treu. Er war vom Sieg des Rechts über die Macht überzeugt, was sich in der Fixierung auf den Kampf um die Verfassung und in der Isolierung von den Massen spiegelte, als deren „revolutionärer" Anwalt er sich noch 1848 verstanden hatte. Hier bestätigte sich erneut aus kritischer Perspektive, daß weniger „von oben" die soziale Basis von Hunger und Elend dezisionistisch sich aufheben läßt als vielmehr in der realpolitischen Aktion mit dem Volk. Selbst dann, als im Jahre 1866 die deutsche Fortschrittspartei im Parlament und vom Volk den Spiegel für ihre verfehlte Politik vorgehalten bekam, klammerte sich Virchow immer noch mit bewundernswertem Mut und wissenschaftlicher Aufrichtigkeit an die kraftlose Verfassung. Am 21. Februar erklärte er in der letzten Sitzung vor der Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses: Es liegt „klar zu Tage, daß der Absolutismus in Preußen wieder hergestellt ist, und zwar der Absolutismus ohne die Schranken, welche er in der vormärzlichen Zeit sich selbst gesetzt hatte. Es gibt keine Finanzkontrolle, kein Staatshaushaltsgesetz mehr; der Staatsschatz, das Staatseigentum sind in freier Verfügung der Regierung. Nur ein Punkt ist noch nicht angegriffen. Es ist derselbe, an dem der alte Absolutismus zugrunde gegangen und das Verfassungswesen in Preußen gewonnen worden ist. Noch steht der Satz des Artikels 101 der Verfassung aufrecht: ‚Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur aufgrund eines Gesetzes statt.' Und das Haus hat ... (am) 2. Juni 1865 beschlossen, zu erklären: (Es befinde) sich nicht in der Lage, dem gegenwärtigen Staatsministerium ... Anleihen zu bewilligen" [71]).

Virchows politische Haltung läßt sich nicht allein durch individuelle Rationalität bestimmen, auch ist seine Wendung von den sozialen zu den konstitutionellen Problemen nicht schlicht und unvermittelt als „paradox" zu bezeichnen, wie es Ackerknecht andeutet [72]). Virchow ist vielmehr das exemplarische Beispiel jener linken Demokraten, die zwar konsequent auf notwendigen Prinzipien beharrten, die es aber in entscheidenden politischen Situationen und hier besonders im preußischen Verfassungskonflikt nicht „für wert gehalten (haben), sich ein klares Bild von dem Ursprung und Zusammenhang der ... Gesellschafts- und Staatsordnung zu machen" [73]).

---

70) Huber, a.a.O., S. 535
71) O. Klein-Hattingen, a.a.O., S. 278
72) Ackerknecht, a.a.O., S. 144
73) So zutreffend F. Mehring, Rudolf Virchow, in: Gesammelte Schriften, Berlin 1964, Bd. 14, S. 433

Hans Rondi

Die innenpolitische Seite der Anerkennungsfrage

Das Problem der Anerkennung der DDR beschränkt sich nicht auf die Aufnahme staatlicher und diplomatischer Beziehungen. Die Besonderheit besteht darin, daß es sich bei dem anzuerkennenden Staat nicht um einen Separatstaat, sondern um eine entgegengesetzte Gesellschaftsordnung handelt, die Staatsform angenommen hat. Wäre die Anerkennung der DDR nur eine Sache der staatsrechtlichen Beziehungen, würden ihr von westdeutscher Seite sicher nicht so viele Widerstände entgegengesetzt. Denn im In- und im Ausland ist der Alleinvertretungsanspruch zu einem Hemmnis für die Bonner Politik selbst geworden. Gewiß bildet die permanente Infragestellung der Grenzen im Osten den Hintergrund bundesdeutscher Hegemoniebestrebungen und ist in der bundesdeutschen Politik wesentlicher Bestandteil einer sich von Jahr zu Jahr steigernden Aggressivität. Nur so ist auch Brandts Ausspruch zu verstehen: Respektierung der Ostgrenzen bis zum Friedensvertrag (es fehlt das Wörtchen „nur", um den Charakter dieser Formulierung zu verdeutlichen). Daß die Anerkennung der DDR diesen Bestrebungen einen Riegel vorschieben würde, ist häufig dargestellt worden. Aber die Anerkennung der DDR bedeutet nicht nur die Befriedigung europäischer Sicherheitsbedürfnisse, sondern die Anerkennung einer permanenten Alternative auf die inneren Konflikte in der Bundesrepublik.

I

Der Antikommunismus ist älter als die DDR. Aber mit der unterschiedlichen Entwicklung in der Ost- und den Westzonen erhielt der Antikommunismus eine erhöhte Bedeutung. Er wurde zur Defensivideologie in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten für die Herrschaftspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft im Westen Deutschlands. Nur durch die Propagierung einer Ersatzideologie in Form des militanten Antikommunismus konnten Konzernleitungen und die ihnen verbundenen Kräfte ihren Einfluß zurückgewinnen. De facto waren deren Herrschaftspositionen nie beseitigt, de jure nach 1945 eigentlich nicht mehr existent. Die Enteignung war in weiten Bereichen Westdeutschlands bindende Rechtsvorschrift geworden — soweit unter den Bedingungen des Besatzungsrechts davon gesprochen werden kann. Es ist notwendig, sich diese Situation noch einmal vor Augen zu führen, um zu verstehen, was auf dem Spiele steht für die Herrschaftsspitzen, wenn die Vergesellschaftung in der DDR nachträglich im Westen ihre Anerkennung findet.

„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden: 1) in Gemeineigentum überführt: der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen; 2) vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen" [1]).

[1]) Verfassung des Landes Hessen

Außer der hessischen schufen aber auch andere Länderverfassungen die rechtliche Basis für umfassende gesellschaftliche Veränderungen im westlichen Teil Deutschlands.

„1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. 2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten", heißt es in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen [2]). „Der Staat hat durch Gesetz privatrechtliche Schlüsselstellungen (Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, eisenerzeugende Industrie, Energiewirtschaft sowie das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen) in Gemeineigentum zu überführen, wenn mit diesen Unternehmungen eine so große Macht verknüpft ist, daß sie ohne Gefährdung des Gemeinwohls der Privathand nicht überantwortet werden kann" [3]). Und, als hätte man die Restauration vorausgesehen, schreibt auch die pfälzische Verfassung vor, „diese Aufgabe ist unverzüglich nach Inkrafttreten der Verfassung in Angriff zu nehmen" [4]). In abgemildeter Form findet sich diese Forderung in den Verfassungen von Baden und Bremen. Als einige Jahre später das Grundgesetz verabschiedet wurde, war allerdings nur noch von der Möglichkeit der gesellschaftlichen Veränderung die Rede: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz ... in Gemeineigentum ... überführt werden" [5]).

Diese Verfassungsartikel waren Ausdruck der nach dem Kriege vorherrschenden Meinung im politisch interessierten Teil der Bevölkerung. Das wurde auch sichtbar in den Programmen sämtlicher Parteien, die ohne Ausnahme die Vergesellschaftung der Großwirtschaft forderten.

Um der Enteignung zu entgehen, wurden von den Konzernleitungen Vorstellungen entwickelt, die 20 Jahre später kaum glaubhaft erscheinen. So unterbreitete Hermann Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, im Januar 1947 dem DGB Vorschläge für die gewerkschaftliche und betriebliche Mitbestimmung: „Wir denken uns dies in der Weise, daß der Aufsichtsrat durch die Zuwahl von Vertretern der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaft erweitert wird und daß von diesem Kreise die Vorschläge für eine zweckentsprechende Lösung ausgehen ... Wir würden es begrüßen, wenn wir auf dieser Grundlage mit Ihnen zu einer Verständigung über weitere gemeinsam zu unternehmende Schritte und im Zusammenhang damit zur Regelung einer dauernden Mitwirkung der Belegschaft bzw. Gewerkschaft bei der Verwaltung des Unternehmens kommen würden" [6]). Und der Aufsichtsrat der Klöckner-Werke AG machte dem DGB den Vorschlag: „Der Aufsichtsrat der Klöckner-Werke wird nach dem Grundsatze der Gleichstellung von Kapital und Arbeit umgebildet. Die Vertreter der Arbeitnehmer sollen hierbei, zusammen mit der öffentlichen Hand, die Mehrheit der Sitze erhalten" [7]). „Schließlich erklären wir unsere aufrichtige Bereitwilligkeit, den Belegschaften und den Gewerkschaften volle Mitwirkungsrechte einzuräumen. Wir wollen uns den Forderungen einer neuen Zeit nicht verschließen und stimmen einer Beteiligung auch der Arbeitnehmerschaft an der Planung und Lenkung sowie an den Aufsichtsorganen für die großen Erwerbsgesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie voll und ganz zu" [8]).

2) Handbuch des Landtages Nordrhein-Westfalen, 5. Wahlperiode, Düsseldorf 1962, S. 5
3) Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz
4) ebenda
5) Artikel 15 GG
6) H. H. Götz, „Weil alle besser leben wollen", Düsseldorf 1963, S. 153 ff
7) ebenda
8) Konzernvertreter am 21. 1. 47 in einem Brief an das Verwaltungsamt für Wirtschaft. Zit. nach „Mitbestimmung, ein Leitfaden", DGB, S. 13

Bei Strafe des Verlustes ihrer Herrschaftspositionen schienen die Konzerne gezwungen, Mitbestimmungskonzeptionen anzubieten, — die jedoch widerrufen wurden, als die wirtschaftliche und politische Macht ihnen wieder gesichert erschien, und so konnte in der Montan-Industrie die Mitbestimmung erst 1951 nach Streikandrohung durch IG Metall und IG Bergbau durchgesetzt werden. Daß die Enteignung trotz verfassungsmäßig und staatsrechtlich bindender Vorschriften in einem Land, in dem obrigkeitshöriges Denken dem „Recht" stets eine besondere Funktion zudiktierte, nicht durchgesetzt werden konnte, hat zwei Ursachen: dirigistische Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte verhinderten die Erfüllung der Verfassungsaufträge, und zweitens führte die Propagierung des Antikommunismus zu einem Umschwung der Volksmeinung, der die Restauration ermöglichte.

Selbstverständlich werden sich die Konzernleitungen nicht freiwillig in die Gefahr begeben, daß durch eine Anerkennung der Enteignung in der DDR eine ähnliche Diskussion in der Bundesrepublik wieder entstehen oder neue Nahrung finden kann. Man braucht also aus innenpolitischen Gründen auch heute noch den Antikommunismus und den Alleinvertretungsanspruch.

II

Hier ist einzuflechten, daß nach vollzogener Restauration sich eine neue Offensivideologie entwickelte, die der inneren und äußeren Expansion entspricht: Der Nationalismus in seinen vielfältigen Spielarten, der mehr und mehr wieder zur vorherrschenden Ideologie wird. Auch dieser Nationalismus hat heute, unter den Bedingungen der Existenz zweier Systeme auf deutschem Boden, eine größere innenpolitische Funktion: die Erhaltung der Privilegien, die Festigung der Autoritäten. Diese innere Funktion gewinnt in dem Maße an Bedeutung, wie Forderungen nach Mitbestimmung und Ausweitung der Demokratie in der Bundesrepublik laut werden.

Man stellt sich heute — eben mit Hilfe nationalistischer Parolen — auf die neue Situation ein: Der Aufschwung der DDR in den letzten acht Jahren war nur dank „deutscher Schaffenskraft" und trotz eines „undeutschen Systems" möglich.

Der Nationalismus ist heute, wegen der weltweit auf die Tagesordnung gesetzten Fragen der Mitwirkung in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, besonders gewerkschaftsfeindlich und besonders antikommunistisch, unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit demzufolge besonders gegen die DDR gerichtet. Er zeigt sich dadurch betont antinational. Umgekehrt gilt aber auch, daß eine Politik allzu betonter Abgrenzung zur DDR Gefahr läuft, dem Nationalismus und Rechtsradikalismus Wasser auf die Mühlen zu leiten.

Möglicherweise haben SPD-Minister tatsächlich, als sie in die Regierung der Großen Koalition eintraten, erwartet, das überfällige Problem der Anerkennung der DDR lösen zu können. Aber das ist nicht möglich seitens einer Regierung, die wirtschaftliche Krisenerscheinungen durch eine Umverteilungsaktion zugunsten der wirtschaftlichen Machtkonzentration „bereinigt". Die Stärkung jener Kräfte, die die Reprivatisierung anstreben, kann nicht zu einer Anerkennung des Staates in Deutschland führen, der die Vergesellschaftung durchführte.

Hier ist auch die Ursache zu suchen, weshalb DDR-Regierung und SED der Regierung Kiesinger/Brandt keine Minute „Schonzeit" zubilligten. Im Gegenteil wurden alle vorher Brandt und der SPD gemachten Angebote (Berliner Passierscheinabkommen, Zeitungsaustausch u. a.) in dem Augenblick hinfällig, als SPD-

Minister glaubten, durch eine Koalition mit der Partei der Monopole an der Ausübung der Macht partizipieren zu können.

Eine Studie aus dem Jahre 1967 zeigt denn auch, daß die Ziele der angeblich neuen Ostpolitik potentiell aggressiv sind und daß die Grundlagen keinen Deut verändert wurden. In kaum verhüllter Form wird Anspruch erhoben auf insgesamt 863 Betriebe in der DDR, 282 in Polen, 21 in der CSSR und 25 Werke in der Sowjetunion [9]). Es wundert nicht, daß in dieser Veröffentlichung die DDR besonders zu Buche schlägt. Leuna bei Merseburg, Stahlwerke in Riesa und Henningsdorf, Chemische Industriebetriebe in Grünau, Elektro-Apparate-Werk Treptow und viele andere sind einzeln aufgeführt.

Eine Anerkennung der DDR kann also nicht, wie oftmals angenommen, im Selbstlauf erfolgen. Das macht allein dieser Forderungskatalog aus neuester Zeit deutlich. „Eine Anerkennung der DDR ist unmöglich, weil dann alles, auf was wir noch einzuwirken versuchen, als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse angesehen wird, die nicht mehr zulässig ist zwischen zwei Staaten" [10]). „Ist die Zone erst einmal anerkannt, ist eine Einwirkung der Bundesrepublik auf die internen Verhältnisse der Zone nicht mehr möglich" [11]).

Aufgabe der „neuen Ostpolitik" ist es, diese „Einmischung" zu ermöglichen, indem der Methode des militärischen Drucks und der Demonstration der Stärke eine neue, auf Sprengung des sozialistischen Ostens gerichtete Spielart hinzugefügt wird. „Es gibt keine andere Ostpolitik der Bundesregierung als bisher. Die Welt hat sich gewandelt. Darauf hat der Westen mit der Entspannungspolitik — ich sage der sogenannten Entspannungspolitik — geantwortet" [12]). „Es geht darum, sowohl durch die Einwirkung auf diese Länder sowie in harten Verhandlungen mit Moskau in einem langfristigen Prozeß dafür zu arbeiten, daß diese Länder wieder Bestandteile Europas werden" [13]).

III

Ein aus den Reihen der Liberalen oft gehörter Hinweis, der es der Regierung leicht machen soll, eine Korrektur der Anerkennungsfrage vorzunehmen, nämlich, daß eine Anerkennung der DDR nicht bedeuten würde, das dortige System gutzuheißen, stimmt nur bedingt. Die Anerkennung der DDR wäre die Anerkennung durch die Konzerne selbst, daß die in einem Teil des früheren Reiches vollzogene entschädigungslose Enteignung der Konzerne unwiderruflich ist, weil völkerrechtliche Anerkennung die Verpflichtung zur Nichteinmischung einschließt. Eine Anerkennung muß also erzwungen werden und wird niemals freiwillig gewährt. Da sie nur durch die Opposition in der Bundesrepublik (im Zusammenspiel mit den entsprechenden Bestrebungen der DDR und den Vorstellungen der Weltöffentlichkeit) durchgesetzt werden kann, würde sie den Einfluß der Opposition stärken und diese in die Lage versetzen, eigene bundesdeutsche Wege zur gesellschaftlichen Veränderung glaubhaft vorzuzeichnen. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes hätten nicht länger rein deklamatorischen Charakter. Anerkennung der gesellschaftlichen Veränderungen im Osten ist also Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen im Westen Deutschlands.

Eine Politik, wie sie von manchen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition betrieben wird — und gerade auch solchen, die Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben haben —, sich nämlich von der DDR bewußt abzugrenzen,

---

9) „Deutsche Aktiengesellschaften mit Ostvermögen", Hoppenstedt-Verlag, Darmstadt 1967
10) Bundestagsabgeordneter Gradl am 3. April 1967
11) Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung Dr. Friedrich Zimmermann am 17. Mai 1967
12) Freiherr von und zu Guttenberg am 28. Juli 1967
13)) F. J. Strauß, „Entwurf für Europa", 1966, S. 46

achtet jene Seite des Kampfes gering, bei der man Unterstützung oder Loyalität bis weit in die herrschenden Kreise des westlichen Auslands erwarten kann; heißt Verzicht leisten auf die Entwicklung der Widersprüche zwischen Bonn und den verbündeten Regierungen. Hinzu kommt, daß jene Teile der außerparlamentarischen Opposition, für die aus tatsächlichen oder opportunistischen Gründen Einzelmaßnahmen in der DDR das Kriterium für den sozialistischen Staat ausmachen, den Rücken nicht frei haben für die konzentrierte Auseinandersetzung mit den restaurativen Kräften in der Bundesrepublik. Sie stärken überdies die Front der Gegner. Die Berliner SDS-Losung „Schlagt den Stalinisten ihre Paßgesetze um die Ohren" ging durch alle Springer-Zeitungen und hat — so subjektiv ehrlich sie gemeint gewesen sein mag — der Ersatzideologie der hier Herrschenden Aufwind gegeben.

IV

Die ungünstigen Ausgangsbedingungen der DDR im ökonomischen Wettstreit der Systeme in Deutschland sind bekannt. Das Gefälle im Lebensstandard wurde von westdeutscher Seite geschickt genutzt und ließ dazu die DDR Jahr für Jahr hochqualifizierte Kräfte an die westdeutschen Konzerne verlieren. Die erste umfassende Krise in der Bundesrepublik 1966/67 kündigte jedoch einen Umschwung an.

Einem absoluten Rückgang von 2 Prozent der Industrieproduktion in der Bundesrepublik stand 1967 eine Zunahme von 7 Prozent in der DDR gegenüber. Japan macht der Bundesrepublik den Rang als 2. Industriemacht in der westlichen Welt streitig. Die Zuwachsraten in der DDR sind konstant und liegen, auch ohne westdeutsche Krisenerscheinungen, in den letzten Jahren stets über denen der Bundesrepublik. Eine Anerkennung der DDR würde die Versäumnisse in der wirtschaftlichen Entwicklung bei uns bereits heute sichtbar machen — ohne Anerkennung wird sich das, zu unserem Schaden, noch einige Zeit verschleiern lassen. Es verhält sich da ähnlich wie mit dem Bildungssystem in der DDR, dessen Überlegenheit heute von niemandem mehr bezweifelt wird, während die Grundlagen dieses Bildungssystems — die Abschaffung der Privilegien über den Weg der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten — früher bei uns allgemein belächelt wurden.

Größere Wirtschaftskraft bedeutet größere Ausstrahlungskraft. Die Mangelerscheinungen in der DDR in den ersten zwei Jahrzehnten mußten sich negativ auf das demokratische Bewußtsein in der Bundesrepublik auswirken, da Mangel zwangsläufig Freiheitseinschränkungen mit sich bringt. Wo Mangel herrscht, kann nur strikte Restriktion eine gerechte Verteilung garantieren. Die Überspitzung dieser Politik in der stalinistischen Ära wurde und wird von der DDR selbst abgebaut. Aber die permanente Bedrohung durch den größeren deutschen Staat mußte die aus der Zwangswirtschaft resultierenden Erscheinungen potenzieren.

Wenn dieser Mangel geschwunden ist, wenn zudem die Opposition in der Bundesrepublik die Beendigung der Frontstellung zur DDR erzwingt — und nichts anderes ist ja Anerkennung der DDR —, dann wird der fälschlich als Liberalisierung bezeichnete Demokratisierungsprozeß in der DDR augenfällig werden. Das aber würde die außerparlamentarische Opposition, die ebenfalls um einen Demokratisierungsprozeß bei uns ringt, weit voran bringen.

Eine Anerkennung der DDR würde sichtbar machen, was bislang in der Bundesrepublik kaum zur Kenntnis genommen wird: In allen Bereichen der DDR-

Industrie können Werkleiter und Abteilungsleiter, Parteiwirtschaftskommissionen und betriebliche Parteiaktivisten nicht eine einzige Entscheidung fällen, wenn nicht die betriebliche Gewerkschaftsleitung ihre Zustimmung gibt. In allen Großbetrieben sind Bilanzen, Gewinne und Investitionssummen durch sogenannte Betriebskollektivverträge durchsichtig gemacht worden. Die Anerkennung würde also auch eine erzwungene Anerkennung der Mitbestimmung zunächst in der besonderen und nicht einfach übertragbaren Form der DDR sein. Für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik hätte das direkt zur Folge, daß der Kampf um Mitbestimmung energischer betrieben wird.

Die Zurückdrängung der Mitbestimmung durch die Konzerne würde gestoppt, denn in der Bundesrepublik steht bereits das 1951 Erreichte wieder auf dem Spiel. „Einerseits wird die Mitbestimmung in der Montanindustrie immer geringer, andererseits wird die Macht der Konzerne der Montanindustrie und anderer Branchen immer größer, ohne daß entsprechende Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben sind" [14]).

Die Gewerkschaften wären gezwungen, ihre Vorstellungen zur Mitbestimmung zu konkretisieren, auszubauen und der Öffentlichkeit besser zu verdeutlichen. Wie anders sollte sonst sichtbar werden, daß die gesellschaftlichen Entwicklungen und Prozesse zwar auf Dauer auch um die Bundesrepublik keinen Bogen machen, andererseits aber wohl in einem hochentwickelten Industriestaat wie der Bundesrepublik andersartig sein müssen als in der DDR, in der die gesellschaftlichen Prozesse in einer Zeit des Mangels und der mangelhaft entwickelten Industriestruktur eingeleitet wurden.

Die ersten Konsultationen zwischen den Gewerkschaften der Bundesrepublik und benachbarter sozialistischer Länder, mit Ausnahme der DDR, haben begonnen. Wenn solche Kontakte als Folge der Anerkennung notwendigerweise auch in den deutschen Staaten die Regel werden, wo man keinen Dolmetscher braucht und wo Reste von Gemeinsamkeiten vorhanden sind, werden sozialpolitische Reformen (und andere natürlich) in dem einen deutschen Staat auf den anderen einwirken. Diese Entwicklung ist bereits seit Jahren in Anfängen gegeben, trotz Alleinvertretungsanspruchs.

Die tariflich abgesicherte Fünf-Tage-Woche in der Bundesrepublik — von den Gewerkschaften errungen, aber bis jetzt längst nicht für alle Arbeitnehmer durchgesetzt — hat ihre Einführung in der DDR beschleunigt. Aber dort ist sie nunmehr zum Gesetz erhoben und gilt für alle Bereiche. Diese Regelung wirkt zurück auf die Bundesrepublik. So können z. B. jetzt endlich auch die Beamten auf eine Arbeitszeitverkürzung hoffen. Umgekehrt hat die in der DDR seit 18 Jahren bestehende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den fünfziger Jahren den westdeutschen Gewerkschaften entscheidend geholfen, diese Regelung auch bei uns durchzusetzen. Kein Zweifel, daß eine Anerkennung diesen wechselseitigen Prozeß entscheidend fördern würde.

Das im Grundgesetzestext von 1949 garantierte Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes ist ein lang umkämpftes Ziel der Arbeitnehmer gewesen. Das in der DDR-Verfassung garantierte und einklagbare Recht auf Arbeit schlechthin gibt der IG Metall heute bereits Rückenstärkung bei der Durchsetzung des Rationalisierungsschutzabkommens, es wird morgen zur Entwicklung neuer Ziele für die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik beitragen. Das gilt auch für andere Schichten. Denken wir nur an die Forderung auf Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

---

14) „Mitbestimmung, ein Leitfaden", DGB, S. 46

V

Wie sehr man in der Bundesrepublik diese Entwicklung fürchtet, zeigt ein aktuelles Beispiel: Der 17. Juni soll als bezahlter Gedenktag wieder abgeschafft werden. In der Zeit der Restauration proklamiert, würde er nach der Anerkennung der DDR eine Umfunktionierung erfahren: Dieser Tag würde fortan zur Feststellung der Tatsache, die man 1953 noch nicht sehen wollte, daß die gesellschaftliche Ordnung in der DDR nicht zu liquidieren ist. Das Vorhaben, diesen Gedenktag aufzugeben, ist kein Ergebnis des Kampfes der Opposition. Zur Schadenfreude ob des Geplänkels ist deshalb auch wenig Grund. Die in den Gewerkschaften erhobene Forderung, den Feiertag am 17. Juni als zum sozialen Besitzstand gehörig anzusehen und — wenn überhaupt — durch einen anderen bezahlten Werktag zu ersetzen, etwa in Form des Bildungsurlaubs, ist ein recht großzügiges Angebot, wenn man bedenkt, wer von der Beseitigung des Gedenktages einer Niederlage der Restauration auf Dauer den politischen Nutzen hätte. Ganz zu schweigen vom materiellen Nutzen bei einer ersatzlosen Aufgabe dieses Tages.

Bei der Betrachtung der innenpolitischen Seite der Anerkennungsfrage wird also deutlich, welche Bedeutung sie für die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik hat. Die Anerkennung läßt sich nur durchsetzen durch den konzentrierten Kampf außerhalb und innerhalb des Parlaments.

Bei Betrachtung der außerpolitischen Aspekte dieses Problems aber werden die großen Chancen sichtbar für jene Kräfte, die diesen Kampf zu führen bereit sind. Die Weltöffentlichkeit ist es leid, die Bonner Ansprüche auf Beseitigung des Status quo länger zu unterstützen. Bis in Regierungskreise kapitalistischer Staaten hinein reicht das Mißtrauen gegenüber den Ansprüchen westdeutscher Konzerne auf die vergesellschaftete Industrie in der DDR. Man darf wohl annehmen, daß nicht wenige Regierungen in der westlichen Welt den Atomwaffensperrvertrag gerade deshalb unterstützen, weil damit dem Militärapparat der Bundesrepublik die Waffe verwehrt wird, die glaubhaft machen soll, daß es den Kräften in Regierung und Konzernen Ernst ist mit der Rückgewinnung der enteigneten Betriebe. „Nationen ohne eigene Kernwaffen werden künftig kaum in der Lage sein, die Rolle einer Großmacht zu spielen" [15]).

Und die von westeuropäischen Staatsmännern unterstützten Bestrebungen auf Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems haben offensichtlich gleichfalls das Ziel, die Pläne auf „Einmischung" zu bannen. Daraus ergeben sich für die Opposition in der Bundesrepublik weitreichende Vorteile. Eine stärkere Orientierung auf die Frage Anerkennung bringt für sie weltweite Unterstützung, bis in Regierungskreise des Auslands hinein. Angesichts des Machtapparates, der in der Bundesrepublik der Opposition gegenübersteht, kann sie auf diese Unterstützung nicht verzichten, wenn sie die Stärke gewinnen will, die es ihr ermöglicht, auch andere Programmpunkte durchzusetzen.

15) FAZ am 14. 2. 67 über eine Rede von NATO-Botschafter Grewe

ad-hoc-Gruppe am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin

Besetzung: neue Hochschulpolitik am Otto-Suhr-Institut

In dem Maße, wie der Versuch, die technokratische Hochschulreform innerhalb der den Rahmen der bürgerlichen Universität nicht sprengenden Institutionen (Fachschaften, Kommissionen) zu verhindern, sich als eine Illusion erwies, mußten die Studenten zu Mitteln der politischen Auseinandersetzung greifen, die als außerinstitutionelle zu bezeichnen sind. Der entscheidende Schritt vom institutionellen zum außerinstitutionellen Kampf wurde im Sommersemester 1968 durch die Politik der konkreten Verweigerung vollzogen. Von den bisher abstrakt vertretenen Forderungen nach Reform wird übergegangen zur Selbstorganisation, an die Stelle des Appells an die Universitätsadministration tritt die Besetzung von Instituten. Besetzung heißt:

1) Selbstbestimmung am Arbeitsplatz als Verlagerung der Produktionsentscheidungen an die Basis (Organisation der Formen, in denen gelehrt wird, und Bestimmung der Forschungsprojekte durch die Beteiligten selbst);

2) Negation feudaler und autoritärer Formen der Herrschaft innerhalb der Universität (Abbau des Ordinarienprinzips).

Diese Maßnahmen und Forderungen bestimmten an einigen Instituten der FU für Wochen das Bild der Arbeit. Das erzwungene Einstellen des Lehrbetriebes, die Diskussionen darüber waren die Antizipation kritischer Wissenschaft. Die Besetzung bedeutet in diesen Instituten die Praktizierung direkter Demokratie. Selbstbestimmung bedeutet in dieser Situation die bewußte Verweigerung, Instrument dieser kapitalistisch strukturierten Gesellschaft zu sein. Selbstbestimmung muß jedoch Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Produktion und Produkte tendenziell anstreben, indem z. B. die Studenten des Instituts der Politischen Wissenschaft diejenigen Gruppen in die Bestimmung der Politologie einbeziehen (und mit ihnen zusammenarbeiten), die bisher nur Objekt des kapitalistischen Wissenschaftsbetriebes waren und die heute eine Praxis zu machen bereit sind, die die Herrschaft in dieser Gesellschaft beseitigt. D. h. konkret: Beteiligung der Basisgruppen, Gewerkschaftsgruppen und Studentengruppen an der theoretischen Arbeit des Otto-Suhr-Instituts und gemeinsame Praxis. Mit dieser Politik der Verbindung von Verweigerung und selbstbetriebener inhaltlicher Arbeit in den Institutionen können diese dazu benutzt werden, ständig inhaltliche und formale Konflikte neu zu erzeugen. Neue Satzungen für die Institute sind die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit an den Instituten selbst. Sie müssen zugleich die Grundlage der weiteren Demokratisierung dieser Institute sein. Die Grundprinzipien dieser Organisation von Instituten und die Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser Prinzipien sollen am Beispiel der Satzung des Otto-Suhr-Instituts an der FU Berlin dargestellt werden.

Die Vorgeschichte

1) Die Unfähigkeit der Professoren, der Universitätsbürokratie und politischen Führung, das Anliegen der Studenten zu begreifen, geschweige denn seine

Realisierung auch nur zu unterstützen, zwang die Studenten zur Selbstinitiative im politischen und wissenschaftlichen Bereich außerhalb und gegen die bestehenden universitären und außeruniversitären Institutionen und Verfahrensregeln. Diese hatten sich längst als Instrument der Herrschenden gegen die Interessen der betroffenen Studenten erwiesen.

2) Als Selbstorganisation der Studenten konstituierten sich nach dem 2. Juni 1967, als sich erneut der Bankrott von akademischem und politischem Senat offenbarte, auf Universitätsebene die Kritische Universität (KU) und am Arbeitsplatz der Studenten in den Seminaren und Instituten die ad-hoc-Gruppen, wie beispielsweise am Otto-Suhr-Institut.

Die Studenten hatten begriffen, daß ihre politische Praxis an ihrem Arbeitsplatz in der Universität anzusetzen hatte. Hier erfuhren sie sinnlich Repression durch ihre akademischen Lehrer, der sie dauernd ausgesetzt waren und die z. T. schon verinnerlicht worden war.

KU- und ad-hoc-Gruppen hatten sich zum Ziel gesetzt, eine Gegenöffentlichkeit oder besser eine Öffentlichkeit für die studentischen Probleme an ihrem Arbeitsplatz herzustellen. Die ad-hoc-Gruppen arbeiten auf zwei Ebenen: 1) auf der formalen Entscheidungsebene der Institute, 2) innerhalb der laufenden Lehrveranstaltung durch Bildung autonomer Arbeits- und Aktionsgruppen, um die Veröffentlichung wissenschafts-theoretischer Ansätze sowie der subjektiven Erkenntnisinteressen zu provozieren. Die aktiven Studenten stellten in ihrem Ansatz eines kritischen, praxisorientierten Wissenschaftsbetriebs eine konkrete Alternative zum etablierten Lehr- und Forschungsbetrieb vor, um durch argumentative Provokation dessen Umgestaltung unter Teilhabe und Berücksichtigung der Bedürfnisse der Studenten zu erzwingen.

3) Die Praxis der KU- und ad-hoc-Gruppen und die daraus gewonnenen Erfahrungen machten den politischen Charakter und die gesellschaftliche Funktion der Universität deutlich:

a) Die Fremdbestimmung der Universität, ihrer wissenschaftlichen Inhalte und Zielsetzungen durch die Bedürfnisse und Verwertungsinteressen des Kapitals;

b) die Unmöglichkeit einer rationalen Auseinandersetzung auf Diskussionsebene mit Professoren, die ihre objektive Rolle als Sachwalter des Kapitals im Betrieb Universität nicht auf ihre gesellschaftliche Legitimation hin befragen können oder wollen;

c) den subjektiven Charakter einer Kritischen Universität, die sich ihren kapitalistischen Auftraggebern verweigert und ihre materiellen und intellektuellen Ressourcen einer demokratischen, humanen Wissenschaft dienstbar macht, die sich ihr Ziel in der Aufhebung von Unmündigkeit und der Herrschaft von Menschen über Menschen setzt.

Beginnender Widerstand als Konsequenz der Notstandsgesetze

In der Erkenntnis der Systemnotwendigkeit der Notstandsgesetze und der Erfolglosigkeit des Bemühens, die Verabschiedung zu verhindern, lag für die Studenten die Begründung für den Schritt vom Protest zum kollektiven Widerstand an ihrem Arbeitsplatz. Sie hatten begriffen, daß sie nicht andere Gruppen zum aktiven Widerstand auffordern konnten (Arbeiter in den Fabriken), ohne selbst Widerstand an ihrem Arbeitsplatz zu organisieren. Die Besetzung einzelner Institute, um den kapitalistischen Wissenschaftsbetrieb lahmzulegen und produktive emanzipierende Wissenschaft zu beginnen, war ein erster Schritt in

die Widerstandspraxis. Die Kampagnen zur Verabschiedung der Notstandsgesetze haben neue Formen radikaler Kritik an Inhalt und Organisation und auch der Politischen Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut mit sich gebracht.

Der ad-hoc-Gruppe am Otto-Suhr-Institut war es zwar schon vorher gelungen, den weitgehenden Schrumpfungsprozeß der Politischen Wissenschaft zur „Wissenschaft" rechtsstaatlicher Konventionen und repressiver Verfahrensregeln aufzuzeigen. Als Instrument der herrschenden Ordnung produziert sie deren Kontrollautoritäten für Parteibürokratie und Industriemanagement.

Allerdings — erst die drohende Verabschiedung der Notstandsgesetze ließ für viele das Ausmaß der Ignoranz an diesem Institut gegenüber dem Entdemokratisierungsprozeß in der Bundesrepublik deutlich werden. Das Institut erklärte sich durch sein Schweigen für inkompetent.

Das Interesse an der Aufhebung des sozialtechnischen Charakters dieser Wissenschaft artikulierte sich auf der Vollversammlung der KU am 21. Mai, als die Diskussionen aller an einer Besetzung des Otto-Suhr-Instituts Interessierten begann. Die Besetzung sollte den Lehrbetrieb kurzfristig aufheben und den Arbeitsplatz Otto-Suhr-Institut den Studenten, Schülern und Basisgruppen für die Agitation gegen die Notstandsgesetze bereitstellen. Gleichzeitig sollte darin antizipatorisch eine kritische Politologie im Ansatz vorgestellt werden, die dem langfristigen Ziel der Befreiung gesellschaftlicher Gruppen von Unmündigkeit und Repression verpflichtet ist.

Statt über Sinn und Ziel einer Besetzung die Auseinandersetzung zu führen, reagierte die Institutsgeschäftsführung mit der Warnung vor dem Mißbrauch des „intakten" Instituts für „einseitige politische, ideologische, außerwissenschaftliche Zwecke" und dem Appell an alle „besonnenen" Studenten an der FU, eine Besetzung des Otto-Suhr-Instituts „aktiv zu verhindern". Nach dem Mißerfolg dieses Mobilisierungsversuches unternahm es die Verwaltung, angesichts der Gefährdung professoraler Freiheit von Forschung und Lehre durch eine Polizeiaktion weitere Diskussionen zu verhindern. Das Anliegen der politisch engagierten Gruppen blieb unbegriffen.

Auch bei vielen Studenten herrschte die Angst vor der „Sprengung" des Rufs und der Ordnung dieses Instituts vor. Das störende Verfahren einer Besetzung stellte die angegriffene Ordnungswissenschaft und die durch die Schule und Studium verinnerlichten Ordnungsvorstellungen dieser Studenten erstmalig unmittelbar in Frage. Karrierebewußtes und herrschaftsorientiertes Berufsverständnis wurde derart verunsichert, daß sie sich zunächst weigerten, die inhaltliche Diskussion zu führen, und alles dem Verlangen unterordneten, die Ordnung wiederherzustellen.

Die Reformdiskussion

Der Fehlschlag administrativer Konfliktlösungen und der Zerfall von Lehrautorität zwangen der Dozentenschaft und dem politischen Senat die Alternative neuer Polizeieinsätze oder aber struktureller Reformen zur „Befriedung" und „Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit" am Institut auf. Eine erstmalig einberufene Institutsvollversammlung zum 30. Mai sollte dem drohenden „Chaos" die institutionelle Reform entgegensetzen. In einem eintägigen „revolutionären Akt" von oben sollte Selbstbestimmung geprobt und gleich wieder eingeschränkt werden. Gegenüber einer sofortigen Verabschiedung eines technisch-reformerischen Satzungsentwurfes von linken Sozialdemokraten vertrat die ad-hoc-Gruppe in einem Antrag die Auffassung: „Jede juristische Fixierung von Entscheidungs-

DOKUMENTE – DATEN – FAKTEN

Wir empfehlen:

Handbuch der Verträge 1871—1964

Herausgegeben von H. Stoecker
787 Seiten · Ganzleinen · 24,— DM
Erscheint in diesem Monat

Dieses Handbuch stellt durchaus nicht nur für den Historiker ein ideales Nachschlagewerk dar, sondern ebenso für alle diejenigen, deren gesellschaftliches oder berufliches Interesse den internationalen Beziehungen in diesem Zeitraum gilt.

Im Gegensatz zu anderen anerkannten Werken ähnlicher Thematik, in denen die Dokumente vorwiegend in kommentierender Form wiedergegeben werden, bringt das neue Werk darüber hinaus mehr als vierhundert Verträge und internationale Abkommen original im Wortlaut.

Deutsche Geschichte in Daten

Herausgegeben vom Institut für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
1967 · 1100 Seiten · Lederin · 24,80 DM

Weltgeschichte in Daten

1967 · 1283 Seiten · Lederin · 24,80 DM

Diese im wahrsten Sinne des Wortes universellen Werke gehören in die Reihe derjenigen Nachschlagebücher, die die Funktion eines zweiten Gedächtnisses übernehmen. Sie genießen den Vorzug, schnell und zuverlässig über unendlich viel mehr Dinge informieren zu können, als menschliches Vermögen je speichern kann.

Deutsche Geschichte in drei Bänden

Band I: Von den Anfängen bis 1789 — Band II: Von 1789 bis 1917 — Band III: Von 1917 bis zur Gegenwart *(erscheint Ende dieses Jahres)*, je Band etwa 800 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Kunstdrucktafeln sowie ausführlichem Kartenmaterial · Ganzleinen · je Band 29,60 DM

Wer aus der deutschen Vergangenheit lernend die Gegenwart erfassen und die Zukunft mitgestalten will, der greife zu diesem repräsentativen Standardwerk, das den großen Vorteil besitzt, nicht nur wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, sondern zugleich allgemeinverständlich im besten Sinne zu sein.

*

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an Ihre Buchhandlung.

Interessenten unterrichten wir auf Anforderung gern kostenlos und unverbindlich über unser Verlagsprogramm der Gebiete Geschichte, Philosophie, Psychologie sowie der naturwissenschaftlichen Disziplinen Mathematik, Physik und Chemie.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN — DDR · 108 BERLIN
Postfach 1216
Deutsche Demokratische Republik

kompetenzen und -verläufen bedeutet heute eine Vorformung von Entwicklungsprozessen, die nur für einige wenige Experten überschaubar sind. Wichtiger ist die tatsächliche Teilnahme aller Mitglieder des Instituts an den einzelnen Experimentalstadien des Reformprozesses." Um diese Beteiligung zu ermöglichen, wurden öffentlich tagende Kommissionen zur Lehrplanung, zur Demokratisierung des Instituts und zum Praxisbezug der politischen Wissenschaft eingesetzt, die für die folgende Institutsvollversammlung am 13. 6. Vorschläge ausarbeiteten. „Der revolutionäre Akt" von oben kehrte sich gegen die Intentionen seiner Urheber und wurde durch einen einsetzenden Diskussionsprozeß aufgehoben, der langfristig alle Betroffenen zu Beteiligten zu machen beansprucht.

Die grundsätzlichen Forderungen zur Reorganisation der Struktur und des Wissenschaftsbetriebes am Otto-Suhr-Institut

1) Gesellschaftliche Verantwortung und politische Implikation der Wissenschaft: Sich der hier genannten Grundsätze bewußt zu sein und diese in die Wissenschaftspraxis einzubeziehen, war seit langem die Forderung der kritischen, politisch-engagierten Studentenschaft. Im § 2a der neuen Satzung beweist das Otto-Suhr-Institut, daß es bereit ist, ein emanzipatorisches Engagement einzugehen: „Das Institut untersucht in Forschung und Lehre die Gestaltung des öffentlichen Lebens unter empirisch-analytischen und normativen Aspekten mit einer Vielfalt wissenschaftlicher Methoden; es erarbeitet damit Voraussetzungen für die Erweiterung der Freiheit und Selbstbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft; es arbeitet mit anderen Einrichtungen der Freien Universität unter weitgehender Selbstbestimmung und Kooperation aller Beteiligten zusammen ..."

2) Öffentlichkeit: Die Forderung nach Öffentlichkeit korrespondiert mit der Forderung nach Demokratisierung, denn in Wirklichkeit beschreibt der Begriff der Öffentlichkeit einen politischen Zustand der Gesellschaft, das Ausmaß praktischer, demokratischer Entscheidung und Selbstbestimmung aller jeweils Beteiligten in den politischen und Alltagsinstitutionen. So meint Öffentlichkeit zum einen herrschaftskritisches Verhalten, zum anderen eine vollständige Kommunikationsstruktur einer Gesellschaft bewußter und unterrichteter Individuen. Auf die Hochschule bezogen heißt das:

a) auf der Ebene der Entscheidungsgremien der Universität Veröffentlichung der Beschlüsse als auch des Willensbildungsprozesses selbst; die Gesamtbelegschaft muß die Möglichkeit erhalten, die Entscheidungen auf ihre Rationalitäten überprüfen zu können und die Kontrolle über ihre eigenen Delegierten auszuüben (in der neuen Satzung ist deswegen die Öffentlichkeit der Entscheidungsgremien vorgesehen; s. § 7);

b) die Öffentlichkeit der wissenschaftlichen Arbeit, die die Veröffentlichung der Auswahl von Forschungs- und Lehrvorhaben, des Wissenschaftsbegriffs und der Zielsetzung der am Projekt Beteiligten sowie des Lehr- und Forschungsvorganges selbst umfaßt. Die Verwirklichung der so definierten Öffentlichkeit wird zu einem ersten Widerstandsakt, angesichts des zunehmend privaten Charakters politischer Entscheidungsprozesse und der immer stärker werdenden Verflochtenheit des Wissenschaftsbetriebes Universität mit Staat und Industrie, die die Wissenschaft der unmittelbaren Direktion und Kalkulation nach gewerblichen und machtpolitischen Interessen unterwirft.

Die Gegenargumente der Professoren wie „Gefahr für die Arbeitsfähigkeit", „vorläufiger Charakter von Forschungsergebnissen", „Einbruch in die Intimsphäre" blieben bisher formal ohne inhaltliche Definition. Sie erwiesen sich als

Schutzbehauptung der auf die Erhaltung des Status quo in der Universität bedachten reaktionären Professoren. Öffentlichkeit in allen Fragen wird die Irrationalität der bestehenden Entscheidungsstrukturen offenlegen und die feudale Herrschaft der Ordinarien zur Abdankung zwingen.

3) Selbstbestimmung der Betroffenen an ihrem Arbeitsplatz: Die individuelle Freiheit und die Selbstbestimmung des Wissenschaftlers an seinem Arbeitsplatz ist nur in einem kollektiven Arbeitsprozeß möglich, in dem der Einzelne ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe besitzt und dieses auch wirklich ausüben kann. Das Wissenschaftssubjekt muß also an Auswahl, Durchführung und Kontrolle des Arbeitsgegenstandes beteiligt sein (funktionale Gliederungen haben sich durch wissenschaftliche Rationalität zu beweisen). Deshalb kann das von Professoren so strapazierte Postulat der „Freiheit von Forschung und Lehre" nur als gemeinsame Freiheit der Professoren, Dozenten, Assistenten, Studenten und Angestellten verstanden werden. Tatsächlich bedeutet die heute ausgeübte „Freiheit" nur die scheinbare Unabhängigkeit der Ordinarien, faktisch jedoch die Freiheit der Ordinarien von den übrigen Mitgliedern der Universität und damit deren Unfreiheit.

Die nach der verabschiedeten Satzung einzurichtenden Facheinheiten sollen die Selbstbestimmung realisieren. Ihre Kompetenzen sind in § 4 festgehalten: „Sie stellen dezentralisierte Arbeitsbereiche dar, in denen von allen Beteiligten Lehr- und Forschungsvorhaben diskutiert, geplant, koordiniert, durchgeführt und kritisiert werden..." Sie werden nach Sachbereichen eingeteilt und bilden drittelparitätisch besetzte, öffentlich tagende Fachkommissionen, die für Lehre und Forschung und in Haushalt- und Personalangelegenheiten ein Vorschlagsrecht haben.

„In den Facheinheiten können sich jederzeit zur Bearbeitung bestimmter Projekte Forschungs- und ad-hoc-Arbeitsgruppen bilden." Außerhalb der Facheinheiten können qualifizierte Minderheiten auch ohne professorale Beteiligung mit den gleichen Rechten wie die der Facheinheiten Lehr- und Forschungsgruppen konstituieren. Durch die Einrichtung der Facheinheiten wird die Voraussetzung für rationale, von allen Beteiligten mitbestimmte Planung und Durchführung von Wissenschaft geschaffen. Durch die Kompetenzverlagerung der Rechte der Ordinarien in die drittelparitätisch besetzten Fachkommissionen und in den Institutsrat werden undiskutierte Lehr- und Forschungsvorhaben des Instituts verhindert.

Wesentlich aktueller ist jedoch der in § 4 verankerte aktive Minderheitenschutz, der es einer kritischen studentischen Minderheit ermöglicht, ohne die Professoren eine praxisorientierte Wissenschaft im Sinne des Selbstverständnisses der KU zu betreiben. Hiermit ist eines der erklärten Ziele der KU, die Rücknahme der KU in die FU, partiell möglich geworden. Mit der Einrichtung eigener Lehr- und Forschungsvorhaben innerhalb des ordentlichen Studienganges sind politisch engagierte Studenten in der Lage, ihre Existenz als Studenten und bewußte gesellschaftliche Individuen miteinander zu verbinden. Sie können ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in politische Praxis umsetzen und umgekehrt ihre politischen Bedürfnisse und Interessen in einer kollektiven Wissenschaftspraxis artikulieren. Die Zusammenarbeit mit unterprivilegierten Gruppen zur gemeinsamen Emanzipation wendet sich gegen den Klassencharakter der Universität und des Otto-Suhr-Instituts. Durch den Minderheitenschutz können zum erstenmal kritische, praxisorientierte Richtungen ihre bisherige Alibifunktion am Otto-Suhr-Institut überwinden und in wirkliche Konkurrenz zur etablierten Politologie treten.

Eine selbstbestimmte Ausübung von Wissenschaft verlangt die eigene Verfügung über die materiellen Ressourcen. Die bisherige alleinige unkontrollierte Verfügung der Ordinarien über den Haushalt war ein Herrschaftsmoment, das durch die Kompetenzverlagerung abgebaut worden ist. In Institutsrat und Fachheiten wird über den Institutshaushalt beraten und entschieden. Durch den Institutsrat erfolgt die Zuteilung an die einzelnen Fachheinheiten (FE) und Forschungsgruppen, auf deren Vorschläge hin. Die Minderheitengruppen haben für ihre Lehr- und Forschungsvorhaben das gleiche Vorschlagsrecht für und das gleiche Behandlungsrecht im Institutsrat (§§ 4 und 7 der Satzung)! Somit ist nicht nur die Mitbestimmung innerhalb eines Modells konkurrierender Gruppen mit verschiedenen Interessenlagen, sondern auch in materieller Hinsicht die Selbstbestimmung qualifizierter Minderheiten garantiert.

4) Abteilung: Ein weiteres Moment von Selbstbestimmung wird an der Autonomie (§ 1) des Otto-Suhr-Instituts angestrebt. Sie antizipiert die Abteilungsstruktur einer reformierten Hochschule. Abteilungen sollen im Gegensatz zu den erstarrten Fakultäten flexibel und wissenschaftlichen Bedürfnissen gemäß eingerichtet werden können.

Die Befreiung des Otto-Suhr-Instituts aus der irrationalen Abhängigkeit von drei Fakultäten ist kein Schritt in die Isolierung, sondern einer zum interdiszplinären Institut (notwendige Zusammenarbeit in neuen Organisationsformen mit anderen Fachrichtungen wie vor allem der Psychologie, Soziologie, Ökonomie und Pädagogik zur Erklärung und Analyse politischer Prozesse und Phänomene. Aufhebung der Isolierung der bestehenden Forschungsinstitute als Konsequenz).

5) Ordinarienprinzip: Mit der Verwirklichung von gesellschaftlich relevanter Emanzipationswissenschaft, der Öffentlichkeit und der Selbstbestimmung an der Basis hat der faktische Abbau des Ordinarienprinzips und damit der feudalen, antidemokratischen Universitätsstruktur begonnen. Dieser Prozeß kommt besonders auch den bisher durch ihre Abhängigkeit von den Lehrstühlen determinierten Assistenten zugute. In der Satzung kommt dieser Abbau durch die veränderten Entscheidungsstrukturen zum Ausdruck. Der Institutsrat als neues oberstes Entscheidungsorgan und die die Lehr- und Forschungsarbeit bestimmenden Fachkommissionen sind durchgehend drittelparitätisch besetzt. Zum erstenmal werden auch die Angestellten als Gruppe vertreten und damit am Entscheidungsprozeß beteiligt sein.

5) Kritik und Konsequenzen: Allerdings sind in den angenommenen Satzungskompromiß die Forderungen zur Gleichstellung aller Dozenten als weiteres Moment der Abschaffung des Ordinarienprinzips sowie die Neuordnung von Berufung und Habilitationen nicht aufgenommen worden. Auch die Forderung nach der Vollversammlung als höchstem beschlußfassenden Gremium wurde nicht verwirklicht. Der „Ersatz" der Urabstimmung ist aufgrund des erschwerten Abstimmungsmodus unwirksam. Die Vollversammlung des Instituts kann jedoch wesentliche Probleme des Instituts und der Universität erörtern und hat dazu Entschließungsrecht. In dem Maße, in dem es ihr dabei gelingt, die Kontrolle der Funktionsträger, vor allem des Institutsrates, wahrzunehmen, konstituiert sie über den Rahmen der Satzung hinaus Öffentlichkeit als auch die Verbindlichkeit dringender Diskussion.

Ohnehin sollten wir uns bewußt sein, daß diese Reform lediglich formaler Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in sich keine eigene, von dem Demokratisierungsprozeß der Wissenschaft unabhängige Triebkraft hat, sondern sich nur in dieser Richtung bewegt, und auch das nur so lange, „als in ihr der

ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt" (R. Luxemburg) nachwirkt; die Satzung ist unentbehrlich — nicht weil sie Demokratie ist, sondern weil sie Demokratisierung ebenso notwendig wie einzig möglich macht.

In diesem Sinne bedeutet die Sprengung der ritualisierten Formen von Rezeption und Produktion, in denen das Bewußtsein gefangen gehalten wird, nur den ersten Schritt auf dem Wege zu einer Universität, die einer anderen Gesellschaft korrespondiert. Diese aber ist von den Studenten gemeint. Demokratisierung der Hochschule kann nicht nur als Selbstzweck verstanden werden, sondern bedarf zu ihrer Verwirklichung der Demokratisierung der Gesellschaft. Die Tätigkeit, die von der Hochschule ausgeht, hat deshalb entzündenden und propagierenden Charakter.

Die studentische Massenbasis zu erweitern, ist daher unentbehrlicher Inhalt der Politik an der Hochschule. Die an den verschiedenen Instituten durchgeführten Besetzungsaktionen vermitteln den daran beteiligten Studenten jene Erfahrung, die für das Weitertreiben der Universitätsrevolte und für die Umwälzung der Gesellschaft unentbehrlich ist. Den gleichen plebiszitär-demokratischen Charakter trägt die wissenschaftliche Arbeit, die auf Grund der Satzungsmodelle möglich wird. Die Durchführung selbstgewählter Forschungsvorhaben sprengt nur dann die Grenzen bürgerlicher Wissenschaft, wenn es gelingt, die Isolierung des theoretischen Bewußtseins aufzuheben; aus den Seminaren hervorgehende gesellschaftliche Praxis ist ohne die Zusammenarbeit mit Arbeitern jedoch nicht möglich. Deren Einbeziehung in die Hochschule muß deshalb in größerem Maße gelingen. Solchermaßen betriebene Wissenschaft stellt die Beziehungen der Studenten zu den im Produktionsprozeß Tätigen her und stützt deren Positionen wechselseitig. Darüberhinaus können nun die Studenten, die bisher ohnmächtig innerhalb von Seminaren Kritik geübt haben, im übrigen aber wie alle Studenten den irrationalen Zwängen des Studiums ausgesetzt waren, ihre Vorstellungen von wissenschaftlicher Arbeit realisieren. Konkret bedeutet das die totale Entwertung des Scheinwesens, kollektive Arbeitsweise in Seminaren und bei Dissertationen und Studienabschlüssen. Studenten haben sich hier nicht etwa für sich selbst bequemere Arbeitsbedingungen geschaffen, sondern die Trennung zwischen ihrer politischen Arbeit und dem Studium aufgehoben. Diese neue Form des Studierens wird zur Voraussetzung für die sozialistische Organisation der politischen Arbeit über den Bereich der Hochschule hinaus.

Der gleichen Absicht dient die syndikalistische Organisation der akademischen Berufe selbst. Indem die politischen Konflikte auf diese Weise in die Berufssphäre getragen werden, kann die bisher an das Studium sich anschließende individualistische Zersplitterung und Reprivatisierung verhindert werden. Aufgabe der Syndikate wird es sein, die bisherige Funktion der Akademiker — die Unterdrückung und Täuschung der arbeitenden Massen — in ihr Gegenteil zu verkehren.

Das Maß, in dem sich die arbeitenden Massen über ihre Lage bewußt werden, bestimmt den Fortschritt der studentischen Bewegung. Die Studenten können sich deshalb nicht als die Avantgarde der Arbeiterbewegung begreifen, ihr Kampf hat vielmehr exemplarische Bedeutung.

Bücher

Rainer Barzels großes Bla-Bla

Rainer Barzel, Gesichtspunkte eines Deutschen, Econ-Verlag, Düsseldorf 1968, 291 S., Ln. 20,— DM.

Wäre Rainer Barzel, wie manche glauben, ein Politiker bloß durch die Gunst der Stunde und der Kirche, ein anpasserischer Schwafler und eitler Intrigant, wie wäre er dann so jung schon Vertreter des Ministers für Bundesangelegenheiten unter Karl Arnold geworden, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen unter Adenauer und schließlich Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag? Nein, diese Karriere trotz „Disteln und Dornen" (35) wie auch aller „Hunde", die kamen, um an ihm „das Bein zu heben" (48) — ein Gleichnis nur! — geschah allein kraft **jenes kolossalen Geistes**, der uns nun auch dies beispiellose Buch bescherte, das er doch ganz nebenbei, noch „während des **politischen Alltags**" schrieb (7) — denn in seiner Freizeit hatte er anderes zu tun!

Zwar wir alle ahnen die Intelligenz in den Köpfen unserer Politiker! Doch überfordern sie uns auf die Dauer nicht? „Die Bürger", lesen wir bei Barzel, der uns derart gern von seinesgleichen unterscheidet, den „Verantwortlichen" (11, 19, 21, 23 u. o.), gelegentlich auch die „Führer" (43) oder „die Großen" (52) genannt, die, welche „sie" (wir) „vom Fernsehen kennen" (41) — „Die Bürger ... sind nach meiner Erfahrung bereit, auch Schwieriges und Nuanciertes aufzunehmen" (41). Ja, er hält viel von uns! Und viel auch traut er uns zu, selbst das Verkraften seiner „Gesichtspunkte": „Geschichte dauert nicht nur einen Tag oder eine Generation" (253). „... nie beginnt irgendeine Zukunft plötzlich" (7). „Die Lage heute ist erwachsen aus dem, was wir oder andere gestern getan haben" (21). „Demokratie verlangt Engagement der Demokraten" (43). „Demokratie braucht kämpferische, leidenschaftlich engagierte Demokraten" (97). „Demokratie erfordert Zuhören, Denken und Reden" (19). „Zur Demokratie gehört das stete Gespräch" (41). „Der Mensch lebt nicht vom Brot und von der Diskussion allein" (256). „Die Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat" (21, 98). „Auch morgen brauchen wir Export wie die Fische das Wasser" (62).

All dies, wovon das Buch voll ist, zeigt schon: Rainer Barzel schreibt nicht nur schwierig und nuanciert, sondern auch — für einen christlichen Demokraten freilich eine Selbstverständlichkeit — unbedingt wahr! Denn betont er auch einmal: „Die Wahrheit — und um die geht es an Schule und Universität" (261), so will er damit doch sicher nicht sagen: In Politik und Bundestag gehe es ausschließlich ums Gegenteil! Natürlich ist Barzel Realist und sieht scharf: „Mit Opas Stehkragen und Schreibpult geht es auch in der Politik nicht mehr" (14). „Die siebziger und achtziger Jahre stehen vor der Türe" (58). „Das Weltbild unserer Zeit ist ein anderes als das der dreißiger und fünfziger Jahre" (58f.). Wer hätte das für möglich gehalten? Ach, buchstäblich Seite um Seite erkennt er so stets von neuem — erstaunt, betroffen, überrascht: S. 12: „Die politischen Bedingungen verändern sich". S. 13 oben: „Es scheint, als hat eine Zeit der Veränderung so manches Herkömmlichen begonnen." S. 13 unten: „Die Lage ist verändert." S. 14: „Unter unseren Augen verändert sich die Welt." S. 15: „Wir leben in einer Zeit geschichtlicher Veränderungen". Usw. Doch aus der richtigen Erkenntnis zog er sogleich den richtigen Schluß: „Unser Land braucht den Blick nach vorn und unsere Politik politische Planung" (58). Nämlich: „Wachheit" (13), „das breit angelegte, stete Gespräch" (31), „neue Wirklichkeiten" (13), „Zielsetzung" (46), „das Setzen neuer Akzente und Ziele" (46) — einmal stellt er ein „Ziel" sogar „an den Beginn, weil es erreichbar ist" (157)!! Weiter: „Impulse" (26), „Zusammenschau" (74), „Zukunftsperspektive" (46), „Gestaltung der Details" (74), am häufigsten aber „strukturelle Gesichtspunkte" (61). Dabei natürlich dauernd: „Führung" und „Entscheidung". Denn: „Politik ist Kunst im weitesten Sinne — dem Menschen zugeordnet" (47). „Politik wird im demokratischen Rechtsstaat von Menschen für Menschen gemacht" (21), „ist Führen, Handeln, Entscheiden, Improvisieren, Zukunftahnen; kann Kunst sein" (47)

— und bei ihm, Erschütterte, bei Rainer Barzel ist sie Kunst!

Doch ausgerechnet er, für immer tragisch und unfaßbar, sieht sich veranlaßt zu der Klage, es treffe „den Politiker schmerzlich, daß oftmals Intellektuelle und Künstler ihm eher kühl und ohne Verstehen, ja eigentlich feindlich begegnen" (27); schlimmer noch: daß er ihnen „als ungeistig und niveaulos, als dumm" erscheine (28)! Der Vorsitzende der größten Fraktion des deutschen Parlaments, der Mann des Jahres 1967, im Urteil unserer Intellektuellen ... — ich will, ich kann, nein, ich darf es nicht wiederholen!

Zugegeben: der ehemalige Minister für Gesamtdeutsches schrieb seine „Gesichtspunkte eines Deutschen" nicht immer im allerbesten Deutsch. Doch stimmen auch die Metaphern manchmal nicht ganz, stehen da auch ein paar Dutzend Grammatikfehler und ist — ich muß schon zum Nebensächlichsten greifen — ein schlampigeres Register kaum vorstellbar: Was sind solch kleine technische Schwächen gegen die großen menschlichen Vorzüge Barzels. Denn war je ein Humanist, ein Menschenfreund wie er? Ihm, der im runden „Tisch" so bahnbrechend den besseren „Weg" entdeckt (87), ist, gerade weil er seine „Politik auch vor Gottes Wort und Gebot verantwortet" (20), „Politik nur Dienst am Menschen" (18 f.). Sie hat für ihn stets „in voller Achtung der menschlichen Person, ihrer Würde und ihrer Rechte" zu fungieren (19), hat immer „mehr Rücksicht, mehr Menschlichkeit" zu bewirken (77), immer „mehr Bildung, Humanität und Rücksicht" (59), immer mehr „humanitäres Miteinander" (86). „Ziel ist immer der Mensch, dem aller Fortschritt dient" (77). Prägt er doch das wiederum kühne Bild: „Der Kern der prinzipiellen Position des Westens entspringt der ... unantastbaren Würde der menschlichen Person. Dieser Kern ist unverzichtbar" (152).

Dabei ist er bescheiden: „Das alles klingt sehr allgemein" (77), „es klingt banal" (59). Aber so wollte er ja immer Politik: ins Allgemeine hinein, ins Banale selbst, wenn es sein mußte — und wie oft mußte es sein! Doch es fällt ihm leicht ... Ja, allen Disteln, Dornen und pissenden Hunden zum Trotz tut er alles — denn „die deutsche Kraft ... wiegt doppelt" (122) — alles für „die Menschenrechte" (19, 20 u. a.), „für die Menschheit" (123), „für die ganze Menschheit" (121), die „Völkerfamilie" (124), die „Menschheitsfamilie" (20, 122 u. a.), „die ganze Menschheitsfamilie" (113). So hält er auch — stets „offen für Neues" (128), „für alles Neue" (18) — gar nichts von „altmodischer Machtpolitik" (256), von „der herkömmlichen Machtpolitik" (124), ja selbst „nichts von Hegemonie" (236): natürlich bei voller Wahrung unserer „Position als eine der größten Wirtschafts- und Handelsmächte der Welt" (175). Wie er ja auch — denn er hält nichts von „Hegemonie einzelner" (122)! — auf die Dauer nicht „politisch knapp im Mittelfeld" bleiben, sondern da gleichfalls — denn er hält „alles von Gleichberechtigung" (236) — in die „Spitzengruppe" will (106)! Doch auch dies nur durch lauter „Werke des Friedens" (122, 124, 240 u. a.). Vorausgesetzt freilich wieder die Respektierung von „Gesinnung und Gesittung", zwei Begriffe, die er besonders oft gebraucht (25, 26, 81, 94 u. a.), das einzige Mal aber dort erklärt, wo er wünscht, das Nichtanerkennen unserer gegenwärtigen Grenzen „würde in der Welt als Beweis für Gesinnung und Gesittung des erneuerten (!) Deutschland verstanden" (241)!

Denn bei allen Werken des Friedens weiß er doch, der „gegenwärtige Nicht-Krieg" sei „ein dynamischer Tatbestand voll künftiger Ungewißheit" (16) und viel hänge da „für den Frieden der Welt von den Deutschen ab" (184, 216, 242 u. a.). Denn könne auch „leider nicht ... von heute auf morgen die europäische Szenerie (!) verändert werden" (242), so müsse dies, selbstverständlich nur durch viele gute „Werke des Friedens", doch geschehen, sonst drohe der „Anfang einer für Europa unheilvollen Entwicklung" (242). Denn nicht nur in den „vergangenen Jahrhunderten sind die europäischen Verwicklungen nur selten um Deutschland herumgegangen" (137): Auch wir sind „nicht bequem" (18), es „gärt" im deutschen Volk, es könne nicht „noch lange geduldig bleiben" (183), die Situation „ist explosiv" (239), um so mehr, als auch „unsere Landsleute in der ‚DDR' zu (!) diesen Fragen nicht anders denken" (240). Nun, welche Werke empfiehlt da der „Verantwortliche"? „Wir müssen aktiv bleiben in den deutschen Dingen ..., vor allem, weil sonst die Tendenz sich durchsetzen wird, an uns vorbei und um uns herum weltpolitische und europäische Entspannung zu betreiben" (212).

Ja, Rainer Barzel weiß: Die Welt um uns ist bös! Dabei war er immer wieder bereit, mit sich sprechen zu lassen (240, 242) und auch selber zu sprechen. „Wir sind bereit ..., mit Polen zu sprechen. Wir sind bereit, in Neuland vorzustoßen" (234 f)! Konnte er deutlicher antworten auf die (im Mund von Ausländern!) doch recht flüssige Frage: „Wohin die Reise unserer Ostpolitik gehen solle" (185)? Aber die Polen gaben „eine brüske und negative Antwort" sogar auf „die kirchlichen Bemühungen ... um Gebet und Gespräch" (173).

Überhaupt diese Kommunisten, diese besonders bösen Menschen, denen Barzel nicht nur vorwirft: „Sie sind Kommunisten —" (193), sondern sogar: „Der Sieg ohne Krieg mit Waffen ... ist ihnen angenehmer" (149)! Und: Sie „sind angetreten, die Welt zu verändern, einen neuen Menschen zu formen und eine bessere Ordnung zu schaffen" (143). Wobei sie auch noch „unbestreitbar Erfolge" haben (143), selbst (200) der böseste von allen, so bös, daß Barzel schreiben mußte: „Hitler ist tot, und Ulbricht lebt" (104). Womit er natürlich Hitler nicht auf die tiefe Stufe Ulbrichts stellen wollte. Gewiß, er erwähnt einmal Hitlers „Unrecht" (241) und „schwere Schuld" (104). Doch war das „Unrecht" bei allen anderen Deutschen „Idealismus", „Ehre", „vaterländische Gesinnung" (104, 249), — verklärt nicht solch millionenfache Tugend die „schwere Schuld" des einen, zumal er nur befahl, was andere t a t e n? „Wer nie eisigen Schneesturm erlebt hat ..." (254) — nun, doch eine recht saubere, die Atmosphäre reinigende Sache. Wie Barzel ja auch heute für eine „erfolgreiche Politik für Deutschland" genau voraussetzt, was wir schon unter Hitler hatten: politische Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt (32)! „In den Jahren der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 (!) hatten wir zwanzig deutsche Reichsregierungen ... Wie soll ein Land blühen, in dem alle paar Monate die Regierung wechselt" (32f.)? Ja, aber nach 1933, da blühte es!

So vermag sich Barzel auch stets „zu unserer ganzen (!) Geschichte" zu bekennen (106, 104) — konnte er doch 1965 der israelischen Regierung (mit der er Kontakt um so leichter pflog, als es ihm selbst unter Hitler nie gelang, „die Juden so (!) schreck-

KPD-Verbot
oder
Mit Kommunisten leben?

Herausgegeben von Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Otto Schönfeldt

Mit Beiträgen von

Wolfgang Abendroth
Franz Ahrens
Walther Ammann
Josef Drexel
Walter Fabian
Heinrich Hannover
Werner Hofmann
Ludwig Landwehr
Martin Niemöller
Renate Riemeck
Helmut Ridder
Otto Schönfeldt
Gösta von Uexküll
u. a.

Von 124 Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik einberufen, fand am 6. und 7. Mai 1967 in Düsseldorf eine internationale Konferenz über die Problematik des KPD-Verbots statt, an der 44 namhafte Gäste aus den westeuropäischen und skandinavischen Ländern teilnahmen.

Dieses Buch vereinigt Konferenz-Referate und -Beiträge mit dem Informationsmaterial, das der Konferenz vorlag. Analysierend und dokumentarisch werden hier die Rechts- und die Zweckfragen des KPD-Verbots ebenso eingehend untersucht wie die schwerwiegenden Wirkungen dieser Maßnahme.

aktuell rororo

142 S., rororo aktuell 1092
2,20 DM

lich zu finden, wie man es uns einhämmerte" (101)) bei einem Essen in Jerusalem versichern (gewiß unter starker Zustimmung): „Die deutsche Geschichte umfaßt mehr (!) als zwölf böse Jahre" (102). Und während er resolut die „nationale Denkungsart" Rechtsradikaler (107) ebenso wie den „Nationalismus von Großmächten" verdammt (138), fordert er, als „deutscher Patriot" (186), ein „ungebrochenes (!) vaterländisches Bewußtsein" (102), „nationale Besinnung" (103, 102), „nationalen Ehrgeiz" (123), fordert: „Wir sollten uneingeschränkt Ja sagen zur Bundeswehr" (132), fordert: „Wir sollten Deutschland weiter dienen ... — nicht durch alte Phrasen in neuer Lautstärke" (105), nein, durch neue in alter Stärke! — „Ein erneuertes Deutschland tritt der Welt gegenüber (!) ... Ein erneuertes Deutschland ist da" (103).

Und wie sieht es aus?

Herrlich, Freunde! Die Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft" und der „Sozialen Partnerschaft" „sind bewährt" (14), wir haben ein „Land mit wirtschaftlicher Blüte und sozialem Fortschritt" (15), wir sind „in der Produktion die dritte, im Handel die zweite und im Sozialen die erste Nation der Welt" (56). Was Wunder, wenn die Einkommen immer weniger auseinanderklaffen (74, 80), die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung stets steigt, „immer breitere Schichten in größere Wohlfahrt und soziale Sicherheit hineinwachsen" und „‚Proletarität' nur noch ein psychologischer Rest ist" (86) — ein ganz überflüssiger, denn wie Barzel, der weise Jesuitenzögling, schreibt: „Weder ist prinzipiell (!) der Arbeitnehmer ein niederes (!) Wesen noch der Unternehmer ein Blutsauger" (89f.). Ja, seht: „Uns ist gelungen, wovon Marxisten träumten ..." (78): Im Bergbau innerhalb eines Jahrzehnts 273 000 Arbeitslose (54)! In der Landwirtschaft mehr als ein Viertel aller Bauernhöfe ruiniert (54)! Im Handwerk 121 000 Betriebe durch die größeren kaputt gemacht (55)! Die „Sozialbelastung der Arbeitnehmerverdienste" stimmt „nachdenklich" (82). „Wir stecken nicht nur in einer Finanzklemme" (56). „Unser erstes Ziel", „die Einheit der Deutschen", ist „fehlgeschlagen" (106, 18); „die Kommunikation zwischen Geist und Politik ist ungenügend" (11) — sechs! „Demonstrationen, Proteste sind an der Tagesordnung" (257). „Eine militante Gruppe von Weltverbesserern (!) ist am Werk" (263) — für den Verfasser der „Gesichtspunkte" stets die schlimmsten Subjekte! Kurz: alles „gelungen, wovon Marxisten träumten"! Deshalb verliert Barzel auch bis zuletzt nicht den Mut, kommt ihm doch die „Erkenntnis, daß die Lage ... noch schlimmer ... sein könnte" (17)!

Und was empfiehlt er, routiniert mit Berufung auf Martin Luther? Den er u. a. neben Peter von Zahn, Platon, McNamara, Rilke, Hanssler und Leibniz zitiert, mit dessen Hilfe er übrigens eine „Neutralisierung Deutschlands" energisch verwirft, da Leibniz „im Jahre 1669 eine politische Betrachtung" mit Worten abschloß, „die keinerlei Erläuterung bedürfen: „Neutrales similes ei, der im mittelsten Stock wohnt; der wird von dem untersten beraucht und von dem obersten urina perfundieret" (216). Und wie er mit einem Leibnizsatz von 1669 gegen die Neutralisierung Deutschlands plädiert, so mit Luthers Hilfe gegen staatliche Sozialleistungen! „Martin Luther stand ganz in der christlichen Tradition, als er der staatlichen Ordnung die Kompetenz der Fürsorge bestritt und diese Dinge zur Sache der persönlichen Nächstenliebe erklärte" (84). Und während derart auch Parlamentarier Barzel den Bürger nicht zum „sozialen Untertan" machen will (86) (wohl aber — durch „die eindeutige Alternative" eines Zweiparteiensystems mit Mehrheitswahlrecht (38, 33) — zum formierten Stimmvieh für die „Verantwortlichen", zum Kuli der Industrie und vielleicht zu Schlimmerem noch der Bundeswehr), redet er selber, durch eine „Schweizer Stimme", höheren „Abgeordnetendiäten", einer „bedeutend großzügigeren Honorierung" unserer Parlamentarier das Wort (45)! „Der ‚Soziale Rechts(!)staat' wird immer mehr Wirklichkeit" (73).

Rainer Barzels „Gesichtspunkte eines Deutschen" sind nur der exemplarische Ausdruck jenes großen Bla-Bla, mit dem man rings um uns die Welt verblödet; wobei man sich oft bloß fragt: Können diese Leute nicht besser oder wollen sie nicht — was bei Barzel freilich keine Frage ist.

Karlheinz Deschner

faschistische Bewegung zu ihrer Realisierung auch der Bedingung eines vorausgehenden manifesten Entdemokratisierungsprozesses bedarf. Und auch hierbei wird die Erinnerung an Weimar wachgerufen: Die Demokratie muß schon vorher in ihrer Entfaltung entscheidend verhindert worden sein, und zwar von scheindemokratischen Parteien der „gesunden Mitte", damit nun der „Extremismus der Mitte" [4]) die offizielle Zerstörung auch der Restbestände von Demokratie vornehmen kann.

Kurt Beutler

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Philosophisches Wörterbuch. Herausgegeben von Georg Klaus und Manfred Buhr. Verlag Das europäische Buch, Berlin, 634 S., Lexikonformat, Kunstleder 24,80 DM.

Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Helmut Hirsch. Rowohlt Verlag, Reinbek, 149 S., br. 2,80 DM (Rowohlts Monographien, Bd. 142). — Mit vielen unbekannten Bilddokumenten und einer reichen Bibliographie.

Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital". Europäische Verlagsanstalt, Bd. I—II, 366 u. 314 S., kart. 29,— DM, Ln. 38,— DM.

Werner Maihofer, Demokratie im Sozialismus. Recht und Staat im Denken des jungen Marx. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, VI, 82 S., kart. 9,80 DM. — Vom gleichen Autor erschien: Rechtsstaat und menschliche Würde (160 S., kart. 9,80 DM).

Wolf Kalz, Gustav Landauer — Kultursozialist und Anarchist. Verlag Anton Hain, Meisenheim, X, 162 S., br. 18,80 DM (Schriften zur politischen Wissenschaft, Bd. 6).

Johannes Agnoli / Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 198 S., br. 12,— DM, Ln. 19,— DM (Reihe „res novae provokativ").

[4]) S. M. Lipset (Soziologie der Demokratie, Neuwied und Berlin 1962, S. 134) hat mit dieser Formel den Faschismus treffsicher definiert

Hans G. Schachtschabel, Wirtschaftspolitische Konzeptionen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 108 S., kart. 16,80 DM (Reihe „Geschichte und Gegenwart").

Karl Schottenloher, Bücher bewegen die Welt. Eine Kulturgeschichte des Buches. Zweite Auflage. Bd. I: Vom Altertum bis zur Renaissance; Bd. II: vom Barock bis zur Gegenwart. Verlag Anton Hiersemann, Stuttgart, 628 S., Großoktav, Ln. 68,— DM.

Günter Grass, Über das Selbstverständliche. Politische Schriften. Luchterhand Verlag, Neuwied, 228 S., Paperback 9,80 DM.

Friedensforschung. Herausgegeben von Ekkehart Krippendorff. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 530 S., br. 22,80 DM, Ln. 24,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek).

Geschichte und Zeitgeschichte

Ploetz, Auszug aus der Geschichte (27. Neubearbeitung). A. G. Ploetz Verlag, Würzburg, 2240 S., Dünndruck, Ln., Subskriptionspreis 49,80 DM, nach Erscheinen 54,80 DM.

Livius, Der Punische Krieg. Römische Geschichte. Deutsche Gesamtausgabe Bd. II. Übersetzt von Hans Armin Gärtner. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, XXX, 687 S., Ln. 19,80 DM (Kröner Taschenausgabe, Bd. 303). — Die Ausgabe wird drei Bände umfassen; Bd. I und III sind für 1969 angekündigt.

Benedetto Croce, Geschichte Europas im 19. Jahrhundert. Aus dem Italienischen von Karl Vossler und Richard Peters. Suhrkamp Verlag, 356 S., Ln. 14,— DM.

Illustrierte Geschichte Italiens. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Deutsche Ausgabe von „An Illustrated History of Italy". Herausgegeben von Milton Gendel. Einführung von Denis Mack Smith. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 286 S., 320 Abb., 6 Karten, Zeittafel, Register, Ln., Subskriptionspreis 78,— DM; ab 1. 1. 69 Preis 85,— DM.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830—1945. Handbuch in zwei Bänden. Bd. I: Alldeutscher Verband — Fortschrittliche Volkspartei. Verlag Das europäische Buch, 806 S., Lexikonformat, Kunstleder 52,— DM. — Band II soll im nächsten Jahr erscheinen.

Die deutsche Arbeiterbewegung 1848—1919 in Augenzeugenberichten. Herausgegeben von Ursula Schulz. Mit einer Einleitung

von Willy Dehnkamp. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf, 436 S. mit Zeittafel, Erläuterungen, Quellenverzeichnis, Personenregister und 37 Abbildungen nach zeitgenössischen Originalen auf Kunstdruck, Ln. 24,80 DM. — In der gleichen Reihe erscheint: Der Aufstieg der NSDAP 1919 bis 1933 in Augenzeugenberichten. Herausgegeben und eingeleitet von Ernst Deuerlein, 464 S. mit Zeittafel, Statistiken, Quellenverzeichnis, Register und 38 Fotos, Ln. 24,80 DM.

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1929. Verlag Neue Kritik, Frankfurt, 528 S., flexibler Einband, Subskriptionspreis 42,— DM, nach Erscheinen 50,— DM.

Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Kriege. Ullstein Verlag, Berlin. 446 S., Ln. 28,50 DM. — Die Untersuchung entstand auf der Grundlage des Materials in- und ausländischer Archive.

Reichsführer! Briefe an und von Himmler. Herausgegeben von Helmut Heiber. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 319 S., Ln. 24,— DM.

Gert Buchheit, Richter in roter Robe. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes. List Verlag, München, 272 S., 16 Kunstdrucktafeln, Ln. 26,80 DM. — Aus dem gleichen Verlag: Hans-Jochen Gamm, Aggression und Friedensfähigkeit in Deutschland (184 S., kart. 10,80 DM).

Lew Besymenski, Der Tod des Adolf Hitler. Unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. Christian Wegner Verlag, Hamburg, 135 S. mit 20 Bilddokumenten, Paperback 10,— DM.

Hansjakob Stehle, Nachbar Polen. Vom Autor überarbeitete Neuausgabe. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 468 S., Paperback 16,— DM.

Geschichte (Katalog 3). Veröffentlichungen schweizerischer, deutscher und österreichischer Verlage zur Geschichte aus den Jahren 1963—1967. Buchhandlung-Antiquariat-Verlag Herbert Lang, Bern, 331 S. mit 4301 Titeleintragungen, kart. 8,50 DM. — Ein sehr empfehlenswerter Führer durch das historische Schrifttum, der an die beiden früher erschienenen Teile für die Jahre 1945—1960 und 1960—1963 anschließt (vgl. „Blätter", Heft 10/1963, S. 800). Der Begriff „Geschichte" ist weit gefaßt; die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte (einschließlich der Geschichte der Arbeiterbewegung und Problemen des Marxismus) finden ebenso Berücksichtigung wie der Bereich Kulturgeschichte mit seinen vielfältigen Zweigen. Besonders aufgeführt sind Fortsetzungswerke, Serien und Jahrbücher sowie Hilfsmittel für den Historiker, Bibliographien und Kataloge. Der übersichtlich gegliederte Länderteil enthält spezielle Abschnitte über die Bundesrepublik und die DDR.

Aktuelle Themen

Ernesto „Che" Guevara, Bolivianisches Tagebuch. Ungekürzte Ausgabe. Vorwort von Fidel Castro. Trikont-Verlag, München, 224 S. mit 20 z. T. erstmalig veröffentlichten Fotos, br. 5,80 DM (Trikont Aktuell, Bd. 5).

Bertrand Russell / Jean-Paul Sartre, Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht. Rowohlt Verlag, Reinbek, 192 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 1091). — Protokoll und Dokumentation der ersten Sitzung des Vietnam-Tribunals vom 2. bis 10. Mai 1967 in Stockholm.

J.-J. Servan-Schreiber, Frankreich steht auf. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 100 S., kart. 6,80 DM. — Bericht über die „Mai-Ereignisse" in Frankreich.

Friedrich-Wilhelm Marquart, Studenten im Protest. Mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer. Stimme Verlag, Frankfurt, 80 S., br. 5,40 DM (Reihe „Antworten").

Harold Rasch, Deutsches Konzernrecht. Vierte Auflage. Carl Heymanns Verlag, Köln, 398 S., Ln. 61,— DM.

Gennadi P. Zukov, Weltraumrecht. Vorwort von Alex Meyer. Redaktion: H. P. Kehrberger. Berlin Verlag, Berlin, 424 S., kart. 40,— DM. Balacronband 50,— DM. — Vorzüglich bearbeitet, auf den neuesten Stand gebracht und mit einer umfassenden Bibliographie, einem Dokumentenanhang und einer „Synoptischen Zeittafel zur Entwicklung des Weltraumrechts" ausgestattet, liegt nun erstmalig eine systematische Darstellung der Rechtsprobleme des Weltraums aus der Sicht eines sowjetischen Fachwissenschaftlers in deutscher Sprache vor: Ein besonderes Kapitel seines Buches widmet Prof. Zukov, der Delegierter der UdSSR im Weltraumkomitee der Vereinten Nationen ist, den Bemühungen um Entmilitarisierung und Neutralisierung des Weltraums.

Neue Autoren

Bernd Hartmann, geb. 1939 in Ludwigslust/Mecklenburg, studierte Rechtswissenschaften in Bonn, Frankfurt und Köln, z. Z. Gerichtsreferendar in Köln, 1. Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Nordrhein-Westfalen

Hans-Ulrich Deppe, Dr. med., geb. 1939 in Frankfurt, studierte von 1959 bis 1964 Medizin, Promotion 1965, danach Studium der Soziologie in Marburg, bis Juli 1968 wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Institut in Marburg, habilitiert sich z. Zt. in Medizin-Soziologie

Hans Rondi, geb. 1932 in Hamburg, erlernter Beruf Tischler, heute als Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedens-Union in Hamburg tätig

Kurt Beutler, Dr. phil. und Dipl.-Handelslehrer, geb. 1937 in Stuttgart, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart und Hamburg, danach Studium der Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen und Marburg, 1966 Promotion in Marburg über das Thema „Erich Kästner. Eine literaturpädagogische Untersuchung", in Buchform erschienen, Weinheim/Bergstraße, 1967; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen, z. Z. Wissenschaftlicher Rat am Seminar für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg

Bemerkungen

Der im August-Heft der „Blätter" veröffentlichte Kommentar zur „Biafra-Kampagne" hat in unserem Leserkreis zu lebhaften Diskussionen geführt. Die Erörterung des Themas wird daher im Oktober-Heft fortgeführt.

D. Red.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

PREISLISTE FÜR SONDERDRUCKE AUS DER ZEITSCHRIFT „BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Von allen Beiträgen, die in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht worden sind, können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Sonderdruck-Seiten	100	250	500	750	1000	2000	3000	Exemplare
4	48,–	55,–	62,–	71,–	77,–	108,–	138,–	DM
8	79,–	89,–	102,–	115,–	124,–	170,–	216,–	DM
12	118,–	124,–	158,–	198,–	214,–	330,–	444,–	DM
16	152,–	168,–	196,–	222,–	250,–	366,–	474,–	DM
20	210,–	222,–	254,–	276,–	318,–	444,–	564,–	DM
24	218,–	234,–	276,–	300,–	324,–	468,–	612,–	DM
28	251,–	267,–	309,–	334,–	357,–	502,–	675,–	DM
32	284,–	300,–	330,–	356,–	398,–	570,–	798,–	DM
36	293,–	312,–	354,–	378,–	404,–	594,–	930,–	DM
40	301,–	324,–	378,–	400,–	410,–	618,–	978,–	DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Marxistische Wirtschaftstheorie

Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie. Aus dem Französischen von Lothar Boepple. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M. 1968, 805 S., Ln., 48,— DM, Studienausgabe 36,— DM.

Das Interesse an marxistischer Literatur ist in der Bundesrepublik offensichtlich gewachsen. Wagten sich bis vor kurzem nur kleinere Verlage an Veröffentlichungen der kritischen marxistischen Gesellschaftstheorie, so scheint dies nunmehr auch für größere ökonomischen Erfolg zu versprechen. Da es vor allem in der Bundesrepublik den berufsmäßigen „Marxologen" gelungen war, das Werk von Karl Marx auseinander zu „fetschern" — junger Marx versus alter Marx oder Philosoph, Ökonom, Historiker etc. —, stehen zwar philosophische Untersuchungen seit geraumer Zeit hoch in Kurs, doch umfassende Analysen der ökonomischen Grundlagen der heutigen kapitalistischen Länder fehlen fast gänzlich.

Doch nun liegt endlich das Hauptwerk des belgischen Marxisten Ernest Mandel „Traité d'Economie marxiste" (Paris 1962) in deutscher Sprache vor. Im Gegensatz zur herrschenden politischen Ökonomie, die nichts weiter ist als „eine reine Technik zur praktischen Festigung des Kapitalismus" (S. 13), will Mandel mit seinem umfangreichen Buch zeigen, „daß man aus den empirischen Daten der heutigen Wissenschaft das gesamte ökonomische System von Karl Marx rekonstruieren kann" (S. 16).

In den ersten drei Kapiteln (S. 22 — 100) seines Buches klärt Mandel eine Reihe ökonomischer Grundbegriffe wie Arbeit, notwendiges Produkt und Mehrprodukt, Tausch, Ware, Geld, Kapital, Wert und Mehrwert. Er verzichtet darauf, diese Begriffe in lehrbuchhafter Weise auf „hoher" abstrakter Ebene abzuhandeln, sondern entwickelt sie an Hand einer Fülle empirischen Materials aus der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Dies ist zweifellos didaktisch wirkungsvoll, doch Mandels Bemühen, durch das Zitieren zahlloser ethnologischer und anthropologischer Beispiele „die gemeinsamen Züge der vorkapitalistischen ökonomischen Kategorien aller Zivilisationen ... zu ermitteln" (S. 19), erscheint nicht nur „kühn" (ebda.), wie der Autor selbst gelinde formuliert, sondern zuweilen auch überflüssig. Bruchstückhafte Beispiele aus zahllosen Kulturen (wie z. B. Buschmänner, Wedda, Bakongo-Stämme, Hopi-Indianer, Arapesh, Mundgumor etc.) verraten zwar beträchtlichen Fleiß und Belesenheit, haben für die Bildung einer Theorie jedoch nur geringen Aussagewert. Dennoch sind diese Beispiele, dies muß auch gesagt werden, eine gute Illustration, die die Ableitung theoretischer Kategorien der Politischen Ökonomie leichter verständlich macht. Dies gilt auch für das vierte Kapitel, „Die Entwicklung des Kapitals" (S. 101 bis 135), in dem Mandel die historische Entwicklung von der feudalistischen Aneignung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts bis zum modernen Industriekapital schildert.

Erst das fünfte Kapitel, „Die Widersprüche des Kapitalismus" (S. 136 — 189), bringt das, was man von einer Darstellung der marxistischen Wirtschaftstheorie erwartet. In relativ kurzer und präziser Form zeigt Mandel hier die Triebkräfte und Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft auf: „... die Ungewißheit des kapitalistischen Profits (schließt) die Notwendigkeit einer ständigen Ausdehnung der Geschäfte ein, eine Ausdehnung, die ihrerseits wieder von einer maximalen Kapitalakkumulation, von der Erzielung von Höchstgewinnen, abhängt" (S. 139). Mandel macht deutlich, was sich hinter dieser Erzielung von Höchstprofiten verbirgt: „Der Hunger nach Mehrwert ist der Hunger nach Mehrarbeit, nach unbezahlter Arbeit" (ebda.) — eine Tatsache, die die bürgerliche Ökonomie nur zu gern vergessen machen will. Daß die aus dem „Hunger nach Mehrarbeit" von Marx gefolgerte Verelendungstheorie nichts mit der von der bürgerlichen Marx-Kritik so gern zum Popanz aufgebauten „absoluten Verelendung" zu tun hat, zeigt Mandel in überzeugender Weise; denn Verelendung bedeutet in der Marxschen Theorie „mehr oder weniger allgemeine relative Verelendung des Proletariats (d. h. die Steigerung der Reallöhne in einem langsameren Tempo, als der gesellschaftliche Reichtum und die mittlere Arbeitsproduktivität wächst)" (S. 162). Auch andere Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft — wie der Ausgleich der Profitrate, der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate und die Zentralisation und Konzentration des Kapitals — werden von Mandel in schlüssiger und zugleich leichtver-

ständlicher Weise abgeleitet. Allerdings fallen die abschließenden Abschnitte dieses Kapitels („Freie und entfremdete Arbeit" und „Klassenkampf") gegenüber dem vorhergehenden ökonomischen Teil leider wieder etwas ab. Um die Entfremdungstheorie darzustellen, genügt es nicht, Theoriebruchstücke Marcuses („von einer immer mehr kommerzialisierten entmenschlichten Freizeitgestaltung" (S. 187)) mit den Erkenntnissen protestantischer Pfarrer, die in Großbetrieben gearbeitet haben, zu verbinden; man müßte auch auf die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844" („Pariser Manuskripte") von Karl Marx zurückgreifen. Und auch die Klassenkampftheorie dürfte kaum auf 1½ Seiten darzustellen sein, ohne daß man zu Klischees griffe — schade, gerade von Mandel hat man zu diesem Thema schon weit Besseres gelesen.

Die Kapitel VI bis IX (S. 190 — 317) beschäftigen sich mit der Bedeutung einzelner Wirtschaftssektoren (Handel und Landwirtschaft) und den monetären Phänomenen der kapitalistischen Produktionsweise (Kredit und Geld). Diese Themenkreise, die in vielen anderen Darstellungen leider zu kurz kommen, werden von Mandel zu Recht sehr ausführlich analysiert.

Von besonderem theoretischen Interesse ist das X. Kapitel, „Reproduktion und Wachstum des Volkseinkommens" (S. 318 bis 358). Im ersten Teil dieses Kapitels klärt Mandel einige wichtige Grundkategorien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und zeigt die Unzulänglichkeit der Kategorien der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, die aus der fehlenden Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit resultieren. Im zweiten Teil werden die einfache und die erweiterte Reproduktion behandelt, deren Schwierigkeiten Mandel in meisterhaft einfacher Darstellung überwindet. Besonders hervorzuheben ist Mandels Versuch, die ökonomische Bedeutung der Kriegswirtschaft — wenn auch auf nur 3½ Seiten — an Hand des Reproduktionsschemas darzustellen. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß auch die Herstellung von Vernichtungsmitteln „eine Produktion von Waren (ist), deren Wert auf dem Markt realisiert wird. Aber da diese Waren nicht in den Prozeß der Reproduktion eingehen, ist dieses Wachstum des Volkseinkommens von einer absoluten Verminderung des vorhandenen Vorrates an konstantem Kapital und von einem sehr steilen Absinken der Arbeitsproduktivität begleitet" (S. 351).

Im XI. Kapitel (S. 318 — 358), das sich mit den periodischen Wirtschaftskrisen beschäftigt, zeigt Mandel zunächst die Besonderheiten der kapitalistischen Krise gegenüber den Krisen früherer Epochen der Wirtschaftsgeschichte. War die vorkapitalistische Krise „eine Krise der Unterproduktion von Gebrauchswerten" (S. 360), in der Hungersnöte zur Verminderung der Produktion führten, so ist die kapitalistische Krise dagegen „eine Krise der Überproduktion von Tauschwerten" (ebda).

Mandel setzt sich kritisch mit den beiden Schulen der Konjunktur-Theorie, der Unterkonsumtionstheorie und der Disproportionalitätstheorie, auseinander. Beide Schulen, so glaubt Mandel, „(behandeln) einen grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, (begehen) aber einen Fehler, indem sie diesen Widerspruch von den anderen Merkmalen des Systems (isolieren)" (S. 382). Mandel versucht daher, eine Synthese zu finden: „Für die wirtschaftliche Wiederbelebung und den Beginn des Booms gibt es ... zwei simultane Bedingungen: eine steigende Profitrate und tatsächlich expandierende Absatzmärkte. Zu Beginn des Wirtschaftszyklus können diese beiden Bedingungen ... zusammenfallen. ... Aber im Verlauf des Zyklus untergraben dieselben Kräfte, die das Zusammenfallen dieser zwei Faktoren zu Beginn des Zyklus gewährleisten, ihre eigene Existenz, so daß sie gegen Ende des Zyklus nicht mehr vorhanden sind ... Denn im Verlauf des Zyklus fällt die Profitrate aus verschiedenen Gründen, z. B. durch das Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals, das Absinken der Mehrwertrate, die Verlangsamung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals, die Verteuerung des Kredits, steigende ‚Unkosten', Lohnsteigerungen usw." (S. 393). Zugleich wächst die Nachfrage nach Konsumgütern, sobald einmal die Vollbeschäftigung erreicht ist, kaum noch an. Zugleich lassen damit die Investitionen nach. Die Auslösung der Krise erklärt Mandel daher durch „das Zusammentreffen eines Absinkens der Profitrate mit einer Schrumpfung der Absatzmärkte" (S. 394). Doch Mandel zeigt auch, daß eine Wirtschaft möglich wäre — freilich eine nicht-kapitalistische —, die nicht mehr notwendig durch

periodische Krisen erschüttert würde. Daher folgert er: „Die Fluktuationen der Produktion, die durch die Überproduktion von Waren Einkommensfluktuationen und Konsumsschwankungen mit sich bringen, die also periodische Arbeitslosigkeit und Elend erzeugen, sind Merkmale, die dem Kapitalismus eignen. Sie haben vor ihm nicht bestanden; sie werden nach ihm nicht mehr bestehen" (S. 401).

Die Kapitel XII bis XIV (S. 402 — 575) zeigen die Entwicklung des Kapitalismus vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die heutige Zeit und stellen somit den wichtigsten und aktuellsten Teil des Buches dar. Die zweite industrielle Revolution, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts einsetzte, und das durch sie bedingte „beschleunigte Anwachsen des konstanten Kapitals, des fixen Kapitals, der Minimalausrüstung, die bei der Neugründung eines rentablen Unternehmens erforderlich ist, (begünstigen) die kapitalistische Konzentration" (S. 403), die auch durch das Auftreten zahlreicher neuer Länder auf den Weltmärkten (Japan, Italien, Rußland) vorangetrieben wird. Auch die neuen Techniken selbst fördern den Konzentrationsprozeß, da sie „neue Formen der Arbeitsteilung (gestatten), die ... die horizontale und die vertikale Integration von Unternehmen begünstigen" (S. 404). Dieser Konzentrationsprozeß „bringt ungeheure Mittel in die Hände einer relativ begrenzten Zahl von Kapitalisten und ermöglicht diesen somit, sich einen immer größeren Marktanteil zu sichern und zahlreiche kleine und mittlere Fabrikanten zu verdrängen" (S. 408). Doch bedingt durch die schnelle Entwertung von Produktionseinrichtungen durch technische Neuerungen und die mit den neuen Industriesektoren aufblühende Spekulation wachsen zugleich auch die Risiken. Dies führt zu einer Änderung des Verhaltens der Großkapitalisten: „Anstatt sich an das Credo der freien Konkurrenz zu halten, suchen sie nach Möglichkeiten, diese zu begrenzen, mit dem Ziel, jede Preissenkung, d. h. jede spürbare Senkung ihrer Profitrate, zu vermeiden" (S. 408). Daher kommt es in zunehmendem Maße zu Vereinbarungen und Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen Unternehmen. „Die Konzentration des Industriekapitals, die Absprachen, die Bildung von kapitalistischen Gruppen und Trusts führen zur Entstehung von De-facto-Monopolen in zahlreichen Wirtschaftszweigen" (S. 418) — die Epoche des Monopolkapitalismus hat begonnen. Die weitgehende Ausschaltung der Konkurrenz ermöglicht es den monopolisierten Sektoren, Surplusprofite, also eine besondere monopolistische Profitrate, zu erzielen, die zu Lasten der nicht-monopolisierten Sektoren gehen. Doch besondere Monopolprofite sind nur solange möglich, wie die Produktion die Kaufkraft der Nachfrage nicht übersteigt. „Der Monopolkapitalismus entwickelt folglich eine ganze Reihe restriktiver Techniken, die eine glatte Verneinung der Ziele der Kapitalisten aus der Epoche der freien Konkurrenz darstellen" (S. 440). Als Beweis für diese These führt Mandel zahlreiche Beispiele für vorsätzliche Produktionsbegrenzungen, Verschlechterungen der Warenqualität und Hinauszögern der Anwendung neuer technischer Erfindungen an (S. 440 — 446). Dies zeigt, daß „der Monopolkapitalismus ... mehr und mehr zu einer Bremse für die Entfaltung der Produktivkräfte (wird)", die tatsächliche Produktion „bleibt immer mehr hinter den von der modernen Technik gebotenen Möglichkeiten zurück" (S. 451).

Der Monopolkapitalismus verändert auch das Verhältnis der kapitalistischen Länder zu den wirtschaftlich rückständigen Teilen der Welt. War die Bourgeoisie der Epoche der freien Konkurrenz noch „ein eifriger Anhänger des Freihandels und ein entschlossener Gegner des Kolonialismus" (S. 464), da der Export dank des Produktivitätsmonopols nicht geschützt zu werden brauchte, so besitzt die Monopolbourgeoisie „kein Produktivitätsmonopol mehr, das ihr eine ‚friedliche' Eroberung der Weltmärkte garantierte; sie stößt auf eine immer größere ausländische Konkurrenz" (S. 465). Zugleich steht ihr „ein ungeheures Kapital zur Verfügung, für das sie neue Investitionsfelder sucht" (ebda.), da in den hochindustrialisierten Ländern die Durchschnittsprofitrate sinkt und die rentablen Investitionsfelder abnehmen. Die Konsequenz daraus ist der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, wo sowohl monopolistische wie — auf Grund der extrem niedrigen Löhne — koloniale Extraprofite erzielt werden können. Da diese Auslandsinvestitionen langfristigen Charakter tragen, müssen sie „geschützt" werden — so ist es kein Wunder, daß der Kolonialismus zu neuer Blüte gelangte. Der Kapitalexport in die unterentwickelten Länder baute dort eine Produktion auf, die allein auf den Be-

darf der „Mutterländer" oder den Weltmarkt ausgerichtet war; dies führte zur völlig einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung der rückständigen Länder, die sie von der internationalen Wirtschaftskonjunktur völlig abhängig machte. Hinzu kommt, „daß der gesamte Handel zwischen den Mutterländern und den unterentwickelten Ländern — der sich auf einen Austausch von Fertigprodukten gegen Rohstoffe beschränkt — in einer Art und Weise aufgebaut ist, daß die unterentwickelten Länder zum Nutzen der imperialistischen Länder systematisch benachteiligt werden" (S. 495). Ausländisches Kapital und ungleicher Handel sind also die wesentlichen Faktoren, die die unterentwickelten Länder unterentwickelt halten. Daran hat sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht viel geändert, als viele koloniale Länder die politische Unabhängigkeit erlangten. Die früheren Mutterländer konnten in der Regel ihre wirtschaftliche Herrschaft aufrecht erhalten; „die Ausbeutung der ‚dritten Welt' durch die imperialistischen Länder geht weiter" (S. 499).

Im XIV. Kapitel (S. 502 — 575) analysiert Mandel die wichtigsten Phänomene des heutigen Kapitalismus, der „Epoche des Spätkapitalismus". In den letzten Jahrzehnten zeigt sich immer deutlicher ein Prozeß der Konzentration des Kapitals auf internationaler Ebene — den „überkapitalisierten" USA stehen heute zahlreiche „unterkapitalisierte" Industrieländer gegenüber. Der Außenhandel kann im heutigen Kapitalismus nicht mehr wie früher das entscheidende „Sicherheitsventil" sein, denn Kolonialrevolution, beginnende Industrialisierung von Entwicklungsländern und die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems haben zu einer relativen Einengung des Weltmarkts geführt. Die entscheidende Rolle als Garant des Monopolprofits hat daher heute der Staat übernommen; „der Monopolkapitalismus (nimmt) immer mehr Zuflucht zum Staat in all seinen Formen, um durch dessen Eingriff in die Wirtschaft das zu erreichen, was durch den normalen Wirtschaftsablauf nicht mehr möglich ist" (S. 523). Als Beispiele für solche staatlichen Eingriffe erwähnt Mandel die Übernahme unrentabler Schlüsselsektoren, Hilfe für in Schwierigkeiten geratene kapitalistische Unternehmen (man denke z. B. an Krupp! M. F.), Übergabe von öffentlichem Eigentum an die Trusts, direkte oder indirekte Hilfsgelder für private Unternehmen und die ausdrückliche Garantie der Gewinne durch den Staat (z. B. durch Übernahme des Exportrisikos). „Der Staat wird somit ein für die Monopole immer unentbehrlicheres Werkzeug ... Die enge Zusammenarbeit zwischen den Monopolen und dem Staat ... drückt ... eine Unterwerfung des Staates unter die Interessen der Monopole durch eine wachsende Personalunion zwischen den leitenden Staatsbeamten und den Chefs der großen Monopole aus" (S. 530). Mit den zunehmenden Schwierigkeiten, die ständig steigenden Kapitalmassen zu verwerten, wächst die Bedeutung der Rüstungs- und Kriegswirtschaft. Doch dies hat nicht nur unmittelbare ökonomische Konsequenzen, denn „in dem Maße, wie die Rüstungspolitik zu einem notwendigen Heilmittel für Krisen oder drohende Krisen wird, findet sie ihre eigene, unvermeidliche Freisetzung in der Kriegsgefahr" (S. 553). Zugleich resultiert aus dem ständig wachsenden Rüstungssektor ein weiteres Phänomen, das dem heutigen Kapitalismus eigentümlich ist, „die permanente Geldinflation" (S. 555), die Mandel mit einer überzeugenden Theorie erklärt. Er glaubt nicht an einen aus ökonomischen Gründen unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus. Den monopolistischen Sektoren sei es gelungen, ihre Investitionen so zu stabilisieren, daß sie auch zur Zeit der Krise nur geringfügig zurückgehen und damit die Krise abschwächen. Doch zugleich sind die monopolisierten Sektoren in Zeiten des „Booms" unfähig, „alle ihre aufgeblähten Gewinne zu investieren ... Das ganze System entwickelt sich somit ... auf eine langfristige Stagnation" zu (S. 560), die von permanenter Inflation — dies ist der Preis, der gezahlt werden muß, um die Krise zu vermeiden — begleitet sein wird. „Der Kontrast zwischen den ungeheuren, allen Menschen potentiell zur Verfügung stehenden Reichtümern und dem Elend, der Verschwendung, der Minderausnutzung der menschlichen und technischen Hilfsquellen (war niemals zuvor) so schreiend wie heute" (S. 575).

Nach diesen vorzüglichen Kapiteln behandelt Mandel im letzten Teil seines Buches die Sowjetwirtschaft (S. 576 — 639), dann auf allgemeinerer theoretischer Ebene die Probleme der Wirtschaft im Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Sozialismus (S. 640—696) und schließlich die Grundlagen einer sozialistischen Wirtschaft (S. 697 — 738). Auch wenn man weiß, daß

Mandel Trotzkist ist, überrascht seine Analyse der Wirtschaft der Sowjetunion. Neben brillanten Analysen der Etappen des wirtschaftlichen Aufbaus, der Notwendigkeit, die Warenproduktion fortzusetzen und damit an bürgerlichen Verteilungsprinzipien festzuhalten (denn die UdSSR konnte in fünfzig Jahren noch nicht zu einer Gesellschaft des Überflusses werden), der Probleme der Landwirtschaft und der bürokratischen Lenkung der Wirtschaft, finden sich groteske Fehlinterpretationen, die aus einer unhistorischen und undialektischen Betrachtungsweise resultieren. Für Mandel ist der „Hauptwiderspruch der sowjetischen Wirtschaft ... ein Produkt des spezifisch bürokratischen Verwaltungssystems: der Widerspruch zwischen dem geplanten Charakter der Wirtschaft und dem privaten Interesse der Bürokraten" (S. 627). Gewiß stellen bürokratische Verwaltungsmethoden ein Problem dar, doch sollte man auch sehen, daß diese Verwaltung in fünfzig Jahren aus einem rückständigen, vom Bürgerkrieg verwüsteten und von außen bedrohten Land eine mächtige Industrienation geschaffen hat. Diese Tatsache könnte man über der Lektüre Mandels vergessen, denn laut ihm beherrscht ein „krankhaft aufgeblähter Verwaltungsapparat" (S. 583) das Land, dessen Bewohner unter dem Joch der „Brutalität und ... Willkür der bürokratischen Verwaltung" (S. 636) stöhnen, die die „von den Führern der UdSSR kaltblütig getroffene Prioritätswahl" (S. 590) durchsetzt, sich dabei korrumpieren läßt (S. 630), zu Diebstahl neigt und „ständig falsche Berichte" (S. 625) vorlegt. Da es jedoch auch zahlreiche Ökonomen gibt, die mit Mandel nicht übereinstimmen, müssen auch sie sich ein paar Seitenhiebe gefallen lassen; so z. B. Maurice Dobb, „der stets die offiziellen Thesen der herrschenden Kreise der Sowjetunion getreu dargelegt hat" (S. 581).

Zum Abschluß seines Buches liefert Mandel zahlreiche „Rezepte für die Garküche der Zukunft" (Marx) des Übergangs zum Sozialismus und der kommunistischen Gesellschaft. Diese in der Brüsseler Redaktionsstube zusammengestellten Rezepte kennzeichnet vor allem eins: im Gegensatz zu den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus beschränkt sich Mandel auf einen bloßen Ökonomismus, der allem Politischen abhold ist. Mandel schildert die Periode des Übergangs zum Sozialismus, als ob es sich hierbei lediglich um die voluntaristische Anwendung einer neuen Wirtschaftspolitik handelte; kein Wort davon, welcher politische Kampf notwendig ist, um überhaupt nur die Bedingungen für die Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft zu schaffen, keine Rede vom Kampf der Klassen, von den Möglichkeiten der Eroberung der politischen Macht durch die Werktätigen. Den Beispielen der sozialistischen Länder setzt Mandel einen „jungfräulichen" Sozialismus entgegen, der im Detail verschwommen bleibt und weder von politischen noch ökonomischen Schwierigkeiten „befleckt" ist. Die Übergangsperiode (S. 640 — 696) wird eine Periode der sozialistischen Akkumulation sein, die notwendig ist, weil der Stand der Produktivkräfte noch nicht erlaubt, alle Grundbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Die sozialistische Akkumulation wird nicht zu Lasten des Konsums gehen — wie es in der Sowjetunion geschehen ist —, sondern durch ständige Ausnutzung aller vorhandenen Produktivkräfte, weltweite Umverteilung der Hilfsquellen (was voraussetzt, daß der Sozialismus auf der ganzen Welt gesiegt hat, M. F.), Verminderung der Distributionskosten, Ausschaltung der Ausgaben für extravaganten Luxus, durch einen rationellen Aufbau der Industrie und deren Orientierung an der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität (statt an der Betriebsrentabilität) und durch die Freisetzung aller schöpferischen Energien der Arbeiter zustandekommen. Schließlich wird dann das „Reich der Freiheit" erreicht sein. Mandel schildert diese zukünftige sozialistische Gesellschaft in seinem letzten Kapitel (S. 697 — 738) in leuchtenden Farben; hier geht die Ökonomie eine reizvolle Verbindung mit utopischer Phantasie ein. In der zukünftigen Gesellschaft werden Klassen und Staat, Warenwirtschaft und Geldwirtschaft verschwinden; die Verteilung der Güter wird unabhängig von einer genau bemessenen Gegenleistung erfolgen. Allmählich entwickelt sich dann der sozialistische Mensch, der, befreit von jeglicher Routinearbeit, alle menschlichen Fähigkeiten entwickelt. Dieser allseitig entwickelte sozialistische Mensch wird bereits „morgen mit dem Elan universeller Brüderlichkeit die gesamte Menschheitsfamilie umarmen" (S. 738). Mit diesem idyllischen Bild beendet Mandel seine „Marxistische Wirtschaftstheorie".

Matthias Frank

NPD — das Produkt einer verhinderten Demokratie

Reinhard Kühnl unter Mitarbeit von G. Ahrweiler, M. Maessen, R. Rilling und R. Tellers, Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. Voltaire-Verlag. Westberlin 1967. 260 S., 11,80 DM.

Daß Bonn gleich Weimar ist, läßt sich bestreiten, wenn man diesen Satz mit philologischer Akribie wörtlich nimmt. Daß aber die zweite deutsche Demokratie in vielen Punkten der ersten ähnelt, kann nur wider besseres Wissen bestritten werden. Die NPD ist nur ein Beispiel in der Reihe der Analogien, wenngleich ein entscheidendes. So ungenau und undifferenziert die Behauptung wäre, in der NPD wiederhole sich die NSDAP, so richtig ist die These, daß beide Parteien gemeinsame Wesenszüge in bezug auf Programm, Ideologie, innere Struktur, Wählerschichten und gesellschaftlich-historische Bedingungen aufweisen. Die These wird in der vorliegenden Studie von Kühnl durch eine sorgfältige Analyse erhärtet.

Die Anwendung der dialektischen Methode führt zu einer großen Reichweite der Theoriebildung, läßt vor allem die strukturellen Ursachen erkennen und erschöpft sich nicht in einer Analyse von Oberflächenphänomenen. Der Vorzug des methodischen Ansatzes wird vor allem im Vergleich mit anderen Veröffentlichungen zur Frage des deutschen Neofaschismus deutlich. Es liegen ja inzwischen einige Arbeiten zum Problem vor, nur lassen sie fast alle eine bündige Erklärung über die Ursachen und Bedingungen vermissen, die zu einer Wiederbelebung faschistischer Politik in Deutschland geführt haben. Sie beschränken sich weitgehend auf das Zusammentragen von Fakten und vermögen diese kaum einem beweiskräftigen und das heißt hier zugleich einem alle Teilphänomene einheitlich erklärenden Denkmodell einzuordnen.[1])

Nur ein Buch muß davon ausgenommen werden, nämlich das von Iring Fetscher herausgegebene Sammelwerk „Rechtsradikalismus" [2]), in dem sich eine Reihe überzeugender Analysen zu Einzelaspekten findet und das als eine sinnvolle Ergänzung zu Kühnls Studie aufgefaßt werden kann.[3])
Zu den zentralen Gegenständen der Analyse gehören eine Vorgeschichte der Parteikräfte und der Organisation der NPD (Kapitel I), die soziale Herkunft der NPD-Anhänger, auch im Vergleich zu ähnlichen, historisch bereits erforschten Bewegungen (Kap. II), das Parteiprogramm und die Gesellschaftsideologie (Kap. III), die politischen, sozialen und ökonomischen Ursachen des Aufstiegs (Kap. IV), die Reaktion der westdeutschen und ausländischen Öffentlichkeit (Kap. V) und eine Einschätzung der Abwehrmöglichkeiten (Kap. VI). Diese sechs Kapitel und der aufschlußreiche Dokumentenanhang machen unmißverständlich klar, daß es sich bei dem Problem „Rechtsradikalismus in der BRD" um einen neuen deutschen Faschismus handelt, der sich in einer zielstrebigen Partei formiert hat.

Die Kapitel IV—VI stellen den u. E. interessantesten Teil der Arbeit dar, weil in ihnen der Zusammenhang zwischen NPD und Gesellschaft der Bundesrepublik transparent gemacht wird. Es zeigt sich, wie sehr die NPD als ein strukturell bedingtes Phänomen der bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihrer offiziellen Politik begriffen werden muß und daß diese Partei nur in verstärktem Maße an Motive anknüpft, die alle schon vorher von den sog. demokratischen Parteien hervorgebracht worden sind. Dabei wird augenscheinlich, wie eine

---

1) Vgl. besonders die schon infolge ihrer Kürze, aber vor allem vom methodischen Ansatz her unzulänglichen Broschüren:
Maier, Hans, NPD-Struktur und Ideologie einer ‚nationalen Rechtspartei', München 1967
Ritter, Waldemar und Ernst Eichengrün, Informationen für Demokraten — NPD. (Schriftenreihe der Jungsozialisten I/67), Bonn 1967
Götz, Wolfgang und Sieden, Joachim, . . . bis alles in Scherben fällt. Wohin führt der Rechtsradikalismus?, Mainz 1967. (Zugleich ein vom DGB verteilter Sonderdruck)
Auf dem Prüfstand der Demokratie. Zur Analyse und geistigen Auseinandersetzung mit der NPD. (Ohne Verfasser-Angabe). Mainz o. J. (1966)
Auch die umfangreicheren Arbeiten wie die von Werner Smoydzin (NPD — Geschichte und Umwelt einer Partei. Analyse und Kritik. Pfaffenhofen an der Ilm 1967) oder die von Fred H. Richards (Die NPD — Alternative oder Wiederkehr? München, Wien 1967) leiden unter methodischen Mängeln. Ergiebiger, wenngleich aus demselben Grund nicht voll befriedigend, ist das Buch von Kurt Hirsch (Kommen die Nazis wieder? Gefahren für die Bundesrepublik. München 1967)
Rein von der Information her sehr aufschlußreich sind die beiden folgenden Veröffentlichungen:
Signale von rechts. 100 Jahre Programme rechtsradikaler Parteien und Organisationen 1867—1967. Zusammengestellt von Kurt Hirsch, München 1967. (Goldmann-Taschenbuch, Nr. 1892)
Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1966. Bericht des Bundesministeriums des Innern über die im Jahre 1966 beobachteten rechtsradikalen Bestrebungen in der Bundesrepublik. Bonn 1967. (Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament". B 24/67)

2) Rechtsradikalismus. Hrsg. von Iring Fetscher. Frankfurt a. M. 1967. (res novae, Bd. 53)

3) Z. B. befassen sich vier der zehn Beiträge mit rechtsextremen Erscheinungen in den USA und Frankreich

faschistische Bewegung zu ihrer Realisierung auch der Bedingung eines vorausgehenden manifesten Entdemokratisierungsprozesses bedarf. Und auch hierbei wird die Erinnerung an Weimar wachgerufen: Die Demokratie muß schon vorher in ihrer Entfaltung entscheidend verhindert worden sein, und zwar von scheindemokratischen Parteien der „gesunden Mitte", damit nun der „Extremismus der Mitte" [4]) die offizielle Zerstörung auch der Restbestände von Demokratie vornehmen kann.

Kurt Beutler

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Philosophisches Wörterbuch. Herausgegeben von Georg Klaus und Manfred Buhr. Verlag Das europäische Buch, Berlin, 634 S., Lexikonformat, Kunstleder 24,80 DM.

Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Helmut Hirsch. Rowohlt Verlag, Reinbek, 149 S., br. 2,80 DM (Rowohlts Monographien, Bd. 142). — Mit vielen unbekannten Bilddokumenten und einer reichen Bibliographie.

Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital". Europäische Verlagsanstalt, Bd. I—II, 366 u. 314 S., kart. 29,— DM, Ln. 38,— DM.

Werner Maihofer, Demokratie im Sozialismus. Recht und Staat im Denken des jungen Marx. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, VI, 82 S., kart. 9,80 DM. — Vom gleichen Autor erschien: Rechtsstaat und menschliche Würde (160 S., kart. 9,80 DM).

Wolf Kalz, Gustav Landauer — Kultursozialist und Anarchist. Verlag Anton Hain, Meisenheim, X, 162 S., br. 18,80 DM (Schriften zur politischen Wissenschaft, Bd. 6).

Johannes Agnoli / Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 198 S., br. 12,— DM, Ln. 19,— DM (Reihe „res novae provokativ").

[4]) S. M. Lipset (Soziologie der Demokratie, Neuwied und Berlin 1962, S. 134) hat mit dieser Formel den Faschismus treffsicher definiert

Hans G. Schachtschabel, Wirtschaftspolitische Konzeptionen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 108 S., kart. 16,80 DM (Reihe „Geschichte und Gegenwart").

Karl Schottenloher, Bücher bewegen die Welt. Eine Kulturgeschichte des Buches. Zweite Auflage. Bd. I: Vom Altertum bis zur Renaissance; Bd. II: vom Barock bis zur Gegenwart. Verlag Anton Hiersemann, Stuttgart, 628 S., Großoktav, Ln. 68,— DM.

Günter Grass, Über das Selbstverständliche. Politische Schriften. Luchterhand Verlag, Neuwied, 228 S., Paperback 9,80 DM.

Friedensforschung. Herausgegeben von Ekkehart Krippendorff. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 530 S., br. 22,80 DM, Ln. 24,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek).

Geschichte und Zeitgeschichte

Ploetz, Auszug aus der Geschichte (27. Neubearbeitung). A. G. Ploetz Verlag, Würzburg, 2240 S., Dünndruck, Ln., Subskriptionspreis 49,80 DM, nach Erscheinen 54,80 DM.

Livius, Der Punische Krieg. Römische Geschichte. Deutsche Gesamtausgabe Bd. II. Übersetzt von Hans Armin Gärtner. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, XXX, 687 S., Ln. 19,80 DM (Kröner Taschenausgabe, Bd. 303). — Die Ausgabe wird drei Bände umfassen; Bd. I und III sind für 1969 angekündigt.

Benedetto Croce, Geschichte Europas im 19. Jahrhundert. Aus dem Italienischen von Karl Vossler und Richard Peters. Suhrkamp Verlag, 356 S., Ln. 14,— DM.

Illustrierte Geschichte Italiens. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Deutsche Ausgabe von „An Illustrated History of Italy". Herausgegeben von Milton Gendel. Einführung von Denis Mack Smith. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 286 S., 320 Abb., 6 Karten, Zeittafel, Register, Ln., Subskriptionspreis 78,— DM; ab 1. 1. 69 Preis 85,— DM.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830—1945. Handbuch in zwei Bänden. Bd. I: Alldeutscher Verband — Fortschrittliche Volkspartei. Verlag Das europäische Buch, 806 S., Lexikonformat, Kunstleder 52,— DM. — Band II soll im nächsten Jahr erscheinen.

Die deutsche Arbeiterbewegung 1848—1919 in Augenzeugenberichten. Herausgegeben von Ursula Schulz. Mit einer Einleitung

Neue Autoren

Bernd Hartmann, geb. 1939 in Ludwigslust/Mecklenburg, studierte Rechtswissenschaften in Bonn, Frankfurt und Köln, z. Z. Gerichtsreferendar in Köln, 1. Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Nordrhein-Westfalen

Hans-Ulrich Deppe, Dr. med., geb. 1939 in Frankfurt, studierte von 1959 bis 1964 Medizin, Promotion 1965, danach Studium der Soziologie in Marburg, bis Juli 1968 wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Institut in Marburg, habilitiert sich z. Zt. in Medizin-Soziologie

Hans Rondi, geb. 1932 in Hamburg, erlernter Beruf Tischler, heute als Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedens-Union in Hamburg tätig

Kurt Beutler, Dr. phil. und Dipl.-Handelslehrer, geb. 1937 in Stuttgart, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart und Hamburg, danach Studium der Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen und Marburg, 1966 Promotion in Marburg über das Thema „Erich Kästner. Eine literaturpädagogische Untersuchung", in Buchform erschienen, Weinheim/Bergstraße, 1967; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen, z. Z. Wissenschaftlicher Rat am Seminar für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg

Bemerkungen

Der im August-Heft der „Blätter" veröffentlichte Kommentar zur „Biafra-Kampagne" hat in unserem Leserkreis zu lebhaften Diskussionen geführt. Die Erörterung des Themas wird daher im Oktober-Heft fortgeführt.

D. Red.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.